

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

4
'71

Oktober - Dezember

Praxis-Exemplar

Entwicklung der antiimperialistischen
Befreiungsbewegung
in der Dritten Welt

Waffnung Albus

Marxismus Digest

Theoretische Beiträge aus marxistischen und
antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

4
'71

Entwicklung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in der Dritten Welt

Oktober–Dezember

Bitte beachten Sie die Beilagen der Verlage Das Argument GmbH, Sozialistische Politik GmbH und des IMSF.

Erstauflage dieses Heftes: : 1. –4.000

Marxismus-Digest, Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften, 2. Jahrgang,

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 8,-, Jahresabonnement DM 26,- Für Studenten gilt ein ermäßiger Preis von DM 5,- für das Einzelheft, DM 16,- für das Abonnement. Bestellungen von Studenten können nur an das IMSF gerichtet werden.

Redaktionssekretär: Thomas Müller. Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 51 627.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig. Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.

I M
S F

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Inhaltsverzeichnis

Lothar Rathmann/Herbert Baumann Nationale Befreiungsbewegung und Revolution in Asien und Afrika	3
Egon Dummer/Emil Langer Die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung in Asien und Afrika und die Rolle der Kommunisten	21
Zur Rolle des Militärs in den Ländern der Dritten Welt	47
Jack Woddis Arbeiter und Bauern im nationalen Befreiungskampf	67
Henri Alleg Perspektiven der nationalen Befreiungsbewegungen	77
Le Duan Die vietnamesische Revolution: Grundprobleme und Hauptaufgaben	90
Sergio Vuskovic Politische und ökonomische Grundlagen des Mehrparteiensystems in Chile	112
Jorge del Prado Geht in Peru eine Revolution vor sich?	129
Marcelino dos Santos Ein internationaler Krieg	143
Anhang Ausgewählte Literatur zum Thema	155
Hinweise der Redaktion	166

Lothar Rathmann/Herbert Baumann

Nationale Befreiungsbewegung und Revolution in Asien und Afrika

Aus: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, XVIII. Jahrgang 1970, Berlin, Heft 6

Ein markantes Merkmal des weltweiten revolutionären Prozesses, der sich seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entfaltet, ist der gewaltige Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens und Afrikas.¹ Mit der Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems, das „*zur einflussreichsten Kraft der historischen Entwicklung, zu einem gigantischen Beschleuniger des sozialen Fortschritts*“ geworden ist², entstanden die ausschlaggebenden internationalen Bedingungen für den Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus und die Lösung der Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung der befreiten Länder auf dem Wege des sozialen Fortschritts.

Der Marxismus-Leninismus maß dem nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker von Anfang an größte Bedeutung bei. Anknüpfend an die von Karl Marx und Friedrich Engels erarbeiteten Grundsätze³, entwickelte W. I. Lenin in Auseinandersetzung mit bürgerlichen sowie rechts- und linksopportunistischen Verfälschungen die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik in der nationalen und kolonialen Frage.⁴ Lenin machte es dem klassenbewußten kommunistischen Proletariat zur Pflicht, den antikolonialen Kampf der unterdrückten Völker entschlossen zu unterstützen; er verwies darauf, daß unter den neuen historischen Bedingungen die koloniale und nationale Frage zu einem Bestandteil des weltumfassenden revolutionären Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wird; er schlußfolgerte, daß der Befreiungskampf der unterdrückten Völker sich nur in unmittelbarer Verbindung mit dem siegreichen Proletariat der Sowjetmacht entwickelt.

1 Die Darlegungen beschränken sich auf den antiimperialistischen Kampf in Asien und Afrika. Über Charakter und Spezifität der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in Lateinamerika vgl. F. Trappen/M. Uschner, Notwendigkeit und Möglichkeit sozialökonomischer Umgestaltung in Lateinamerika, in: Einheit, 1970, H. 1; M. Kossok, Aktuelle Probleme der Befreiungsbewegung in Lateinamerika, in: ZfG, 1967, H. 8; L. Becerra, Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1969, H. 12.

2 Zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins. Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: ZfG, 1970, H. 3.

3 Vgl. H. Piazza, Die Konzipierung der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse in der kolonialen Frage durch Karl Marx und Friedrich Engels, in: Arbeiterklasse und nationaler Befreiungskampf. Wissenschaftl. Zeitschr. der Karl-Marx-Universität Leipzig, Ges.- u. Sprachwiss. R. 1963, Sbd. II.

4 Vgl. H. Piazza/W. Markov, Der Rote Oktober und der antikoloniale Befreiungskampf. Zur Einordnung der nationalen Befreiungsbewegung in den weltrevolutionären Prozeß, in: Studien zur marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie, Leipzig 1967; H. Piazza, Die antikoloniale Revolution in Theorie und Praxis der Kommunistischen Internationale, in: Studien über die Revolution, Berlin 1969.

keln kann, und konzipierte schließlich die Theorie, „daß die zurückgebliebenen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittenen Länder zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können, ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen.“⁵

Die Entfaltung des antiimperialistischen Kampfes in Asien und Afrika hat die Richtigkeit der Lehre Lenins von der nationalen und kolonialen Frage überzeugend bestätigt. Die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung sind zugleich welthistorische Siege des Marxismus-Leninismus und ein weiterer Beweis, „daß der Leninismus, der die grundlegenden Erfordernisse der gegenwärtigen Epoche ausdrückt, historisch im Recht ist“.⁶

Die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau widmete dem antiimperialistischen Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas große Aufmerksamkeit. Auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer revolutionären Erfahrungen gab sie allen antiimperialistischen Kräften Ziel und Orientierung für die Fortsetzung der Offensive gegen den Imperialismus. Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften sind aufgerufen, die Erkenntnisse des Weltforums der kommunistischen und Arbeiterparteien über den revolutionären Prozeß der Gegenwart zu verarbeiten und zu vertiefen. Zu den wichtigen Fragen, über die der marxistisch-leninistische Dialog weitergeführt werden muß, gehört die Bestimmung des historischen Platzes der nationalen Befreiungsbewegung im weltrevolutionären Prozeß und des dialektischen Verhältnisses von nationaler Befreiungsbewegung und Revolution im antiimperialistischen Kampf der Völker Asiens und Afrikas, insbesonders die Begriffsbestimmung und Wechselwirkung von nationaler Befreiungsbewegung, nationaler Befreiungsrevolution und nationaldemokratischer Revolution. In der sowjetischen Wissenschaft ist eine wissenschaftliche Diskussion über diese Problematik im Gange.⁷ Mit den folgenden Ausführungen soll in Thesenform unser Standpunkt zu einigen Aspekten der Diskussion geäußert werden.

*

Der Begriff „nationale Befreiungsbewegung“ wird in der marxistisch-leninistischen Literatur benutzt, um die Klassenkräfte in Asien und Afrika zu bestimmen, die mit unterschiedlicher Konsequenz auf die Befreiung ihrer Länder von der antinationalen Herrschaft des Imperialismus in allen ihren Erscheinungsformen, ein-

5 W. I. Lenin, Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 31, S. 232.

6 Zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins. Aufruf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1969, S. 48.

7 N. A. Simonija, Ob osobennostjach nacional'no-osvoboditel'nych revoljucij, Moskva 1968; V. L. Tjagunenko, Problemy sovremennych nacional'no-osvoboditel'nych revoljucij, Moskva 1966; Nacional'no-osvoboditel'noe dviženie v Azii i Afrike. Na novom puti, Moskva 1968; G. F. Kim/A. Kaufman, Leninizm i nacional'no-osvoboditel'noe dviženie, Moskva 1969; R. Uljanowski, Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1969, H. 9.

schließlich ihrer inneren Existenzbedingungen, hinwirken. Der Begriff erfaßt sowohl die Triebkräfte des antiimperialistischen Kampfes in einem einzelnen Lande als auch – bei seiner Anwendung im weitesten Sinne – die weltweite, antiimperialistische, allgemein-demokratische Gesamtbewegung im Bereich aller Länder, die kolonialer oder neokolonialistischer Unterdrückung ausgesetzt sind und noch nicht den Übergang zur sozialistischen Revolution vollzogen haben.

Den Wendepunkt für die Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung bildete die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Erst sie schuf die grundlegenden Bedingungen dafür, daß die isolierten nationalen Bewegungen erstarkten, zu einer wichtigen Front des weltweiten antiimperialistischen Kampfes und zu einem aktiven und wesentlichen Faktor des revolutionären Prozesses in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wurden und eine siegreiche Perspektive erhielten. Die Russische Sowjetrepublik, schrieb Lenin, „gruppiert um sich unvermeidlich einerseits die Rätebewegungen der fortgeschrittenen Arbeiter aller Länder, andererseits alle nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völker, die sich durch bittere Erfahrung davon überzeugen, daß es für sie keine andere Rettung gibt als den Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus“.⁸

Der Grundwiderspruch unserer Epoche, der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wurde bestimmd für alle Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung, auch für die nationale Befreiungsbewegung. Lenin hob hervor: „Nur ... wenn wir in erster Linie die grundlegenden Unterscheidungsmerkmale verschiedener ‚Epochen‘ (nicht aber einzelner Episoden in der Geschichte einzelner Länder) in Betracht ziehen, können wir unsere Taktik richtig aufbauen; und nur die Kenntnis der Grundzüge einer bestimmten Epoche kann als Basis für die Beurteilung der mehr ins einzelne gehenden Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen.“⁹

An anderer Stelle erklärte Lenin: „Und es ist absolut klar, daß in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren und vielleicht eine viel größere Rolle spielen wird, als wir erwarten.“¹⁰

Der Zerfall des Systems der politischen Herrschaft des Kolonialismus auf der Grundlage des wachsenden internationalen Einflusses des Weltsozialismus in der Systemauseinandersetzung mit dem Imperialismus und der Siege der nationalen Befreiungsbewegung ist eine der wichtigsten Errungenschaften der revolutionären Kräfte unserer Zeit. Die Erringung der staatlichen Selbständigkeit schuf günstige Bedingungen für die vom Kampf der beiden Weltsysteme entscheidend beeinflußte neue Etappe der nationalen Befreiungsbewegung, in der die Frage nach dem weiteren Entwicklungsweg gestellt ist. Der nationale Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus begann, mit dem Klassenkampf für sozialen Fortschritt zu ver-

8 W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 134.

9 Ebenda, Bd. 21, S. 134.

10 Ebenda, Bd. 32, S. 505.

schmelzen. Die Rolle der nationalen Befreiungsbewegung im weltrevolutionären Prozeß gewann an Gewicht. Die Internationale Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien konnte deshalb feststellen: „*Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung.*“¹¹

Die wichtigste Bedingung für die erfolgreiche Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf um sozialen Fortschritt ist die Festigung der allseitigen Verbindungen mit dem sozialistischen Weltsystem und mit der kommunistischen Weltbewegung, die das sozialistische Bewußtsein in den weltrevolutionären Prozeß hineinträgt und an allen seinen Fronten eine führende oder wachsende Rolle spielt.

Die nationale Befreiungsbewegung hat im Unterschied zur internationalen Arbeiterbewegung keine einheitliche Klassengrundlage, sondern besteht aus klassenmäßig verschiedenen Kräften.

In der Etappe des Kampfes um die politische Unabhängigkeit umfaßte die nationale Befreiungsbewegung eine breite Palette nationaler Kräfte – unterschiedlich im Grad ihrer politischen Organisiertheit –, die nur direkt an die imperialistische Kolonialmetropole gebundene parasitäre Elemente ausschloß und vom Proletariat über die Bauernschaft, die Zwischenschichten bis zur einheimischen Bourgeoisie reichte und in bestimmten Fällen selbst feudale Kräfte einbezog.

Zur fortschrittlichsten und in zunehmendem Maße auch aktivsten Kraft in der nationalen Befreiungsbewegung wurde die Arbeiterklasse. Ihre kommunistischen Parteien begannen, in Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie und dem reaktionären Nationalismus um die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Befreiungsbewegung zu kämpfen. Das widersprüchlichste Element der Bewegung war die einheimische Bourgeoisie. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Triebkräften der Bewegung waren zwar durch die unterschiedlichen Klassenpositionen gegeben; sie brachen bisweilen auch offen aus, traten aber im allgemeinen hinter dem gemeinsamen Hauptgegensatz zur imperialistischen Kolonialmacht zurück. Von der Klassenkräftekonstellation innerhalb der nationalen Befreiungsbewegungen und der Konsequenz der revolutionären Aktionen der Volksmassen hing es ab, in welchem Ausmaß den durch die Erfolge des Weltsozialismus und die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus geschwächten Kolonialmächten das Recht auf nationale Selbstbestimmung abgewonnen wurde.

Übten rechte Kräfte, klassenmäßig unterschiedlich determiniert, zumeist jedoch der Bourgeoisie zugehörig, im nationalen Bündnis die Hegemonie aus, so suchten sie die kämpfenden Volksmassen frühzeitig zu verraten, die nationale politische Unabhängigkeit auf dem Wege weitgehender Kompromisse und Zugeständnisse an den Imperialismus zu erreichen und die Bewegung in Bahnen zu lenken, die ihren Klasseninteressen entsprachen. Die antikoloniale Position der bourgeois Führungs Kräfte wurde letztlich von dem Wunsch diktiert, ihre politische Herrschaft mit dem

¹¹ Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969, Berlin 1969, S. 12.

Ziel vorzubereiten, einen bürgerlich-kapitalistischen Staat zu errichten, der eine ungeteilte Profitsicherung ermöglichte.

Günstigere Voraussetzungen für die soziale Vertiefung des revolutionären Prozesses bestanden dort, wo die politische Selbstständigkeit durch konsequente Aktionen der Volksmassen erkämpft wurde, die unter der Hegemonie revolutionär-demokratischer Kräfte standen. In diesem Falle nahmen die Aktionen der nationalen Befreiungsbewegung häufig die Qualität einer Revolution an. Ihre nachhaltigste Wirkung erreichte die nationale Befreiungsbewegung dort, wo sie im Kampf gegen die Kolonialherrschaft von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführt wurde.

Mit der Erringung der staatlichen Selbstständigkeit im Prozeß des Zerfalls des imperialistischen Kolonialstaates wurde die nationale Befreiungsbewegung in zahlreichen der befreiten Staaten aus einer oppositionellen zu einer staatbildenden Kraft. Die Möglichkeit, staatliche Mittel einzusetzen, wurde zu einer neuen Erscheinung der nationalen Befreiungsbewegung und stärkte ihr Potential im antiimperialistischen Kampf. Doch die objektive Notwendigkeit der Entscheidung des Kampfes um den künftigen Entwicklungsweg führte zur weiteren Differenzierung und Polarisierung, zu einer Vertiefung des sozialen, politischen und ideologischen Klärungsprozesses innerhalb der Bewegung. Die Klassenwidersprüche traten an die Oberfläche und gewannen an Bedeutung. Zum entscheidenden Kriterium für die weitere Zugehörigkeit zur nationalen Befreiungsbewegung wurde für alle Klassen und Schichten die Bereitschaft zum Kampf für die Festigung der politischen Unabhängigkeit und die ökonomische Befreiung vom Imperialismus auf dem Wege des sozialen Fortschritts. Unter den Bedingungen unserer Epoche wird das Wesen der Befreiungsbewegung nach Erringung der politischen Selbstständigkeit – wie jeder demokratischen Bewegung der Gegenwart – von der Entschlossenheit und Fähigkeit geprägt, im antiimperialistischen und in zunehmendem Maße auch antikapitalistischen Kampf über den bürgerlichen Demokratismus hinauszugehen und günstige Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen. Wesensbestimmend für die nationale Befreiungsbewegung ist nicht mehr ihr „gesamtnationaler“ Charakter, sondern ihre soziale Klassenposition. Die sozialen Elemente des revolutionären Prozesses treten immer stärker hervor.

Der Klassenkampf um die Entscheidung des Entwicklungsweges wird gesetzmäßig zum Ausscheiden von Klassengruppierungen aus der Befreiungsbewegung führen, die ihrer antikolonialen Vergangenheit entsagen, vom Imperialismus profitieren und entschlossen sind, in enger Anlehnung und im Bündnis mit dem internationalen Monopolkapital kapitalistischen Produktionsverhältnissen den Weg zu ebnen. Die Fortsetzung des antiimperialistischen Kampfes stößt auf den zunehmenden Widerstand dieser bürgerlich-reformistischen Kräfte, deren rechter Flügel selbst ein Bündnis mit jenen reaktionären feudalen und bourgeois Gruppen nicht scheut, die durch ihre Kollaboration mit der ehemaligen Kolonialmacht diskreditiert sind.

Aber gleichzeitig wird sich im Prozeß der sozialen Vertiefung des Kampfes die Basis der Bewegung erweitern und festigen, die von der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauernschaft, der revolutionären Intelligenz, dem überwiegenden Teil der

kleinbürgerlichen Zwischenschichten und jenen Gruppierungen der einheimischen Bourgeoisie gebildet wird, die sich antiimperialistische Positionen bewahrt haben. Zur bestimmenden Tendenz in der Entwicklung der Klassenkräfte und ihrer Rolle im antiimperialistischen Kampf wird das Wachstum der Arbeiterklasse, die mit fortschreitender Organisierung und politisch-ideologischer Reife den ihr gesetzmäßig zukommenden Platz in der nationalen Befreiungsbewegung einnehmen wird. Ange-sichts der Vertiefung des Widerspruchs zwischen den Volksmassen und der inneren und äußeren Reaktion wird die nationale Befreiungsbewegung immer mehr zu einer Massenbewegung der werktätigen Klassen und Schichten, deren Kampf sich sowohl gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch das internationale Monopolkapital als auch gegen die einheimischen Ausbeuter richtet. Vergeblich sind die Versuche der Theoretiker des Antikommunismus, der Arbeiterklasse unter Hinweis auf ihre komplizierten Entwicklungsbedingungen die Fähigkeit abzusprechen, in der nationalen Befreiungsbewegung eine selbständige, einflußreiche und schließlich führende Position einzunehmen.

Im Kampf gegen den imperialistischen Hauptfeind und die innere Reaktion sind die gemeinsamen antiimperialistischen Interessen der an der Verwirklichung der Hauptaufgaben der nationalen Befreiungsbewegung interessierten Klassen und Schichten die Triebkraft des Fortschritts. Aber das Zusammenwirken der verschiedenen antiimperialistischen, antifeudalen und demokratischen Kräfte in der neuen Etappe der nationalen Befreiungsbewegung ist kein konfliktloser Prozeß. Mit dem Vorwärts-schreiten der Bewegung entstehen Widersprüche, die im Interesse des erfolgreichen antiimperialistischen Kampfes einer raschen Lösung auf friedlichem Wege und auf der Grundlage der Demokratie und des sozialen Fortschritts bedürfen. Einerseits nutzen keine Lösungen, die dem Charakter der Bewegung widersprechen und die zur Teilnahme am Kampf gegen den Imperialismus fähigen Kräfte der Bourgeoisie aus dem Bündnis drängen. Andererseits werden jene reaktionären bourgeois Gruppierungen neutralisiert und aus ihren gesellschaftlichen und politischen Positionen innerhalb der Befreiungsbewegung abgelöst werden, die im Interesse des Imperialismus auf ihre Spaltung hinarbeiten, nicht bereit sind, für die Verwirklichung des allgemeindemokratischen Programms einzutreten und sich als erbitterte Feinde des sozialen Fortschritts erweisen. Die wachsende politische Rolle und das zunehmende Gewicht der Arbeiterklasse, das Bündnis mit der Bauernschaft und die unter dem Einfluß der Erfolge des Weltsozialismus und der negativen Erfahrungen mit der kapitalistischen Entwicklung voranschreitende ideologische Profilierung in Rich-tung des wissenschaftlichen Sozialismus sind die Garantie dafür, daß die nationale Befreiungsbewegung ihre historische Mission im revolutionären Weltprozeß erfüllen wird. Doch da der Widerspruch zum Imperialismus den nationalen Rahmen sprengt, kann er letztlich nur im internationalen Bündnis mit dem sozialistischen Weltsystem überwunden werden.

Der Begriff „nationale Befreiungsbewegung“ erfaßt – analog der Anwendung des Begriffs „Arbeiterbewegung“ – nicht nur die Träger des antiimperialistischen Kampfes, sondern auch ihre Aktionen. W. I. Lenin sagte in diesem Zusammenhang: „Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epo-

che, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unterentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.“¹² Unter diesem Aspekt findet der Begriff auch in den Dokumenten der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Anwendung.

Bei der Begriffsbestimmung in diesem Sinne ging es darum, die antikolonialen, antiimperialistischen, antifeudalen und schließlich auch antikapitalistischen Aktio-nen zu bezeichnen, die zwar in vielen Fällen den objektiven Erfordernissen entspre-chen, in ihrer Zielsetzung, ihrer Führung, in der Breite der an ihr beteiligten Kräfte, dem Niveau ihrer Organisiertheit sowie in ihren Ergebnissen noch nicht allen Merk-malen gerecht werden, die eine Revolution kennzeichnen.

W. I. Lenin hat den Begriff „nationale Befreiungsbewegung“ wiederholt in die-sem Sinne benutzt. So schrieb er 1913 unter Bezug auf Indonesien, daß die dort existierende „revolutionär-demokratische Bewegung“ als „demokratische Bewe-gung“ gegen den holländischen Despotismus und die Willkürherrschaft für die „ele-mentaren Menschenrechte, für die Demokratie“ und damit als übliche Erscheinung einer „vorrevolutionären Periode“ zu betrachten sei.¹³ 1922 verwies er darauf, daß die Völker des Ostens zu politischem Leben erwacht sind und dort die Bedingun-gen für eine „heranreifende Revolution“¹⁴ entstehen.

Durch die vielfältigen, in den einzelnen Ländern oft unterschiedlichen Aktionen der Befreiungsbewegung, die insbesondere dort eine zielgerichtete, bewußte und damit höhere Form erreichen, wo ihr die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-lenini-stische Partei das Gepräge geben, werden quantitative Veränderungen vollzogen, die jedoch „keine starre Alternative zur Revolution“ darstellen, sondern „in Wir-kung und Rückwirkung dialektisch mit ihr verbunden“¹⁵ sind.

Wie der Charakter der nationalen Befreiungsbewegung, so wird auch der histori-sche Platz und die Funktion der nationalen Befreiungsrevolution entscheidend vom Charakter unserer Epoche bestimmt. Das bedeutet vor allem:

1. Die Möglichkeit des Sieges nationaler Befreiungsrevolutionen wurde durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution geschaffen und ist gegenwärtig dialektisch mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Weltsozialismus in der Systemauseinandersetzung unserer Zeit verbunden. Es gibt keinen Sieg der natio-nalen Befreiungsrevolutionen ohne eine erfolgreiche Entwicklung des sozialisti-schen Weltsystems, der Hauptterrungenschaft der sozialen Revolution des interna-tionalen Proletariats. „Es versteht sich von selbst“, sagte Lenin bereits 1919, „daß die revolutionäre Bewegung der Völker des Ostens sich heute nur in unmittelbarer

12 W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 53.

13 Ebenda, Bd. 19, S. 68 f.

14 Ebenda, Bd. 33, S. 336.

15 E. Engelberg, Fragen der Evolution und Revolution in der Weltgeschichte, in: ZfG, 1965, SH, S. 11.

*Verbindung mit dem revolutionären Kampf unserer Sowjetrepublik gegen den internationalen Imperialismus erfolgreich entwickeln und ihr Ziel erreichen kann.*¹⁶

2. In unserer Epoche haben die nationalen Befreiungsrevolutionen das Ziel, die Befreiung von der Kolonialherrschaft zu erzwingen und im Kampf um die Verwirklichung eines allgemein-demokratischen Programms, insbesondere durch die Festigung der Nationalstaatlichkeit und die Erringung der ökonomischen Selbständigkeit vom Imperialismus, wesentliche objektive und subjektive Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen.

3. Als Bestandteil des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind die nationalen Befreiungsrevolutionen zugleich Teil der sozialistischen Weltrevolution, die einen komplexen, vielschichtigen, sich über eine Epoche erstreckenden Prozeß darstellt, in dem sich verschiedene Elemente miteinander verbinden. Lenin hat diesen für die revolutionäre Strategie und Taktik des antiimperialistischen Kampfes grundlegenden Gedanken wiederholt und nachdrücklich hervorgehoben. Er erklärte: „*Somit wird die sozialistische Revolution nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein, nein, sie wird ein Kampf aller vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder aller abhängigen Länder gegen den internationalen Imperialismus sein.*“¹⁷ Und weiter: „*Wer eine ‚reine‘ soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben.*“¹⁸ Denn „*zu glauben, daß die soziale Revolution denkbar ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums mit allen seinen Vorurteilen, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben, heißt der sozialen Revolution entsagen.*“¹⁹

Die Hauptstoßrichtung der nationalen Befreiungsrevolution zielt auf die völlige Beseitigung der antinationalen imperialistischen Herrschaft und ihres Einflusses in allen Bereichen der Gesellschaft. Damit ist zunächst der klassenmäßige Ausgangspunkt dieser Revolution bestimmt: Es sind Revolutionen antiimperialistisch-demokratischen Inhalts. Allerdings unterscheiden sie sich von den antiimperialistisch-demokratischen Revolutionen in den Hochburgen des Kapitals unter anderem dadurch, daß sie auch in der dem Kampf um die politische Befreiung folgenden Etappe eine doppelte, dialektisch verknüpfte Funktion erfüllen: die Beseitigung sowohl der fremden, von außen aufgezwungenen, direkten oder indirekten imperialistischen Unterdrückung als auch die Ausschaltung der einheimischen proimperialistischen Klassenkräfte. Daraus leitet sich die enge Verbindung von nationalem und sozialem Inhalt der Befreiungsrevolution ab. Der nationale Faktor behält auch nach der Erringung der Eigenstaatlichkeit im Prozeß der sozialen Vertiefung des

antiimperialistischen Kampfes einen wesentlichen Einfluß auf die revolutionäre Entwicklung in den befreiten Ländern.

Mit der Klassifizierung der nationalen Befreiungsrevolutionen als antiimperialistisch-demokratische Revolutionen stellt die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie klar, daß es außerhalb der zwei großen Klassen von Revolutionen – der bürgerlichen, die in unserer Epoche als antiimperialistisch-demokratische Revolutionen in Erscheinung treten, und der sozialistischen – nicht „*etwa eine ‚dritte‘ Kategorie der ‚Kolonialrevolutionen*“²⁰ gibt, die sich gewissermaßen zwischen Kapitalismus und Sozialismus einen Weg bahnen und die Voraussetzungen für eine „*dritte*“ sozialökonomische Formation schaffen.

Die Einordnung der nationalen Befreiungsrevolutionen in die Kategorie der antiimperialistisch-demokratischen Revolutionen in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus schließt aus, sie auf eine Stufe mit den bürgerlich-demokratischen Revolutionen im Zeitalter des aufsteigenden Kapitalismus zu stellen, deren Wesen darin bestand, die kapitalistische Entwicklung zu sichern. Unter den Bedingungen unserer Zeit ist vielmehr die Grundtendenz jeder nationalen Befreiungsrevolution antikolonialistisch, antiimperialistisch und in zunehmendem Maße antikapitalistisch. „*Die objektiven Aufgaben der kolonialen Revolution sprengen schon deshalb den Rahmen der bürgerlichen Demokratie, weil ein entscheidender Sieg dieser Revolution unvereinbar ist mit der Herrschaft des Weltimperialismus.*“²¹ Eine konsequente Lösung der antiimperialistisch-demokratischen Ziele kann nicht auf kapitalistischem Wege, sondern nur durch revolutionär-demokratische, unweigerlich gegen den Kapitalismus gerichtete, Umgestaltungen erfolgen.

Bedingung für die Verwirklichung der objektiven Zielstellung der nationalen Befreiungsrevolution und für das Überschreiten der bürgerlich-demokratischen Grenzen ist jedoch eine grundlegende Veränderung der politischen Machtverhältnisse zugunsten konsequent antiimperialistischer, auf den Sozialismus orientierter Klassenkräfte. Nur eine mit revolutionärer Konsequenz geführte nationale Befreiungsrevolution wird den bürgerlich-demokratischen Rahmen überschreiten und die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution schaffen.

Die Feststellung von der zunehmend antikapitalistischen Tendenz der nationalen Befreiungsrevolution bedeutet nicht, daß unmittelbar sozialistische Aufgaben (auch nicht auf der Stufe ihrer höchsten Entfaltung) im Mittelpunkt dieser revolutionären Umwälzung stehen. Historisch dominiert in dieser Revolution die Lösung allgemeindemokratischer Probleme im Kampf gegen den Imperialismus, die feudalen Kräfte und die reaktionäre Oberschicht der einheimischen Bourgeoisie.

In zunehmendem Maße wird der Begriff „*nationale Befreiungsrevolution*“ in der marxistisch-leninistischen Literatur im weiteren, allgemeinhistorischen Sinne gebraucht. Das heißt, die nationale Befreiungsrevolution wird als ein revolutionärer

16 W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 136.

17 Ebenda, S. 144.

18 Ebenda, Bd. 22, S. 364.

19 Ebenda, S. 363.

20 H. Piazza, Die antikoloniale Revolution, S. 507.

21 Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 47.

Prozeß der qualitativen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden, der sich über eine ganze historische Epoche erstreckt und sich unter Umständen im Wechsel von evolutionären und revolutionären Perioden durchsetzt. Der Übergang von vorkapitalistischen und frühkapitalistischen Verhältnissen zum Sozialismus kann auch keine einmalige, auf einen kurzen Zeitraum beschränkte Handlung sein. Für die ehemals kolonialen und abhängigen Völker wird der Gesamtprozeß der nationalen Befreiungsrevolution vielmehr im allgemeinen in zwei Etappen realisiert: 1. in der Etappe des antiimperialistisch-antikolonialen Kampfes um die Erringung der nationalen Eigenstaatlichkeit und 2. in der Etappe des antiimperialistischen, allgemein-demokratischen Kampfes um die Weiterführung und Vollendung der nationalen Befreiungsrevolution.

Die Erringung der politischen Unabhängigkeit bedeutet nicht die Vollendung der nationalen Befreiungsrevolution, sondern nur den Abschluß ihrer ersten Etappe. Die politische Unabhängigkeit wird zur Fiktion, wenn die Revolution nicht weitergeführt wird und qualitative Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen durchsetzt. Der bestimmende Widerspruch in der zweiten Etappe der nationalen Befreiungsrevolution, gewissermaßen ihre ökonomische Basis, „ist der Widerspruch zwischen den Erfordernissen der selbständigen wirtschaftlichen Entwicklung der unterdrückten Völker und der Herrschaft der imperialistischen Monopole. Dieser Konflikt ist Bestandteil des allgemeinen Widerspruchs zwischen den Erfordernissen der Produktivkräfte in der kapitalistischen Welt und dem sie fesselnden Rahmen der sozialökonomischen Verhältnisse des Imperialismus.“²²

Wo die einheimische Bourgeoisie oder der konservativ-nationalistische Flügel des Kleinbürgertums über die politische Macht verfügen, ein kapitalistischer Weg beschritten wird oder die Entscheidung über den weiteren Entwicklungsweg noch aussteht, kommt die Revolution im allgemeinen zum Stillstand, beginnt eine Periode evolutionärer Prozesse mit allen ihren in jeder Klassengesellschaft mehr oder weniger ausgeprägten Widersprüchen. Eine Reihe bürgerlich-demokratischer Reformen wird zwar in Angriff genommen, aber die gesellschaftliche Praxis in den Ländern, in denen die Bourgeoisie die Macht ausübt, beweist letztlich die Perspektivlosigkeit einer kapitalistischen Entwicklung.

Der Kampf um den Entwicklungsweg wird damit gleichzeitig für die fortschrittlichen Kräfte zum Kampf um die Weiterführung und Vollendung der nationalen Befreiungsrevolution.

Die Etappe des antiimperialistisch-allgemeindemokratischen Kampfes um die Weiterführung und Vollendung der nationalen Befreiungsrevolution wird sich in den meisten Ländern Asiens und Afrikas unter den Bedingungen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges vollziehen. Der Übergang einer Reihe ehemals kolonialunterdrückter Länder auf den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg ist die wichtigste Gegenwarterscheinung im antiimperialistischen Kampf der Völker Asiens und Afrikas nach der Beseitigung der imperialistischen Kolonialherrschaft. Die sozialistische Orientierung dieser Staaten ist ein bedeutender Erfolg der revolu-

22 K. Brutenc, Ractušaja Revolucionnaja Sila, in: Pravda, 22.1.1970.

tionären Kräfte über den Imperialismus, Ausdruck einer neuen Qualität im anti-imperialistischen Kampf der befreiten Völker, ein wichtiger Schritt in der Entwicklung und Erweiterung des weltrevolutionären Prozesses in unserer Epoche und ein Merkmal der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Zerrüttung seines globalen Ausbeutungssystems.

Ihre erste Bestätigung fand die marxistisch-leninistische Theorie des Übergangs schwachentwickelter Länder zum Sozialismus in der gesellschaftlichen Praxis der Sowjetrepubliken Mittelasiens und der Mongolischen Volksrepublik. Die gesicherten Erfahrungen dieser Völker, die im unmittelbaren Klassenbündnis mit der Sowjetmacht innerhalb einer Generation die großen Schwierigkeiten des Übergangs vom Feudalismus zum Sozialismus unter Umgehung der kapitalistischen Formation meisterten, großartige Erfolge auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erzielten und heute in einer Reihe mit den anderen sozialistischen Brudervölkern voranschreiten, sind – bei Beachtung der unterschiedlichen konkreten Bedingungen – von unschätzbarem, grundsätzlichem Wert für alle Völker, die in der Gegenwart für die Durchsetzung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges kämpfen. Konnte sich unmittelbar nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die nichtkapitalistische Entwicklung nur im direkten Wirkungsbereich der Sowjetmacht durchsetzen, so sind in unserer Zeit die Möglichkeiten für die Fortführung des Übergangs ökonomisch zurückgebliebener Länder zum Sozialismus unter Vermeidung der kapitalistischen Gesellschaftsformation breiter und vielfältiger geworden. Die nichtkapitalistische Entwicklung ist heute eine reale Erscheinung im antiimperialistischen Kampf der Völker Asiens und Afrikas, der allgemeine Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen. Die folgenden Faktoren machen den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu einer objektiven Notwendigkeit:

1. Die Macht des sozialistischen Weltsystems, das im internationalen Maßstab die Rolle der politischen Vorhut gegenüber den Völkern erfüllt, die im Kampf um ihre vollständige Befreiung vom Imperialismus stehen, ist der entscheidende Faktor, der die Entwicklung auf dem nichtkapitalistischen Weg real macht. Sein zunehmender weltpolitischer Einfluß und seine Wechselbeziehungen zur nationalen Befreiungsbewegung schränken nicht nur die Möglichkeiten des Exports der Konturrevolution ein, sondern fördern objektiv die Positionen der für den sozialen Fortschritt kämpfenden Kräfte. Die von den Ländern des Weltsozialismus, insbesonders der Sowjetunion, gesammelten Erfahrungen in der Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie sind ein unentbehrlicher Kompaß für die revolutionären Kräfte der Länder Asiens und Afrikas im Kampf um die Durchsetzung der nichtkapitalistischen Entwicklung. Der Ausgang dieses Kampfes wird maßgebend bestimmt von der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Weltsozialismus in der Systemauseinandersetzung unserer Zeit.

2. Der zweite Faktor, der den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zur objektiven Notwendigkeit werden läßt, ist die unter der Wirkung des Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ständig zunehmende Polarisierung des Reichtums und der Armut im internationalen Maßstab der kapitalistischen Welt, der Verschärfung des Widerspruchs zwischen dem national-souveränen Über-

bau der befreiten Staaten und den Erfordernissen einer selbständigen wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und ihrer vom internationalen Monopolkapital weitgehend abhängigen ökonomischen Basis, der imperialistisch-neokolonialistischen Unterdrückungs- und Ausbeuterpolitik andererseits. Der Imperialismus läßt unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die nichtgleichberechtigte Stellung der befreiten Länder Asiens und Afrikas im kapitalistischen Wirtschaftssystem noch deutlicher werden.

Unter den neuen Bedingungen des weltumspannenden revolutionären Prozesses und des wachsenden Einflusses des sozialistischen Weltsystems ist die nichtkapitalistische Entwicklung der „*Hauptweg für das Abrücken eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung Asiens und Afrikas vom Kapitalismus*“²³ Unter den Bedingungen unserer Epoche gibt es kein Land mehr, das infolge der Unreife seiner ökonomischen Voraussetzungen sich nicht auf den Sozialismus orientieren könnte. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg wird – abhängig von den konkreten Ausgangsbedingungen – äußerst vielfältige Formen annehmen. Doch seine allgemeine Gesetzmäßigkeit, sein Wesen besteht in der Schaffung der materiell-technischen, sozialen, ökonomischen, politischen, ideologischen und kulturellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus durch bewußte und zielgerichtete strukturverändernde Umgestaltungen im Prozeß der Umgebung bzw. des Abbrechens der kapitalistischen Entwicklung.

Die in der nichtkapitalistischen Entwicklung durchzuführenden Umgestaltungen stellen einen Komplex antiimperialistischer, antifeudaler und in zunehmendem Maße antikapitalistischer Maßnahmen dar. Diese Feststellung bedeutet, daß die nichtkapitalistische Entwicklung die Orientierung auf den Sozialismus einleitet, ohne unmittelbar sozialistische Aufgaben zu bewältigen. Sie schafft auch keine eigenständige sozialökonomische Formation, sondern sie hilft, die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse vorzubereiten. Historisch dominiert in der nichtkapitalistischen Entwicklung die Verwirklichung eines allgemein-demokratischen und sozialen Programms im Kampf gegen den Imperialismus, die feudale Reaktion sowie die reaktionäre Oberschicht der einheimischen Bourgeoisie und die ihr sozial und politisch verbundenen Schichten.

Der Übergang von der zurückgebliebenen Mehrsektorenwirtschaft zum Sozialismus auf dem Wege der nichtkapitalistischen Entwicklung ist ein komplizierter und langwieriger Prozeß, der sich über Jahrzehnte erstreckt. Lenin wies eindringlich darauf hin, daß es in der Praxis des Klassenkampfes erforderlich ist, jene Zwischenglieder zu finden, die die gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus vorantreiben.

Gewöhnlich wird in der marxistisch-leninistischen Literatur die Etappe revolutionärer Veränderungen, in der sich die Weiterführung und schließliche Vollendung der nationalen Befreiungsrevolution vollzieht, als nationaldemokratische Revolution bezeichnet. Die nichtkapitalistische Entwicklung ist die hauptsächliche Erscheinungsform der nationaldemokratischen Revolution. In der nationaldemokra-

²³ Uljanowski, S. 1241 f.

tischen Revolution kommen die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des weltrevolutionären Prozesses unserer Zeit durch folgende Besonderheiten zum Ausdruck:

1. Die Hauptfunktion der nationaldemokratischen Revolution wird vom Wesen der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus determiniert. Sie besteht darin, die antiimperialistisch-demokratische Umwälzung zu vollenden und die sozialistische Revolution vorzubereiten. Sie ist eine Revolution, die im Prozeß der nichtkapitalistischen Entwicklung eine Übergangsgesellschaft mit ebensolchen Produktionsverhältnissen schafft; die die antagonistischen gesellschaftlichen Widersprüche nicht löst, aber ihre Aufhebung durch den Sozialismus vorbereitet.

2. Die Hauptstoßrichtung der nationaldemokratischen Revolution zielt gegen die Ausbeutung und den Druck des ausländischen Imperialismus und seine inneren ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Existenzbedingungen, gegen die mit ihm kollaborierenden Klassenkräfte. Diese doppelte Stoßrichtung schafft schwierige und komplizierte Klassenkampfbedingungen. Einerseits behält der nationale Faktor auch im Prozeß der sozialen Vertiefung des antiimperialistischen Kampfes aktiven Einfluß auf den revolutionären Prozeß, andererseits vollzieht sich die nationaldemokratische Revolution durch das konterrevolutionäre Klassenbündnis der inneren Reaktion mit dem ausländischen Imperialismus nicht mehr im „gesamtnationalen“ Interesse.

3. Der Grundgedanke der strategischen Orientierung der nationalen Befreiungsbewegung auf den Vollzug der nationaldemokratischen Revolution besteht darin, daß für den Aufbau des Sozialismus zunächst der Übergang zu einer vom werktätigen Volk geprägten Demokratie notwendig ist. Dabei wird der Kampf um Demokratie wie in jeder echten antiimperialistisch-demokratischen Revolution unserer Epoche nicht auf die Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie reduziert. Es handelt sich vielmehr um eine revolutionäre Demokratie, die sich gegen den Imperialismus und seine inneren Verbündeten richtet, die vom werktätigen Volk geprägt wird. Elemente des Sozialismus und die Tendenz der Weiterentwicklung zur sozialistischen Demokratie einschließt. Dieser dialektische Zusammenhang zwischen dem Kampf um die Lösung demokratischer Aufgaben und der Schaffung der Voraussetzungen des Sozialismus beruht auf der Leninschen Idee vom Hinüberwachsen der nationalen in die soziale, der antiimperialistisch-demokratischen in die sozialistische Revolution.²⁴

4. Die Grundthese Lenins über die entscheidende Bedeutung des qualitativen politischen Machtwechsels beim Übergang zu einer echten Revolution trifft auch für die nationaldemokratische Revolution zu. Die Bourgeoisie ist als Klasse unfähig, die nationaldemokratische Revolution zu führen. Sie lehnt es ab, den Übergang zum Sozialismus als einen objektiv unvermeidlichen, gesetzmäßigen Prozeß unserer Epoche anzuerkennen. Ihr muß in jedem Falle das Monopol der politischen Macht durch eine zur Weiterführung der Befreiungsrevolution bereite und zum Kampf für die Verwirklichung eines allgemein-demokratischen Programms entschlossene politische Kraft entzogen werden.

²⁴ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 300 f.

Bei genügender Reife und Organisiertheit übt das Proletariat die Hegemonie im Kampf um den Übergang zur nationaldemokratischen Revolution aus. Doch das wird angesichts der rudimentären sozialökonomischen Voraussetzungen der Ausnahmefall bleiben. In den meisten Ländern Asiens und Afrikas lässt das Klassenkräfteverhältnis die Hegemonie der Arbeiterklasse beim Übergang zu dieser neuen revolutionären Qualität nicht zu.

Die Spezifität dieses revolutionären Prozesses kommt gerade darin zum Ausdruck, daß unter den Bedingungen, da sich die Bourgeoisie als Klasse unfähig erweist, ein allgemein-demokratisches Programm auf dem Wege des sozialen Fortschritts zu realisieren, und die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage ist, unmittelbar an ihren Platz zu treten, revolutionär-demokratische Kräfte aus den Reihen der kleinbürgерlichen Intelligenz und patriotische Offiziere die Hegemonie in der nationaldemokratischen Revolution übernehmen und für antiimperialistische und antikapitalistische Umgestaltungen auftreten, die zum Sozialismus führen.

Die Möglichkeit der Führung der Revolution durch die revolutionäre Demokratie ist ein Beweis für die Erweiterung der sozialen Basis der weltrevolutionären Bewegung in unserer Epoche. Sie ergibt sich aus der Existenz des sozialistischen Weltsystems sowie aus der Logik des antiimperialistischen Klassenkampfes, der die konsequenten Kräfte des Kleinbürgertums zum Bruch mit dem Kapitalismus drängt. Gerade in der Tatsache, daß die Durchführung eines allgemein-demokratischen Programms nicht bis zu dem Moment aufgeschoben wird, da die Arbeiterklasse zur führenden Kraft der Gesellschaft geworden ist, kommt die strategische Bedeutung der vom Marxismus-Leninismus entwickelten Theorie der nationaldemokratischen Revolution zum Ausdruck. Die Ablehnung der Möglichkeit des Übergangs zur nationaldemokratischen Revolution unter der Hegemonie nichtproletarischer Klassenkräfte durch sektiererisch-pseudoradikale Elemente spaltet die antiimperialistische Einheitsfront, negiert die progressiven Potenzen der revolutionären Demokratie, hindert die Arbeiterklasse, ihre historische Mission zu erfüllen, und untergräbt das Bündnis zwischen den Hauptkräften des weltrevolutionären Prozesses.

5. Die nationaldemokratische Revolution ist der für die nichtkapitalistische Entwicklung typische revolutionäre Umwälzungsprozeß. Das bedeutet nicht, daß in jedem Falle der Übergang zur nationaldemokratischen Revolution und der Beginn der nichtkapitalistischen Entwicklung synchron verlaufen. Bei einer Klassenkräftekonstellation, die Gruppen der einheimischen Bourgeoisie bei der Machtausübung einschließt, wird die nationaldemokratische Revolution nur nach einer qualitativen Umgruppierung der politischen Machtverhältnisse zugunsten des revolutionär-demokratischen Blocks den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einschlagen. In diesem Falle vollzieht sich der Übergang zur nichtkapitalistischen Entwicklung nicht zu Beginn, sondern im Prozeß der sozialen Vertiefung der nationaldemokratischen Revolution.

Es wäre undialektisch, aus der Tatsache, daß sich in zahlreichen Ländern Asiens und Afrikas die zweite Etappe des nationalen Befreiungskampfes als nationaldemokratische Revolution vollziehen wird, ein für alle Länder mit einem vormonopoli-

stischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus allgemeingültiges Revolutionsschema abzuleiten. Die Möglichkeit ist vielmehr durchaus gegeben, daß einzelne Länder nach einer längeren Periode kapitalistischer Revolution die Annäherung an den Sozialismus unter Bedingungen vollziehen werden, die der Kräftekonstellation im Prozeß volksdemokratischer Revolutionen nahekommen.

Gegenwärtig befinden sich erst wenige Länder Asiens und Afrikas im Prozeß der nichtkapitalistischen Entwicklung. Die günstigen Bedingungen, die durch das Bestehen des sozialistischen Weltsystems gegeben sind, wirken natürlich nicht im Selbstlauf und führen nicht automatisch zum Übergang zur nichtkapitalistischen Entwicklung. Die Marxisten-Leninisten gingen stets davon aus, daß die Frage, ob und wie sich der Übergang zur sozialen Revolution vollzieht, vom konkreten Klassenkräfteverhältnis, von der Reife des subjektiven Faktors abhängt. Erst in dem Maße, wie sich die Volksmassen unter Führung revolutionärer Kräfte der Notwendigkeit konsequenter allgemeindemokratischer, letztlich auf den Sozialismus orientierter Umgestaltungen bewußt werden und zum Bruch mit dem Kapitalismus drängen, entstehen die inneren gesellschaftlichen Voraussetzungen für das Einschlagen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges. Die Haupttriebkraft, die die Abkehr vom Kapitalismus und eine sozialistische Ordnung zu garantieren vermag, sind die werktätigen Massen, insbesondere ihr organisierter Teil, die Arbeiterklasse.

Die Praxis des Klassenkampfes in den befreiten Ländern Asiens und Afrikas zeigt, daß die Hauptschichten der Werktätigen sich in zunehmendem Maße der Notwendigkeit bewußt werden, einen intensiven Kampf für sozialen Fortschritt zu führen, daß der antiimperialistische Protest Massencharakter anzunehmen beginnt.

Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg ist kein konfliktloser, ausschließlich von günstigen Bedingungen vorangetriebener Prozeß. Er ist ein Weg scharfen Klassenkampfes.

Der Imperialismus setzt mit seinem System politischer, ökonomischer, ideologischer und militärischer Expansionsmittel alles daran, die Ausdehnung des Sozialismus über das sozialistische Weltsystem hinaus zu verhindern. Die wichtigste soziale Stütze des Imperialismus gegen die nichtkapitalistische Entwicklung ist die einheimische bürokratische Bourgeoisie, die über bedeutende Machtpositionen im sozialökonomischen Bereich, im Staatsapparat und in den politischen Organisationen verfügt. Die bürokratische Bourgeoisie ist die Stoßkraft des Imperialismus und der inneren Reaktion (die in der antikolonialen Etappe der Befreiungsrevolution keine entscheidenden Verluste erlitt) gegen eine sozialistische Orientierung. Sie versucht, die werktätigen Massen von der Macht fernzuhalten, sie lehnt den Klassenkampf ab und erklärt die soziale Zusammenarbeit zur Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, huldigt ausgesprochen nationalistischen Positionen, stellt sich dem wissenschaftlichen Sozialismus entgegen, verlangt die Hinwendung zum bürgerlichen Parlamentarismus und fordert die politische, ökonomische und ideologische Annäherung an den Imperialismus. Diese konterrevolutionären Lösungen sind nicht originell. Ihre ideologische Verwandtschaft mit den imperialistischen und revisionistischen Theorien und Konzeptionen („pluralistische Industriegesell-

schaft“, Verabsolutierung der Rolle der „Technokraten“, „Revolution der Manager“ oder der „Elite“, Negierung der Rolle der Arbeiterklasse) ist offensichtlich. Hier findet die politisch-ideologische Strategie des Imperialismus, auf konvergenz-theoretischen Illusionen aufbauend, ihre klassenmäßigen Ansatzpunkte.

Die Tätigkeit der revolutionär-demokratischen Regimes entspricht weitgehend den objektiven Interessen der Volksmassen, und insbesondere in ihrer Position findet der neue antikapitalistische Inhalt des Kampfes der nichtproletarischen Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung seinen Ausdruck. Indem die revolutionäre Demokratie das marxistisch-leninistische Programm der Umgehung oder der Verkürzung der kapitalistischen Entwicklung in die Praxis umsetzt, unternimmt sie bedeutsame Schritte auf dem Wege des sozialökonomischen Fortschritts, die über den Rahmen des Kapitalismus hinausführen und die Annäherung an den wissenschaftlichen Sozialismus widerspiegeln.

Die revolutionär-demokratische Macht ist keine Diktatur des Proletariats. Die politische Grundlage der Macht ist ein breites Bündnis, das von den werktätigen Klassen und Schichten bis zu Teilen der einheimischen Bourgeoisie reicht und von nichtproletarischen revolutionär-demokratischen Kräften geführt wird. Das heißt, es fehlt eine einheitliche Klassengrundlage, die Macht wird zwischen verschiedenen antiimperialistischen Klassen und Schichten, die um den maßgebenden Einfluß ringen, geteilt. In dieser sozialen, politischen und ideologischen Heterogenität, in dem permanenten Druck der reaktionären Kräfte außerhalb und innerhalb des Bündnisses, in der noch vorhandenen Bindung an das kapitalistische Weltwirtschaftssystem, in der massenhaften Existenz der kleinen Warenproduktion, die ständig ein spontanes Wachstum des Kapitalismus erzeugt, und in dem kleinbürgerlichen Ursprung der Macht liegen die wesentlichen Ursachen für eine gewisse Labilität der revolutionär-demokratischen Regimes und eine Anfälligkeit für konterrevolutionäre Rückschläge.²⁵ Unter diesen Bedingungen kann die Machtfrage nicht endgültig entschieden werden. Die Doppelnatur der kleinbürgerlichen Macht äußert sich sowohl in einer primären antiimperialistischen, antifeudalen und antikapitalistischen Grundorientierung als auch in Tendenzen der Monopolisierung der Machtausübung, der Verzögerung echter Demokratisierungsmaßnahmen durch die Beteiligung der werktätigen Massen an der Macht, utopischen Illusionen und Vorbehalten gegenüber dem wissenschaftlichen Sozialismus und einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Jede revolutionäre Bewegung, die sich nicht entschließen kann, die Revolution konsequent auf die Ebene des Überbaus zu übertragen, eine optimale Synchronisation von Überbau- und Basisprozessen zu garantieren und den Einfluß der Bourgeoisie auf die Macht auszuschalten, muß auf halbem Wege stehenbleiben. In diesem Falle geht die Befreiungsbewegung nicht über den Rahmen quantitativer Veränderungen hinaus und unterläßt die entscheidenden Schritte in Richtung qualitativer Veränderungen der Produktionsverhältnisse.

²⁵ Vgl. M. Uljanowski, S. 1247 f.

Die revolutionär-demokratischen Kräfte, die auf Grund bestimmter historischer Voraussetzungen und als Spezifik der nichtkapitalistischen Entwicklung in Asien und Afrika die Hegemonie im Prozeß der nichtkapitalistischen Entwicklung ausüben, werden in der Perspektive die revolutionären Aufgaben nur dann lösen, wenn die nationaldemokratische Revolution zu einer echten Volksrevolution, zu einer Revolution von „oben“ und „unten“ wird, die ein festes Bündnis mit dem sozialistischen Weltsystem und der internationalen Arbeiterbewegung garantiert, die revolutionären Aktivitäten der Arbeiterklasse freisetzt, ihr den bestimmenden Einfluß im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft als Kern der nationaldemokratischen Front sichert²⁶, eine ihren Charakter nach revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern darstellt, die Produkt und zugleich Instrument der gesellschaftlichen Umwälzung ist und im Kampf um die Überwindung der vorkapitalistischen und kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Schaffung neuer sozialistischer Produktionsverhältnisse vorbereitet. Für die Vollendung der nationaldemokratischen Revolution und ihr Hinüberwachsen in die sozialistische Revolution ist eine vom werktätigen Volk, insbesondere von der Arbeiterklasse geprägte Demokratie unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei notwendige Vorausbedingung.

*

Auf der Grundlage dieser Überlegungen könnte der Begriff „nationale Befreiungsrevolution“ wie folgt gefaßt werden:

Die nationale Befreiungsrevolution in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist Teil der sozialistischen Weltrevolution, ein sich über einen längeren Zeitraum erstreckender revolutionärer Prozeß des anti-imperialistischen Kampfes um die Verwirklichung allgemein-demokratischer Aufgaben, ein Prozeß der qualitativen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Schaffung objektiver und subjektiver Voraussetzungen für den Sozialismus in jenen Ländern Asiens und Afrikas, die Bestandteil des imperialistischen Kolonialsystems waren.

Die nationale Befreiungsrevolution entwickelt sich aus der nationalen Befreiungsbewegung und kann zunächst unter Führung der verschiedensten Kräfte des nationalen Bündnisses stehen. Übernehmen und behaupten die einheimische Bourgeoisie oder konservativ-nationalistische Gruppen des Kleinbürgertums die Hegemonie der Revolution, so bleibt sie unvollendet. Gelangt ihre Führung jedoch unter dem Einfluß der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Weltsozialismus von Anfang an oder durch den sich objektiv vollziehenden Prozeß der Polarisierung der verschiedenen an ihrer Durchsetzung beteiligten Klassen und Schichten in die Hände revolutionär-demokratischer Kräfte, so kann sie sich zur nationaldemokratischen Revolution weiterentwickeln und somit zielgerichtet durch die Verwirklichung demokratischer Umgestaltungen auf dem Wege der nichtkapitalistischen Entwicklung die Voraussetzungen für den Übergang zur sozia-

²⁶ Vgl. Rede von L. I. Breschnew, in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, S. 191.

listischen Revolution schaffen. Die nationaldemokratische Revolution wächst dann mit zunehmender Konsequenz über die Grenzen einer antiimperialistisch-demokratischen Revolution hinaus und wird schließlich unter der Bedingung der Übernahme der Hegemonie durch die Arbeiterklasse und die vollständige Erfüllung ihrer Aufgaben in der sozialistischen Revolution dialektisch aufgehoben.

Beiträge des IMSF 2 **Mitbestimmung als Kampfaufgabe**

Grundlagen – Möglichkeiten – Zielrichtungen.

Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik

Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt/Main
Redaktion: Dr. von Heiseler, Dr. Jung,
Prof. Schleifstein, Dr. Steinhaus

348 Seiten, glanzkartoniert, DM 17.80
(erschienen im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln)

Kernstück der Studie ist eine soziologische Untersuchung in jeweils einem Konzerngroßbetrieb der Chemie-, der Automobil- und Stahlindustrie. Weitere Abschnitte behandeln u.a.

- Ideologische Strömungen zur Mitbestimmungsfrage im DGB
- Die Stellung der Unternehmer und der Parteien zur Mitbestimmung
- Grundlagen und Inhalt einer marxistischen Mitbestimmungskonzeption

In einem zusammenfassenden Abschnitt wird die Frage untersucht, welche Strategien die Arbeiterbewegung in der Mitbestimmungsfrage heute einschlagen kann. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß Mitbestimmung in ihrem Inhalt Erweiterung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten, ihrer Organisationen und Kontrolle des Großkapitals bedeuten muß, wenn echte Machtverschiebungen eingeleitet werden sollen.

Egon Dummer/Emil Langer

Die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung in Asien und Afrika und die Rolle der Kommunisten

Aus: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin 1971, Heft 1

Die von der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau kollektiv ausgearbeitete Analyse der Entwicklung des revolutionären Weltprozesses und seiner Hauptkräfte und das vereinbarte antiimperialistische Aktionsprogramm enthalten eine relativ umfassende Darstellung der Errungenschaften, Triebkräfte und Aufgaben sowie der bestimmenden Wesensmerkmale und gesetzmäßigen Entwicklungstendenzen der antiimperialistischen Bewegung in Asien und Afrika.¹ Das gilt gleichermaßen für die Charakteristik der Rolle der vom Kolonialismus befreiten Länder in der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus sowie der Ziele, des Inhalts und der spezifischen Methoden der Aktivitäten des internationalen Monopolkapitals gegen die nationalrevolutionären Bewegungen im allgemeinen und gegenüber den Staaten mit fortschrittlichen Regimes im besonderen. Damit wies die kommunistische Bewegung auch den Völkern Asiens und Afrikas auf lange Sicht Weg und Ziel ihres nationalen und sozialen Befreiungskampfes und demonstrierte so erneut ihre Rolle als Vorhut und koordinierendes Verbindungsglied aller antiimperialistischen Kräfte.

Die Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zum 100. Geburtstag *W. I. Lenins* und die Rede des Generalsekretärs der KPdSU, *L. I. Breschnew*, anlässlich dieses Jubiläums vermitteln viele neue Akzente, die für den gegenwärtigen Kampf um den Weg und die Perspektiven der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung von prinzipieller Bedeutung sind.² Sie weisen insbesondere nach, daß auch in den ehemals kolonialen Ländern die Probleme des sozialen Fortschritts nur in dem Maße gelöst werden können, wie die revolutionären Kräfte den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen, wie sie die allgemeinen Prinzipien und Erfahrungen des historischen Weges der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten schöpferisch anzuwenden verstehen.

Ausgehend von der Stellung der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung im revolutionären Weltprozeß der Gegenwart wird im folgenden versucht, einige wichtige Probleme des komplizierten Wachstumsprozesses der kommunistischen Bewegung in Asien und Afrika, die auch dort die konsequenteste Kraft im Kampf

1 Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969 (im folgenden: Internationale Beratung 1969), Berlin 1969, S. 14–18, 32–34, 36–42, 50–54, 189 bis 192.

2 Vgl. zum 100. Geburtstag *W. I. Lenins*. Thesen des Zentralkomitees der KPdSU, Berlin 1970, S. 44–49. – *L. I. Breschnew*: Die Sache Lenins lebt und siegt!, Rede auf der Festsitzung zum 100. Geburtstag *W. I. Lenins* in Moskau, Berlin 1970, S. 68–71.

gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für den gesellschaftlichen Fortschritt ist, zu skizzieren.

Zur Rolle der antiimperialistischen Bewegung im revolutionären Weltprozeß

Ein charakteristisches Merkmal des weltumspannenden Ringens der Völker um Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in unserer Zeit ist das Anwachsen der nationalen, antiimperialistischen Befreiungsbewegung in Asien und Afrika. Diese revolutionäre Strömung ist eine der drei Hauptkräfte des revolutionären Weltprozesses der Gegenwart, der wichtigste Bündnispartner des sozialistischen Weltsystems und der internationalen Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, für sozialen Fortschritt. Wie jede der Abteilungen der internationalen revolutionären Bewegung besitzt auch die nationale Befreiungsbewegung in Asien und Afrika ihre Spezifik, die sich aus der historischen Entwicklung der Länder dieser Kontinente, besonders aus dem durch jahrhundertelange koloniale Unterdrückung und Ausbeutung bedingten niedrigen Stand der Produktivkräfte und der sozialökonomischen Verhältnisse, ergibt. Diese historische Eigenart der früheren Kolonialhändler und der letzten unter Kolonialherrschaft verbliebenen Gebiete, auf die W. I. Lenin wiederholt hinwies, prägt maßgeblich den Charakter der Triebkräfte, die Ziele und Aufgaben der revolutionären Bewegung.³ Sie ist auch eine wesentliche Ursache für deren komplizierte, widersprüchliche und ungleichmäßige Entwicklung.

Die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung in ihrer gegenwärtigen Entwicklungsphase ist ihrem Charakter nach eine antiimperialisch-demokratische Bewegung. Ihr Inhalt wird im zunehmendem Maße durch den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt.

Der spezifische Anteil der nationalen Befreiungsbewegung am revolutionären Weltprozeß besteht hauptsächlich darin, daß jede siegreiche Befreiungsrevolution die politischen, militärischen und ökonomischen Positionen des Imperialismus schwächt und in der Phase ihrer höchsten Entfaltung durch die Lösung allgemeindemokratischer Aufgaben Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu schaffen vermag. Dies ist eine direkte Unterstützung des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse bei der Verwirklichung ihrer historischen Mission.

Die wichtigste internationale Bedingung für die erfolgreiche Entwicklung der antiimperialisch-demokratischen Befreiungsrevolution ist die Existenz des sozialistischen Weltsystems, das Wachstum seiner Macht und seines internationalen Einflusses als der entscheidende Kraft des revolutionären Weltprozesses und als feste Stütze der nationalen antiimperialistischen Befreiungsbewegungen.⁴

³ Vgl. W. I. Lenin: Werke Bd. 31, S. 231.

⁴ Vgl. hierzu die bedeutsame Verallgemeinerung, die die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 am Beispiel des heldenhaften Kampfes des vietnamesischen Volkes getroffen hat. In: Internationale Beratung 1969, S. 52.

Die Hauptergebnisse des nationalen und sozialen Befreiungskampfes der Völker Asiens und Afrikas, die untrennbar mit den weltverändernden Siegen des Sozialismus seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verbunden sind, können wie folgt zusammengefaßt werden:

Die vor allem seit Mitte der fünfziger Jahre zu einer mächtigen internationalen Kraft anwachsende nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung führte zur Liquidierung der imperialistischen Kolonialherrschaft als politisches System der Ausbeutung und Unterdrückung ganzer Völker und Kontinente, zur fast vollständigen Beseitigung direkter kolonialer Unterjochung. Dieser Erfolg der ehemals geknechteten und ausgeplünderten Völker Asiens und Afrikas hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt und die politische Struktur in der Welt wesentlich verändert. Es entstanden mehr als 70 neue Staaten, die einen bedeutenden Faktor in der Gestaltung der internationalen Beziehungen darstellen. Die politische und materielle Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder, darunter auch der DDR, spielte dabei eine ausschlaggebende Rolle. Der Zerfall des Kolonialsystems war seiner historischen Bedeutung nach die wichtigste Erscheinung nach der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems.⁵ Wie die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau konstatierte, ist in den letzten Jahren die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens und Afrikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen.⁶ Sie wird immer mehr zu einer Massenbewegung und nimmt in einigen Ländern antikapitalistischen Inhalt an. „Unter den Völkern, die sich von der Kolonialsklaverei befreit haben, verstärken sich die antikapitalistischen Tendenzen immer mehr“.⁷ Die Rolle der revolutionär-demokratischen Kräfte wächst. Es bestätigt sich die Voraussage Lenins auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921, daß „in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution, die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren wird ...“, daß „die Massen der Werktagen, die Bauern der Kolonialländer, ... in den folgenden Phasen der Weltrevolution eine sehr große revolutionäre Rolle spielen werden“.⁸

Nachdem nahezu alle afro-asiatischen Länder ihre staatliche Selbständigkeit errungen haben, ist die nationale Befreiungsbewegung in eine neue, höhere Etappe eingetreten. Der Kampf für die soziale Befreiung tritt immer mehr in den Vordergrund. Demzufolge wird der Hauptinhalt des Klassenkampfes zwischen den sich polarisierenden politischen Kräften in wachsendem Maße von der Auseinandersetzung um den gesellschaftlichen Entwicklungsweg bestimmt.

⁵ Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1960, S. 40.

⁶ Vgl. Internationale Beratung 1969, S. 32.

⁷ M. Suslow: Unter dem Banner des Großen Oktober zum Sieg des Kommunismus. Rede auf der Festveranstaltung zum 53. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau. In: Neues Deutschland (B), 7. November 1970.

⁸ W. I. Lenin: Werke, Bd. 32, S. 505.

Es verschärft sich der Konflikt, der sich entwickelnden Arbeiterklasse der Bauernschaft, der progressiven Kräfte des Kleinbürgertums und der Intelligenz sowie patriotisch gesinnter Kreise der Armee mit dem Imperialismus und der inneren Reaktion. Teile der einheimischen Bourgeoisie, die im Kampf gegen die Kolonialherrschaft auf Seiten der Volksmassen standen und mitunter eine führende Rolle ausübten, geraten mit ihren eng begrenzten Klassenzielen immer stärker in Widerspruch zu den Interessen und Bestrebungen der Werktätigen und kollaborieren mit dem Imperialismus. Auch andere soziale Kräfte, die vor der Härte des Kampfes um die ökonomische Unabhängigkeit kapitulieren, neigen zu Zugeständnissen an den Neokolonialismus.

Eine Folge des fortschreitenden sozialen und politischen Differenzierungsprozesses und der zunehmenden Verbindung von Marxismus-Leninismus und nationalrevolutionärer Befreiungsbewegung ist die Entstehung einer Gruppe von Staaten mit sozialistischer Orientierung.

Der Übergang einer Reihe ehemals kolonial unterdrückter Völker auf den Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung ist die wichtigste sozialpolitische Erscheinung in Asien und Afrika nach dem Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems. Die von Lenin vor fast 50 Jahren begründete Möglichkeit, „daß die zurückgebliebenen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittenen Länder... über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können, ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen“, wird heute auf beiden Kontinenten praktisch zur Realität.⁹ Dieser bedeutende Erfolg der revolutionären Kräfte ist Ausdruck einer neuen Qualität im antiimperialistischen Kampf der befreiten Völker. Die nichtkapitalistische Orientierung arabischer, afrikanischer und asiatischer Staaten ist ein wichtiger Schritt in der weiteren Entfaltung des weltrevolutionären Prozesses und ein Merkmal der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Zerrüttung seines globalen Ausbeutungssystems.

Die gesellschaftliche Entwicklung in diesen Ländern verläuft zwar sehr ungleichmäßig und widersprüchsvoll, ist mit vielen Schwierigkeiten und inneren Auseinandersetzungen verbunden, mitunter auch von dramatischen Ereignissen und Rückschlägen begleitet, entspricht aber insgesamt den Gesetzmäßigkeiten des historischen Fortschritts.

In einer Anzahl von Staaten Asiens und Afrikas, in denen es den einheimischen kapitalistischen Elementen und dem Weltimperialismus gelang, ihre Positionen auszubauen, reaktionäre und rechtsgerichtete Kräfte an der Macht zu halten und die revolutionär-demokratische Bewegung zu bremsen, steht die grundlegende Auseinandersetzung um den endgültigen Entwicklungsweg noch bevor. Aber gerade in diesen Ländern, die es nicht vermochten, auch nur eines ihrer Grundprobleme zu lösen, verschärfen sich die inneren Widersprüche außerordentlich, vertieft sich die soziale Differenzierung.

Die weitere Entwicklung der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung wird maßgeblich von den Haupttendenzen des revolutionären Weltprozesses in seiner

⁹ W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 232.

Gesamtheit beeinflußt. Hervorzuheben sind vor allem vier dialektisch miteinander verbundene Grundzüge der weltrevolutionären Bewegung:

– Die Internationalisierung des Klassenkampfes nimmt zu. Die internationalen Faktoren erlangen für jede Abteilung der antiimperialistischen Front immer größere Bedeutung. Die Verbindung von nationalen und internationalen Aufgaben wird enger, die Dialektik von Nationalem und Internationalem im revolutionären Kampf vielfältiger und komplizierter. Die Zusitzung des Klassenkampfes im globalen Maßstab ist mit dem gesetzmäßigen Wachstum der Rolle der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft als Bollwerk aller antiimperialistischen Kräfte verknüpft. Immer deutlicher wird es, daß der Weg der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft jener Weg ist, den historisch unausbleiblich alle Völker gehen werden. Die Zusitzung des Klassenkampfes verstärkt gleichzeitig die Internationalisierung des Widerspruchs zwischen Imperialismus und nationalrevolutionärer Befreiungsbewegung. Die Befreiungsbewegung in jedem einzelnen Lande sieht sich immer mehr direkt mit dem Weltimperialismus als Ganzem konfrontiert. Aus diesen Gründen erhöht sich die politische, ökonomische und militärstrategische Bedeutung der Länder Asiens und Afrikas in der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus.¹⁰

– Die objektiv wachsende Übereinstimmung der Interessen und Bestrebungen der am revolutionären Weltprozeß teilnehmenden sozialen Kräfte und die neuen Dimensionen der Klassen- und Volkskämpfe führen zu einer stärker werdenden Verflechtung der drei revolutionären Hauptströme. Es vertiefen und festigen sich die objektiven Grundlagen des Bündnisses der ehemaligen Kolonialvölker mit dem sozialistischen Weltsystem und der internationalen Arbeiterklasse.

– Infolge der immer größeren Mannigfaltigkeit der Kampfbedingungen werden die revolutionären Prozesse auf nationaler Ebene immer komplizierter und vielgestaltiger und verlaufen ungleichmäßiger.

– Die Bedeutung der subjektiven Faktoren für die weitere Entfaltung der internationalen revolutionären Bewegung als Ganzes und in all ihren Abschnitten erhöht sich. Dabei wächst insbesondere die Rolle der revolutionären Parteien und der Ideologie. Der Klassenkampf auf ideologischem Gebiet weitet sich immer mehr aus, verschärft sich außerordentlich und erreicht eine neue Qualität. Die Formierung revolutionärer Kampfparteien und die weitere Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung in Asien und Afrika wird demzufolge zu einem objektiven Erfordernis.

Der Gang der Ereignisse in diesen Teilen der Welt bestätigt vollauf die auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 definierte Dialektik des internationalen Klassenkampfes: „Charakteristisch für die gegenwärtige Etappe sind die wachsenden Möglichkeiten für den weiteren Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte. Gleichzeitig erhöhen sich die

¹⁰ Vgl. die Einschätzung der Rolle des Freiheitskampfes der arabischen Völker und der Völker Indochinas in der internationalen Klassenauseinandersetzung durch die kommunistischen und Arbeiterparteien. In: Internationale Beratung 1969, S. 36, 62.

durch den Imperialismus und seine aggressive Politik heraufbeschworenen Gefahren“.¹¹ Es wird immer offensichtlicher, daß die Politik des Imperialismus in wachsendem Maße durch die Klassenziele des gemeinsamen Kampfes gegen den Weltsozialismus, die internationale Arbeiterbewegung und die nationalen Befreiungsrevolutionen bestimmt wird.

Die Spalte seiner aggressiven Strategie richtet sich gegen die sozialistische Gemeinschaft. Die neokolonialistische Komponente der Globalstrategie des internationalen Monopolkapitals zielt, im großen Zusammenhang gesehen, darauf ab, dem Zusammenschluß der antiimperialistisch-demokratischen Bewegung um die Sowjetunion, die sozialistische Staatengemeinschaft und die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung entgegenzuwirken, dem sozialen Fortschritt den Weg in den afro-asiatischen Ländern zu versperren und sie in die kapitalistische Entwicklungsrichtung zu drängen. Auf diese Weise sollen die ehemaligen Kolonien weiterhin als Objekte imperialistischer Ausbeutung, wenn auch in veränderter Form, im Rahmen des kapitalistischen Systems gehalten und die Ausdehnung des sozialistischen Weltsystems auf lange Sicht verhindert werden.

Dabei kombiniert der Imperialismus die Anwendung offener Gewalt, bewaffneter Intervention und „lokaler Kriege“, die zum Teil als „Stellvertreterkriege“ geführt werden (Indochina, Naher Osten), mit der neokolonialen Infiltration auf ökonomischem, politischem, ideologischem und kulturellem Gebiet. Er nutzt die Entwicklungsschwierigkeiten der jungen Nationalstaaten, vor allem ihre wirtschaftliche Schwäche und den akuten Mangel an Fachkräften auf allen Gebieten, skrupellos aus. Jedes Mittel ist ihm recht, um diese Länder ökonomisch unter Druck zu setzen, fortschrittliche Tendenzen zu lähmen und reaktionäre Regimes zu festigen oder an die Macht zu bringen.

Neben den USA nimmt das staatsmonopolistische Herrschaftssystems in Westdeutschland einen dominierenden Platz in der als „Entwicklungshilfe“ getarnten neokolonialistischen Expansion ein. Die Bundesrepublik steht im Kapitalexport in sogenannte Entwicklungsländer hinter den USA an zweiter Stelle. Allein von 1968 bis 1969 stieg der staatliche und private Kapitaltransfer der Bundesrepublik in solche Länder um zwei Mrd. DM.¹² Der westdeutsche Imperialismus unterstützt auch aktiv militärische Aggressionen und Aktionen gegen die nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen in Indochina, im arabischen Raum und im transsaharanischen Afrika.

Der Hauptstoß der neokolonialistischen Strategie richtet sich gegen die Staaten mit antiimperialistischen Regimes, wobei diese Politik immer stärker mit subversiven Aktionen und dem Bemühen verbunden ist, die progressiven politischen Parteien und Organisationen zu zersetzen, die Bildungs- und Kultureinrichtungen

11 Ebenda, S. 12.

12 Vgl. P. Friedländer: Neokolonialismus, wissenschaftlich-technische Revolution und nicht-kapitalistische Entwicklung. In: Einheit, 1970, Heft 7, S. 953–966. – G. Liebscher: Zur neo-kolonialistischen Entwicklungspolitik der Brandt/Scheel/Regierung. In: Dokumentation der Zeit, 1970, Heft 9, S. 3–12.

sowie die Massenmedien im konterrevolutionären Sinne zu beeinflussen, reaktionäre Elemente im Staatsapparat und in der Armee zu unterstützen und unter Ausnutzung antikommunistischer Vorurteile Zwietracht zwischen den Patrioten zu säen.¹³

Zunehmende Bedeutung gewinnt besonders die ideologische Diversion, deren Grundlage und wichtigster Wesenszug der Antikommunismus ist. Die ideologische Funktion des Neokolonialismus besteht in erster Linie darin, den Einfluß des Marxismus-Leninismus und die Wirkung des Beispiels des real existierenden Sozialismus auf die gesellschaftliche Entwicklung in den Ländern Asiens und Afrikas zu mindern und zu paralysieren, die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und nationalrevolutionärer Befreiungsbewegung zu verhindern.

Ein charakteristisches Merkmal der neokolonialistischen Ideologie ist die Verflechtung des Antikommunismus mit dem Rassismus, dem bürgerlichen Nationalismus und dem Opportunismus.

Ein neues Element der verstärkten ideologischen Diversion des Imperialismus in den Ländern Asiens und Afrikas, das insbesondere dazu dient, die revolutionären, antiimperialistischen Kräfte zu disorientieren und zu spalten, ist die Ausnutzung und Förderung von Einflüssen des Maoismus als kleinbürgerlich-nationalistische, großmachtchauvinistische Ideologie mit antisowjetischer Stoßrichtung.

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, daß der Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklungen in den jungen Staaten und neue entscheidende Erfolge im Befreiungskampf der noch kolonialunterdrückten Völker wesentlich davon abhängen, wie fest sich die revolutionären, progressiven Kräfte dieser Länder mit der Sowjetunion und den an ihrer Seite stehenden sozialistischen Staaten verbünden, die von ihnen gebotene Hilfe und Unterstützung effektiv nutzen, sich nicht auf antikommunistische und nationalistische Positionen drängen lassen und an der gesamten Front des antiimperialistischen Kampfes aktiv und konsequent auftreten.

Die jüngsten Aggressionen, Interventionen und Verschwörungen des Imperialismus, insbesondere seiner Hauptmacht, der USA, verdeutlichen erneut, wie dringend die Geschlossenheit aller sozialistischen, antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte erforderlich ist. Es gilt, das auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien beschlossene antiimperialistische Kampfprogramm in weltumspannende, einheitliche Aktionen umzusetzen und so die Offensive gegen den Imperialismus auf eine qualitativ neue Stufe zu heben.

Bürgerliche und kleinbürgerlich-nationalistische Auffassungen, die den organischen Zusammenhang zwischen den Errungenschaften des Weltsozialismus und der Entwicklung der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung leugnen, die Potenzen und die spezifische Rolle dieser Bewegung im revolutionären Weltprozeß überbetonen, sie zur Hauptkraft stempeln, die nationale Befreiungsbewegung womöglich gar der internationalen Arbeiterbewegung entgegenstellen oder die sogenannte dritte Welt als „dritte Kraft“ neben dem sozialistischen Weltsystem und dem Imperialismus betrachten, zeugen von einer Fehleinschätzung des Charakters.

13 Vgl. Internationale Beratung 1969, S. 34.

ters und des Grundwiderspruchs unserer Epoche. Ebenso wie die neokolonialistische Variante der Konvergenztheorie, die eine „Frontstellung „arme“ gegen „reiche“ Völker, einen Widerspruch zwischen Nord und Süd konstruiert und faktisch den Sozialismus dem staatsmonopolistischen Kapitalismus gleichsetzt, tragen solche Auffassungen nur dazu bei, die revolutionären, antiimperialistischen Kräfte zu desorientieren und zu schwächen, ihre Aktionseinheit und ihren Zusammenschluß um die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft zu verhindern.¹⁴ Da derartige Ansichten nach wie vor Einfluß haben, bleibt die marxistisch-leninistische Darstellung des Charakters und des Inhalts der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung und deren Stellung im revolutionären Weltprozeß ein aktuelles Erfordernis.

Die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung als wichtigster Bündnispartner der internationalen Arbeiterklasse

Der Verlauf des Weltgeschehens beweist täglich aufs neue, daß der imperialistische, staatsmonopolistische Kapitalismus das Haupthindernis des weiteren gesellschaftlichen Fortschritts der Menschheit ist. Folglich ist der Kampf gegen dieses Ausbeutungs- und Herrschaftssystem die gemeinsame Grundaufgabe aller revolutionären und antiimperialistischen Bewegungen unserer Zeit. Bei aller Unterschiedlichkeit der konkreten Situation und der spezifischen Erfordernisse an den verschiedenen Abschnitten des weltweiten revolutionären Prozesses ist der Imperialismus der gemeinsame Hauptfeind. Die Abwehr seiner reaktionären Interessen und aggressiven Pläne ist eine Notwendigkeit vor die sich jeder der drei revolutionären Ströme gestellt sieht. Den Aggressor in die Schranken zu weisen und die Menschheit vom Imperialismus zu erlösen, so stellte die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 fest, das ist „*die Mission der Arbeiterklasse und aller antiimperialistischen Kräfte*“, das strategische Ziel ihres Kampfes.¹⁵ Weitere Erfolge der antiimperialistischen, demokratischen und revolutionären Kräfte hängen in erster Linie davon ab, wie sie bewußt zusammenarbeiten, ihre Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig brüderlich und solidarisch unterstützen.

Die Erfahrungen des internationalen Klassenkampfes zeigen, daß zum Beispiel solche Probleme wie die Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Indochinas, die Liquidierung der letzten Bastionen des Kolonialismus und Rassismus oder die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggressionen auf politischem Wege nicht von einem Volk allein gelöst werden können, sondern nur in internationaler Solidarität, durch gemeinsames Handeln aller antiimperialistischen Kräfte. Die Herstellung und Festigung ihrer Aktionseinheit ist deshalb dringendes Gebot.

Entscheidend für die Konsolidierung der antiimperialistischen Kräfte und für ihr Zusammenwirken sind vor allem die Stärkung der sozialistischen Staatengemein-

¹⁴ Vgl. G. Liebig: „Arme“ gegen „reiche“ Völker – eine falsche Frontstellung! In: Einheit, 1968, Heft 8, S. 1028–1041. – H. Meißner: Konvergenztheorie und Realität. Berlin 1969.

schaft, das Wachstum ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Macht und ihres internationalen Einflusses als der Hauptkraft des revolutionären Weltprozesses und als wichtigste Stütze der nationalen antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, sowie der weitere Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und die Stärkung ihrer Führungsrolle in der gesamten antiimperialistischen Front. Entscheidend für diese Konsolidierung sind ferner die Festigung der revolutionären Parteien und progressiven gesellschaftlichen Organisationen beziehungsweise ihre Gründung und Entwicklung, die Erhöhung der politischen Reife und Aktivität der sich entwickelnden Arbeiterklasse, die Mobilisierung der werktätigen Bauernschaft und das enge Bündnis der antiimperialistischen, demokratischen Kräfte auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen Plattform in den Ländern Asiens und Afrikas selbst, sowie die Herstellung einer festen Kampfgemeinschaft zwischen der internationalen Arbeiterklasse und der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung, zwischen Kommunisten und revolutionären Demokraten auf internationaler und nationaler Ebene. Davon ausgehend, ist die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Staaten und kommunistischen Parteien der sozialistischen Gemeinschaft sowie den kommunistischen Parteien der befreiten Länder einerseits und den jungen Staaten und den progressiven nationalrevolutionären Parteien, Organisationen und sozialen Kräften andererseits eine Frage von erstrangiger strategischer Bedeutung für die Perspektive des Kampfes gegen den Imperialismus, für sozialen Fortschritt.

Das Verhältnis der marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder zu den nationalrevolutionären Parteien und Organisationen wird bestimmt durch die Leninsche Einschätzung des Klassenwesens der nationalen Befreiungsbewegung. Ihre Zusammenarbeit ist dem Wesen nach die Verwirklichung des Bündnisses der internationalen Arbeiterklasse, die durch die kommunistische Bewegung, einschließlich der marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen in Asien und Afrika, vertreten wird, mit der Bauernschaft und den städtischen Zwischenschichten, die im wesentlichen von den nationalrevolutionären Parteien repräsentiert werden.

In den letzten Jahren haben sich hauptsächlich folgende Formen der Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder und den nationalrevolutionären Parteien entwickelt: der Austausch von Partei- und Regierungsdelegationen zwecks Meinungs- und Erfahrungsaustausch; die Teilnahme an Parteitagen und wissenschaftlichen Konferenzen der marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder und die Durchführung gemeinsamer wissenschaftlicher Seminare; die Ausbildung von Kadern an Bildungsstätten der kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten und die Hilfe beim Aufbau beim Aufbau eines Schulungssystems in nationalrevolutionären Parteien; die Unterstützung bei der Verbreitung marxistisch-leninistischer Literatur.

Diese Verbindungen der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder mit den nationalrevolutionären Parteien begünstigten die Aktivierung des antiimperialistischen Kampfes in Asien und Afrika. Sie trugen dazu bei, daß die Autorität der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft wuchs und die staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen sich erweitern. Sie wirkten als ein den Anti-

kommunismus zurückdrängender Faktor und förderten die Verbreitung von Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus sowie die Vermittlung von Erfahrungen der sozialistischen Länder beim Aufbau einer neuen Gesellschaft.

Die KPdSU und andere Bruderparteien unterhalten gegenwärtig Kontakte mit nahezu allen nationalrevolutionären Parteien und Organisationen in den progressisten internationalen Aufgaben, alles zu tun, damit sich diese Beziehungen im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus und Neokolonialismus, für den die Erfahrungsvermittlung bei der Meisterung gesamtgesellschaftlicher Prozesse und die Zusammenarbeit auf politisch-ideologischem Gebiet. Die theoretischen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen unserer Parteien, darunter auch die Erfahrungen der SED aus zwei erfolgreichen Revolutionen in der DDR sind dafür eine gute Grundlage und finden wachsendes Interesse.

Der historische Platz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Asien und Afrika

Im Zusammenhang damit, daß auch in den Ländern Asiens und Afrikas in den Mittelpunkt des Strebens und des Kampfes der Volksmassen immer mehr die soziale Befreiung rückt, wächst objektiv die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut.

Die bürgerlichen Ideologen versuchen „nachzuweisen“, daß der wissenschaftliche Sozialismus auf die spezifischen Bedingungen dieser Staaten nicht anwendbar sei. Die Besonderheiten der gesellschaftlichen Verhältnisse, die relativ geringe Zahl der Arbeiter, das Übergewicht der Bauern, die niemals Kämpfer für den Sozialismus gewesen seien¹⁶, die Mentalität der Völker, ihre Religion, ihr Nationalismus seien unüberwindliche Hindernisse für die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung, für eine erfolgreiche Tätigkeit der Kommunisten.¹⁷

Auch bestimmte kleinbürgerliche Kräfte in den befreiten Ländern haben sich noch nicht von antikommunistischen Vorurteilen frei gemacht und sind bemüht, ihre Ansprüche auf die Hegemonie in der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung vor allem mit Argumenten zu begründen, die auf eine Negierung beziehungsweise Herabminderung der Rolle der Arbeiterklasse hinauslaufen.

Eine richtige Bestimmung des historischen Platzes sowie der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Vorhut in der antiimperialistischen Befreiungsbewegung erfordert, die Wirkung jener Faktoren zu berücksichtigen, die einen dauerhaften Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterklasse, ihres Klassenbewußtseins und ihrer Weltanschauung ausüben.¹⁸

16 Vgl. A. Meismer: L'Afrique peut-elle partie? Paris 1966, S. 10.

17 Vgl. P. Sigmund (Ed.): The Ideologies of the Developing Nations, New York 1964, S. 37.
18 Vgl. Rabočee dviženie v stranach Azii i Severnoj Afriki na sovremennoj etape, Moskau 1969, S. 5–6.

Erstens: Eine der Gesetzmäßigkeiten in der Veränderung der Sozialstruktur der ökonomisch relativ schwach entwickelten Länder ist das absolute und relative Anwachsen des Anteils der Lohnarbeiter und die Verringerung der Rolle der selbständigen Kleinproduzenten.¹⁹ Wenn es Anfang der sechziger Jahre in Asien und Afrika zusammen rund 125 Millionen Lohnempfänger gab und ihr Anteil nur wenig mehr als 30 Prozent der Beschäftigten in den befreiten Ländern Asiens und knapp 20 Prozent in Afrika betrug, so vergrößerte sich ihre Zahl in den letzten 15 bis 20 Jahren um 70 bis 75 Prozent. Etwa 25 Millionen, das heißt 20 Prozent aller Lohnempfänger, sind in der Industrie, im Bergbau und Bauwesen sowie in ähnlichen Wirtschaftszweigen beschäftigt.²⁰

Nach der Erringung der staatlichen Selbständigkeit wurden im Zuge der Industrialisierung zahlreiche technisch fortgeschrittene Betriebe erbaut. In diesen formiert sich ein Industrieproletariat, das mit der modernen Großproduktion verbunden ist. So arbeiten in Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten in Indien 50 bis 55 Prozent, in der VAR 45 bis 50 Prozent, im Iran 35 bis 40 Prozent und in Indonesien über 25 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in den Fabriken.²¹ Auch im tropischen Afrika, wo die Zahl der Industriearbeiter noch am geringsten ist, ist eine hohe Konzentration des Proletariats kennzeichnend.

Der Prozeß der sozialen Differenzierung infolge der Veränderung der Sozialstruktur auf dem Lande und des Anwachsens des modernen Industrieproletariats im Ergebnis der Industrialisierung verläuft zwar ungleichmäßig, aber schreitet voran. Damit entstehen objektive Grundlagen dafür, daß die gesellschaftliche Rolle der Arbeiterklasse zunimmt. Zweitens: Die Formierung der modernen Arbeiterklasse in den befreiten Ländern, das Wachsen ihrer politischen Reife erfolgt unten den Bedingungen des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der starken Verbreitung sozialistischer Ideen in Asien und Afrika. Diese Bedingungen ermöglichen eine schnellere Verwandlung des Proletariats in eine einflußreiche politische Kraft. Der irakische Marxist Aziz Sharif hob gerade diese beiden Faktoren auf dem internationalen Symposium in Alma Ata (Oktober 1969) hervor: Die nationale Befreiungsbewegung „wird durch das höhere spezifische Gewicht der Arbeiterklasse in quantitativer Hinsicht infolge des Entstehens neuer Industriezweige und in qualitativer Hinsicht infolge des Eindringens marxistischer Ideen in die Massen bereichert“.²²

Drittens: Das Proletariat der ehemals kolonialen Länder ist eine Abteilung der internationalen Arbeiterklasse, und die dort bestehenden kommunistischen Parteien bilden feste Glieder der kommunistischen Weltbewegung, der einflußreichsten politischen Kraft unserer Epoche. Die Beziehungen der kommunistischen Parteien und

19 Vgl. G. Mirskij/T. Pokataeva: Klassy i klassovaja borba v razvivajuščichsja stranach. In: Mirovaja ekonomika i meždunarodnaja otnošenie, 1966, Heft 2, S. 47.

20 Vgl. Rabočij klass i antiimperialističeskaja revoljucija v Azii, Afriki i Latinskoj Amerike, Moskau 1969, S. 140, 142.

21 Vgl. Leninizm, i mirovoje revolucionnoe rabočee dviženie, Moskau 1969, S. 421.

22 Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1969, Heft 12, S. 1578.

der Gewerkschaften Asiens und Afrikas zu den anderen Abteilungen der kommunistischen Weltbewegung, besonders zu den Parteien, die bereits die Macht errungen haben, sowie zu den fortschrittlichen internationalen Arbeiterorganisationen, wirken sich auf die Erhöhung des Klassenbewußtseins des afrikanischen und asiatischen Proletariats positiv aus. Je mehr sich diese Zusammenarbeit entwickelt und vertieft, um so nachhaltiger wird der politisch-ideologische Reifeprozeß der Arbeiterbewegung in Asien und Afrika beeinflußt.

Zweifellos gibt es nicht nur Faktoren, die die Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung in diesen Teilen der Welt begünstigen, sondern auch eine Reihe objektiver und subjektiver Hemmnisse. Die absolute Mehrheit der Bevölkerung bilden halb- und nichtproletarische Massen. Der größte Teil ist noch eng mit der Landwirtschaft und der Kleinproduktion verbunden. Infolgedessen ist der Einfluß kleinbürgerlicher Ideologien, religiöser Stammes- und Kastenvorurteile auf die Arbeiterklasse noch sehr stark. Kleinbürgerliche und bürgerliche Parteien, Großgrundbesitzer und Kapitalisten ziehen daraus ihre Vorteile. Außerdem sind ausländische Monopole und in einigen Ländern das einheimische Großkapital dabei, eine Arbeiteraristokratie als soziale Stütze heranzubilden. Die Imperialisten und die herrschenden Kreise wenden verschiedene Methoden an – von der direkten Gewalt bis zur Spaltung der Gewerkschaften –, um den Klassenkampf zu dämpfen und den Einfluß der marxistischen Kräfte zu schwächen. Die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften leisten dabei Handlangerdienste. Auf Grund dieser und anderer Umstände ist der Prozeß der Herausbildung der revolutionären Arbeiterbewegung in den befreiten Ländern äußerst kompliziert und mitunter auch von zeitweiligen Rückschlägen begleitet.

Trotzdem entwickelt sich die kommunistische Bewegung, die auch in diesem Raum die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten am konsequentesten und vollständigsten zum Ausdruck bringt, insgesamt ständig weiter. Heute existieren in den nichtsozialistischen Staaten Asiens und Afrikas fast 30 kommunistische und Arbeiterparteien, und zwar in der Mehrzahl der Staaten Asiens und Nordafrikas sowie in fünf Ländern des subsaharischen Afrikas.²³ Außerdem entstanden in vielen afrikanischen Ländern marxistische Gruppen. Die Kommunisten kämpften tapfer und standhaft gegen das koloniale Joch und beeinflußten in vielen Ländern maßgeblich die nationale, anti-imperialistische Befreiungsbewegung.²⁴ Die heute erreichte Stufe der Einwirkung

23 Die Entstehung der ersten kommunistischen Parteien ist auch in Asien und Afrika mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Gründung der Kommunistischen Internationale verknüpft. Bald danach entstanden in einer Reihe Ländern marxistische Gruppen und Zirkel, die sich in der Folgezeit zu kommunistischen Parteien entwickelten. Während des großen Aufschwungs der nationalen Befreiungsbewegung nach 1917 wurden bis 1923 sieben kommunistische und Arbeiterparteien gegründet (in Indonesien, dem Iran, der Türkei, in China, Südafrika, Ägypten und Palästina). Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges erhöhte sich ihre Zahl auf 19.

24 Die kommunistischen Parteien und Gruppen formulierten am klarsten die Ziele und Aufgaben der Volksbewegung gegen die koloniale Unterdrückung. Sie entwickelten Programme der

der kommunistischen und Arbeiterparteien auf die Bewußtseinsbildung der werktätigen Massen und auf die gesellschaftliche Praxis entspricht dem Reifegrad und den Entfaltungsmöglichkeiten der Parteien.

Die Kommunisten dieser Länder müssen meist illegal, in Syrien, im Sudan und im Irak, in Jordanien und in Réunion können sie nur halblegal arbeiten. Lediglich in Indien, Ceylon, Israel, Libanon und auf Zypern haben die kommunistischen und Arbeiterparteien einen legalen Status. Die Verfolgungen, denen die Kommunisten in einer Anzahl Staaten ausgesetzt sind, können jedoch den gesetzmäßigen historischen Prozeß der Entwicklung der kommunistischen Bewegung nicht aufhalten.

*„.... Feindseligkeit gegenüber dem Kommunismus, Verfolgung der Kommunisten schaden den Interessen des Kampfes für die nationale und soziale Befreiung der Völker“.*²⁵ Diese Einschätzung im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau wird durch die Praxis vielfältig bestätigt. Der Antikommunismus richtet sich aber nicht allein gegen die Marxisten, sondern gegen alle Patrioten und fortschrittlichen Kräfte dieser Länder. Sie werden des Kommunismus „angeklagt“, wenn sie allgemein-demokratische Umgestaltungen einleiten und die Interessen der ausländischen Monopole oder des einheimischen Großkapitals antasten. Mit Hilfe des Antikommunismus versucht der Imperialismus, die nationale Bourgeoisie für seine Ziele einzuspannen und sie auf einen antinationalen Kurs zu drängen. Der Antikommunismus dient der imperialistischen Strategie auch als Vorwand, um den Völkern korrupte Marionettendiktaturen aufzuzwingen und seine Aggressionskriege gegen die Völker Vietnams, Laos', Kambodschas und anderer Länder zu rechtfertigen.

Trotz der wütenden Angriffe des Imperialismus und der inneren Reaktion auf die Kommunisten wächst die Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien im öffentlichen Leben einer Reihe von Staaten Afrikas und Asiens, nimmt die Autorität ihrer Mitglieder zu, vor allem der Einfluß der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus auf die werktätigen Massen. So erhielt in Indien, wo es 6 Millionen Industriearbeiter gibt (rund 3 Prozent der Beschäftigten), die Kommunistische Partei bei den allgemeinen Wahlen 1962 mehr als 12 Millionen Stimmen (über 10 Prozent). Damit hatte sich die Zahl der kommunistischen Wähler seit 1952 verdoppelt. Nach den Wahlen von 1967 zogen 42 Kommunisten ins Zentralparlament und 251 in die Ländersparlamente als Abgeordnete ein.²⁶ Die Sudanesische Kommunistische Partei errang bei den Parlamentswahlen 1965 elf Mandate; 1954 stellte sie nur einen Ab-

errang bei den Parlamentswahlen 1965 elf Mandate; 1954 stellte sie nur einen Ab- nationalen Befreiung, kämpften zielbewußt für die Schaffung antiimperialistischer Einheitsfronten und standen in der ersten Reihe der nationalen Befreiungsbewegung. Vielfach waren sie die Organisatoren und Führer des bewaffneten Widerstandes gegen die japanischen Okkupanten in Asien (vgl. Probuždenie ugnetyennych, Moskau 1968).

25 Internationale Beratung 1969, S. 34.

26 1964 spaltete sich eine starke Fraktion von der Kommunistischen Partei Indiens ab und gründete die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten), auch parallele CPI genannt. Diese betreibt eine „linke“, opportunistische Politik. Auf jede der beiden Parteien entfällt annähernd die Hälfte der Parlamentssitze für kommunistische Abgeordnete.

geordneten. Bei den Parlamentswahlen auf Zypern im Juli 1970 konnte die Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns (AKEL), die Zahl ihrer Sitze fast verdoppeln. Statt bisher fünf von 35 Mandaten der griechischen Zypern sind jetzt neun Vertreter der AKEL, das sind alle aufgestellten Kandidaten, im Parlament. Unter dem Einfluß, oft unter der unmittelbaren Führung von Kommunisten stehen große Gewerkschaften und andere Massenorganisationen (Indien, Ceylon, Sudan). Von den Marxisten ausgearbeitete politische Ideen, Prinzipien und Kampfmethoden wurden und werden von vielen demokratischen Parteien, Organisationen und gesellschaftlichen Kräften genutzt. Die herrschenden Kreise sind in wachsendem Maße gezwungen, nicht nur die legal, sondern auch die illegal wirkenden kommunistischen Parteien und die von ihnen beeinflußten gesellschaftlichen Kräfte in ihrer Politik in Rechnung zu stellen.

Zur Strategie und Taktik der Kommunisten im Kampf gegen Imperialismus, für gesellschaftlichen Fortschritt

Die Hinweise, die Lenin 1919 in seinem Referat auf dem II. Kongreß den kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens gab, sind nach wie vor aktuell: „Gestützt auf die allgemeine kommunistische Theorie und Praxis, müssen sie unter Anpassung an die spezifischen Bedingungen, die es in den europäischen Ländern nicht gibt, diese Theorie und Praxis auf Verhältnisse anzuwenden versuchen, wo die Hauptmasse der Bevölkerung Bauern sind... Die Aufgabe besteht darin, bei den werktätigen Massen den revolutionären Elan zu Selbsttätigkeit und Organisierung zu wecken, unabhängig davon auf welchem Niveau sie stehen; die echte kommunistische Lehre, die ja für die Kommunisten der fortgeschrittenen Länder bestimmt ist, in die Sprache eines jeden Volkes zu übersetzen, die praktischen Aufgaben, die keinen Aufschub dulden, zu erfüllen und sich im gemeinsamen Kampf mit den Proletariern der anderen Länder zu vereinigen“.²⁷

Gestützt auf die Ratschläge Lenins, auf die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung leisten marxistisch-leninistische Parteien Asiens und Afrikas einen eigenen schöpferischen Beitrag zur Theorie des Marxismus-Leninismus und zur Politik und Taktik der revolutionären Arbeiterklasse.²⁸

Die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien ist auf die konsequente Weiterführung der nationalen Befreiungsrevolution gerichtet. Die meisten Parteien kämpfen dafür, daß sich ihre Länder auf dem nichtkapitalistischen Weg entwickeln, der zum Sozialismus führen kann. Sie lassen sich dabei von den objektiven Hauptaufgaben leiten, die im ureigensten Interesse der breitesten werktätigen Massen des Volkes hegen: Festigung der staatlichen Souveränität, Erringung der ökonomischen

27 W. I. Lenin: Werke, Bd. 30, S. 146/147.

28 Vgl. A. A. Iskenderov: Nacional'no-ovsoboditel'noe dviženie. Problem zakonomernosti, perspektivy, Moskau 1970, S. 4–19. — Bericht des Zentralkomitees und Bericht der Zentralen Revisionskommission an den VII. Parteitag der SED Berlin 1967, S. 8.

Unabhängigkeit vom Imperialismus, Überwindung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit, Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen. Der Kampf gegen den Imperialismus, gegen seine Politik der Bedrohung des Weltfriedens, der Aggression und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, für die Beseitigung der Herrschaft des Auslandskapitals in der nationalen Wirtschaft, für eine gleichberechtigte Stellung auf dem kapitalistischen Weltmarkt ist objektiv eng verflochten mit solchen Aufgaben wie der radikalen Umgestaltung der überholten gesellschaftlichen Struktur, insbesondere der demokratischen Lösung der Agrarfrage, der raschen Industrialisierung, der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und des Staatsapparates, der Entwicklung der nationalen Kultur, vor allem der Förderung ihrer fortschrittlichen Traditionen, der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, Bauern und der übrigen Werktätigen.

„Immer deutlicher rückt der Kampf bereits nicht nur für nationale, sondern auch – und das ist jetzt die Hauptsache – für soziale Befreiung in den Vordergrund“.²⁹ Die werktätigen Massen wollen nicht nur die ausländischen Unterdrücker abschütteln, sondern suchen Wege, um ihr neues Leben ohne jegliche Ausbeutung zu gestalten. Da die Imperialisten die reaktionären Kräfte in den afro-asiatischen Ländern mit allen Mitteln unterstützen und nichts unversucht lassen, um diesen Ländern eine kapitalistische Entwicklung aufzuzwingen, verschmilzt der anti-imperialistische Kampf mit dem Klassenkampf gegen die einheimischen Ausbeuter und Unterdrücker. Der strategische Hauptstoß der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des demokratischen Kleinbürgertums und aller revolutionären Kräfte richtet sich jetzt vor allem „gegen die ins reaktionäre Lager übergegangenen Teile der eigenen Bourgeoisie, gegen die Überreste feudaler und halbfeudaler Herrschaftsformen und das Bündnis der reaktionären Kräfte mit den imperialistischen Mächten“.³⁰

Wie die Erfahrungen zeigen, ist es angesichts der neokolonialistischen Umtriebe und des Widerstands der inneren Reaktion unmöglich, die Befreiungsrevolution erfolgreich voranzutreiben, ohne die Einheit aller antiimperialistischen, demokratischen Kräfte sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen herzustellen und zu festigen. Das Zusammenfallen der objektiven Interessen der breitesten Volkschichten an allgemein-demokratischen Umgestaltungen und die Entwicklungstendenz des internationalen Kräfteverhältnisses begünstigen die Schaffung einer breiten nationalen Front aller antiimperialistischen progressiven Kräfte.

Für die kommunistischen und Arbeiterparteien besteht das zentrale Problem heute darin, die Wandlungstendenzen in der Sozialstruktur und in den Machtverhältnissen ihrer Länder richtig zu erkennen, die Interessen, die Rolle und den Platz aller sozialen und politischen Kräfte, die in der gegenwärtigen Etappe zur Aktions-einheit gegen den Imperialismus und für gesellschaftlichen Fortschritt fähig sind, genau zu bestimmen, sie um eine gemeinsame Plattform zusammenzuschließen und

29 L. I. Breschnew: Die Sache Lenins lebt und siegt!, S. 70.

30 P. Markowski: Die strategische Konzeption des Imperialismus in der Gegenwart und die Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterparteien im antiimperialistischen Kampf. In: Einheit, 1969, Heft (10), 1242.

ihren Kampf auf das erforderliche Niveau zu heben. Deshalb nimmt die Frage der Herausbildung und Festigung einer nationalen antiimperialistisch-demokratischen Einheitsfront in den programmatischen Dokumenten der kommunistischen Parteien, in den Schriften und Reden ihrer Führer sowie in ihrer gesamten Tätigkeit einen entscheidenden Platz ein.

Die Einheitsfront kann sowohl für eine lange Periode als auch für eine kurze Frist geschaffen werden, sowohl für die Verwirklichung gesamtnationaler Aufgaben als auch für die Lösung von Teilfragen. Eine feste und kampfkärfige einheitliche Front wird im Verlauf von Massenaktionen, im gemeinsamen aktiven Auftreten der politischen Parteien und Organisationen gebildet. Sie entsteht im Prozeß des Kampfes um konkrete Fragen, für die Lösung dringender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben. In Indien zum Beispiel gelang es den Kommunisten, in mehreren Staaten eine Einheitsfront linker demokratischer Kräfte herzustellen. Sie erwies sich jedoch nicht in allen Fällen als stabil, da die Verbündeten unter dem Druck der Reaktion zu schwanken begannen. In Ceylon errang die linke Einheitsfront der Sri-Lanka-Freiheitspartei, der sozialistischen LSSP und der Kommunistischen Partei im Mai 1970 bei den Parlamentswahlen eine Zwei-Drittel-Mehrheit und bildete auf der Grundlage eines gemeinsamen Aktionsprogramms die Regierung mit Frau Bandaranaike an der Spitze.

Die Zusammensetzung der Einheitsfront wird in den einzelnen Ländern und in den verschiedenen Etappen der Revolution nicht gleich sein. Sie hängt von solchen Faktoren ab wie dem Charakter der Widersprüche zwischen Imperialismus und einheimischer Reaktion einerseits und den patriotischen und demokratischen Kräften andererseits, der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung, der politischen Reife und Organisiertheit der Arbeiterklasse und anderer sozialer Kräfte. In der gegenwärtigen Etappe ringen die kommunistischen Parteien um den Zusammenschluß der Arbeiterklasse, der Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz, des städtischen Kleinbürgertums und der antiimperialistisch gesinnten Teile der nationalen Bourgeoisie.

Besonders wichtig für die Stabilität und die politische Kraft der antiimperialistischen Einheitsfront ist die Politik der kommunistischen Parteien zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Die Position der Bauern, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der befreiten Länder bilden, ist heute „die zentrale Frage des revolutionären Prozesses in Asien und Afrika“.³¹ Ihre revolutionären Potenzen an der Seite des Proletariats offenbarten sich bereits im nationalen Befreiungskampf. Die Spontaneität und die Schwankungen, die den Bauern als kleinen Besitzern eigen sind, können überwunden werden, wenn sie unter Führung der Arbeiterklasse in den zielbewußten organisierten Klassenkampf gegen den Imperialismus und feudale Verhältnisse, für den gesellschaftlichen Fortschritt einbezogen werden.

Die enge Verbindung der Mehrheit des afrikanischen und asiatischen Proletariats mit dem Dorf trägt einerseits dazu bei, die vorkapitalistischen Verhältnisse und ihren

Einfluß auf das Denken der Bauern schneller zu überwinden, erschwert andererseits aber auch die Lösung der Aufgabe, den disziplinierenden Einfluß des organisierten politischen Kampfes des Proletariats unter die Bauernmassen zu tragen. Gegenwärtig ist der heldenhafte Kampf der Völker von Vietnam und Laos ein eindeutiger Beweis, daß die von der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführte Bauernschaft eine bedeutende revolutionäre Kraft ist. Eine Reihe kommunistischer Parteien, so zum Beispiel die KP Indiens, die Syrische KP, die Sudanesische KP, die Irakische KP und die Partei der Sozialistischen Avantgarde Algeriens, trägt den revolutionären Potenzen der Bauern jetzt mehr Rechnung, beginnt mit der Ausarbeitung von Agrarprogrammen und wendet sich stärker dem Dorfe zu.

Eine komplizierte Frage ist das Verhältnis der kommunistischen Parteien zur einheimischen Bourgeoisie. Während das Proletariat die Eroberung der staatlichen Souveränität als erste Stufe auf dem Wege der sozialen Befreiung betrachtet, sieht die Bourgeoisie in der nationalen Unabhängigkeit eine wichtige Bedingung zur Festigung ihrer Klassenpositionen und zur Sicherung eines nationalen Systems der Ausbeutung. Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und allen ausbeuteten Schichten einerseits und der – in einigen Ländern herrschenden – Bourgeoisie andererseits verschärft sich deshalb in den selbständig gewordenen Staaten unvermeidlich. Es bleiben jedoch Widersprüche zwischen Teilen der einheimischen Bourgeoisie und dem ausländischen Monopolkapital bestehen. In verschiedenen afrikanischen und asiatischen Ländern sind mehr oder weniger starke Kreise der Bourgeoisie an der Weiterführung des antiimperialistischen Kampfes interessiert, wenn sie auch oft – und mit der Verschärfung des Klassenkampfes im Inneren in wachsendem Maße – ihre Interessengegensätze mit dem Imperialismus auf dem Wege des Kompromisses und auf Kosten der Werktätigen zu lösen versuchen.

Die Kommunisten analysieren daher sorgfältig die Differenzierung in den Reihen der einheimischen Bourgeoisie. In Auseinandersetzung mit linksextremistischen Auffassungen, die die antiimperialistischen Potenzen bestimmter Teile des nationalen Bürgertums unterschätzen oder ignorieren, unternehmen die marxistisch-leninistischen Parteien große Anstrengungen, um diese bürgerlichen Kreise in die nationale Einheitsfront einzubeziehen, vor allem im Hinblick auf den Einfluß, den diese Schichten auf Teile der Werktätigen ausüben. Gleichzeitig vertreten die Marxisten-Leninisten gegen alle Versuche bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte, die proletarische Partei in einer nationalen Einheitsfront auszulösen, das Prinzip der politisch-organisatorischen Selbständigkeit der bewußten Vorhut der sich entwickelnden Arbeiterklasse.³²

In den Ländern, deren herrschende Kreise eine proimperialistische Politik durchführen, die nationalen Interessen verraten und die fortschrittlichen demokratischen Kräfte brutal unterdrücken, wirken die kommunistischen Parteien für radikale Veränderungen der Regimes. Sie kämpfen für eine echte nationale Souveränität, für die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und sozialen Fort-

³¹ Internationale Beratung 1969, S. 191.

³² Zur Einschätzung der nationalen Bourgeoisie vgl. H. Axen: Über die Ergebnisse der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau. Berlin 1969, S. 31.

schritts. Sie fordern die Durchführung einer unabhängigen Außenpolitik und die Entwicklung ökonomischer und kultureller Beziehungen mit den sozialistischen Ländern. Immer aktiver treten die Arbeiter und andere progressive Kräfte in solchen Ländern wie Pakistan, der Türkei, den Philippinen für den Austritt aus aggressiven Militärblocks, für die Revision der ungleichen Verträge mit imperialistischen Mächten und für soziale Umgestaltungen im Interesse des werktätigen Volkes ein.

In Indien und anderen Staaten, deren bürgerliche Regierungen – wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz – eine unabhängige Politik durchführen, unterstützen die Kommunisten aktiv antiimperialistische Maßnahmen. Gleichzeitig decken sie die Begrenztheit der Politik der herrschenden Kreise auf und bekämpfen deren Versuche, die Weiterentwicklung der nationalen Befreiungsrevolution aufzuhalten. Die Kommunisten treten entschieden gegen das Zurückweichen der Regierung vor dem Druck des Imperialismus auf und entlarven das neokolonialistische Wesen der imperialistischen „Hilfe“. Sie kämpfen gegen die Inkonsistenz bei der Durchführung der bürgerlichen Bodenreform, für ihre demokratische Weiterführung im Interesse der Bauern und mit den Bauern, für die völlige Liquidierung aller Reste des Feudalismus.

Die marxistisch-leninistischen Parteien organisieren den Widerstand der Arbeiter, Bauern und anderer sozialer Schichten gegen die Versuche der Bourgeoisie, die wirtschaftliche Entwicklung allein auf Kosten der Werktätigen durchzuführen. Sie unterstützen den Ausbau des staatlichen Sektors, treten gegen das Eindringen des Privatkapitals in die Schlüsselzweige der Industrie, für die Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte und für die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der staatlichen Betriebe ein. Sie fordern die Einführung einer demokratischen Planung und andere Maßnahmen, in denen sich die nationalen mit den sozialen Interessen verbinden.

In Indien treten die Kommunisten für die Einschränkung des Einflusses der einheimischen Monopole auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ein. Unter dem Druck der von den fortschrittlichen Gewerkschaften und anderen demokratischen Kräften ausgelösten Massenbewegung und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten war die Regierung gezwungen, die 14 führenden indischen Privatbanken zu verstaatlichen. Ein anschauliches Beispiel für den verstärkten Kampf der Werktätigen dieses Landes war im Jahre 1970 die Kampagne der Landarbeiter und armen Bauern zur Besetzung brachliegender landwirtschaftlicher Flächen des Staates und von Ländereien der Gutsbesitzer, die die gesetzliche Höchstnorm überschreiten. An diesen Aktionen, an deren Spitze die KP Indiens stand, beteiligten sich 1,5 Millionen Menschen. Diese Massenbewegung führte zu einer weiteren Polarisierung der Klassenkräfte, zur Vertiefung des Differenzierungsprozesses in der regierenden Kongresspartei und erschloß der Kommunistischen Partei neue Bündnismöglichkeiten im Kampf für die Herstellung der Einheit aller Linken und Demokraten einschließlich der progressiven Kräfte in der Kongresspartei. Gleichzeitig wird es immer dringlicher, daß einige demokratische Parteien ihre sektiererischen Tendenzen und manchmal von engstirnigen Parteiinteressen diktierte Politik über-

winden. Denn nur durch die Aktionseinheit aller demokratischen Parteien und Organisationen ist es möglich, gegen die von den Imperialisten unterstützten reaktionären Kräfte ein antimonopolistisches, fortschrittliches Programm sozialökonomischer Umgestaltungen durchzusetzen.³³

Eine Hauptaufgabe sehen die Kommunisten vieler Länder in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. So ringt die Kommunistische Partei Indiens ständig darum, über den Weg einheitlicher Aktionen mit der parallelen Kommunistischen Partei Schritt für Schritt die Einheit der marxistischen Kräfte Indiens wiederherzustellen. In einigen indischen Staaten gelang es den Kommunisten, die Einheitsfront mit den sozialistischen Parteien zu schaffen. Eine außerordentlich große Bedeutung kommt dem Kampf um die Herstellung der Einheit der Gewerkschaften zu, zumal es der Reaktion in einer Reihe Länder gelang, die Klassenorganisationen der Arbeiter zu spalten.

Die kommunistischen Parteien setzen sich mit der bürgerlichen Propaganda auseinander, die den Arbeitern weismachen will, daß sie ihre sozialen Forderungen im nationalen (sprich bürgerlichen) Interesse zurückzustellen hätten. Die Marxisten stellen sich an die Spitze des Proletariats, das immer entschlossener für seine politischen, ökonomischen und sozialen Rechte kämpft. Ausdruck dafür ist die wachsende Streikbewegung, in der die ökonomischen Forderungen immer häufiger mit politischen verbunden werden. Eine neue, höhere Stufe bilden die gesamtnationalen Streiks, wie sie in Ceylon und Pakistan in den letzten Jahren stattfanden. Die Kommunisten sehen es als ihre verdingliche Pflicht an, den Klasseninteressen des Proletariats Ausdruck zu verleihen und der Arbeiterklasse ihre historische Rolle bewußt zu machen.

Bei der Festlegung ihrer Strategie und Taktik gehen sie deshalb mehr denn je von den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche, von der Prognose des revolutionären Weltprozesses aus und berücksichtigen gleichzeitig die objektiven und subjektiven Bedingungen der Entwicklungsetappe, in der sich ihr Land befindet. Die organische Verknüpfung der aktuellen antiimperialistischen, demokratischen Aufgaben mit den Klassenaufgaben des Proletariats, mit dem Endziel des nationalen und sozialen Befreiungskampfes, ist eines der wichtigsten Erfordernisse für eine erfolgreiche Politik. Dies ist aber gleichzeitig eine der kompliziertesten Aufgaben, deren richtige Bestimmung einerseits weitgehend von einer exakten Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen abhängt und andererseits für die Wahl der effektivsten Kampfformen und -methoden von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die Unterstützung der gesamtnationalen Aufgaben und der Notwendigkeit eines breiten Bündnisses aller antiimperialistischen, demokratischen Kräfte hatte in einigen Parteien zur Folge, daß sie eine Strategie und Taktik entwickelten, die nicht der Lage entsprach, insbesondere die Rolle des bewaffneten Kampfes verab-

33 Vgl. R. Uljanowski: Indien: Das Volk kämpft für Demokratie und sozialen Fortschritt. In: Prawda, 4. September 1970 (Auszüge in: Neues Deutschland (B), 10. September 1970). – CPI National Council Resolution. On political situation. In: New Age (New Delhi), 11. Oktober 1970. – Sarada Mitra: Indien: Klärungsprozeß an den politischen Fronten. In: Horizont, 1970, Nr. 44.

solutierten. Infolge dieser Politik isolierten sich die Kommunistischen Parteien Burmas und Malaysias von den Volksmassen und verloren völlig an Bedeutung. Die Mehrheit der Führung der Kommunistischen Partei Indonesiens ging unter dem Einfluß kleinbürgerlich-nationalistischer und abenteuerlicher Konzeptionen von der Klassenposition ab und unterschätzte die reaktionären Kräfte. Das erleichterte es der erstarkten Reaktion, die kommunistische Massenpartei Indonesiens zu zerschlagen. Aufrechte indonesische Kommunisten kämpfen unter äußerst komplizierten Bedingungen, die in vieler Hinsicht den Verhältnissen der Kolonialzeit gleichen, für die Wiedergeburt der Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Wie die Erfahrungen lehren, haben jene kommunistischen und Arbeiterparteien, die die Prinzipien der marxistisch-leninistischen Lehre gegen alle Angriffe und Entstellungen konsequent verteidigen und sie schöpferisch auf die konkreten Bedingungen ihrer Länder anwenden, die besten Ergebnisse bei der Verstärkung ihres Einflusses auf die Massen.

Zusammenarbeit zwischen kommunistischen und nationalrevolutionären Parteien - dringendes Gebot in den nichtkapitalistisch orientierten Staaten

Die Entwicklung der vom Kolonialismus befreiten Länder Asiens und Afrikas, von denen einige schon länger als zwei Jahrzehnte selbstständig sind, hat gezeigt, daß unter Führung der Bourgeoisie, auf kapitalistischem Wege, keine der vor den Völkern dieser Staaten stehenden gesellschaftlichen Hauptprobleme zu lösen ist. Unter dem Einfluß der revolutionären Bedingungen unserer Zeit können diese Länder jedoch unter Umgehung des Kapitalismus oder seines entwickelten Stadiums auf dem Wege des sozialen Fortschritts weiter voranschreiten, „wenn sie von revolutionären Kräften geführt werden und wenn sie sich auf den Beistand des Weltsozialismus stützen“.³⁴

Eine ganze Gruppe von Staaten hat diesen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg bereits beschritten, bedeutende gesellschaftliche Umgestaltungen vorgenommen und den Sozialismus als ihr Endziel verkündet. Zu dieser Staatengruppe gehören: Algerien, Burma, Guinea, der Irak, die Volksrepublik Kongo, der Sudan, Südjemen, Syrien, Tansania und die VAR. Die gesellschaftlichen Prozesse einer weiten Reihe von Ländern (zum Beispiel in Ceylon, Lybien, Sambia und Somalia) tendieren zur nichtkapitalistischen Entwicklung.

Die sich in diesen Staaten entwickelnde Arbeiterklasse ist noch nicht so stark und in einem solchen Grade organisiert, daß sie mit selbständigen politischen Programmen den entscheidenden politischen Einfluß auf die werktätigen Massen und auf die gesellschaftliche Praxis ausüben kann. Kleinbürgerlich-demokratische Kräfte haben die Führung der revolutionären Bewegung übernommen. Aber die Kraft, die auch in den nichtkapitalistisch orientierten Staaten der bestimmenden

Entwicklungstendenz in unserer Epoche am konsequentesten Ausdruck verleiht, sind die marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen. Von ihrer Konsolidierung und erfolgreichen Tätigkeit hängt letztlich das Schicksal der antiimperialistisch-demokratischen Revolution ab.

Während in einigen Ländern, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschritten haben (so in Algerien, dem Irak, dem Sudan, Syrien), kommunistische und Arbeiterparteien bestehen, sind in den anderen Staaten einzelne marxistische Kräfte in den sich entwickelnden nationalrevolutionären Parteien und fortschrittlichen gesellschaftlichen Organisationen tätig (in Burma, Guinea, der Volksrepublik Kongo, Südjemen, Tansania und der VAR). Die Existenz- und Kampfbedingungen der Kommunisten in diesen Staaten sind nicht gleich. Der revolutionäre Weltprozeß, der zunehmende Einfluß der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus und die steigende Autorität ihrer Träger im internationalen und nationalen Maßstab begünstigen nicht nur das qualitative und quantitative Wachstum der marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen, sondern auch die politisch-ideologische Entwicklung revolutionär-demokratischer Kräfte, die sich an der Macht befinden. Es zeichnet sich tendenziell – über Schwankungen und Rückschläge hinweg – eine Annäherung der fortgeschrittenen nichtproletarischen Führungskräfte an den Marxismus ab. Aber gegenwärtig besitzen die Kommunisten auf Grund noch vorhandener antikommunistischer Vorurteile und anderer aus der Vergangenheit überkommener Ressentiments der Kräfte, die die Hegemonie ausüben, keine offizielle Organisations- und nur beschränkte Aktionsfreiheit.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien in nichtkapitalistisch orientierten Staaten erhöhten trotz zeitweilig äußerst komplizierter Entwicklungsphasen ihre politische und ideologische Aktivität unter den Massen, vornehmlich unter der Arbeiterklasse, den Studenten und den werktätigen Bauern, und sammelten auf dem ersten Wegabschnitt einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung wertvolle Kampferfahrungen. Sie festigten ihre Reihen und kämpfen gegen opportunistische Entstellungen.

Die marxistisch-leninistischen Parteien stellen im Leben der betreffenden Länder einen an Bedeutung zunehmendem Faktor dar. Ihre Massenbasis und ihr Einfluß auf die gesellschaftlichen Prozesse sind hinsichtlich Tiefe und Ausmaß sehr unterschiedlich, erweitern sich jedoch insgesamt nach und nach. Besonders in den letzten Jahren sind ihre Autorität, ihre Rolle im öffentlichen Leben, in den Gewerkschaften, Jugendverbänden und anderen Massenorganisationen, in gesellschaftlichen Institutionen und auch in den staatlichen Organen einiger Länder gewachsen. Im Sudan und im Irak sind Kommunisten Mitglieder der Regierung. In der Volksrepublik Kongo übt die Partei der Arbeit, in der die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus wachsenden Einfluß gewinnen, die politische Macht aus.

Dem Inhalt der gegenwärtigen Revolutionsetappe gemäß ist die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien auf die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Konzeption der nichtkapitalistischen Entwicklung, auf die Schaffung der materiell-technischen, sozialen und politisch-ideologischen Voraussetzungen für das Hinüberwachsen der antiimperialistischen, antifeudalen, demo-

³⁴ Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins, Thesen des Zentralkomitees der KPdSU, S. 45/46.

kritischen Revolution in die sozialistische Revolution gerichtet. Ihre gesamte Tätigkeit hat zum Ziel, die sich herausbildende Arbeiterklasse auf die Verwirklichung ihrer historischen Aufgaben entsprechend der jeweiligen Entwicklungsstufe der Gesellschaft vorzubereiten. Dabei orientieren sich die kommunistischen und Arbeiterparteien vor allem auf folgende Hauptprobleme:

Sie unterstützen erstens aktiv die Durchführung von Maßnahmen der nationalrevolutionären Macht, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, und kritisieren andererseits Lösungen, praktische Handlungen und kleinbürgerliche Inkonsistenzen der Führungskräfte, die den Interessen des werktätigen Volkes und der weiteren Entfaltung des revolutionären Prozesses zuwiderlaufen. Sie sehen zugeleich und in erster Linie ihre Aufgabe darin, die Ergebnisse, Erfahrungen, Mängel und Schwierigkeiten bei der bisherigen nichtkapitalistischen Entwicklung sorgfältig zu analysieren und konstruktive Wege zur Überwindung dieser Schwierigkeiten, zur effektiven Lösung der komplizierten praktischen Probleme auf den wichtigsten Gebieten im Interesse der nationalen Entwicklung und des sozialen Fortschritts zu weisen und für deren Durchsetzung zu kämpfen.

Zweitens betrachten sie gegenwärtig als Hauptkettenglied für weitere Fortschritte der nichtkapitalistischen Entwicklung die Herstellung der Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte. Ihren Einigungsprozeß bewußt zu fördern und maßgeblich zu gestalten, ist die politische Berufung der Kommunisten. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sehen deshalb eine ihrer verantwortungsvollsten Aufgaben darin, durch eine den Prinzipien des Marxismus-Leninismus entsprechende konstruktive, geduldige und elastische Bündnispolitik zur Überwindung antikommunistischer Vorurteile, zur Annäherung und zum Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte, der fortschrittlichen Parteien und Organisationen auf der Grundlage eines gemeinsamen Aktionsprogramms in einer nationalen Einheitsfront beizutragen. Dabei berücksichtigen sie die fortschreitende politische Differenzierung im Machtapparat, in der Armee und in den regierenden nationalrevolutionären Parteien.

Eine entscheidende Voraussetzung, um die Einheitsfront aller antiimperialistischen Kräfte zu schmieden, ist die Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und den nationalrevolutionären Parteien. Die kommunistischen und Arbeiterparteien betrachten die revolutionären Demokraten als ihre nächsten Bundesgenossen in der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung. Da hauptsächlich die Bauernschaft und andere halbproletarische und nichtproletarische Schichten die soziale Basis der nationalrevolutionären Parteien bilden, ist für die Kommunisten die Zusammenarbeit mit ihnen ihrem Wesen nach eine Ausdrucksform des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und den städtischen Zwischenschichten.

Bei Wahrung ihrer politischen und organisatorischen Selbständigkeit treten die marxistisch-leninistischen Parteien deshalb für ein vertrauensvolles Aktionsbündnis ein und sind trotz aller Unterschiede, die zwischen beiden Parteitypen und in wichtigen politisch-ideologischen Fragen bestehen, bestrebt, möglichst viele Formen, Wege und Entwicklungsstufen der Zusammenarbeit zu suchen. Sie stellen dabei in

Rechnung, daß eines der Hauptziele der ideologischen Diversions des Imperialismus in den Ländern mit fortschrittlichen Regimes gerade darin besteht, Kommunisten und revolutionäre Demokraten zu entzweien, ihr Zusammenwirken zu verhindern, Mißtrauen zwischen ihnen zu säen und antikommunistische Vorurteile auszunutzen, um Bedingungen für Konflikte zu schaffen oder aufrechtzuerhalten.

Alle marxistisch-leninistischen Parteien haben den nationalrevolutionären Parteien bereits mehrfach Vorschläge für eine kameradschaftliche Zusammenarbeit unterbreitet. Die politische Praxis hat jedoch noch keine festen Formen gemeinsamen Wirkens hervorgebracht. Die noch vorhandenen Schwierigkeiten und Hindernisse können nur durch eine zielstrebig, beharrliche und elastische Bündnispolitik der Kommunisten, die den objektiven Erfordernissen und dem realen Kräfteverhältnis entspricht, überwunden werden. Die Härte des Klassenkampfes wird ohne Zweifel auch die revolutionären Demokraten um neue Erfahrungen und Einsichten bereichern, die es ihnen erleichtern werden, ihre Anstrengungen mit denen der kommunistischen und Arbeiterparteien zur gemeinsamen Aktion im antiimperialistischen Kampf zu vereinen.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien kämpfen drittens für die Erhöhung ihrer ideologisch-politischen Rolle im revolutionären Prozeß. Sie orientieren sich deshalb verstärkt darauf, durch eine offensive und lebendige Propagierung und die konsequente Verteidigung des Marxismus-Leninismus den Einfluß der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie zurückzudrängen, gegen Revisionismus, Dogmatismus und Sektierertum anzukämpfen und so aktiv auf den Prozeß der politisch-ideologischen Profilierung der Revolution in Richtung auf den wissenschaftlichen Sozialismus einzuwirken. Die Würdigung *W. I. Lenins* anlässlich seines 100. Geburtstages erwies sich als bedeutender Beitrag zur Offensive des Marxismus-Leninismus.

Viertens ist die Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien dieser Länder darauf gerichtet, die Freundschaft und Zusammenarbeit ihrer Völker und der revolutionär-demokratischen Führungskräfte mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten ständig zu vertiefen. Die Kommunisten haben an der bisherigen Entwicklung der gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen großen Anteil und sind aktiv bemüht, das Bündnis mit der sozialistischen Gemeinschaft und der internationalen Arbeiterklasse den jeweiligen Anforderungen, Schwerpunkten und Veränderungen im Verlaufe des Klassenkampfes entsprechend in wirksamster Weise gestalten zu helfen. Besondere Aufmerksamkeit schenken sie dabei der Festigung der internationalistischen Bindungen zwischen dem Proletariat ihrer Länder und der Arbeiterklasse der sozialistischen Völkerfamilie sowie der kapitalistischen Staaten.

Auch in den Ländern mit nichtkapitalistischer Orientierung, in denen noch keine kommunistischen und Arbeiterparteien bestehen, entwickeln sich die marxistisch-leninistischen Kräfte. Als bewußte Vertreter des gesellschaftlichen Fortschritts kämpfen sie für eine konsequente Lösung der objektiven Aufgaben. Sie sind um eine progressive Entwicklung der nationalrevolutionären Parteien bemüht und unterstützen die dort fortschrittlichsten Führungskräfte. Sie setzen sich für eine aktive Einbeziehung der werktätigen Massen, vor allem der Arbeiter und der Bau-

ern, in die Leitung der Gesellschaft ein und wirken für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

Verstärkter Kampf gegen Nationalismus und Opportunismus, für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung

Der Aufschwung der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung stärkte die Reihen der Kommunisten, aber diese Entwicklung stellte die Parteien auch vor viele neue Probleme. Die rasche Einbeziehung von Millionen und aber Millionen Menschen in die revolutionäre Bewegung hat einen starken Druck der nichtproletarischen Massen auf die kommunistischen Parteien zur Folge. Eine beträchtliche Zahl der neuen Kämpfer ist noch unerfahren. Viele von ihnen schütteln die Vorurteile ihres sozialen Milieus erst in einem langwierigen Erkenntnisprozeß ab. In die Arbeiterbewegung dringen kleinbürgerliche Elemente ein, die reformistische Illusionen und revolutionäre Ungeduld mitbringen. Auch die Entwicklung in den Ländern Asiens und Afrikas beweist die Richtigkeit der Einschätzung im Referat L. I. Breshnews zum Lenin-Jubiläum: „Die Besonderheit der gegenwärtigen Etappe besteht darin, daß der rechte wie auch der ‚linke‘ Opportunismus in vielen Fällen verschmelzen und sich mit nationalistischen Tendenzen verflechten.“³⁵ Die Entfaltung des antikolonialen Kampfes war von einem starken Anwachsen des Nationalismus begleitet. Die Kommunisten haben den allgemeindemokratischen, anti-imperialistischen Aspekt dieser in ihrem Wesen bürgerlichen beziehungsweise kleinbürgerlichen Ideologie unterstützt, gleichzeitig jedoch beharrlich das Eindringen des Nationalismus in ihre Reihen bekämpft. Gegenwärtig müssen sich die kommunistischen Parteien verstärkt mit der reaktionären Seite des Nationalismus auseinandersetzen, die von der einheimischen und internationalen Bourgeoisie benutzt wird, die nationale von der internationalen Arbeiterbewegung zu isolieren und ihre eigenen Klasseninteressen durchzusetzen. Auch fortschrittliche kleinbürgerliche Kräfte, selbst jene, die einige marxistische Leitsätze übernommen haben, versuchen, die proletarische Ideologie mit dem Nationalismus zu vereinen und einen „nationalen“ Sozialismus in die Arbeiterbewegung hineinzutragen.

Die kommunistischen Parteien der Länder Asiens und Afrikas entwickeln in ständiger Auseinandersetzung mit allen Spielarten der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie, durch die Verteidigung der marxistisch-leninistischen Prinzipien in ihrer überwiegenden Mehrheit eine erfolgreiche Strategie und Taktik. Sie stellen richtige dialektische Wechselbeziehungen zwischen den nationalen und internationalen Aufgaben her, weil sie die Grundsätze des proletarischen Internationalismus konsequent gegen jede nationalistische Abweichung hochhalten.

Wo dieser Kampf nicht geführt wird, kommt es zu Einbrüchen des Klassengegners, zu Rückschlägen und Niederlagen, die nicht nur den revolutionären Krä-

³⁵ L. I. Breshnew: Die Sache Lenins lebt und siegt!, S. 73.

ten des eigenen Landes, sondern der gesamten kommunistischen Bewegung schaden. Die Abkehr einiger Parteien vom Marxismus-Leninismus, ihr Bruch mit dem proletarischen Internationalismus haben für die Kampfbedingungen der kommunistischen Weltbewegung und aller antiimperialistischen Kräfte ernste Nachteile gebracht. Besonders in Asien führte der Einfluß antileninistischer, kleinbürgerlich-nationalistischer und großmachtchauvinistischer Auffassungen zu äußerst tragischen Folgen für einige Abteilungen der kommunistischen und der nationalrevolutionären Bewegung. Nicht wenige Vertreter kommunistischer und Arbeiterparteien haben auf der Moskauer Beratung 1969 berichtet, welchen Schaden diese Ideologie und Politik ihren Organisationen zugefügt hat.

Die Imperialisten nutzten und nutzen schonungslos jede Schwäche in der Front der Kommunisten im nationalen und internationalen Maßstab aus, wobei sie die Stimulierung des Nationalismus zu einer der wichtigsten Waffen ihres Kampfes gegen die revolutionäre Weltbewegung gemacht haben.

Das Auftreten der Vertreter der marxistisch-leninistischen Parteien der Länder Asiens und Afrikas auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Stellungnahmen und Beschlüsse ihrer Führungsgremien zu den in Moskau vereinbarten Dokumenten und ihre Anstrengungen zur Verwirklichung dieser Beschlüsse zeugen davon, daß sich die Kommunisten der hohen Verantwortung bewußt sind, die sie sowohl gegenüber der Arbeiterklasse und den Völkern ihrer Länder als auch gegenüber der gesamten internationalen revolutionären Bewegung tragen. Von einer richtigen Einschätzung der Erfordernisse des weltweiten Klassenkampfes in unserer Epoche ausgehend, kämpfen sie gemeinsam mit den anderen Abteilungen der Kommunisten für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Charakteristisch ist dabei die Betonung jener Seiten des Internationalismus, gegen die sich die Angriffe des Imperialismus und des reaktionären Nationalismus in erster Linie richten. Die kommunistischen Parteien treten vor allem Auffassungen entgegen, die die nationalen und internationalen Interessen des Proletariats künstlich trennen wollen. „Die internationale proletarische Solidarität dem Prinzip der Unabhängigkeit jeder Partei... entgegenzustellen bedeutet, die gemeinsamen Interessen und das gemeinsame Schicksal der kommunistischen Weltbewegung zu ignorieren“, erklärte Aziz Mohammed, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Irakischen KP, auf der Internationalen Beratung.³⁶ Konsequent wenden sich die marxistisch-leninistischen Parteien der Länder Asiens und Afrikas gegen alle Versuche, die Rolle des sozialistischen Weltsystems und der UdSSR herabzusetzen. „Die Hauptkraft in diesem weltweiten Kampf sind die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten...“³⁷, sagte der Leiter der Delegation der Libanesischen KP und brachte damit einen Gedanken zum Ausdruck, der in dieser oder jener Form von vielen Delegierten in Moskau unterstrichen wurde. Der Generalsekretär des Zentralkomitees

³⁶ Internationale Beratung 1969, S. 388.

³⁷ Ebenda, S. 90.

der Syrischen KP, Khaled Bagdache, erklärte: „*Unsere Partei ist der Meinung, daß die grenzenlose Treue zur Freundschaft mit der Sowjetunion, mit der Partei Lenins eines der Grundkriterien für das Recht ist, sich Kommunist zu nennen. Mancher sagt uns: Das ist Abhängigkeit. Wir aber antworten: Nein, das ist volle Unabhängigkeit, das ist volle kommunistische Unabhängigkeit, Unabhängigkeit von jeder imperialistischen und reaktionären Propaganda, von kleinbürgerlich-nationalistischer Ideologie, von der Ideologie des Sozialdemokratismus*“.³⁸

Der Kampf um die Festlegung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf prinzipieller marxistisch-leninistischer Grundlage erweist sich auch als wichtiger Faktor, um die ideologische Offensive jeder Abteilung der Kommunisten wirksamer zu entwickeln. Die Diskussion im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Moskauer Beratung sowie auf dieser Konferenz selbst und die dort gegebene Orientierung führten auch in einer Reihe von Bruderparteien in Asien und Afrika zu einer verstärkten ideologischen und theoretischen Tätigkeit. Der Kampf um die Reinhaltung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus wurde intensiviert, und das Niveau der Propagandaarbeit erhöhte sich. Sie verbanden die prinzipielle Würdigung des Leninschen Werkes anlässlich des 100. Geburtstages des Führers der ersten siegreichen sozialistischen Revolution mit der weiteren Ausarbeitung von Grundproblemen der Strategie und Taktik des antiimperialistisch-demokratischen Kampfes in der gegenwärtigen Etappe. Sie propagierten gründlicher und umfassender die umwälzenden Gedanken des großen Lehrmeisters der internationalen Arbeiterbewegung sowohl in den Reihen der Partei als auch darüber hinaus.³⁹ Die Bilanz der Entwicklung der internationalen revolutionären Bewegung nach der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 zeigt, daß diese Weltkonferenz auch einen neuen Aufschwung in der politischen, ideologischen und theoretischen Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Parteien in Asien und Afrika eingeleitet hat und der gesamten antiimperialistischen Befreiungsbewegung entscheidende Impulse gab.

Zur Rolle des Militärs in den Ländern der Dritten Welt

Auszug aus Band 1 des dreibändigen Werkes „Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern“, das 1967 im Verlag Msyl, Moskau erschien und 1969 in deutscher Sprache vom Staatsverlag der DDR herausgegeben wurde (Der nachfolgende Text ist mit dem Abschnitt 4.3, Das Offizierskorps, in Band 1 der deutschen Übersetzung identisch, siehe Seite 156 des vorliegenden Heftes).

Die Analyse der sozialen Kräfte in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern wäre ohne eine Untersuchung der Armee unvollständig. Im gesellschaftlichen Leben dieser Länder stellt die Armee eine große Kraft dar, in einer Reihe von Fällen beeinflußt sie den Gang der Ereignisse entscheidend. Natürlich stellt die Armee keine Klasse der Gesellschaft dar. Sie besteht aus Vertretern bestimmter Klassen. Das bedeutet aber nicht, daß diese Armeeangehörigen immer die Interessen der Klassen vertreten, zu denen sie gehören. Die Tatsachen zeigen, daß die Armee – in erster Linie das Offizierskorps – in den schwach entwickelten Ländern meistens als besonders soziale Kraft in Erscheinung tritt, als eine eigenständige Korporation, deren Interessen nicht immer unmittelbar von den Interessen der Klasse bestimmt werden, zu der die Mehrheit der Armeeangehörigen gehört. Die Armee ist in diesen Ländern nicht einfach die arithmetische Summe einer bestimmten Zahl von Sproßlingen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums usw. Obwohl alle diese Menschen in gewissem Maße Vertreter ihrer Klasse bleiben, gewinnen sie im Armeedienst eine neue Qualität, werden sie zu einem einheitlichen Organismus verbunden.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern mit ihrer festgelegten bürgerlichen Ordnung rekrutieren sich die Armeeangehörigen auch aus verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Die bürgerliche Staatsmacht hat die Streitkräfte aber gewöhnlich fest in der Hand, und die Möglichkeiten, eine selbständige Rolle zu spielen, sind für die Armee außerordentlich gering. Die Armee ist ein Machtapparat im Dienste des bürgerlichen Staates. In den Ländern dagegen, die den Übergang vom kolonialen oder halbkolonialen Status vollziehen, mit ihrer unvollendeten Klassendifferenzierung und ihrer noch nicht ausgeprägten sozialen Ordnung, bildet die Armee eine wesentlich selbständiger Kraft. In einigen dieser Länder genießt die Armee überhaupt eine relative Unabhängigkeit vom Staat. Manchmal ist sogar der Staat von der Armee abhängig und entsteht unter ihrem Einfluß.

In der Nachriegsgeschichte der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gab es fast keinen Fall, in dem gegen den Willen der Armee (wenn sie geschlossen auftrat) ernsthafte Veränderungen im Charakter der Staatsmacht oder in ihrer politischen und sozialen Orientierung vollzogen wurden. Es gab keinen Fall, daß andere Kräfte einer militärischen Spalte die Macht entrissen hätten, unter der Voraussetzung, daß diese Spalte die volle Unterstützung der Armee hatte. Im Sudan wurde die Militärdiktatur 1964 abgelöst, und an ihre Stelle trat eine zivile Macht.

38 Ebenda, S. 702.

39 Vgl. Beiträge und Reden von leitenden Persönlichkeiten der kommunistischen und Arbeiterparteien in Asien und Afrika zum 100. Geburtstag W. I. Lenins: In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1970, Heft 4, 5 und 8. – Unter dem Banner Lenins, Berlin 1970. – Materialien der internationalen theoretischen Konferenz „Friedrich Engels und die kommunistische Bewegung“. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1970, Heft 9.

Das war aber nur möglich, weil ein bedeutender Teil des mittleren und jüngeren Offizierskorps sich der revolutionären Bewegung anschloß und die Mehrzahl der Soldaten hinter sich hatte.

Im Gegenteil, es gibt eine Fülle von Beispielen dafür, daß eine Armee dem Land ihren Willen aufgezwungen hat, ohne daß der Wunsch nach einer militärischen Verwaltung bestand oder auch nur eine revolutionäre Situation vorhanden war. In Iran unterdrückte 1953 die Armee, die einer reaktionären Generalität willig folgte, unter der Losung der Verteidigung der Monarchie die revolutionäre demokratische Bewegung. Die fortschrittlichen Kräfte waren sehr stark, sie standen unter der Führung von *Mossadegh*, einem Führer, der eine in der Nachkriegsgeschichte des Iran noch nie gekannte Popularität genoß. Trotzdem erwies sich die militärische Macht als entscheidende Kraft. In Brasilien zwang die Armee dem Volk im Jahre 1964 eine reaktionäre Diktatur auf, obwohl die Mehrheit den Präsidenten *Goulart* unterstützte und für fortschrittliche Umgestaltungen eintrat. Weder die politischen Parteien noch die Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen konnten der bewaffneten Macht irgend etwas Gleichwertiges entgegensetzen. In Ghana beseitigte 1966 die Armee in einigen Stunden ein Regime, das die Unterstützung eines bedeutenden Teiles des Volkes genoß, löste einen Präsidenten ab, der über große Popularität verfügte. Und wiederum konnten weder die Partei noch die Gewerkschaften, noch die übrigen Massenorganisationen auch nur in bescheidenem Maße den Gang der Ereignisse beeinflussen.

Natürlich kann man auch Beispiele dafür anführen, daß die Armee nur eine Revolution durchführen konnte, die schon lange herangereift war und den Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes entsprach. In Ägypten konnte 1952 niemand außer der Armee das Regime von *Faruk* stürzen. Das gleiche kann man vom Irak, von Burma und dem Jemen sagen, wo die Armee zu einem Instrument der Revolution wurde und Regimes beseitigte, die nicht den nationalen Interessen entsprachen und vom Volk nicht unterstützt wurden. Andererseits wurde ebenfalls im Irak, einige Jahre nach der Revolution, die Armee zu einer konterrevolutionären Kraft und hielt ein reaktionäres Regime gegen den Willen des Volkes an der Macht. Anders gesagt, die irakische Armee vermochte es, in kurzer Zeit die Rolle einer entscheidenden Kraft sowohl der Revolution als auch der Konterrevolution zu spielen.

Bei aller relativen Selbständigkeit der Armee kamen objektiv jeweils bestimmte Klasseninteressen in ihrer Haltung zum Ausdruck. Dies waren aber erstens nicht unbedingt die Interessen einer bestimmten Klasse, und zweitens waren diese Interessen vermischt mit den eigenen Interessen der Armee als Institution oder Korporation.

Dies alles gestattet die Schlußfolgerung, daß die gesellschaftliche und politische Rolle der Armee in den schwach entwickelten Ländern einer wesentlich gründlicheren Analyse bedarf, als das bisher in der sowjetischen wissenschaftlichen Literatur zu finden ist. Das ist nun um so wichtiger, weil diese Frage im Westen in den letzten Jahren im Mittelpunkt der Untersuchungen stand.

Dem Charakter ihrer Entstehung nach kann man die Armeen der Länder Asiens

und Afrikas in vier Typen unterteilen: a) neokolonialistische Armeen, das heißt Armeen der früheren Halbkolonien, die formell als souveräne Staaten galten und schon in der Zeit Streitkräfte besaßen, als sie in bestimmter Form unter dem Einfluß des Kolonialismus standen (Türkei, Iran, Äthiopien, Afghanistan, Thailand, Jemen); b) ehemalige Kolonialarmeen, das heißt von den Kolonialherren geschaffene und der nationalen Macht „vererbte“ Armeen (Indien, Pakistan, Irak, Syrien, Ägypten, Sudan, Kongo [Kinshasa] und einige andere); c) Armeen, die während des revolutionären Befreiungskrieges entstanden (Burma, Indonesien, Algerien); d) Armeen, die nach der Gründung des Nationalstaates entstanden (zu dieser Kategorie gehören die Armeen der meisten afro-asiatischen Länder).

Die Armeen des ersten und zweiten Typs zeichnen sich dadurch aus, daß ihr höherer Kommandobestand mit den alten privilegierten Klassen verbunden ist und sogar seine militärische Ausbildung und ideologische Ausrichtung an den Militärakademien der Metropolen erhalten hat. Nicht zufällig zeichnet sich die Generalität dieser Armeen durch Konservatismus aus und neigt zu westlichen Orientierungen. Allerdings wurde in einigen Ländern (Ägypten, Jemen, Syrien) die alte Generalität während der revolutionären Umwälzungen im wesentlichen ihrer Posten enthoben, so daß diese Armeen gegenwärtig dem Charakter ihres Führungsbestandes nach den Armeen der beiden nächsten Typen näherstehen. Die Armeen vom Typ „c“ verfügten über den jüngsten und am wenigsten professionalen (im klassischen und im Routinesinne dieses Wortes) höheren Kommandobestand; er besteht aus jungen Revolutionären aus der einfachen Intelligenz, die sich während des Unabhängigkeitskrieges der militärischen Laufbahn verschrieben haben. Allerdings wurden viele von ihnen in der letzten Zeit zu „Berufssoldaten“ und nahmen einige Charakterzüge der militaristischen Bürokratie an. Die Armeen vom Typ „d“, die im wesentlichen aus den Polizeikräften hervorgegangen sind, besitzen keine Kampferfahrung und kein politisches Prestige. Bis 1965 spielten sie auf dem politischen Schauplatz eine ziemlich unbedeutende Rolle. In den Jahren 1965 und 1966 führten die Armeen im tropischen Afrika allerdings eine Reihe von Militärputschen durch. Ihrer sozialen Stellung nach haben die Militärangehörigen der asiatischen und afrikanischen Armeen viel Gemeinsames. Die Masse der Soldaten besteht fast nur aus Bauern. Das Offizierskorps rekrutiert sich in den meisten Fällen aus Vertretern der Mittelschichten.

Für die Analyse der sozialen Herkunft des Offizierskorps (diese Kategorie ist die wichtigste, weil die Offiziere überall die Soldaten mit sich ziehen und als Initiatoren der politischen Aktionen auftreten) erweisen sich folgende Umstände als entscheidend. Die Traditionen der islamischen und Hindugesellschaft verliehen dem Krieger einen hohen Rang in der sozialen Stufenleiter (im Unterschied zur buddhistischen oder konfuzianischen Gesellschaft). In der vorkolonialen Zeit genossen die Krieger in Indien, Ägypten, Marokko und anderen Ländern hohe Achtung. Während der Kolonialherrschaft konnte der Dienst in der Kolonialarmee, die den Kolonialherren unterstand, auf die nationalgesinnte Jugend keine Anziehungskraft ausüben. Dazu kommt, daß diese Art von Armeen nur klein und ihre Offizierskorps in hohem Maße mit Vertretern der Metropolen besetzt waren. Nur

die Begrenztheit der Möglichkeiten, eine Laufbahn in der Verwaltung oder im Geschäftsleben zu ergreifen, zwang einen Teil der Jugend, doch in die Militärakademien einzutreten, die von den Kolonialherren geschaffen wurden. Ein Teil dieser jungen Menschen war sich auch bewußt, daß sie mit der Verfügungsgewalt über Waffen und Menschen zugleich auch wirkungsvoll gegen die Kolonialherren auftreten können.

In Ägypten zum Beispiel verboten die Engländer bis 1936 die Gründung einer eigenen ägyptischen Militärakademie. Nach dem Vertrag von 1936 wurde eine derartige Lehranstalt geschaffen. Bezeichnenderweise stellten gerade diese jungen Leute, die in diesem und in den folgenden Jahren in die Lehranstalt eintraten, den Kern der von Nasser gegründeten revolutionären Organisation „Freie Offiziere“. Der bekannte Fachmann für arabische Probleme, *Madshid Chadduri*, schrieb: „*Häufig treten Oberschullehrer oder Rechtsanwälte, die mit ihrem Beruf nicht zufrieden sind oder glauben, daß ihnen die Armee günstigere Perspektiven eröffnet, in die militärischen Lehranstalten ein und beginnen ihre gesellschaftliche Karriere von neuen im Militärdienst. General Naguib war nicht der einzige, der sich auf dem Gebiet der Jurisprudenz betätigte, bevor er sich dem Militärdienst widmete. Die Zahl derjenigen, die kurze Zeit als Lehrer tätig waren, geht in die Hunderte.*“¹ Der amerikanische Wissenschaftler Fisher schreibt: „*Viele Kursanten der Militärakademie in Homs (Syrien) gingen aus Familien der Mittelklassen hervor, aus Familien von Kleinbauern, Händlern und sogar Schmieden.*“²

Andere Autoren heben hervor, daß die Söhne von Staatsangestellten unter den Offizieren in den Armeen der afro-asiatischen Länder anteilmäßig stark vertreten sind. Söhne aus den Familien der Provinzbeamten und Lehrer haben im Vergleich zu den Söhnen der hauptstädtischen Intelligenz und der Vertreter der freien Berufe offensichtlich das Übergewicht. Gutteridge schreibt: „*In Ghana erweist sich ein Offizier eher als der Sohn eines Kakao anbauenden Farmers oder eines Postbeamten als der Sohn eines Vertreters der freien Intelligenz, der für seine Kinder offensichtlich die Laufbahn eines Rechtsanwaltes oder eines Staatsbeamten vorziehen würde...*“³

Das zahlenmäßige Übergewicht von Armeeangehörigen aus der Provinz gegenüber denen aus der Hauptstadt wird von einer ganzen Reihe Autoren hervorgehoben. Fisher schreibt über die syrische Armee: „*Die Untersuchung der Herkunft einer ganzen Anzahl von hervorragenden jungen Offizieren ergab, daß die meisten von ihnen nicht aus den beiden wichtigsten Städten kamen, sondern aus der Provinz und aus kleinen Städtchen. Ihr Geburtsort war häufiger Homs und Hama als Damaskus und Aleppo.*“⁴

Die Kolonialmächte trachteten bei der Bildung von Armeen in den Kolonien danach, sowohl die Soldaten als auch die Offiziere aus den nationalen Minderhei-

1 American Political Science Review, Juni 1953, S. 517.

2 The Military in the Middle East, herausgegeben von S. Fisher, Columbus 1963, S. 55.

3 W. Gutteridge, Armed Forces in New States. London 1962, S. 44.

4 The Military in the Middle East, S. 55.

ten oder aus entlegenen Gebieten und aus den rückständigsten Gegenden zu rekrutieren. Das war eine bewußt geplante Politik, die erstens darauf gerichtet war, den Kolonialherren eine möglichst zuverlässige Zusammensetzung der Streitkräfte der Kolonien zu gewährleisten (bei den Bewohnern rückständiger Gebiete konnten patriotische Gedanken natürlich weniger eindringen), und zweitens darauf, zwischen den antiimperialistisch gesinnten Bevölkerungskreisen der großen Städte und den bildungsmäßig zurückgebliebenen Bauern und Bergbewohnern, die die Masse der Soldaten bildeten, Feindschaft zu säen. In Marokko zum Beispiel rekrutierte sich die Armee überwiegend aus den Berberstämmen: Die Berber aus den Gebirgsgegenden mußten sich nach der allgemeinen Auffassung unbedingt feindselig gegenüber den Arabern der Städte verhalten. In Nigeria und Ghana nahmen die Kolonialherren vor allem Stammesangehörige aus den entlegenen islamischen Gebieten in die Armee auf, um ein Gegengewicht gegen die kulturell fortgeschrittenen und im wesentlichen christlichen Bevölkerungskreise der Südgebiete zu schaffen. In Ghana kamen bis 1961 80 Prozent der Unteroffiziere aus den Nordgebieten. In Kenia vermieden es die Kolonialherren, Angehörige des kulturell am weitesten fortgeschrittenen Stammes der Kikuyu in die Armee aufzunehmen. In Indien wurde die Armee hauptsächlich aus den Sikhs rekrutiert, in Burma aus den Karen (1949 bestanden die Mehrzahl des Offizierskorps und fast die Hälfte der Mannschaften der burmesischen Armee aus Karen). In Pakistan wurde unter den rückständigen Stämmen der Pandschabi und der Pathanen für die Armee geworben. In Indonesien bemühten sich die Holländer, als Gegengewicht gegen die islamische Bevölkerung der Hauptinseln, die christliche Minderheit von Nordcelebes und Amboin in der Armee einzusetzen. Die französischen Kolonialherren in Syrien stützten sich vorwiegend auf die Vertreter der religiösen und Sprachminderheiten usw.⁵

Die soziale Herkunft des Offizierskorps in den schwach entwickelten Ländern wirkte sich in doppelter Hinsicht auf seine Haltung zum gesellschaftlichen und politischen Leben aus. Einerseits standen die Offiziere den Stützen der Kolonialherren, den Feudalen und den großen Herrn in den Städten fremd gegenüber, gerade weil sie hauptsächlich aus den Mittelschichten, und zwar vor allem aus den Provinzgegenden, fern von der städtischen Elite, kamen. Diese Tatsache nährte das Offizierskorps der radikal und patriotisch gesinnten kleinbürgerlichen Intelligenz an. Andererseits ließ gerade dieser Umstand unter den Offizieren teilweise Mißtrauen gegen die städtische Intelligenz, gegen die intellektuelle Elite und die aus ihr hervorgehenden politischen Führer entstehen.

Nach der Erringung der Unabhängigkeit wird die zuletzt genannte Erscheinung manchmal zu einem negativen Faktor für die Entwicklung der jungen Staaten. Sie verbindet sich mit der für die Armee typischen Psychologie der Verachtung der „raffinierten Intelligenz“, des liberalen Denkens, geht Hand in Hand mit dem traditionellen militärischen Ordnungsstreben, der Neigung zur Disziplin und zu einer „starken Führung“. Das Offizierskorps in den schwach entwickelten Ländern kann

5 M. Janowitz, The Military in the Political Development of New Nations, Chicago 1964, S. 52; Africa Report, 1965.

deshalb eher als radikal und nationalistisch denn als sozial-fortschrittlich bezeichnet werden. Sogar in Ägypten und Burma, wo das Offizierskorps insgesamt eine fortschrittliche soziale Kraft darstellte, muß sich die revolutionär-demokratische Führung mit gewissen militaristisch-bürokratischen Tendenzen auseinandersetzen, die zum Beispiel in Antidemokratismus und Antikommunismus zum Ausdruck kommen. In Indonesien verbürokratisierte und verbürgerlichte ein bedeutender Teil des Offizierskorps. Er verfiel der Korruption, fürchtete eine wirklich sozialistische Entwicklung und setzte sich 1965 für die Interessen der Reaktion ein. In Ghana spielten die Offiziere die entscheidende Rolle beim Sturz *Nkrumahs*.

Unter den Ursachen, die dazu beitragen, die Armee in den Vordergrund des politischen Lebens der schwach entwickelten Länder zu rücken, muß man unbedingt die Tatsache erwähnen, daß die Armee ihrem Wesen nach die einzige gesamt-nationale Institution in einer Gesellschaft war, in der sich die Nation im modernen Sinne gerade erst in der Herausbildung befindet, in der gesamt-nationale Bindungen schwach sind und Familien-, Sippen-, Stammes- und regionale Bindungen noch in stärkerem Maße das Bewußtsein der Menschen bestimmen, als das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer einzigen Gemeinschaft. Von alters her war der Staat in den Augen der Bevölkerung eher ein Organ des administrativen Zwanges als ein Attribut der nationalen Souveränität. Die Menschen dachten in den Kategorien der Sippe, des Stammes, des Dorfes, der Kasten und der religiösen Sekten. Die Armee war der Organismus, in dem alle Schichten der Bevölkerung, die Vertreter der verschiedenen Gebiete, die Angehörigen der Stammes- und sozialen Gruppen miteinander vermischt wurden, die das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nation bisher nicht kannten. Die des Lesens und Schreibens unkundigen Bauern, deren Horizont von der engen Welt ihres Dorfes begrenzt war, trafen erst in der Armee mit Menschen aus anderen Gebieten und Gesellschaftsschichten zusammen, begannen sich erst dort als Glieder einer nationalen Familie zu fühlen. Gerade die Armee vermittelte ihnen ein nationales Selbstgefühl. Sie wurde deshalb zum Symbol der Einheit der Nation, zum Träger der Souveränitätsidee. Das verlieh ihr die Stellung einer besonderen Institution innerhalb des Staates, den Charakter der Einzigartigkeit, die Überlegenheit im Vergleich zu allen anderen Organisationen.

Zugleich war die Armee auch die modernste Institution der Gesellschaft. Sogar in den ökonomisch und kulturell rückständigen Gesellschaften mußte die Armee unbedingt wenigstens in gewissem Grade den allgemeinen Standards entsprechen, auf der Höhe der militärischen Wissenschaft und Technik stehen. Die Verwaltung, das System der Volksbildung, die Kultur und Wissenschaft, schließlich das gesellschaftliche Leben – alles das konnte sich durch ein primitives mittelalterliches Niveau auszeichnen, der Staat hörte deshalb nicht auf zu bestehen, besonders bei der Isolierung von der Außenwelt. Auf all diesen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mußte ein Staat nicht unbedingt dem anderen gleichen. Ohne Armee aber konnte er nicht auskommen. Ihrer eigentlichen Natur nach ist die Armee mit der Außenwelt verbunden, dazu berufen, dem äußeren Feind zu widerstehen, nicht schwächer als er zu sein, im Stand der Ausbildung und Bewaffnung nicht hinter ihm zurückzubleiben. Das Element der Konkurrenz, des Vergleiches mit der Au-

ßenwelt ist deshalb einer Armee unbedingt eigen. Zwangsläufig muß man Offiziere zum Studium ins Ausland schicken oder wenigstens aus dem Ausland Ausbilder einladen, die Offiziere mit den Errungenschaften der internationalen Militärtechnik und mit der Organisation der ausländischen Streitkräfte vertraut machen. Dies führt unweigerlich zu Vergleichen. Niemand fühlt so stark die Rückständigkeit eines Staates wie der Offizier, der während der militärischen Ausbildung mit der Lage nicht nur der anderen Armeen in den entwickelteren Ländern vertraut wird, sondern in gewissem Maße auch den Zustand der Wirtschaft dieser Länder, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften kennenlernt. Manchmal entsteht diese Erkenntnis der allgemeinen Rückständigkeit als Folge der Erkenntnis der Rückständigkeit auf rein militärischem Gebiet: Die Niederlage im Palästinakrieg von 1948 öffnete zum Beispiel den ägyptischen Offizieren die Augen nicht nur hinsichtlich der Schwäche der militärischen Organisation und der Mängel in der militärischen Ausbildung, sondern auch hinsichtlich der schreienen Rückständigkeit und Zersetzung der gesamten Gesellschaftsordnung des monarchistischen Ägyptens. In jedem Falle ist die Erkenntnis der Rückständigkeit des eigenen Landes im Vergleich mit anderen bereits der erste Schritt, um nationale und patriotische Gesinnungen zu entwickeln, zwingt den denkenden Menschen zu bitteren Überlegungen über das Schicksal seiner Heimat, läßt ihn nach den Ursachen der elenden Lage suchen. Die Ursachen in einem Land zu suchen, das sich unter ausländischer Kontrolle befindet, ist aber dann schon nicht mehr schwierig.

Bei der Entwicklung einer modernen Armee und der Erhöhung ihrer Schlagkraft nimmt der Anteil der Stabsarbeit zu, damit erhöht sich die Zahl der Stabsoffiziere. Diese militärische Intelligenz ist dem Charakter ihrer Tätigkeit nach dazu verpflichtet, sich auf ausländische Vorbilder zu orientieren, den technischen Fortschritt in anderen Ländern kennenzulernen. Die Stabsoffiziere, nach der Art ihrer Tätigkeit an einer Modernisierung interessiert, stellen selbst eine Art Element der Modernisierung in einer rückständigen Gesellschaft dar. Sie fühlen besonders schmerhaft den Unterschied zwischen den Erfordernissen einer modernen Entwicklung und dem niedrigen Niveau, zu dem diese Gesellschaft verurteilt ist, solange sie sich nicht von der ausländischen Kontrolle befreit und den Weg der Industrialisierung, den Weg tiefgehender Umgestaltungen der gesamten ökonomischen und sozialen Struktur beschreitet.

Insofern ist die Armee eine Schule des Nationalismus und Patriotismus. Als Organisation modernen Typs bildet sie selbst einen schreienen Kontrast zu allen anderen Institutionen der rückständigen Gesellschaft. Sie drängt die Offiziere, die diesen Kontrast täglich fühlen, zu Vorstellungen, diese Rückständigkeit im gesamt-staatlichen Maßstab zu überwinden, das heißt zu dem Gedanken, die Herrschaft der Kolonialherren und der mit ihnen verbündeten privilegierten einheimischen Oberschichten zu brechen. Die Armee wirkt als ein Faktor des nationalen Zusammenschlusses, der Nivellierung der örtlichen Unterschiede, als Faktor der Konsolidierung der Nation und der Erziehung zu einem nationalen Selbstgefühl. Damit wird die Armee unter den Verhältnissen einer rückständigen, kolonialen oder halbkolonialen Gesellschaft zu einer Kraft, die bereit ist, sich in die nationale, antiimperia-

listische Bewegung einzureihen. Mehr noch, sie ist bereit, die Rolle des Vortrupps dieser Bewegung zu übernehmen, weil sie in der Erkennung ihrer einzigartigen Stellung im Staat vom Gefühl einer besonderen historischen Verantwortung durchdrungen ist; sie begreift ihre Mission. Der den Armeen eigene Korpsgeist und das Gefühl der Solidarität verbindet sich mit dieser Atmosphäre, in der die Armee ihre Rolle als Vortrupp und Träger einer historischen Mission zu pflegen beginnt. Dass die Armee im Bereich der Politik als selbständige Kraft auftritt, ist deshalb eine völlig gesetzmäßige, in einer Reihe von Fällen sogar unausbleibliche Erscheinung. Der Nationalismus kommt auf diese Weise als erstes und wichtigstes Element der Ideologie der Armee zum Ausdruck.

Nach der Erringung der Unabhängigkeit, wenn bereits ein Nationalstaat geschaffen ist, der von „zivilen“ Politikern geführt wird, entwickeln sich in der Armee solche Züge wie eine verächtliche Haltung zum System des bürgerlichen Parlamentarismus, der nach Meinung des Offizierskorps unbedingt mit Korruption, mit der Zersetzung der Moral und mit mangelnder Effektivität der Verwaltung verbunden ist. Der Nationalismus, der gegen den äußeren Unterdrücker gerichtet war, wird nach der Erringung der Unabhängigkeit zum Protest und zur Empörung gegen die „käuflichen Politiker“, die den Staat in ihre Privatwirtschaft verwandeln, zum Spielball ihrer Kombinationen machen und nicht mit dem nationalen Vermögen wirtschaften können. In ausnahmslos allen militärischen Aufständen in den schwach entwickelten Ländern ertönen deshalb immer wieder Motive des Kampfes gegen Korruption, gegen die Unfähigkeit und Demagogie der herrschenden Kreise. Fast die gleichen Formulierungen kehren wieder in den Aufrufen der ägyptischen Offiziere nach 1952 an das Volk, in den Aufrufen von *Ne Win* (Burma), *Ayub Khan* (Pakistan), *Abbud* (Sudan), *Cemal Gürsel* (Türkei), der syrischen Offiziere, kurz der Organisatoren einer Reihe von Aufständen in der Nachkriegszeit. Natürlich können sich hinter diesen Formulierungen verschiedene Motive, Interessen und Ziele verbergen, und das ist auch tatsächlich der Fall. Mit den gleichen Worten erklärten sowohl die Gruppen revolutionär-demokratischer Offiziere in Ägypten und Burma wie auch die konservativ gesinnten Generäle im Sudan ihre Handlungen.

Spürbare Unterschiede zwischen den Generationen gibt es in vielen Armeen. Hier geht es eigentlich nicht so sehr um das Alter, als um den Unterschied in der Erziehung und Ausbildung. Halpern schreibt: „Der Unterschied zwischen Ayub (Pakistan) und Nasser (Ägypten) erklärt sich zum Teil aus dem Unterschied zwischen der englischen Militärakademie in Sandhurst und der Militärakademie in Ägypten...“⁶ Colman und Price charakterisieren die Offiziere im Sudan folgendermaßen: „Die meisten älteren Offiziere sind langgediente alte Soldaten, die während des zweiten Weltkriegs ernannt wurden und sich auszeichneten. Die jüngeren Offiziere erhielten eine Kurzausbildung im Rahmen eines 1963 begonnenen Programmes. Seit dem militärischen Umsturz von 1958 wurden einige ‚Verschwörungen‘ aufgedeckt, mit deren Hilfe die mehr national gesinnten und besser ausgebildeten ‚Jun-

gen‘ versuchten, die höheren Offiziere der älteren Generation abzulösen.“⁷ 1964 stellten eben diese „Jungen“ die Verbindung mit der Volksbewegung her und förderten damit wesentlich den Sturz der Diktatur der Generäle.

In der ägyptischen Revolution von 1952 standen die Generäle auf der Seite von Faruk (außer Naguib, der, wie bereits erwähnt, ursprünglich kein Berufsoffizier war, sondern seine Laufbahn als Rechtsanwalt begann). Diese Generäle waren ein Teil der herrschenden Klasse, die sich aus Großgrundbesitzern, Kapitalisten und hohen Beamten zusammensetzte und deshalb an der Aufrechterhaltung des von den Engländern geschaffenen Systems interessiert war. Dieses System wurde von jungen Offizieren unter Führung von Oberstleutnant Nasser beseitigt. Im Irak stand die Spitzes der Armee 1958 auf der Seite des Regimes *Nuri as-Said*, der durch den von Generalmajor *Abdel Kerim Kassem* und Oberst *Abdel Salam Aref* durchgeföhrten Aufstand gestürzt wurde. In Syrien, im Jemen, in Burma waren die Obersten und Oberstleutnante die Hauptkraft der Militäraufstände (*Ne Win* war General, aber er war kein Berufsoffizier, sondern begann seine Tätigkeit als Berufsrevolutionär in der Thakin und wurde im Laufe des Krieges Offizier).

„Die Revolutionen der Oberstleutnante“ kann man nicht als Zufall bezeichnen. Die höhere Offiziersschicht verwächst gewöhnlich mit dem „System“ und ist an seiner Erhaltung interessiert; gar nicht davon zu sprechen, daß diese Schicht ihre militärische Ausbildung meistens in den Akademien der Kolonialmacht erhielt, von konservativen Anschauungen durchdrungen war und zur Orientierung auf den Westen neigte. Die Tatsache, daß die Generäle seinerzeit auch aus den Mittel- und Zwischenschichten hervorgingen, hat keine Bedeutung, weil sie schon seit langem ihre früheren Bindungen verloren und sich der privilegierten Oberschicht der Gesellschaft angeschlossen hatten. Im Gegensatz dazu vertreten die jungen Offiziere im Durchschnitt radikalere Anschauungen, sind mit der Stagnation, dem erstarnten System unzufrieden und neigen zu Veränderungen. Sie können leicht Verbindung mit den radikal gesinnten Intellektuellen herstellen (besonders aus der Provinz) und zum Träger der Anschauungen der antiimperialistisch und national denkenden kleinstadtlichen und Bauernschichten werden.

In welchen Fällen tritt die Armee dafür ein, die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen? Man kann folgende Faktoren nennen, die Umstürze begünstigen:

1. Das Vorhandensein einer umfassenden, dem Charakter nach nationalen Unzufriedenheit mit der proimperialistischen Politik der herrschenden Oberschicht (gewöhnlich auch mit dem Streben verbunden, schon lange herangereifte soziale Reformen durchzuführen), wobei eine starke und organisierte zivile Opposition gegen das Regime fehlt. Dieser Faktor war für Ägypten und den Irak entscheidend;

2. eine chronische innenpolitische Krise infolge der Unfähigkeit der zivilen Regierung, die dringenden, herangereiften inneren Probleme zu lösen und das Land aus der Sackgasse herauszuführen (Burma);

3. Unzufriedenheit der gebildeten Elite mit der Beschränktheit und Rückständigkeit eines despatischen Regimes;

6 The Role of the Military in Underdeveloped Countries, herausgegeben von J. Johnson. S. 290.

7 A. a. O., S. 401.

4. allgemeine Unfähigkeit der zivilen Verwaltung, die mit der Korruption in der Verwaltung, der Apathie und Enttäuschung der Massen und mit der Furcht der privilegierten Oberschicht vor den heranwachsenden linken Kräften und den Möglichkeiten einer Volksrevolution verbunden ist (Türkei, Sudan). In diesem Falle handelt es sich nicht um einen „Obersten-Umsturz“, sondern um einen Putsch der Generäle, der auf die Erhaltung der wesentlichsten sozialen Züge des vorher bestehenden Systems gerichtet ist, nur mit einem Regime der starken Hand.

Zu den Faktoren, die militärische Umstürze fördern, gehören auch: ein verlorener Krieg (Syrien im Jahre 1949 in der Situation des Umsturzes erst von *Husni al-Za'im* und danach von *Sami al Hinawi* und *Adib Schischakli*, desgleichen auch Ägypten im Jahre 1952, das sich unter dem starken Eindruck der Niederlage im Palästinakrieg befand; die Armee fühlte sich von den zivilen Führern verraten, die Regierung hatte ihr Prestige völlig verloren); ein sich hinziehender aussichtsloser Bürgerkrieg (Burma); die Stärkung der Rolle der Armee durch Repressalien, die die Regierung gegen nationale Minderheiten oder andere Aufständische anwendet (militärische Aktionen der irakischen Armee gegen die Assyrer, Kurden und die revolutionären Stämme in den Jahren vor dem von *Sidqi* geführten Aufstand 1936).

Bei der Analyse der Voraussetzungen für militärische Umstürze muß man als einen der wichtigsten Faktoren die Stärke oder Schwäche der demokratischen, parlamentarischen Traditionen berücksichtigen. In Indien spielt die Armee nicht die Rolle einer politischen Kraft, was sich in erster Linie daraus erklärt, daß das bürgerlich-parlamentarische System bei all seinen Schwächen, seiner geringen Wirksamkeit, seinem Bürokratismus, der Korruption und dem reaktionären Charakter des Staatsapparates in den Augen der indischen Gesellschaft als System trotzdem nicht diskreditiert war. Hier ist sowohl die Tatsache bedeutsam, daß die Massen noch Vertrauen in den Nationalkongreß, der politischen Hauptkraft des Systems, setzen, als auch die Tatsache, daß die Grundklassen der indischen Gesellschaft aus verschiedenen Gründen in einer Militärdiktatur keine wünschenswerte Alternative zur Zivilverwaltung sehen. Man darf aber auch den traditionellen Demokratismus der indischen Gesellschaft nicht unterschätzen, in dem die von den Engländern eingeführten Formen der Vertretungskörperschaften Wurzeln gefaßt haben.

In bestimmtem Maße gilt das auch für Ceylon. Außerdem muß man berücksichtigen, daß es auf Ceylon, ungeachtet der politischen Instabilität und des sich verschärfenden Sprachenproblems (der tamilo-singhalesische Konflikt), keine umfassende und tiefe Unzufriedenheit im Volke mit der Außen- und Innenpolitik der Regierung gab. Es war keine revolutionäre Situation vorhanden, die Armee ist klein (etwa 9 000 Mann), und sie hatte nirgends eine Möglichkeit, zur Geltung zu kommen und sich Ansehen zu verschaffen. Im Gegensatz dazu führten die herrschenden Kreise auf den Philippinen einige Jahre Krieg gegen die bäuerlichen Aufständischen Hukbalahap, und die Errichtung einer unverhüllten reaktionären Militärdiktatur wäre unvermeidlich gewesen, wenn es Präsident *Magsaysay* nicht gelungen wäre, mit dem Aufstand fertig zu werden. Nach dem Tod von *Magsaysay* und im Verlauf der ständigen Zersetzung des bestehenden Regimes nimmt die Gefahr eines reaktionären Militärputsches zu, weil die herrschende Bourgeoisie einen neuen Aufschwung

der revolutionären Bewegung fürchtet und diesmal ohne Errichtung einer Militärdiktatur eventuell damit nicht fertig werden kann.

Schließlich muß man feststellen, daß auch psychologische, traditionelle und religiöse Faktoren keine geringe Rolle spielen. In den islamischen Ländern hat die Armee eine größere Bedeutung, und eine Machtergreifung durch sie ist eine in gewissem Maße auch häufigere Erscheinung, weil der Islam den Krieger auf eine höhere Stufe stellt als zum Beispiel der Hinduismus oder der Buddhismus.

Die oben angeführten Länder, in denen die Armee die Macht nicht übernommen oder es nicht versucht hat, zeugen davon, daß die Armee einen Umsturz nur dort und nur dann durchführt, wo und wenn bedeutende soziale Kräfte vorhanden sind, die an radikalen Veränderungen interessiert sind. Dabei kann sich dieser Umsturz sowohl im Interesse dieser Kräfte vollziehen, wie es in Ägypten, im Irak oder Burma der Fall war, oder, im Gegenteil, soll der Umsturz einer Stärkung dieser Kräfte vorbeugen (Sudan 1958). Ungeachtet der festgestellten relativen Selbständigkeit der Armee tritt sie niemals nur in ihrem eigenen Namen und in ihrem eigenen Interesse auf. Sie ist immer Ausdruck der Interessen bestimmter sozialer Gruppen, ganzer Klassen oder, in bestimmten Fällen, sogar gesamtnationaler Interessen. So führte die ägyptische Armee 1952 eine wirkliche Revolution durch. Eine zahlenmäßig geringe, geheime Offiziersgruppe erwies sich als der Träger des Willens der gesamten ägyptischen Nation, nahm die Mission der Rettung des Landes vom imperialistischen Joch und von der Grundbesitzer- und Palastdespoten auf sich.

Solche Beispiele sind aber nicht häufig. Von allen Ländern Asiens und Afrikas wurde die Armee nur in sechs Ländern zum Werkzeug der nationaldemokratischen Revolution (Burma, Ägypten, Jemen, Irak, Syrien, Algerien). In einer wesentlich größeren Anzahl von afrikanischen und asiatischen Ländern hat die Armee die Rolle eines Beschützers der konservativen und manchmal sogar der reaktionären oder proimperialistischen Herrschaftsformen übernommen. Deshalb sind die in der letzten Zeit im Westen verbreiteten Behauptungen, mit denen die Armeen der afro-asiatischen Länder als eine demokratische und revolutionäre Kraft in den Himmel gehoben werden, völlig unhaltbar.

Auf der anderen Seite aber kann man nicht immer der Armee die Schuld daran geben, daß sie nicht gegen das bestehende Regime auftritt. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Armee zum Vortrupp oder Träger sozialer Bewegungen werden kann. Gibt es aber im Lande keine revolutionäre Situation, sind die Umwälzungen noch nicht herangereift, so kann man schwerlich ein Auftreten der Armee erwarten. Man muß auch berücksichtigen, daß es für einen Militär nicht so leicht ist, die Disziplin auf die krasteste Art und Weise zu verletzen, das Militärgericht ist zu riskieren und die Waffen gegen die übergeordnete Führung zu erheben, die in den meisten Fällen gegen einen Umsturz ist.

Ein militärischer Umsturz als solcher kann deshalb nicht das Hauptkriterium für die revolutionäre oder die reaktionäre Einstellung der Armee sein. Die Kompliziertheit der Bedingungen, unter denen die Herausbildung der jungen Staaten vor sich geht, verbietet enge Schemata und übertrieben kategorische Formulierungen. Die gleichen irakischen Offiziere zum Beispiel, die im Juli 1958 den Kö

nigpalast stürmten, beteiligten sich einige Jahre später an dem grausamen Ausrotungsfeldzug gegen die Kurden oder an den Repressalien, denen ihre früheren Verbündeten, die Kommunisten, zum Opfer fielen. Der Nationalismus ist ein zweischneidiges Schwert, er besitzt eine antiimperialistische Seite, kann sich aber auch gegen die demokratischen Kräfte richten.

So äußert sich der Nationalismus auch in der Haltung aller Mittel-, Zwischen- und kleinbürgerlichen Schichten, die abhängig von den Umständen sowohl die Basis für revolutionär-demokratische Bewegungen als auch eine Stütze der reaktionären, chauvinistischen und faschistischen Kräfte werden können. Die gleiche soziale Labilität ist auch für die politischen Vertreter dieser Kräfte, die Intellektuellen, charakteristisch. Die unteren und mittleren Offiziere sind aber nichts anderes als die militärische Intelligenz. Läßt man die rein militärisch bedingten Besonderheiten beseite, so sind die Offiziere in den schwach entwickelten Ländern, diese Abkömmlinge des Kleinbürgertums, der Angestellten, der reichen Bauern und der Intellektuellen, Träger der Interessen eben dieser Schichten. Sie erkennen die Notwendigkeit von Veränderungen nur manchmal früher und umfassender.

Einer besonderen Betrachtung bedürfen die Armeen in Lateinamerika, in denen sich der Militarismus stark entwickelt hat. Der personelle Bestand aller Waffengattungen übersteigt in Lateinamerika die Zahl von 800 000 (ohne die bewaffneten Polizeieinheiten). Die Streitkräfte Brasiliens betragen etwa 225 000 Personen (dabei die Flotte 45 000, die Luftwaffe 35 000), Argentiniens 153 000 (Flotte 42 000, Luftwaffe 17 000), Mexikos 90 000, Perus 73 000, Chiles 42 000, Venezuelas 38 000, Kolumbiens über 40 000, Paraguays 30 000 usw. In allen Ländern, außer in Uruguay und Kostarika, gibt es eine Militärdienstpflicht. Für den Unterhalt der Streitkräfte der lateinamerikanischen Länder werden jährlich etwa 1,5 Milliarden Dollar ausgegeben.⁸ 20 bis 25 Prozent des Staatshaushaltes fließen nach Angaben des amerikanischen Wissenschaftlers *Lieuwen* in die Militärausgaben.⁹ Nach anderen Angaben betrug der Anteil der Rüstungsausgaben im Staatshaushalt 1954 in Argentinien 23 Prozent, in Brasilien 33 Prozent, in Chile 23 Prozent, in Ecuador 40 Prozent und in Venezuela 16 Prozent.¹⁰

Die lateinamerikanischen Armeen haben einen ungeheuer aufgeblähten Personalbestand, der Anteil der Offiziere entspricht in gar keiner Weise dem der Soldaten. In Argentinien entfielen nach den Angaben der Zeitschrift „*Nueva era*“ auf einen Offizier und Unteroffizier zwei Soldaten,¹¹ in Kolumbien kommen auf jede Armeebrigade, die 8 000 Mann umfaßt, 5 Generäle.¹² In Argentinien entfallen auf 1 000 Einwohner 7 Militärangehörige.

Alle diese Erscheinungen existieren auf einem Kontinent, der seit der Befreiung von der spanischen Herrschaft – mit Ausnahme der anglo-französisch-spanischen



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Das „Antiimperialistische Informationsbulletin“ hat die Aufgabe:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellungen zu dokumentieren;
- den klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik – insbesondere der USA und der BRD – aufzudecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein zu rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken zu helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

Das „Antiimperialistische Informationsbulletin“ erfüllt diese Aufgabe, indem es die wichtigsten Dokumente der nationalen Befreiungsbewegung und Materialien zu speziellen Problemen des antiimperialistischen Kampfes in Asien, Afrika und Lateinamerika veröffentlicht.

In seinen ersten 14 Heften hat es Dokumente und Materialien zu folgenden Ländern veröffentlicht:

Ägypten	Japan	Spanisch Sahara
Algerien	Jordanien	Sudan
Angola	Kambodscha	Südvietnam
Bolivien	Kanarische Inseln	Südafrika
Brasilien	Kapverdische Inseln	Südkorea
Ceylon	Laos	Südwestafrika
Chile	Mocambique	Syrien
DR Vietnam	Pakistan	Türkei
Guinea-Bissau	Peru	Uruguay
Indien	Republik Guinea	VR Kongo
Israel	Rhodesien	

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
p.A. Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46

Bezugspreis:

Einzelheft 1,50 DM, Jahresabonnement 15,– DM

8 Inter-American Economic Affairs, Nr. 4, 1963, S. 11–18.

9 E. Lieuwen, Arms and Politics in Latin America, Washington 1960, S. 147.

10 The Role of the Military in Underdeveloped Countries, S. 125.

11 Nueva era, Nr. 8, 1964, S. 28.

12 Documentos políticos, Bogotá, Nr. 27, 1962, S. 12.

Intervention in Mexiko in den Jahren 1861 bis 1867 – praktisch von keinem anderen äußeren Feind als den Vereinigten Staaten bedroht wurde, die mehrfach militärische Interventionen in den lateinamerikanischen Ländern organisierten. Die Streitkräfte der lateinamerikanischen Länder sind aber am wenigsten für einen Widerstand gegen Aggressionen der USA gedacht, sondern sind im Gegenteil mit diesen Streitkräften eng verbunden und arbeiten mit dem Pentagon zusammen. Konflikte zwischen den lateinamerikanischen Ländern werden fast niemals zu militärischen Zusammenstößen. Im 20. Jahrhundert gab es bisher nur drei Kriege: zwischen Paraguay und Bolivien (1932 bis 1935), zwischen Peru und Kolumbien (1932 bis 1934) und zwischen Peru und Ekuador (1941), wobei hinter den kämpfenden Ländern englische und amerikanische Erdölgesellschaften standen. Man kann behaupten, daß die Streitkräfte der lateinamerikanischen Länder insgesamt nicht zur Verteidigung gegen einen äußeren Feind dienen. Sie erfüllen eine andere Funktion, und zwar eine innere. Sie beschränkt sich aber nicht auf die für einen auf Ausbeutung beruhenden Staat übliche Funktion eines Zwangsapparats gegen die Volksmassen. Dafür würde auch die Polizei ausreichen.

Die Streitkräfte sind in den meisten Ländern Lateinamerikas der wichtigste, dominierende Faktor des politischen Lebens. Das wird durch folgende Tatsachen bestätigt. In den letzten 150 Jahren gab es in Lateinamerika 535 militärische Umstürze, die mit dem Sturz der jeweiligen Regierungen endeten (mißlungene Putschversuche kommen hier nicht in Betracht). Den Rekord schlugen El Salvador (127 Putsche) und Mexiko (130). Von 1943 bis 1963 gab es 68 Putsche in 17 Ländern des Kontinents (nur Mexiko, Chile und Uruguay wurden davon verschont). Anders ausgedrückt, es gab durchschnittlich im Jahr vier Putsche.¹³ Nach der Erringung der Unabhängigkeit befanden sich in den lateinamerikanischen Ländern 217 Diktatoren an der Macht.¹⁴ In der Zeit von 1930 bis 1957 übten in den 20 lateinamerikanischen Republiken 56 Präsidenten – Militärs – die Macht aus (nur diejenigen gerechnet, die mindestens ein Jahr lang regierten).¹⁵ In Argentinien waren in diesem Zeitraum von 10 Präsidenten 8 Generäle oder Oberste.¹⁶

1966 gab es in 7 bis 8 lateinamerikanischen Ländern Militärdiktaturen, in einer Reihe anderer Länder übt eine Militärclique eine Art „Parallelherrschaft“ aus und beeinflußt die Regierung ständig. Sie kann sich in jedem beliebigen Moment in das politische Leben einmischen, dem Präsidenten ein Ultimatum stellen, den Belagerungszustand erklären, die verfassungsmäßigen Garantien beseitigen, das Parlament auseinanderjagen, Minister ablösen und den Präsidenten absetzen. Man kann hier die Worte des ehemaligen Präsidenten von Kolumbien, *Eduardo Santos*, anführen, die sich auf ganz Lateinamerika beziehen: „*Unsere Generäle haben mit eigenem Auge nie ein Schlachtfeld gesehen, und ihre Armeen kämpften niemals. Ihre erste Schlacht war immer die Machtergreifung...*“

¹³ Politica, Mexico, vom 15.2.1964, S. XIX–XX.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ The Role of the Military in Underdeveloped Countries, S. 138.

¹⁶ A. a. O., S. 131.

Die Soldaten werden in Lateinamerika in der überwiegenden Mehrzahl aus Bauern rekrutiert. Das Analphabetentum, die Rückständigkeit, die politische Lethargie der bäuerlichen Massen spiegeln sich in der Haltung der Soldaten zur Politik wider. Meistens ordnen sie sich blindlings einem Befehl unter und folgen den Offizieren. Der Anteil der Arbeiter unter den Soldaten ist gering, der Einfluß der Kommunisten schwach. In Lateinamerika sind, mit Ausnahme von Kuba, Fälle von Verbrüderungen der Soldaten mit den aufständischen Volksmassen fast unbekannt. Einzelne Versuche von Soldaten, gegen das herrschende Regime aufzutreten, scheiterten (die Meuterei der Soldaten des 5. Regiments der peruanischen Armee in Jahre 1931, der Matrosen in Ekuador im Jahre 1932 und das Auftreten der Sergeanten in Brasilien im Jahre 1964). Nur auf Kuba organisierten die Soldaten und Unteroffiziere unter Führung des Sergeanten *Batista* mit Erfolg einen Aufstand gegen die Offiziere, eroberten die Macht und wurden selbst zu Offizieren. In der Folgezeit aber wurde *Batista* zum übelsten Tyrannen, den Kuba jemals erlebt hatte.

Die Offiziere waren bis in die jüngste Zeit gewöhnlich Abkömmlinge der Latifundistas. In den meisten lateinamerikanischen Ländern ist noch die von Spanien überlieferte Tradition lebendig, nach der der älteste Sohn des Gutsbesitzers das Gut erbte, der zweite in die Armee eintritt und der dritte Geistlicher wird. Die Generalität besteht bis heute im wesentlichen aus Vertretern der Agraroligarchie und der höheren Bürokratie. Sie ist mit der herrschenden Oberschicht verwachsen und sozusagen zu einem Teil der Ausbeuterklasse geworden. Unter *Péron* in Argentinien nahmen die Militärs leitende Positionen in der Verwaltung der Eisenbahnen und in der Verwaltung der Energieerzeugnisse ein, der Verteidigungsminister wurde Besitzer der Hüttenbetriebe. Ein Admiral wurde zum Mitglied der Verwaltung der Tochtergesellschaft von „Pepsi-Cola“, ein Konteradmiral war eng verbunden mit der Gesellschaft „Dow Chemical“. Viele höhere Offiziere der argentinischen Streitkräfte sind Mitglieder der Verwaltungen der amerikanischen Gesellschaften „Industrias Kaiser Argentinia“, der argentinischen Filialen von Fiat, der „Compania de Aviacion transcontinental“, der „Minera Alumine“, der „Kellog Pan American Corporation“ und anderer. In Brasilien besetzten höhere Offiziere den Posten des Ministers für Verkehrswesen und öffentliche Arbeiten, des Generaldirektors des Post- und Fernmeldewesens, der Präsidenten der funktechnischen Kommission, der Kommission der Handelsflotte, des nationalen Erdölrates, der nationalen Exekutivkommission für die Planung der Kohleindustrie, der nationalen Atomenergiekommission, des nationalen Verkehrsrates, sie waren Leiter der staatlichen Eisenbahngesellschaft „Leopoldina“, der Zivilluftfahrt, der Tankerflotte, des nationalen Koordinierungsrates für Nahrungsmittel, der Nationalverwaltung für Preiskontrolle, sie hatten verantwortliche Posten in der Erdölgesellschaft „Petrobras“ usw.¹⁷ Dabei erhielten die brasilianischen Offiziere die Hälfte ihres Armeesoldes zusätzlich zu den Gehältern eines Präsidenten oder Direktors der Räte und Kommissionen.

¹⁷ The Role of the Military in Underdeveloped Countries, S. 122; siehe „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 3, 1963, S. 11 (russ.).

Die Militärdiktatur gab den Militärs die Möglichkeit, ungeheure Reichtümer anzuhäufen. Der kolumbianische Diktator *Rojas Pinilla* „erarbeitete“ sich durch verschiedene dunkle Machenschaften etwa 80 Millionen Dollar. Die Diktatoren *Trujillo*, *Batista*, *Jiménez* und andere wurden zu Großgrundbesitzern und Großkapitalisten. Allein von 1952 bis 1959 heimste *Batista* 200 Millionen Dollar ein. Das Jahreseinkommen von *Trujillo* betrug etwa 30 Millionen Dollar. *Perón* nahm bei seiner Flucht 700 Millionen Dollar mit, *Jiménez* 250 Millionen Dollar.¹⁸

Diese Tatsachen lassen keinen Zweifel daran, daß sich die Interessen der obersten Militärs in den lateinamerikanischen Ländern mit den Interessen der Großbourgeoisie und der höheren Bürokratie decken, in einer Reihe von Ländern auch mit den Interessen der Agraroligarchie. Wie aber *Lieuwen* schreibt, „tauchten nach dem ersten Weltkrieg in den unteren Abteilungen des Offizierskorps in zunehmendem Maße Vertreter der wachsenden städtischen Mittelschichten auf. Die Söhne der Industriellen, Bürokraten und Angehörigen freier Berufe waren Leute mit Bildung und mit modernen fortschrittlichen Anschauungen, was ihnen die besten Noten in den Kriegsakademien einbrachte... Die militärischen Vertreter dieser neuen städtischen Gruppen hatten im Unterschied zum traditionellen Offizierskorps, das aus Agrarkreisen kam, keine festen Bindungen zur Agraroligarchie oder der Geistlichkeit. Deshalb glaubten sie, zumindest am Anfang, kaum an die Rolle der Armee als eine Kraft, die die Stabilität der traditionellen Gesellschaftsordnung garantieren könnte.“¹⁹ Hier handelt es sich um die gleiche Tendenz, die bereits hinsichtlich der Länder Asiens und Afrikas festgestellt wurde, nämlich die Tendenz, daß Vertreter der Mittelschichten auf die Kommandohöhen (manchmal die höchsten Posten) der Armee gelangen. Damit entwickelte sich auch in Lateinamerika der Konflikt zwischen den Generationen, „zwischen den Generälen auf der einen Seite und den Majoren, Hauptleuten und Leutnants auf der anderen, wobei die Obersten häufig sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite standen... Fast unausbleiblich wurden die Volksrevolutionen des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika unter der Führung junger Offiziere vollzogen.“²⁰ Tatsächlich führten in Chile 1925, in Brasilien 1930, in Guatemala 1944 und in Venezuela 1945 junge Offiziere die Reformbewegungen gegen die alten, konservativen Cliquen an. Nirgendwo gelang es diesen Bewegungen aber, stabile demokratische Regimes zu schaffen, die jungen Offiziere verloren entweder die Macht, oder sie wurden zu einem Teil des militärisch-bürokratischen Systems.

Nirgendwo in Lateinamerika finden wir, daß revolutionär-demokratische Systeme entstehen, ähnlich denen, die die Armee in Burma und Ägypten errichtete. Das Regime von *Perón*, das weiter unten behandelt wird, besaß einige Elemente, die potentiell in die Richtung revolutionär-demokratischer Umgestaltungen hätten entwickelt werden können, der Charakter der Macht insgesamt war jedoch ein anderer, das Regime verband sein Schicksal nicht mit den Volksmassen, sondern mit der Industriebourgeoisie, es verfiel und stürzte.

18 E. *Lieuwen*, a.a.O., S. 149 f.

19 The Role of the Military in Underdeveloped Countries. S. 135.

20 Ebenda.

Jacobo Arbenz Guzmán beschritt während seiner Herrschaft in Guatemala (1951 bis 1954) den Weg progressiver Reformen, aber er konnte sich keine solide Grundlage schaffen und wurde verhältnismäßig leicht gestürzt.

Natürlich entsteht die Frage: Weshalb sind die jungen Offiziere in den lateinamerikanischen Armeen, die Abkömmlinge der Mittel- und Zwischenschichten, bis heute nicht zu Trägern wahrhaft revolutionär-demokratischer Tendenzen geworden? *Lieuwen* erklärt das mit ihrer Unfähigkeit, mit den ökonomischen Problemen fertig zu werden, sowie mit dem Prozeß der Bereicherung, der Verbürgerlichung der militärischen Eliten. Die revolutionär-demokratischen Führer Asiens und Afrikas, die an die Macht kamen, verstanden aber nicht mehr von der Ökonomie als die lateinamerikanischen Offiziere, und die Tendenz zur bürgerlichen Dekadenz ist ebenfalls kein Monopol der westlichen Hemisphäre. Offensichtlich liegt der entscheidende Grund woanders. In Lateinamerika sind die Mittelschichten, deren Vertreter die jungen Offiziere sind, viel stärker mit der Bourgeoisie verbunden als die entsprechenden Schichten in Asien und Afrika. Ihre antikapitalistischen Möglichkeiten sind unvergleichlich geringer, und die lateinamerikanische Bourgeoisie ist wesentlich stärker, reicher, erfahrener und einflußreicher als die Bourgeoisie der afro-asiatischen Länder. Diese Bourgeoisie verfügt über große Möglichkeiten des Manövrirens und der Bestechung. Der Bankrott der Armee als Triebkraft fortschrittlicher sozialer Reformen in Lateinamerika ist nur ein Teil des allgemeinen Bankrotts der kleinbürgerlichen reformistischen Intelligenz von *Haya de la Torre* bis *Rómulo Betancourt*, von *Fernando Belaunde Terry* bis *Victor Paz Estenssoro*. Im kritischen Augenblick, wenn es zwischen den Arbeitern und Bauern auf der einen Seite und der Bourgeoisie auf der anderen zu wählen gilt, geht der kleinbürgerliche Liberale unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie über (sogar, wenn es ihn dann die Macht kostet), genauso wie die Bourgeoisie selbst im kritischen Augenblick, wenn es zwischen der Volksrevolution und dem Imperialismus zu wählen galt, die Verständigung mit dem Imperialismus oder die direkte Kapitulation vor ihm vorzog. Das ist die Niederlage des Zentrismus, das Kennzeichen jener Sackgasse, in die die Reformisten, die Vertreter der Bourgeoisie und der Mittelschichten hineingeraten, die sich zwischen zwei Stühle gesetzt haben. Nicht zufällig gelangt die intellektuelle Schicht der Mittelklasse – die Intelligenz und die Studentenschaft – in letzter Zeit zu der Erkenntnis, daß die früheren Methoden unzureichend waren und die alte Taktik Bankrott gemacht hat. Die ihrer Stellung und ihren Anschauungen nach mittleren und kleinbürgerlichen Schichten der Stadt werden revolutioniert, die Ideen des Marxismus üben einen immer stärkeren Einfluß auf sie aus. Wenn sich dieser positive Prozeß erfolgreich weiterentwickelt, kann man auch hoffen, daß radikale, revolutionär-demokratische Elemente innerhalb der lateinamerikanischen Offiziere auftreten, die in sozialer Beziehung im wesentlichen mit diesen Schichten verbunden sind.

Vorläufig spielt allerdings die Armee in Lateinamerika hauptsächlich die Rolle eines reaktionären Faktors. *Lieuwen* schreibt: „Zieht man die Bilanz, so ist die Armee eine statische Kraft in der lateinamerikanischen Politik ... Die Militärs ...

identifizieren sich mit den traditionsgebundenen Kräften, die eine Niederlage erleiden, und bewegen sich damit auf dem Weg des sozialen Rückschritts.“²¹

In Brasilien stürzte die Armee 1964 das sich nach links entwickelnde Regime von *Goulart* und errichtete eine grausame reaktionäre Diktatur. Sie verfolgt nicht nur die linken Kräfte, sondern auch die Vertreter der bürgerlich-zentristischen Strömungen.

Obwohl unter den Offizieren in Venezuela die Unzufriedenheit mit dem reaktionären Kurs der Regierung *Betancourt* und *Leoni* wuchs (Meutereien in den Marinestützpunkten in Puerto Cabello und Carupano, der Übertritt einer Reihe von Offizieren mit ihren Soldaten in die Streitkräfte der nationalen Befreiung usw.), dient die Armee insgesamt als Instrument der Oligarchie und des Imperialismus.

In Kolumbien bekämpften die Armee und Polizeieinheiten „Carabineri“ in einer Art Bürgerkrieg jahrelang die Bauern, die unbearbeitetes Land der Latifundistas sowie staatlichen Grund und Boden in den Bergen in Besitz nahmen und Selbstschutzgruppen organisierten. In den „Operationen Marquetalia“ und anderen härteten sich die Schüler der amerikanischen Partisanenbekämpfungsschulen ab, werden Methoden für den Dschungelkampf und Kämpfe in den Bergen ausprobiert, neue Waffen eingesetzt und eine neue Taktik der Kriegsführung im Partisanenkampf angewendet.²² „Neunzig Prozent des Armeekorps beteiligen sich an der Bekämpfung der Partisanen. Die kolumbianische Armee verwandelte sich in ein „Strafkommando“.“²³

In Bolivien stürzte die Armee unter dem Kommando des Generals *Barrientos* die sich zersetzende Verräterregierung des *Paz Estenssoro* und errichtete eine offene Diktatur. Zum erstenmal seit vielen Jahren gelang es der Armee, den Widerstand der Minenarbeiter zu brechen und die Bergbaugebiete zu besetzen. Damit wurde der revolutionären Volksbewegung ein ernster Schlag versetzt.

In Peru geriet das Regime *Belaunde Terry* immer mehr unter den Einfluß der reaktionären Militaristen, immer häufiger veranstaltet die Armee „Abrechnungen“ mit den Bauern, die Boden fordern. Die Generäle bereiten einen direkten militärischen Putsch vor und wollen die Macht ergreifen.

In Paraguay ist die Armee die Hauptstütze des faschistischen Diktators *Stroessner*. Sie ist mit amerikanischen Waffen ausgerüstet und hat eine militärische Spezialausbildung erhalten.

Diese lateinamerikanischen „Gorillas“ werden mit allen Mitteln von den Vereinigten Staaten unterstützt. Die direkte Militärhilfe der USA für die lateinamerikanischen Länder steigt (von 1945 bis 1963 betrug sie etwa 820 Millionen Dollar).²⁴ Militärische Spezialausbildungsstätten wurden in den USA, in Panama, in Argentinien, in Brasilien und in anderen Ländern zur Ausbildung von Partisanen-

21 A. a. O., S. 155.

22 Documentos politicos. Nr. 34/35. 1963.

23 Monde vom 15.12.1964.

24 Errechnet nach: Congressional Record vom 2.8.1962, S. 14 419; vom 1.4.1963, S. 4 983.

bekämpfungseinheiten, Fallschirmjägern usw. eingerichtet. Es finden gemeinsame Manöver einer Reihe von Ländern unter Teilnahme von Militäreinheiten der USA und unter Führung des höheren amerikanischen Kommandokorps statt (Manöver „Unidas“ im August/September 1963 an der argentinischen Atlantikküste unter Teilnahme der Seestreitkräfte der USA, Argentiniens, Brasiliens, Uruguays, Chiles, Ekuadors, Perus und Venezuelas; Manöver im November 1963 in Peru unter Teilnahme Brasiliens, Venezuelas, Ekuadors, Boliviens, Kolumbiens und von Streitkräften der USA; ein Operation im Dezember 1964 in Peru unter Beteiligung von Infanterie, Fallschirmjägern, Panzern, Artillerieeinheiten und RaketenEinheiten der USA, Perus, Boliviens, Kolumbiens, Venezuelas, Paraguays und Argentiniens). Das alles dient dazu, um wie *R. Arismendi* schrieb, die nationalen Streitkräfte in eine Art Fremdenlegion zu verwandeln, die dazu dienen soll, die Funktion der Okkupation der eigenen Länder auszuüben.²⁵

Besonders wichtig ist die moralisch-politische und psychologische Seite des Prozesses der „Annäherung der lateinamerikanischen Offizierskader“ an die USA. Wenn man davon ausgeht (wie es bisher war), daß große sozialpolitische Veränderungen in Lateinamerika ohne die Armee oder gegen ihren Willen unmöglich sind, und in der Armee nicht die Soldaten, sondern die Offiziere die Schlüsselstellung einnehmen, so erscheint die Beeinflussung der Offiziere (der mittleren und jüngeren, weil die höheren Offiziere sowieso eng mit den herrschenden traditionellen Kräften verbunden sind) als eine für den amerikanischen Imperialismus außerordentlich wichtige Sache. Hier handelt es sich um einen gigantischen Plan der Umwandlung des lateinamerikanischen Offizierskorps in potentielle „Gorillas“, die fähig sind, zu Trägern des reaktionärsten, schärfsten Kurses zu werden, und mit der revolutionären Bewegung schonungslos abrechnen.

Natürlich gibt es auch in Lateinamerika Länder, in denen die Rolle der Armee geringer als in denen ist, die gerade behandelt wurden. So nehmen zum Beispiel die Streitkräfte in Mexiko, Chile und Uruguay die üblichen Funktionen wahr, die für die Armee eines kapitalistischen Staates gelten. Die Gefahr militärischer Putschversuche verstärkte sich aber in der letzten Zeit fast überall. Der jugoslawische Kommentator *Mom Pudar* schrieb: „Die ehrgeizigen Generäle bereiten sich in vielen Städten Lateinamerikas auf die Eroberung der Macht vor. Faktisch hängt über dem gesamten Kontinent der Schatten von Militärregierungen.“²⁶

Es wäre natürlich falsch, alle Offiziere „Gorillas“ gleichzusetzen, die davon träumen oder sich darauf vorbereiten, die Macht in Lateinamerika zu ergreifen. In einigen Ländern des Kontinents entstanden bereits Gruppen sogenannter Nasseristen. Die jungen Offiziere Lateinamerikas sehen im „Nasserismus“ vor allem solche Züge wie den Antimperialismus, den Willen, die Unabhängigkeit und die nationale Würde zu gewährleisten, den Kampf gegen überlebte sozialökonomische Strukturen und gesellschaftliche Institutionen.

25 Siehe „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ Nr. 4 1963, S. 17 (russ.).

26 Polityka, Warschau, vom 17.7.1965.

In den Ländern Asiens, Afrikas und besonders Lateinamerikas wurde die Armee zu einem „Machtfaktor“, um einen Begriff zu gebrauchen, der in die moderne politische Wissenschaft Einzug gefunden hat. Die Zusammensetzung der Armee ist ungleichartig, die Bedingungen, unter denen diese Armeen in Erscheinung treten, sind unterschiedlich, ungleich sind auch die nationalen Traditionen und das Kräfteverhältnis der Kräfte auf der politischen Bühne usw. Jede schematische Einschätzung der Rolle der Armee wäre deshalb oberflächlich und einseitig. Die Masse der Soldaten ist in den meisten Fällen politisch genauso unentwickelt und passiv wie die Bauernschaft aus der sie kommt. Die Generalität ist in den Ländern, die sich auf dem kapitalistischen Wege entwickeln, gewöhnlich von konservativem und reaktionärem Geist durchdrungen. Das dynamische Element der Armee ist das mittlere Offizierskorps. Letztlich sitzen an den Schlüsselstellungen Oberste, Oberstleutnante und Hauptleute; sie vertreten bestimmte Ideen und sind, wenn sie sich organisieren, in der gegenwärtigen Etappe fähig, Kräfte zu wecken und zu führen, die in der schwach entwickelten Gesellschaft ernsthafte Veränderungen hervorrufen können. Diese Menschen kamen in ihrer Mehrheit aus den Mittelschichten, ihnen ist Schwäche und Inkonsistenz eigen. Zu den antirevolutionären Faktoren zählen der Korpsgeist und das Bewußtsein der Ausschließlichkeit, die großen materiellen Vorteile und Privilegien, die die Offiziere zu einer willigen Stütze des Systems machen, die Beschränktheit und Engstirnigkeit. Dem wirken solche Faktoren entgegen wie der demokratische Charakter des Offizierskorps seiner sozialen Herkunft nach, die Verbindung zum Volk, das Verständnis für seine Nöte. Diese Widersprüche im Charakter des Offizierskorps rufen die Auseinandersetzung hervor, deren Ausgang offensichtlich im wesentlichen von äußeren Faktoren abhängt, davon, wer auf die Armee den größten ideologischen Einfluß ausüben kann. Zweifellos werden hier auch die Bauernsoldaten und die in Uniformen gesteckten Arbeiter ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Letztlich werden sie im Verlauf der Entwicklung der Revolution nicht abseits vom Kampf der Klassen stehen, aus denen sie hervorgegangen sind.

Neuerscheinung
Entschleierte Profite
 Bilanzlesen leichtgemacht.
 Eine Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite von Aktiengesellschaften nach den veröffentlichten Bilanzen.
 Herausgegeben durch das IMSF, erarbeitet von einer Arbeitsgruppe des IMSF unter der Leitung von Dieter Schmidt.
 160 Seiten, 5 Falzblätter, DM 8,50
 Nachrheins-Verlags-GmbH, Frankfurt/Main 1971
 Die Verfasser dieser Schrift haben den Versuch unternommen, eine verständliche Anleitung auf der Grundlage der marxistischen politischen Ökonomie zu geben, die jeden Interessierten befähigt, selbständig Profitanalysen anhand veröffentlichter Jahresabschlüsse von Aktiengesellschaften vorzunehmen. Eines der Hauptanliegen der Verfasser ist es, den Leser zur selbständigen Arbeit anzuregen. Aus diesem Grunde wurden methodische Hinweise und Formblätter in die Darstellung einbezogen. Sie sollen dem Leser zur Einsicht verhelfen, daß die Profite den Eisbergen gleichen, von denen ebenfalls nur die Spitzen an der Oberfläche zu erkennen sind. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis soll ebenso wie Begriffserläuterungen und statistische Angaben zur Lohn- und Profitentwicklung die Arbeit und die Orientierung erleichtern.

Jack Woddis

Arbeiter und Bauern im nationalen Befreiungskampf*

Aus: *Marxism Today, London 1969, Heft 9*

Wir haben in den letzten Jahren die Entstehung einer Vielzahl unterschiedlicher Ideen und Theorien zum Problem der nationalen Befreiungsbewegung verfolgen können. Als Marxisten haben wir die Pflicht, diese Ideen ernst zu nehmen. Der Marxismus ist hundert Jahre alt. Er kam im 19. Jahrhundert in Europa auf. Asien erreichte er – wenn man einmal von Japan absieht – eigentlich erst nach 1917. Afrika hat mit Ausnahme des Südens und bestimmter Teile des Nordens gerade erst mit der Rezeption des Marxismus begonnen – und das zu einer Zeit, da innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung selber erhebliche Differenzen aufgetaucht sind, wie man besonders deutlich an den Auffassungen, die von der kommunistischen Führung Chinas vertreten werden, sehen kann.

Wir stehen in der Tat erst am Anfang einer praktischen Anwendung des Marxismus zur Lösung der Probleme der Menschheit. Wir verfügen zwar über eine reiche revolutionäre Erfahrung, sie allein reicht aber unter den heutigen Bedingungen nicht mehr aus.

Zudem befinden wir uns gegenwärtig in einer neuen historischen Epoche, in der in einem Drittel der Welt der Sozialismus aufgebaut wird und eine Vielzahl neu entstandener unabhängiger Staaten vor gewaltigen Problemen ihrer ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung stehen.

Millionen von Menschen stehen im politischen Kampf. Sie sind in einem beispiellosen Maße aus ihrer Passivität aufgerüttelt worden und entwickeln natürlich ihre eigenen Auffassungen darüber, was falsch ist und was zu tun sei. Manchmal handelt es sich dabei um alte Ideen in einem neuen Gewand, zuweilen bringen aber auch die neuen Verhältnisse genuin neue Ideen hervor, die wir einer wohlwollenden Prüfung unterziehen müssen.

Wir können es uns nicht leisten, diesen Fragen gegenüber eine starre, dogmatische Haltung einzunehmen, als wäre bereits alles klar und entschieden; wir sollten uns aber ebenso vor neuen Dogmen hüten. Im Gegenteil, wir müssen alle Vorgänge aufmerksam untersuchen, neuen Erscheinungen und neuen Chancen aufgeschlossen gegenüberstehen.

Wir Marxisten haben keine vorgefertigten Antworten zur Hand. Wir haben den Marxismus, von dem wir unsere Handlungen leiten lassen. Dieses Werkzeug müssen wir bei der Erforschung gesellschaftlicher Vorgänge schöpferisch anwenden, denn wir sind an ihrem Verständnis interessiert, weil wir als Marxisten bei der Veränderung der Welt eine Rolle spielen wollen.

Im Laufe der letzten Jahre sind nun einige Theorien entwickelt worden, die die

* Der folgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags des Verfassers auf einem internationalen Symposium im Jahre 1969 in London zum Thema Nationaler Befreiungskampf und Dritte Welt.

Rolle der Arbeiterklasse zugunsten der Bauern, des Lumpenproletariats, des Kleinbürgertums oder der Studenten herabmindern. Tatsächlich wollen einige Theoretiker die Behauptung aufstellen, daß die Arbeiterklasse in den nationalen Befreiungsbewegungen eine geringe oder überhaupt keine Rolle gespielt habe, daß sie statt dessen indifferent sei, mehr noch, daß sie in der Vergangenheit wie in der Gegenwart vornehmlich am status quo interessiert sei und daher für die Revolution nicht in Betracht komme.

Fanon und Debray

Die Schriften *Fanons* und *Debrays* über Afrika und Lateinamerika sind in diesem Zusammenhang besonders relevant. Obwohl sie auf einige neue Erfahrungen aufmerksam machen, scheinen mir ihre Einschätzungen doch einseitig, überzogen und unwissenschaftlich zu sein.

Was sagt *Fanon* über Afrika? In seinem Buch „Die Verdammten dieser Erde“ behauptet er, kurz gefaßt, daß in Afrika „allein die Bauern revolutionär sind“. Er beschreibt die Arbeiterklasse als „den vom Kolonialsystem am meisten hofierten Teil der Bevölkerung, den Teil, der sich in der günstigsten Situation befindet“ und daher nicht fähig ist, in der Revolution eine wichtige Rolle zu spielen. In den Städten lenkt *Fanon* den Blick nicht auf die Arbeiterklasse, sondern auf den „Kern des Lumpenproletariats“, auf die „Zuhälter, Halbstarken, Arbeitslosen und kleinen Gauner“, die nach seiner Erwartung „die Speerspitze der Revolution in der Stadt“ bilden werden. Marxisten werden auf solche Ansichten zunächst bestürzt, ja empört reagieren; sie sollten sie dennoch nicht einfach von der Hand weisen. Wir sollten niemals einen Standpunkt ablehnen, nur weil er neu ist oder unseren vorgefaßten Meinungen widerspricht. Man sollte *Fanons* Meinungen erst einmal untersuchen, bevor man ein Urteil abzugeben versucht. *Fanon* ist ein ernst zu nehmender Mann. Er widmete die letzten Jahre seines Lebens der algerischen Revolution; seine Auffassungen sind zweifellos mit durch seine Jugend in Martinique mit geprägt, wo er den Kolonialismus und Rassismus am eigenen Leibe erfahren hat, sowie durch seine Erfahrungen im algerischen Befreiungskampf, wo er unmittelbar Zeuge der Barbarei der imperialistischen Aggression gegen ein Volk war, das einen gerechten Kampf um seine Unabhängigkeit führt.

Die Schwäche der *Fanonschen* Position besteht darin, daß er eine allgemeine Theorie der Klassenverhältnisse in Afrika aufzustellen versucht, ohne eine eingehende Untersuchung der afrikanischen Wirklichkeit vorzunehmen. Obwohl seine Klassenanalyse einige tiefe Einsichten enthält, ist sie doch eher intuitiv, gründet auf Eindrücken und Beobachtungen statt auf wissenschaftlicher Forschung. Eine Schwäche seiner Methode ist z.B., daß er keine einzige Statistik verwendet, weder über die Arbeiterklasse, noch über die Bauern. Darüberhinaus neigt er zu allgemeinen Behauptungen, die er aber mit keinem konkreten Beispiel oder einer Analyse der tatsächlichen Ereignisse belegt.

Die einzige Möglichkeit, *Fanons* Klassentheorie zu überprüfen besteht darin, die realen Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre zu untersuchen.

Wir müssen allerdings zuvor noch ein oder zwei allgemeine Bemerkungen vor ausschicken, ehe wir auf einige Züge der Situation in Afrika eingehen.

Arbeiter und Bauern

Fanon glaubt offenbar, die schlichte Tatsache der relativ zur Arbeiterklasse schlechteren wirtschaftlichen Lage der Bauern setze sich gewissermaßen automatisch in ein größeres revolutionäres Potential um. Zunächst: der Versuch, den Lebensstandard von Bauern und Arbeitern zu vergleichen, ist sehr schwierig. Gewiß erhält ein hochbezahlter gelernter Arbeiter in den Kupferminen von Sambia ein viel höheres Einkommen als der durchschnittliche Bauer dieses Landes, und sicherlich sind auch Teile der Regierungsangestellten und gelernten Arbeiter in einer Reihe afrikanischer Städte in einer besseren Situation als arme Bauern. Gleichzeitig gibt es aber eine erhebliche Anzahl reicher afrikanischer Bauern, etwa die Farmer in Ghana, Nigeria oder der Republik Elfenbeinküste, die selber Lohnarbeiter einstellen und ganz gewiß über einen höheren Lebensstandard verfügen als die von ihnen beschäftigten Arbeiter.

Aber selbst wenn wir davon einmal absehen: auch wenn der Durchschnittslohn einem afrikanischen Arbeiter einen höheren Lebensstandard ermöglicht als einem durchschnittlichen Bauern, sagt das noch immer nichts über das relative revolutionäre Potential dieser beiden Klassen aus. Armut bringt allein nicht unbedingt Militanz oder revolutionäre Einsichten hervor. Wir brauchen nur an das zu erinnern, was *Lenin* im Zusammenhang mit der Revolution von 1905 entdeckt hat, in der sich herausstellte, daß die gut bezahlten Metallarbeiter revolutionärer waren, also über ein höheres politisches Bewußtsein verfügten und eher bereit waren, auf den Barrikaden zu kämpfen, als die schlecht bezahlten Textilarbeiter, die erst nach und nach in den Kampf einbezogen werden konnten, nachdem sie zunächst bei der Durchsetzung ihrer unmittelbaren ökonomischen Forderungen unterstützt worden waren. Ähnlich waren die obdachlosen und besitzlosen Bauern im zaristischen Rußland ohne Zweifel schlechter gestellt als die Maschinenarbeiter der Putilow-Werke in Petersburg, aber ebenso gewiß waren die Putilow-Arbeiter als verlässliche Anhänger der Bolschewiki eine viel revolutionärere Kraft.

Es dürfte an dieser Stelle angebracht sein, *Modibo Keita* zu zitieren, der die Rolle der Arbeiter und Bauern in Mali folgendermaßen erläutert:

„Am meisten haben uns natürlich die Arbeiter und Bauern unterstützt. Sie haben mich gefragt, wie ich die Rolle der Arbeiterklasse einschätze. Ich glaube, daß die Arbeiter am klarsten die Ausbeutung unter dem Kolonialsystem erkannt haben. Wir wissen, daß sie – vorausgesetzt sie haben eine Stelle bekommen; wir hatten nämlich eine hohe Arbeitslosenquote – nicht am meisten ausgebeutet wurden. Aber das ist auch nicht das Entscheidende.“

(Interview, abgedruckt in „Révolution Africaine“ vom 9. März 1963).

Man sollte selbstverständlich die Bedeutung der Bauernschaft nicht unterschätzen, vor allem nicht in Afrika, Asien und Lateinamerika. Schließlich bilden sie in diesen drei Kontinenten die Mehrheit der Bevölkerung und sind der feudalen und der imperialistischen Ausbeutung besonders unterworfen. *Engels* hat in seinem

Buch über den deutschen Bauernkrieg darauf hingewiesen, daß die Bauern eine ungeheure gesellschaftliche Macht darstellen. Er hebt aber gleichzeitig hervor, daß sie auf verbündete Klassen angewiesen sind, wenn sie einen revolutionären Sieg erringen wollen. Das hat die Geschichte bewiesen. Die Bauernschaft ist eine mächtige antifeudalistische und antiimperialistische Kraft, konnte aber allein niemals einen größeren Sieg erringen. Erfolg hatte sie entweder im Bündnis mit den Kapitalisten – wie in der Französischen Revolution von 1789 – oder im Bündnis mit der Arbeiterklasse – wie in Rußland 1917. Nur mit der Unterstützung solcher Verbündeter vermochten sie die Macht auf dem Lande an sich zu reißen und sich so eine neue Zukunft sichern. Das Gleiche gilt für Länder wie Jugoslawien, Bulgarien, Vietnam, Korea, China und Kuba, wo sich die Bauern unter der Führung marxistischer Organisationen, die von den Angehörigen anderer Klassen aufgebaut und geleitet wurden, an den revolutionären Kämpfen beteiligten.

Charakteristische Eigenschaften der Bauernschaft

Ich möchte zunächst daran erinnern, daß die Landwirtschaft im allgemeinen auf Kleineigentum an den Produktionsmitteln basiert. (Das gilt allerdings nicht für große Teile des tropischen Afrika, wo die Landwirtschaft lediglich der unmittelbaren Bedarfsdeckung dient, das Land noch gemeinsames Stammeseigentum ist und das Problem der Landknappheit noch nicht aufgetreten ist.)

Ferner ist die Bauernschaft keine einheitliche, homogene Klasse. Was in ihr gegenwärtig vorgeht, kann man sich ungefähr am Bild einer Zahnpastatube verdeutlichen, die an beiden Seiten offen ist und in der Mitte ausgequetscht wird: unten die Masse armer, häufig besitzloser Bauern, die von kleinen Landbesitzern ausgespißt wird, während am anderen Ende eine kleine Schicht reicher Bauern entsteht, die Lohnarbeiter beschäftigen. Mit anderen Worten, die Bauernschaft befindet sich in einer Phase des Umbruchs, in der sie sich in drei Schichten mit weitgehend unterschiedlichen Interessen aufspaltet. Die parallel verlaufende kapitalistische Entwicklung und die Urbanisierung beschleunigen diesen Umbruchsprozeß noch. Viele Bauern gehen in die Städte oder werden Landarbeiter; ihre Zahl nimmt allmählich ab.

Die meisten Bauern sind ungebildete Analphabeten und hilflose Opfer der Religion und des Aberglaubens. Sie werden von Stammeshäuptlingen und feudalen Grundeigentümern ökonomisch beherrscht und ideologisch beeinflußt.

Der britische Militärexperte *William Gutteridge* hat auf die wichtige Tatsache hingewiesen, daß der englische Imperialismus für seine Kolonialarmeen im allgemeinen Bauern herangezogen hat und nicht Arbeiter oder Stadtbewohner, weil sich die Bauern eher loyal verhielten. Die Bauern sind keine Klasse, welche für die ganze Nation eine richtungsweisende Ideologie entwickeln könnte; sie sind aber sehr wohl in der Lage, den Marxismus, die Philosophie der Arbeiterklasse zu rezipieren, wenn er ihnen durch eine marxistische Organisation nahe gebracht wird. Natürlich spielte die Bauernschaft, an erster Stelle die Mittelbauern und das besitzlose Landproletariat, im Kampf um die Unabhängigkeit und gegen den Feudalismus sehr oft eine bedeutende Rolle. Das war in China der Fall, das ist augenblicklich in Vietnam zu beobachten und es gilt auch für die Bauern und Plantagenarbeiter in der kubanischen

Revolution und die kolumbianischen Bauern unter der Führung der Kommunistischen Partei. In allen diesen Fällen waren und sind die Bauern jedoch organisatorisch auf eine andere Gesellschaftsschicht angewiesen. Es ist klar, daß die Bauern überall, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, auch eine entscheidende Macht darstellen, daß sie sogar zum Träger einer Revolution werden können. Schließlich lautet ja eine bekannte marxistische These, daß die agrarische Revolution die Grundlage der bürgerlich-demokratischen Revolution sei; damit ist eine antifeudalistische Revolution gemeint, die auf die Zerstörung des Feudalsystems und seines ideologischen Überbaus ausgerichtet ist.

Hauptkraft und führende Kraft

Wir sollten aber zwischen der Hauptkraft und der führenden Kraft unterscheiden. Gerade in diesem Punkt treten häufig Verwirrungen auf. Wenn *Fanon* von den afrikanischen Bauern behauptet, sie seien die einzige revolutionäre Kraft, während die afrikanischen Arbeiter korrumptiert seien, erhebt er für die Bauern offensichtlich den revolutionären Führungsanspruch – daneben noch für die kleinen Gauner in den Städten. Dieser Anspruch wird nun aber nicht auf die Phase des Unabhängigkeitskampfes beschränkt, sondern soll die Arbeiterklasse auch in der darauf folgenden Phase in eine untergeordnete Stellung versetzen.

Fanon übersieht dabei, daß die Mehrheit der Bauern unter dem Kolonialismus genauso wie heutzutage nur für die direkte Deckung ihres Bedarfs arbeitet und noch nicht einmal vollständig in die Geldwirtschaft integriert ist (mit Ausnahme der Bauern, die abwandern, Lohnarbeit aufnehmen, Steuern zahlen und ihre Lebensmittel kaufen). In riesigen Teilen Afrikas leben die Bauern sehr verstreut, manchmal nicht einmal in Dörfern, und führen in einem engen Umkreis ein sehr isoliertes Leben; diese Bauern können nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten für kollektive Unternehmungen organisiert werden.

In Kenia, Kamerun und im Kongo, also in den afrikanischen Ländern, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen stattgefunden haben, spielten die Bauern unmittelbar eine aktive Rolle im Kampf. Das gleiche gilt gegenwärtig für Guinea-Bissau, Angola, Mozambique, Namibia und Zimbabwe. Aber selbst hier stehen die Bauern unter der Führung politischer Bewegungen, die in den Städten entstanden sind und von Intellektuellen, Arbeitern oder ehemaligen Gewerkschaftsführern geleitet werden. Die Bewegungen selber waren stark durch marxistische Ideen, d.h. durch den politischen Standpunkt der Arbeiterklasse, beeinflußt.

Amilcar Cabral, der Generalsekretär der „Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln“, hat erläutert, wie er seine Organisation zunächst mit Dockarbeitern und anderem städtischen Proletariat aufgebaut hat. Er hat die Klassenstruktur in Guinea äußerst sorgfältig untersucht und die Haltung und Rolle verschiedener Klassen im nationalen Befreiungskampf ermittelt. *Cabral* hat klar herausgestellt, daß die Bauern von außen organisiert werden mußten und daß es furchtbare Anstrengungen gekostet hat, die Bauern für revolutionäre Aktionen zu gewinnen.

„Aufgrund unserer Traditionen – oder, wenn man will, unserer ökonomischen Verhältnisse – neigen unsere Fula-Bauern und die in halbfeudaler Abhängigkeit lebenden Bauern eher dazu, ihren Stammeshäuptlingen zu folgen. Ihre Mobilisierung erforderte daher permanente intensive Arbeit... Ist die Bauernschaft die wichtigste revolutionäre Kraft? Das ist eine grundlegende Frage. Für Guinea kann ich sofort sagen, daß dies nicht der Fall ist. Hätten wir somit unsere ganze Revolte auf die Bauern gründen sollen? Die Bauernschaft repräsentierte die Gesamtheit des Landes, sie produziert und kontrolliert seinen Reichtum, sie hat eine materiell sehr starke Stellung. Dennoch wissen wir aus Erfahrung, welche Schwierigkeiten wir hatten, sie in den Kampf zu führen.“ (Aus einem Vortrag, den Amilcar Cabral 1964 am „Frantz-Fanon-Zentrum“ in Mailand gehalten hat. Zitiert in „The Liberation of Guinea“ von Basil Davidson, S. 51)

Ähnlich sind auch der ‚African National Congress‘, der den revolutionären Kampf der Völker in Südafrika organisiert und weitere Kongresse – den ‚Indian National Congress‘, der ‚Congress of the Coloured People‘ und der ‚Congress of Trade Unions‘ – von Arbeitern und Intellektuellen geführte Organisationen, die von marxistischen Ideen beeinflußt sind und bei der Bauernschaft Unterstützung finden.

Die Arbeiter als Schrittmacher

Ist die Fanonsche These von der Bedeutungslosigkeit der Arbeiter in den antikolonialen Kämpfen der letzten Jahrzehnte richtig? Alles verfügbare empirische Material widerlegt seine Ansicht. Die Arbeiter waren vielmehr in allen kolonialen Ländern die Schrittmacher der Befreiungsbewegungen, inszenierten Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus, organisierten Arbeitskämpfe, opferten sich in Gefangenissen und in Kämpfen mit imperialistischen Truppen und rüttelten so die gesamte Nation auf. Sie lehrten viele Millionen, das System der kolonialen Unterdrückung zu durchschauen und bewiesen die Notwendigkeit des Kampfes und die Möglichkeit des Sieges über den Imperialismus.

Hunderte Arbeiter wurden in den 40 Jahren des Unabhängigkeitskampfes getötet, Tausende verwundet und inhaftiert. Höhepunkte waren u.a. der Generalstreik in Kenia 1921–22, die Streikwelle in Uganda 1945, der Streik der südafrikanischen Minenarbeiter 1946, der Generalstreik in Nigeria vom Jahre 1945, dem 1949 der Streik der Arbeiter in den Kohlengruben von Enugu und ein weiterer Generalstreik folgten, der Streik der Zinnminenarbeiter in Jos 1956, die Generalstreiks in Nairobi und Ghana 1950, der 66-Tage-Streik in Guinea 1953 und die großen Streiks in der Sisalindustrie in Tanganyika in den Jahren 1957–1959, die den Wahlsieg von 1960 und die Erlangung der Unabhängigkeit 1961 vorbereiteten. Alle diese Streiks trugen zur Mobilisierung und Politisierung eines Großteils der Bevölkerung bei.

In Nigeria waren es besonders die Aktionen der Arbeiter gegen die Minenbesitzer und gegen die mächtige englische Handelsfirma ‚United Africa Company‘, die die

Entwicklung des Nationalgefühls entscheidend beeinflußten. James S. Coleman hat in seinem Buch „Background to Nationalism“ dargelegt, daß trotz des verhältnismäßig geringen Anteils der Lohnarbeiter an der Gesamtbevölkerung Nigerias „das Hauptgewicht der aktiven Unterstützung der nationalen Bewegung die etwa 100.000 Angestellten, Handwerker und gelernten Arbeiter im Minen-, Transport- und Handelswesen sowie in staatlichen Stellungen bildeten“ und er betont, daß entscheidend „nicht die Anzahl der Lohnarbeiter und Angestellten sei, sondern ihre strategische Position in der Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur.“ Unter den spezifischen Bedingungen Nigerias wirkten sich die Aktionen der Gruben- und der Transportarbeiter und der bei der ‚United Africa Company‘ Beschäftigten auf das Nationalgefühl des gesamten Volkes aus, nicht nur auf die direkt beteiligten Arbeiter.

Coleman sagt, daß der Generalstreik von 1945 „die dramatische Ouverture zu einer neuen Ära nationaler Politik“ war und daß er selbst im feudalen Norden des Landes zur Entwicklung eines neuen radikalen Nationalgefühls beitrug. Der Generalstreik von 1949 und der Protest der gesamten Nation gegen die Ermordung von 21 Arbeitern in den Kohlengruben von Enugu hatte dann noch größere Auswirkungen. Richard L. Sklar schreibt dazu in „Nigerian Political Parties“:

„Historiker dürften zu dem Schluß gelangen, daß die Erschießung der Grubenarbeiter durch die Polizei zum ersten Mal die Existenz eines nigerianischen Nationalgefühls erkennen ließ. Kein vorangegangenes Ereignis führte jemals zu einer Kundgabe nationaler Gefühle wie die Empörung über diese Tragödie.“

Auch in Ghana hatte der Generalstreik von 1950 umfassende Folgen für den nationalen Befreiungskampf. Kwame Nkrumah beschreibt in seiner Autobiographie die Reaktion der Arbeiter auf den Streikaufruf: „Das Volk reagierte sofort. Die politische und soziale Revolution in Ghana hatte damit begonnen.“ Ein Jahr darauf hatte die ‚Convention’s People Party‘ ihren überwältigenden Wahlsieg errungen. Nkrumah wurde aus der Haft entlassen und Ghana erhielt eine eigene Regierung. Damit war der Weg zur Unabhängigkeit offen.

Der 66-Tage-Streik in Guinea (1953) hatte ein ähnliches Resultat. „Vorher indifferente Dorfbewohner beteiligten sich an dem Streik“ schreibt Ruth Schachter-Morgenthau in ihrem Buch „Political Parties in French-speaking West-Africa“... „Die Demokratische Partei Guineas‘ (PDG) gewann plötzlich an Popularität, was als Ausdruck des revolutionären Protests der Bauern zu werten ist.“ Sie fährt fort: „Der Streik hatte bedeutungsvolle Konsequenzen, weil die PDG unter anderem auch von Gewerkschaftlern geleitet wurde... Nach dem 66-Tage-Streik hatte die Partei bei der Bevölkerung einen guten Ruf und in Sékou Touré einen anerkannten Führer; sie trat in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein ... Nach weniger als zwei Jahren verdrängten die gewählten Führer der PDG die Oberhäupter der ethnischen und regionalen Organisationen, nach vier Jahren hatten sie auch die Macht der Stammeshäuptlinge zerstört.“

Die ideologische Herabsetzung der Arbeiterklasse

Mir scheint, diese Beispiele widerlegen Fanons Theorie über die Rolle der afrikanischen Arbeiterklasse hinreichend – weitere Beispiele lassen sich praktisch in jedem afrikanischen Land finden. Es ist richtig, daß einige Gewerkschaftsführer (zumeist keine Arbeiter) – speziell die mit dem IBFG verbundenen und von den Almosen der Imperialisten abhängigen – völlig korrumpt sind. Es ist auch richtig, auf derartiges hinzuweisen, aber es ist falsch, solche Führer mit der Arbeiterklasse insgesamt zu identifizieren.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, mit welcher Sorgfalt Amilcar Cabral zwischen jungen beschäftigungslosen Arbeitern und anderen städtischen Gruppen und denen unterscheidet, die er als „entwurzelte Elemente“ charakterisiert, also genuin kriminellen und lumpenproletarischen Elementen, die in der Regel keine progressive Rolle spielen, wenn auch einzelne auf die Seite der Revolution gehen können.

Es ist besonders unglücklich, daß die erwähnten Theorien dagegen von bestimmten Ökonomen und Soziologen unterstützt und dann von vielen Linken gedankenlos reproduziert worden sind.

Welche Funktion haben solche Ideen heute? Die unabhängigen Staaten stehen vor einer schwierigen Etappe ihres Kampfes. Sie müssen sich aus der Umklammerung des Imperialismus lösen, die Anschläge des Neokolonialismus abwehren und versuchen, den sozialistischen Weg einzuschlagen. Die Imperialisten und ihre Lakaien unternehmen im Bündnis mit den neuen kapitalistischen Schichten innerhalb der unabhängigen Staaten gemeinsame Anstrengungen, einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und die Bauern zu treiben, um die Macht in Händen pro-imperialistischer Kollaboratoren zu sichern. Ein Teil dieser politischen und ideologischen Offensive besteht darin, die Rolle der Arbeiter im Befreiungskampf zu negieren, um ihnen ihren Anspruch auf Beteiligung beim Aufbau des neuen Systems streitig zu machen. Wer die genannten Ideen gedankenlos akzeptiert, unterstützt die Kräfte, die die Arbeiterklasse gerne in einer untergeordneten Position sähen, um die unabhängigen Länder um so leichter auf den kapitalistischen Weg drängen und dem Neokolonialismus und Imperialismus unterwerfen zu können.

Aus diesem Grund müssen wir uns mit den Theorien über die Arbeiterklasse befassen. Es wäre sinnlos, die Rolle der Arbeiter oder der Bauern zu überschätzen oder falsch zu interpretieren. Wir müssen vielmehr eine genaue Untersuchung der Klassenstrukturen jedes einzelnen Landes und der tatsächlichen Bedeutung der verschiedenen Klassen in den politischen Auseinandersetzungen vornehmen.

Die marxistische Partei

Schließlich möchte ich noch auf zwei weitere wichtige Fragen eingehen. Die erste betrifft die Frage des Aufbaus und der Stärkung der revolutionären Organisation, d.h. der auf dem Marxismus gründenden Partei, die das Volk bei der neuen schwierigen Aufgabe, die Machenschaften der eigenen kapitalistischen Schichten

zu unterbinden und die Ziele des Imperialismus zu durchkreuzen, unterstützen und anleiten kann. Damit hängt die Frage der Demokratie zusammen. Die Haupt Schwäche vieler neuer Staaten und ein wesentlicher Grund der Rückschläge, die sie erleiden, ist darin zu sehen, daß die demokratische Beteiligung des Volkes durch Konzepte einer gelenkten Demokratie ersetzt wird – zuweilen begleitet von exzessivem Personenkult. In diesen Konzepten erscheinen die Massen nur als passive Gefolgschaft, nicht aber als schöpferisch handelnd. Die Gewerkschaften werden staatlicher Kontrolle unterworfen und der Staat selber von einem Einparteiensystem beherrscht, das den Aufbau einer Partei der Arbeiterklasse erschwert und in der Regel sogar unmöglich macht.

In ehemaligen Kolonialländern ist die demokratische Beteiligung der Bevölkerung an der Politik ein zentrales Problem. Seit Jahrhunderten sind die Massen vom Feudalismus und Kolonialismus unterdrückt worden. Immer wieder ist den Menschen beigebracht worden, sich als Bürger zweiter Klasse zu betrachten, als mindere Wesen, die sich nicht selbst zu regieren vermögen.

„Sie sagen oft: Wir sind Schwarze, wir wissen noch nicht einmal, wie man Streichhölzer herstellt. Die Weißen haben Gewehre und Flugzeuge – wie können wir uns jemals von ihnen befreien?“

(Aus einem Gespräch, das Basil Davidson von Antonio Bana, einem politischen Funktionär der „Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln“ (PAIGC) mitgeteilt wurde; abgedruckt in „The Liberation of Guinea“, S. 54).

Eine der Hauptaufgaben der revolutionären Organisationen besteht darin, diesen Millionen Menschen das Bewußtsein zu vermitteln, daß sie Subjekte der Geschichte, nicht deren Opfer zu sein haben.

Diese Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn das Volk sich von einem klaren wissenschaftlichen Standpunkt leiten läßt und von einer Partei, die diesen Standpunkt vertritt, einer Partei, in der sich wenigstens die Führungsspitze auf den Marxismus stützt und ihn schöpferisch auf die besonderen Probleme des jeweiligen Landes anwendet, die die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung ausnutzt, und im Einklang mit der jeweils spezifischen Klassenstruktur, Geschichte, Tradition und Institutionen den eigenen Weg zur vollständigen Befreiung und zum Sozialismus findet.

Die Frage der richtigen Ideologie

Es besteht die akute Gefahr, daß alte Dogmen durch neue ersetzt werden, in denen die besonderen Erfahrungen dieses oder jenes Landes für alle Länder verallgemeinert werden. Da wird dann heute der chinesische Weg zur Macht als Modell hingestellt, morgen der kubanische Weg und übermorgen ist es wieder ein anderer. Eine andere Form eines neuen Dogmatismus besteht darin, ohne wissenschaftliche Fundierung Behauptungen über die politischen Funktionen gesellschaftlicher Klassen aufzustellen und einzelne Elemente dieser Rollen herauszugriffen, um darauf

eine allgemeine Theorie aufzubauen, die einer genauen Prüfung dann nicht standhalten kann und bestensfalls in einigen Ausnahmefällen anwendbar ist.

Es geht dabei nicht nur um die Frage, welche Klasse die Führung im Kampf inne hat. Es geht ebenso um die zugrundegelegte Ideologie: soll es die spontaneistische Ideologie der Bauern sein, mit ihrem Utopismus, dem aus der Verzweiflung geborenen ultralinken Aktionismus und dem Fehlen jeder konsistenten Organisation und Ideologie? Soll es die Demagogie der lokalen Bourgeoisie sein, die sich sogar dazu versteigt, lang und breit über den Sozialismus zu reden? Oder soll es die Ideologie der Arbeiterklasse, der Marxismus, sein, bei deren Entwicklung die Intellektuellen, die Kleinbürger und die Bauern zusammen mit den Arbeitern beteiligt sind? Es geht nicht so sehr darum, wer am meisten oder am besten gekämpft hat, sondern vielmehr darum, welche Ideologie die führende sein soll und auf welche Klasse sich diese Ideologie stützen muß, wenn sich das Land zum Sozialismus hin entwickeln soll. Das erfordert wiederum die Schaffung eines revolutionären Instruments, einer Partei der Arbeiterklasse. Dies ist, so meine ich, der zentrale Punkt: ohne eine solche Partei ist kein grundlegender Fortschritt möglich.

Arbeitsmaterialien des IMSF

Neuerscheinungen

Internationale Konzerne und Arbeiterklasse

Band 2 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF

Ca. 400 Seiten, Format DIN A 4 broschiert, erscheint im November 1971, DM 15,-

Der Band wird, in fünf Abteilungen gegliedert, Dokumente und Materialien zum Thema enthalten.

Abteilung 1 enthält sämtliche Dokumente und Materialien einer Konferenz kommunistischer Parteien kapitalistischer Länder Europas vom 11.-13. Januar 1971 in London zum Thema: Der Kampf der Arbeiterklasse kapitalistischer Länder Europas angesichts der Entwicklung internationaler Konzerne.

Abteilung 2 enthält Materialien und Dokumente des Weltgewerkschaftsbundes und des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften zum Thema des Bandes.

Abteilung 3 bringt statistische Übersichten und sonstige Angaben zum Thema, so u.a. aus US-amerikanischen, sowjetischen, BRD und DDR-Quellen.

Abteilung 4 enthält je eine längere Studie zu den Themen: Internationale Konzerne heute und internationale Verflechtung der Monopolbanken.

Abteilung 5 enthält eine ausführliche Bibliographie zum Thema, die den Zeitraum von 1967-1971 umfaßt.

Klassenkämpfe in Italien

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF

Ca. 200 Seiten, Format DIN A 4 broschiert, erscheint im Frühjahr 72, ca. DM 15,-

Die Dokumentation gliedert sich in vier Abschnitte:

I. Gesamtdarstellung der Kämpfe der italienischen Arbeiterbewegung 1969/70 und ihre Resultate

II. Gründe für die Bewegung 1969/70

III. Politische Bedeutung der Kämpfe und ihre Ergebnisse

IV. Perspektiven und Probleme der italienischen Arbeiterbewegung nach 1970

Die einzelnen Abschnitte enthalten in der BRD weitgehend unbekannte Dokumente vor allem der CGIL, der CGIL-FIOM, der CISL und der CISL-FIM sowie der Arbeitskammern von Mailand und Rom. Hinzu kommen wichtige Dokumente der PCI sowie Interviews zu Schlüsselproblemen der italienischen Arbeiterbewegung mit führenden Repräsentanten der CGIL und der PCI, die dem IMSF gewährt wurden.

Henri Alleg*

Perspektiven der nationalen Befreiungsbewegungen

Aus: *Marxism Today, London, 1969, Heft 9*

I. Historische Erfahrungen

Die gegenwärtige Situation gibt uns Anlaß, bestimmte allgemeine Ideen zu überprüfen, die zur Zeit des Zusammenbruchs des Kolonialsystems besonders in den unabhängig gewordenen Staaten weit verbreitet waren.

Seit dem Ende des II. Weltkrieges, seit Indien und Indonesien 1946-47 unabhängig geworden waren und die chinesische Revolution im Jahre 1949 den Sieg errungen hatte, bis zur Entstehung neuer unabhängiger Staaten auf dem afrikanischen Kontinent in den sechziger Jahren, schienen die nationalen Befreiungsbewegungen mit unüberwindlicher Stärke alle Schwierigkeiten bewältigen zu können. So bereiteten im Mai 1954 die Soldaten einer kolonisierten Nation bei Dien Bien Phu zum ersten Mal in der Geschichte einer modernen imperialistischen Armee eine vernichtende Niederlage.

Im Oktober 1956 stoppte die feste Entschlossenheit der Sowjetunion die Intervention der französischen und britischen Imperialisten gegen die Vereinigte Arabische Republik und zeigte jedermann deutlich, daß die Zeit für immer vorbei ist, in der die Imperialisten kleineren Nationen ihren Willen aufzwingen konnten. Im Januar 1959 mußte der kubanische Diktator *Batista*, eine Marionettenfigur der Amerikaner, vor der siegreichen Revolution fliehen, und zwei Jahre später verkündete *Fidel Castro* in Havanna, daß sich Kuba entschlossen habe, der erste sozialistische Staat Amerikas zu werden.

Alle diese Erfolge waren Beweise für das neue Kräfteverhältnis in der Welt, das sich unaufhaltsam zugunsten der nationalen Befreiungsbewegungen und des Sozialismus verschob. Viele waren fest davon überzeugt, daß den kolonial ausbeuteten Ländern der Weg zur vollständigen politischen und ökonomischen Befreiung nun offenstünde.

Das berauschte Klima des Erfolges leistete der Entstehung und Verbreitung verschiedener idealistischer Auffassungen Vorschub. *Frantz Fanon*, bei den französisch sprechenden Afrikanern ein sehr populärer Schriftsteller, der großen Einfluß auf die FLN hatte, hat diese Ideen sozusagen „theoretisiert“.

Zur Entstehung einiger Illusionen

Der zentrale Punkt dieser verschiedenen Theorien ist die absolute Idealisierung der Dritten Welt; sie wird nicht nur als ein in sich geschlossenes Ganzes betrachtet,

* Der Autor hat aktiv am algerischen Befreiungskampf teilgenommen und ist inhaftiert und gefoltert worden. Er ist Vorsitzender der „Algerian Socialist Vanguard Party“ (Kommunistische Partei Algeriens). Sein Beitrag ist, wie der von Jack Woddis, die überarbeitete Fassung eines Vortrages auf dem bereits erwähnten Kongreß.

sondern auch in einen Gegensatz zur gesamten übrigen Welt, den ebenfalls als Ganzes gesehenen entwickelten Ländern, gesetzt, ohne daß Klassenunterschiede und Unterschiede der sozialen Systeme berücksichtigt würden.

Die Arbeiterklasse kann diesen Theorien zufolge nicht mehr die Führung der Weltrevolution inne haben. In den entwickelten Ländern sind die Arbeiter nach *Fanon* endgültig korrumptiert, in den kolonialen Ländern sind sie eine privilegierte Klasse – „*enfants chéris*“, also Lieblingskinder der Kolonialherren. Aus diesen Gründen ist die Klasse der Bauern gegenwärtig die einzige revolutionäre Klasse und die Dritte Welt, das „Dorf der Welt“, das eigentliche revolutionäre Zentrum. Daher besteht nach diesen Theorien heute der Hauptwiderspruch zwischen der Dritten Welt und dem Imperialismus und nicht zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Wir wissen, daß diese Idee später ihre chinesische Version gefunden hat.

Im Sog der machtvollen Befreiungsbewegungen entstand eine weitere Illusion: die eines „dritten Weges“ zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und dem Kapitalismus. Es werden viele Ziele dieses „dritten Weges“ angegeben, was damit aber im einzelnen gemeint ist, wird selten genauer erklärt. So haben wir bereits einen spezifisch arabischen, afrikanischen, indonesischen, tunesischen und kenianischen Sozialismus und viele andere, nicht zu vergessen den „lyrischen Sozialismus“ – um *Sendar Leopold Senghor* aus Senegal zu zitieren.

Alle diese Ideen, die vor etwa zehn Jahren den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit erreicht hatten, aber immer noch lebendig sind, stimmen überein in der Ablehnung der marxistischen Form der Analyse. Die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus soll auf die Verhältnisse in der Dritten Welt nicht mehr anwendbar sein; zugleich wird die Existenz von Klassenunterschieden innerhalb des Landes abgestritten und eine Analyse der Verhältnisse in den Ländern der Dritten Welt auf der Basis einer Klassentheorie abgelehnt.

Wirkliche Realität

Die Ereignisse der letzten zehn Jahre haben diese Ideen offensichtlich auf z.T. dramatische Weise widerlegt. Die Dritte Welt hat sich nicht als das homogene Ganze herausgestellt, von dem *Fanon* geträumt hat und das als ein dem Imperialismus geschlossen gegenüberstehender Block gesehen wurde. Der Kampf um die nationale Befreiung eröffnet nach Erringung der Unabhängigkeit nicht automatisch den Weg zur siegreichen ökonomischen und sozialen Befreiung. Im Gegenteil, die Unterschiedlichkeit der Regime, die in der Dritten Welt aufgetreten sind und sich konsolidiert haben, ist sehr groß. Die Skala reicht von Ländern, die noch immer nicht die feudale Reaktion überwunden haben und in neuen Fesseln unter das Joch des Imperialismus gezwungen worden sind, bis hin zu Ländern, die einen schweren Kampf gegen den Imperialismus um ihre unabhängige Entwicklung und ihren Fortschritt führen. Die Bezeichnung „Dritte Welt“ ist sicherlich sehr nützlich um anzudeuten, daß die betreffenden Länder einige Gemeinsamkeiten aufweisen – an erster Stelle eine gemeinsame Vergangenheit unter imperialistischer Herrschaft, die sie in einem Zustand ökonomischer und politischer Rückständigkeit verharren ließ. Sie ist aber

leer und nichtssagend, wenn sie die Vielfalt der konkreten Realität in einer künstlichen Einheit zusammenfassen soll.

Die Erfahrung hat weiter den Beweis erbracht, wie unrealistisch eine Analyse war, die die Theorie der Klassen und des Klassenkampfes als irrelevant ansah. Darüberhinaus hat sich in vielen Fällen gezeigt, daß sich auch in Ländern ohne tiefgehende soziale Schichtung Klassenunterschiede mit außerordentlicher Schnelligkeit entwickeln können.

In den vergangenen zehn Jahren ist uns glänzend demonstriert worden, wie unfruchtbar und falsch die Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus war und wie gefährlich die nationalistische Illusion war, zwischen imperialistischen und sozialistischen Ländern eine neutrale Position beziehen zu können. Für einige fortschrittliche Führer der Dritten Welt stellten sich derartige Illusionen als sehr kostspielig heraus. So bemerkte *Kwame Nkrumah* in seinen Überlegungen über die Gründe seiner Niederlage in „Dark Days in Ghana“: „*Unser Fehler bestand nicht darin, daß wir mit den Ländern der sozialistischen Welt freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen versuchten, sondern darin, daß wir allzu freundliche Beziehungen mit den Ländern des westlichen Blocks unterhielten.*“

Wenn wir an die ideologischen Fehler in einigen Theorien über die Dritte Welt erinnern, die vor zehn Jahren unter nationalen Führern und unter europäischen bürgerlichen Ideologen weit verbreitet waren, müssen wir auch unsere eigenen Handlungen und Theorien reflektieren. Haben sie sich in der Realität vollkommen bewährt oder haben sie sich vielleicht als falsch erwiesen?

Die „Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ gab im Jahre 1960 eine sehr detaillierte Einschätzung der Möglichkeiten, die die unabhängig gewordenen Staaten hätten, ihre vollständige Befreiung zu erlangen. Mehr noch, sie stellte fest, daß in vielen dieser neuen Staaten günstige externe und interne Bedingungen bestünden, eine – wie man es nannte – „nationale Demokratie“ aufzubauen.

Überprüfung unserer eigenen Vorstellungen

Die „nationale Demokratie“ wurde definiert als ein Staat, der entschlossen seine politische und ökonomische Unabhängigkeit verteidigt und gegen den Imperialismus und die neuen Methoden des Kolonialismus kämpft; als ein Staat, in dem das Volk umfassende demokratische Rechte und Freiheiten genießt und den Massen die Möglichkeit gegeben wird, die Landreform zu verwirklichen und andere soziale und demokratische Forderungen durchzusetzen. Die nationale Demokratie war im Grunde als Idealzustand der Übergangsphase zwischen der gerade errungenen politischen Unabhängigkeit und dem Sozialismus konzipiert. Heute müssen wir zugeben, daß dieser Ansatz angesichts der konkreten Probleme denen die nationalen Befreiungsbewegungen gegenüberstehen viel zu einfach und viel zu optimistisch war. Die allgemeine Tendenz unserer Epoche führt zweifellos zur Niederlage des Imperialismus; wir können aber nicht vor der Tatsache die Augen verschließen, daß der Imperialismus vor allem in seinen ehemaligen Kolonien immer noch über viele Möglichkeiten verfügt, neue Positionen aufzubauen und sogar verlassene wiederzugewinnen.

In Afrika sind gegenwärtig die Regierungen unabhängiger Staaten, die ökonomisch und mehr oder weniger auch politisch mit dem Imperialismus liiert sind, zahlreicher als diejenigen, die weiter gegen seinen Einfluß ankämpfen; und selbst von Ländern, deren Regierungen sich energisch gegen ausländische Monopole zur Wehr setzen, könnte niemand behaupten, sie entsprächen dem oben definierten Schema einer nationalen Demokratie. Vielmehr gehen sie teils darüber hinaus, teils bleiben sie dahinter zurück. Sie gehen insofern weiter als das Schema es vorschreibt, als die Führer dieser Länder offen den Sozialismus als Ziel proklamieren (wenn auch die Art des Sozialismus, zu dem sie sich bekennen, noch recht vage ist); sie bleiben dahinter zurück, weil bisher keines dieser Länder den Massen – und besonders den Arbeitern – eine tatsächliche Beteiligung am politischen Leben eingeräumt hat.

Die Form der Entwicklung dieser anti-imperialistischen Ländern mit der angemesseneren Bezeichnung „nicht-kapitalistischer Weg“ zu charakterisieren, ist auch nicht sehr befriedigend: der „nicht-kapitalistische Weg“ ist durchaus nicht so eindeutig und geradlinig wie der Ausdruck vermuten läßt. Er bezeichnet eine Übergangsphase, in deren Verlauf schwere Gefechte mit dem Imperialismus und der internationalen Reaktion ausgetragen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es kein leichter Weg ist, und daß sich Fehler und Rückschläge nicht vermeiden lassen.

II. Die neuen Methoden der Imperialisten

Es ist inzwischen allgemein bekannt, daß sich die Imperialisten bei ihren Versuchen, die Herrschaft über die Dritte Welt aufrechtzuerhalten, nicht mehr ihrer alten Methoden – vornehmlich der brutalen, direkten Intervention – bedienen. Sie sind allerdings von diesen Methoden auch nicht gänzlich abgegangen, wie die Kriege in Vietnam, in Guinea-Bissau, Angola, Mozambique und Zimbabwe, die grausame Unterdrückung in Südafrika und die Intervention der Amerikaner im Kongo (unter der Flagge der Vereinten Nationen), der Briten in Kenia, der Franzosen in Gabun und in der Zentralafrikanischen Republik zur Genüge beweisen. Es ist aber klar, daß die Imperialisten ihre Herrschaft jetzt im allgemeinen mit flexibleren Mitteln zu sichern suchen.

Sie haben dazu noch eine Reihe von Möglichkeiten. Da die Imperialisten den ausgebeuteten Ländern eine völlig einseitige Produktionsstruktur aufgezwungen haben und die imperialistischen Metropolen die wichtigsten Märkte dieser Produkte sind, können sie mittels ihrer Herrschaft über den Weltmarkt schweren Druck auf die Länder ausüben, die von diesem Handel weitgehend abhängig sind.

Infolge der allgemeinen Abwärtsentwicklung der Preise für Rohstoffe (die Länder der Dritten Welt produzieren ausschließlich Rohstoffe) und der gleichzeitigen Preissteigerung für importierte Industrieprodukte konnten die kapitalistischen Monopole aus dem Handel mit der Dritten Welt sogar noch zusätzliche Profite erzielen.

Diese Situation gibt ihnen selbstverständlich politische Druckmittel in die Hand. Ein bekanntes Beispiel: die Amerikaner und Briten haben ihre Vorherrschaft auf

dem Weltkakaomarkt dazu benutzt, die Preise von 1.700 Dollar pro Tonne im Jahre 1954 auf 371 Dollar im Jahre 1965 zu drücken; damit haben sie die Wirtschaft Ghanas entscheidend geschwächt und die Voraussetzungen für den Sturz Nkrumahs geschaffen. Als weiteres Beispiel kann der Versuch der Franzosen gelten, ihre Wein-käufe in Algerien einzuschränken und die Ölproduktion bewußt einzuschränken, um damit die algerischen Bemühungen um ökonomische Unabhängigkeit und um enge Beziehungen zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten zu sabotieren.

Profitable Unterstützung

Der Imperialismus verbirgt seine neuen Taktiken unter verschiedenen Formen sogenannter „Unterstützung“, „Kooperation“ und „Assoziation“. General de Gaulle, der sich gerne als der große „Befreier der Kolonien“ und als Freund der ehemaligen kolonialen Völker darstellt, hat einmal sehr offen ausgesprochen, worum es bei dieser Unterstützung im Grunde geht und wem sie tatsächlich nützt. Als er einmal gezwungen war, einigen Kritikern seiner Politik gegenüber den ehemaligen französischen Kolonien zu antworten, sagte er: „*Es ist richtig, daß Frankreich ungefähr 2 Mrd. Francs für die Zusammenarbeit mit unterentwickelten Ländern ausgibt. Diese 2 Mrd. sind indessen alles andere als verlorenes Geld: mit ihnen können wir enge kulturelle, politische und wirtschaftliche Beziehungen mit diesen Ländern aufrechterhalten, denn sie sind für uns ein wichtiger Exportmarkt. Ich betrachte dieses Geld in der Tat als sehr gute Investition.*“ De Gaulle weist hier äußerst zynisch darauf hin, daß Frankreich sich mit seiner Entwicklungshilfe vor allem selber unterstützt.

Wer bezahlt nun diese Entwicklungshilfe und wem nützt sie im einzelnen? In dem Bericht einer offiziellen französischen Kommission unter der Leitung von Jeaneney, einem Minister der Regierung de Gaulle, der den uneigennützigen Charakter der französischen Entwicklungshilfe beweisen sollte, wurde festgestellt, daß 95 % der dafür aufgewandten Mittel von staatlicher Seite kommen, während die privaten Investitionen kaum nennenswert sind. Damit betont der Jeaneney-Bericht wider Willen die wichtige Rolle des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der gegenwärtigen Etappe.

Dieses Phänomen ist tatsächlich nicht nur auf Frankreich beschränkt: der amerikanische Imperialismus agiert in Asien, Lateinamerika und Afrika genauso, nur in größerem Maßstab. Kapitalistische Staaten gewähren unterentwickelten Ländern Kredite, damit diese mit der Infrastruktur ausgerüstet werden können, die zu ihrer weiteren Ausbeutung durch die privaten Monopole erforderlich ist. Mit anderen Worten, die Kapitalisten bürden den englischen, amerikanischen, französischen und westdeutschen Steuerzahldern die Ausgaben auf, die zur Realisierung ihrer Profite nötig sind; die „Hilfe“ bezieht sich natürlich nicht nur auf den wirtschaftlichen Bereich.

Die Imperialisten tragen untereinander schwere Kämpfe um die Verteidigung ihrer früheren Positionen aus oder – wie die Amerikaner – um ihre schwächeren Rivalen zu verdrängen. Trotzdem verfolgen sie ein gemeinsames Ziel. *Baumel*, der frühere Generalsekretär der Gaullistischen Partei, führt zur Unterstützung der Gaulischen Politik an, daß die Entwicklungshilfe nötig sei, um „Chaos, Anarchie und subversive Aktivitäten“ zu verhindern.

Das besagt natürlich, daß sie eingesetzt wird, um den unterdrückten Völkern den Weg zu ihrer vollständigen Befreiung, zum Fortschritt und zum Sozialismus zu verbauen.

Verbündete im Lande

Die neuen Taktiken der Imperialisten zielen darauf ab, in den einzelnen Ländern selber Verbündete zu gewinnen.

Wo noch feudalistische Überreste vorhanden sind oder sich eine nationale Bourgeoisie entwickelt hat, versuchen die Imperialisten mit diesen Schichten übereinzukommen, indem sie sie an ihren Geschäften beteiligen und auf ihre Furcht vor den Bestrebungen der revolutionären Massen spekulieren.

In Ländern, in denen es bei Erlangung der Unabhängigkeit keine Bourgeoisie gab, unterstützen sie die Bildung parasitärer Schichten durch Vergabe von Import- und Exportkommissionen und hochbezahlten Stellungen in den lokalen Niederlassungen ausländischer Firmen. Sie betreiben die Entfaltung und Korrumperung einer inzwischen überall in Afrika zu findenden Kaste, die fälschlich als „bürokratische Bourgeoisie“ bezeichnet worden ist; die Angehörigen dieser Kaste erhalten die führenden Positionen im Verwaltungsapparat, in der Armee und in der einzigen offiziellen Partei.

Durch solche direkten oder indirekten Agenten sichern sich die Imperialisten in einem Land nicht nur ökonomische, sondern auch politische Positionen. Es ist z.B. völlig klar, daß die Erfolge der Neokolonialisten bei ihren ‚Coups‘ gegen die anti-imperialistischen, progressiven Regierungen Ghanas und Malis auf der Unterstützung durch diese Elemente im Staatsapparat, Armee und Partei beruhen.

Es ist ebenfalls klar, daß anderen Ländern der Dritten Welt, die das imperialistische Joch abzuschütteln versuchen, die gleiche Gefahr droht.

Es nützt natürlich nichts, lediglich seinen Abscheu gegenüber den Intrigen der Imperialisten zum Ausdruck zu bringen. Ist es nicht völlig normal, daß die alten Kolonialmächte sich gegen ihre historische Niederlage wehren und ihre Herrschaft in anderer Form fortzusetzen versuchen?

Eine weitere Frage muß geklärt werden: warum scheinen die mächtigen nationalen Befreiungsbewegungen, die die direkte koloniale Unterdrückung mit unwiderstehlicher Gewalt überwunden haben, zu stagnieren, wenn es um mehr als die formale Unabhängigkeit geht? Wie können die Revolutionäre der Dritten Welt ihren Völkern bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten helfen?

III. Stärken und Schwächen der nationalen Befreiungsbewegungen

Einige grundlegende Sachverhalte

Zu Recht haben einige Marxisten bei der Untersuchung der augenblicklichen Perspektiven der befreiten Länder auf die neuen Möglichkeiten aufmerksam gemacht, den Kapitalismus zu überwinden und den Sozialismus anzusteuern; solche Fortschritte auf dem „nicht-kapitalistischen Weg“ werden durch interne und externe Faktoren erleichtert:

Der wichtigste äußere Faktor ist selbstverständlich die Existenz und wachsende Stärke des sozialistischen Lagers, die internationale Arbeiterbewegung und deren umfassende, selbstlose Unterstützung der vormals unterdrückten Länder.

Zu den internen Faktoren, die den Übergang zum Sozialismus erzwingen, gehört die Tatsache, daß in den ökonomisch rückständigen Ländern eine unabhängige kapitalistische Entwicklung nicht möglich ist. Die Alternative lautet nicht Kapitalismus oder Sozialismus, sondern Sozialismus oder fortgesetzte Ausbeutung durch den ausländischen Kapitalismus.

Die Bedingungen, unter denen die imperialistischen Staaten ihr gegenwärtiges ökonomisches Niveau erreichen konnten, werden sich nicht wiederholen; die Länder der Dritten Welt können diesen Weg nicht mehr beschreiten. Der Aufstieg der kapitalistischen Länder war gekoppelt an die territoriale Aufteilung der Welt und die Ausbeutung der Kolonien. Keines der Länder der Dritten Welt kann aus eigener Kraft eine solche geschichtliche Entwicklung noch einmal durchmachen.

Die imperialistische Globalstrategie zielt offensichtlich darauf ab, in den unterentwickelten Ländern den Kapitalismus einzuführen und die Bildung einer nationalen Bourgeoisie zu unterstützen. Allerdings können die Imperialisten diesen Prozeß nicht zu weit treiben, denn damit würden sie ihre eigenen Konkurrenten heranzüchten. Dies ist einer der unlösbarsten Widersprüche des Imperialismus. Die Nationalbourgeoisie wird auch in Ländern, in denen sie relativ entwickelt ist, wie in Indien und in einigen Ländern Lateinamerikas, niemals als dynamischer Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts wirken können, wie es noch bei der europäischen Bourgeoisie der Fall war.

Die einzige Perspektive der Nationalbourgeoisie in der Dritten Welt ist die eines untergeordneten Partners des ausländischen Kapitalismus. Die kolonialen Massen haben nun mit dem Kapitalismus nur schlechte Erfahrungen gemacht. In ihren Ländern war er nie ein fortschrittliches Element. Er hat nicht zur Entwicklung der Produktivkräfte beigetragen, sondern sie eher gehemmt. Unter dem Joch des Kolonialismus haben sie in gewisser Weise die Leiden, die der Kapitalismus über die Menschen bringt, in konzentrierter Form erdulden müssen. Die Mehrheit der Völker haßt sowohl den Kolonialismus, als auch das kapitalistische System, das ihn hervorgebracht hat. Das erklärt, warum es so schwierig geworden ist, in Afrika selbst unter den politischen Führern, die ihre Herrschaft eindeutig nur aufgrund des Schutzes der Imperialisten ausüben können, offene Verteidiger des kapitalistischen Systems zu finden.

Lenins Voraussage behält damit absolut ihre Gültigkeit. Wie er prognostiziert hat, wandte sich die Mehrheit der Weltbevölkerung gegen den Kapitalismus und Imperialismus und erkämpfte zunächst die nationale Befreiung. Kein Revolutionär wird bestreiten, daß die allgemeine Entwicklungstendenz der Menschheit in unserer Epoche zum Sozialismus führt; aber wenn wir Verzögerungen und Rückschläge verstehen und zu ihrer Überwindung beitragen wollen, müssen wir uns daran erinnern, daß die historischen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zwar eine objektive Tendenz aufweisen, daß dies aber nichts mit einer Art determiniertem Automatismus zu tun hat, den es für Marxisten niemals gegeben hat.

Die Menschen machen ihre Geschichte selber

Jede Revolution ist auf eine Reihe objektiver Voraussetzungen angewiesen; aber letzten Endes machen die Menschen ihre Geschichte selber. Ohne revolutionäre Praxis, ohne bewußte revolutionäre Tätigkeit ist keine erfolgreiche Veränderung der Gesellschaft möglich. Dieser subjektive Faktor mag gegenwärtig besonders schwach erscheinen, vor allem wenn man an die früheren Kämpfe um die politische Unabhängigkeit denkt, in denen sich im Kampf gegen den Imperialismus ein alle Klassen und Gesellschaftsschichten umfassender gemeinsamer Wille herausbildete.

Wir haben zu Recht darauf hingewiesen, daß die Existenz des sozialistischen Systems und die immer größere Bedeutung der internationalen Arbeiterbewegung den Völkern der Dritten Welt rasche Fortschritte auf dem sozialistischen Weg ermöglicht. Dabei haben wir der unvermeidlichen Entstehung innerer Konflikte und neuer sozialer Unterschiede allerdings noch nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Es hat sich aber gezeigt, daß dieser interne Prozeß grundlegend die politische Entwicklungsrichtung der neuen Staaten determiniert.

In Ländern, die nicht unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit unter der Führung der Arbeiterklasse oder anderer Schichten, die für den Standpunkt der Arbeiterklasse gewonnen wurden, den Weg zum Sozialismus einschlagen, verzögert die nationale Bourgeoisie zusammen mit Teilen des Kleinbürgertums die zweite Phase der Revolution und gibt dem Neokolonialismus die Möglichkeit, sich wieder festzusetzen. Der den kleinen unabhängigen Produzenten eigene Standpunkt ist natürlich der bürgerliche, nicht der der Arbeiterklasse, und das natürliche Bestreben der bürgerlichen Gesellschaftsschichten gilt primär ihrer Bereicherung, wenn auch die Unterentwicklung des Landes und seine ökonomische Unabhängigkeit ihren Möglichkeiten sehr enge Grenzen setzen. Die vorhandenen Möglichkeiten reichen aber immerhin noch aus, um sie von Zielen abzulenken, die im Widerspruch zu ihren eigentlichen Ambitionen stehen.

Selbst in Ländern, in denen Anhänger des sozialistischen Weges die Macht in Händen haben, und in denen tatsächlich gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Reaktion vorgegangen wird, herrscht offensichtlich die Furcht, von den Massen – an erster Stelle von der organisierten Arbeiterschaft – überrannt zu werden. Selbst wenn die Arbeiter nur gering an Zahl sind und ihre Bewegung kaum ent-

wickelt ist, wird die Politik ihnen gegenüber von Mißtrauen, undemokratischen Methoden und Unterdrückung beherrscht.

Die wichtige Rolle des Kleinbürgertums

Das Fehlen oder die Schwäche der Nationalbourgeoisie hat ebenso wie die Schwäche der Arbeiterklasse in vielen Fällen dem Kleinbürgertum und der mit ihm verbundenen „Intelligenz“ die Führung der nationalen Befreiungsbewegungen in die Hände gespielt. Ist die politische Unabhängigkeit dann errungen, stehen die kleinbürgerlichen Führer völlig neuen Problemen gegenüber. Die „Wahl“ des Weges, den das Land nehmen wird, hängt weitgehend von ihnen ab; dies ist in keinem Fall eine einfache Entscheidung. Zwei widersprüchliche Kräfte wirken auf sie ein: auf der einen Seite die Imperialisten, deren Alliierte im Lande und eine Reihe bürgerlicher Elemente, die ein eigenes Interesse an einer kapitalistischen Orientierung der Politik des Landes haben. Auf der anderen Seite stehen die Arbeiter und die breiten Massen, die die nationale Befreiungsbewegung „radikalisieren“ und zum Instrument ihrer eigenen sozialen Befreiung machen wollen.

Die Zwischenstellung des Kleinbürgertums zwischen diesen beiden Fronten kann sich auf das politische Verhalten der einzelnen Führer höchst unterschiedlich auswirken. In einigen Ländern, z.B. in der Vereinigten Arabischen Republik und in Algerien, verfolgen sie einen antiimperialistischen Kurs und versuchen, durch Verstaatlichungsmaßnahmen und durch Aufnahme einer umfassenden Zusammenarbeit mit sozialistischen Staaten die Vorherrschaft der imperialistischen Monopole zu brechen; sie entsprechen damit den fundamentalen Interessen ihrer Nation.

In anderen Ländern verfolgen politische Führer, die aus der gleichen Gesellschaftsschicht stammen, eine prowestliche, prokapitalistische Politik. Auch innerhalb eines Landes können die Angehörigen des Kleinbürgertums unterschiedliche Positionen beziehen: einige bauen auf den Sozialismus, zuweilen sogar den Marxismus-Leninismus, während andere bereits vom Neokolonialismus korrumptiert und gewonnen sind. Wenn wir z.B. die soziale Herkunft der gegenwärtigen Mitglieder der Regierungen Ghanas und Malis mit der der früheren Führung vergleichen, so werden wir keine wesentlichen Unterschiede entdecken. Diese schwankende Position des Kleinbürgertums, die in seiner gesellschaftlichen Zwischenstellung begründet ist, hat ideologische und politische Konsequenzen: da viele Führer der nationalen Befreiungsbewegungen zögern, sich vollständig mit der sozialistischen Weltbewegung zu verbinden und zwischen den dem Sozialismus feindlich und freundlich gegenüberstehenden Klassen eine eindeutige Wahl zu treffen, neigen sie zu den oben erwähnten Ideen, die ihnen die Illusion eines „eigenen Weges“ jenseits von Kapitalismus und Sozialismus vorspiegeln.

Ihr unentschiedenes Verhalten wirkt sich auf ihr Verhältnis zu den Massen und zu der politischen Organisation, Front oder Partei aus, welche einmal als Instrument der Mobilisierung und der Entfaltung der Initiative der Massen gedacht war.

Die alle Klassen umfassende Einheitsfront, die während des anti-kolonialistischen Kampfes eine ungeheure wichtige Rolle gespielt hat, scheint ihre ganze Macht über

die Massen zu verlieren. In Ländern, in denen die Nationalbourgeoisie und die Verbündeten des Neokolonialismus herrschen, wie in Senegal, der Republik Elfenbeinküste, Kenia oder Tunesien, haben sich die ehemaligen Volksfronten – jetzt oft unter dem Namen „einzige Staatspartei“ auftretend – zu Organisationen entwickelt, die der Verschleierung der neuen Herrschaftsverhältnisse dienen. Die großartige, heroische Vergangenheit vieler Führer in den Tagen des Unabhängigkeitskampfes kann natürlich für eine gewisse Zeit verhindern, daß die Massen die tatsächlichen Verhältnisse durchschauen, aber letzten Endes kann ihnen die Mystifizierung nicht verborgen bleiben, die hinter der Apologie der offiziellen Partei und ihrer Einheitlichkeit steckt, während gleichzeitig die Klassenunterschiede im Lande immer deutlicher hervortreten.

Ablehnung der Klassentheorie

In Ländern, die einem antiimperialistischen, fortschrittlichen Kurs folgen, sind die Volksfronten etwas anderes, aber auch hier haben sie bei dem Versuch versagt, sich als die führende politische Kraft der neuen Gesellschaft zu profilieren. Auch hier haben sich die verschiedenen Fraktionen des Kleinbürgertums als unfähig erwiesen, gut funktionierende revolutionäre Parteien aufzubauen, die die Massen trotz aller Hindernisse, die ihnen der Imperialismus in den Weg legt, führen und für den Fortschritt und die wahre Unabhängigkeit mobilisieren können.

Die Erklärung dafür muß wieder in der Ablehnung der Theorie des Klassenkampfes und in dem starken Mißtrauen der kleinbürgerlichen Führer gegenüber der Arbeiterklasse gesucht werden. In diesem Geiste handeln auch die Führer der algerischen FLN (deren Generalsekretär, *Kaid Ahmed*, zugleich ein reicher Grundbesitzer mit über 3.000 Hektar Land im Süden Orans ist), wenn sie die von den Arbeitern gewählten Gewerkschaftsführer absetzen und durch ihre eigenen Leute ersetzen, die Wochenzeitung der Arbeiter „Révolution et Travail“ verbieten, militante Gewerkschaften auflösen und Streiks in einem neuen Gesetz für illegal erklären.

Auch in anderen Bereichen werden die Rechte der Arbeiter beschnitten. Gegen alle Organisationen des Volkes, auch die Studentenbewegung, wurden repressive Maßnahmen ergriffen. Mit all dem geht zusammen eine antikommunistische Einstellung und die Einschränkung demokratischer Rechte, von denen zu Unrecht gesagt wird, sie seien für die Völker der Dritten Welt ein überflüssiger Luxus. Diese Politik festigt den neuen Staat nicht und stärkt ihn auch nicht gegen imperialistische Angriffe; sie trägt vielmehr zu seiner Schwächung bei, weil sie die Entmobilisierung und das Desinteresse der Arbeiter und der Masse des Volkes fördert und auf diese Weise günstige Voraussetzungen für Intrigen und Komplotts der Imperialisten und Reaktionäre schafft.

Mit einer solchen Einstellung kann man nicht das unerlässliche Werkzeug der zweiten Revolution, die Arbeiterpartei, schmieden. Die Gründung der „Vanguard Party“ ist viel diskutiert worden; solange es aber keine klassenspezifische Rekrutierung der Mitglieder gibt, kann die Partei über eine chaotische Vermengung verschiedener Klassen nicht hinausgelangen. Sehr charakteristisch für die ungelösten

Probleme ist eine Antwort, die der Sekretär der FLN, *Kaid Ahmed*, auf einer Veranstaltung dieser Partei auf die Frage eines Arbeiters gegeben hat. Der Arbeiter hatte gefragt: „Können reiche Leute Parteimitglieder sein?“ Die Antwort lautete: „Ein reicher Mann, der gut ist, sicherlich, nicht aber ein schlechter.“

Die Ablehnung der Theorie der Arbeiterklasse verhindert nicht nur den Aufbau einer starken revolutionären Partei, sie führt auch zur politischen Machtlosigkeit der offiziellen Partei, die nicht mehr fähig ist, die Massen wirklich zu beeinflussen.

Die Arbeiter, die aus dem politischen Leben herausgehalten werden und empört sind über das Mißtrauen und die Unterdrückung, denen sie begegnen, haben nicht mehr das Gefühl, die FLN sei ihre eigene Partei, auch wenn sie den antiimperialistischen Kurs der Regierung anerkennen. Die armen Bauern, die den höchsten Preis für die Unabhängigkeit der Nation gezahlt haben und deren Rolle im Befreiungskampf permanent glorifiziert wird, fühlen keine Bindung mehr an eine Partei, die sieben Jahre nach der Befreiung noch immer nicht die versprochene, aber immer wieder hinausgezögerte Landreform durchgeführt hat, für die sie gekämpft haben. Alles in allem erkennen die Volksmassen in dem verknöcherten, autoritären Apparat der heutigen FLN, der oft von reichen Honoratioren, Kaufleuten und Grundbesitzern beherrscht wird, nicht mehr die kühne, lebendige Bewegung wieder, die sie zum Sieg über den französischen Kolonialismus geführt hat.

Der Charakter der Partei

Die „Socialist Vanguard Party of Algeria“ kann daher schreiben: „Die Erfahrung hat gezeigt, was aus der Staatspartei geworden ist, wie die verschiedenen reaktionären und bürokratischen Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums sie für ihre eigenen Interessen benutzt haben. So, wie sie augenblicklich organisiert ist, kann die Partei keine wirkungsvolle Kampagne gegen die reaktionäre Ideologie führen, sondern allenfalls dazu beitragen, den Sozialismus zu diskreditieren. Die FLN spielt in diesem Lande keine wirklich führende Rolle und führt auch kein eigenes Leben. Die FLN ist auf ein Werkzeug der verschiedenen Gruppen reduziert worden, die an der staatlichen Macht partizipieren oder sich darum streiten.“

Auch die Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, wie unzuverlässig solche Parteien waren. Die „Convention People’s Party“ in Ghana unternahm beim Staatsstreich gegen das Regime *Nkrumah*, soweit erkennbar, keine Verteidigungsmaßnahmen. Ebenso wenig tat die USRDA etwas zur Rettung der Regierung *Modibo Keitas*. In der Vereinigten Arabischen Republik war es nicht die Arabische Sozialistische Union, die nach der Niederlage im Jahre 1967 die Lage stabilisieren half, als das *Nasser*-Regime schon aufgegeben schien, sondern die Massen selber, die unabhängig von der anscheinend völlig aktionsunfähigen Partei die Initiative ergriffen.

Es scheint damit erwiesen zu sein, daß die für alle offene Staatspartei keine Garantie gegen subversive imperialistische und reaktionäre Bestrebungen darstellt. Sie bietet offensichtlich weder einen geeigneten Rahmen für die antiimperialistische Einheit des Volkes – wie uns einige Leute glauben machen wollen –, noch

gestattet sie in allen Fällen den Aufbau einer gut funktionierenden revolutionären Partei.

IV. Lösungsmöglichkeiten und Perspektiven

Als Instrument zur Lösung der Aufgaben, die sich beim Versuch einer wirklichen ökonomischen Befreiung der neuen unabhängigen Länder, bei ihrer Sicherung gegen alle Anschläge des Neokolonialismus bei der Einleitung der Entwicklung zum Sozialismus stellen, ist eine Partei marxistisch-leninistischen Typs notwendig. Für Marxisten-Leninisten gibt es da keinen Zweifel. Es ist aber auch sicher, daß sich solche Parteien nur unter großen Schwierigkeiten formieren können; da die Kräfte der Arbeiterklasse noch verhältnismäßig schwach sind, fehlt ihnen die soziale Basis.

Müssen wir daraus den Schluß ziehen, daß diese Länder die Möglichkeit marxistischer Parteien und des Übergangs in die zweite Phase der Revolution erst dann ins Auge fassen können, wenn die Arbeiterklasse stark genug geworden ist? Das würde bedeuten, daß man ausgerechnet in einer Zeit, wo die Möglichkeit des sofortigen Übergangs von der Aufgabe der nationalen Befreiung zur sozialen Revolution bewiesen ist, den Neokolonialismus zu einem notwendigen Stadium zu erklären. Diese Möglichkeit besteht dann, wenn die enge Verbindung von nationaler Unterdrückung und Kapitalismus deutlich sichtbar wird und die Massen zu der Überzeugung gelangt sind, daß sie die Unterdrückung nicht aufheben können, ohne zugleich den Kapitalismus zu vernichten und wenn eine Partei existiert, die sich auf die Arbeiterklasse – wie klein sie auch immer sein mag – und ihren theoretischen Standpunkt stützt. Unter diesen Bedingungen konnten z.B. China, Nordkorea, Vietnam und Kuba ihren historischen und sozialen Rückstand aufholen und die Grundlagen des Sozialismus schaffen. Das Beispiel der heldenhaften Arbeiterpartei Vietnams ist besonders aufschlußreich. Die Tätigkeit dieser durch lange Jahre des Kampfes fest im Volke verankerten Partei war ohne jeden Zweifel entscheidend und grundlegend.

„*Unsere Partei*“, schreibt Genosse Truong-Chinh, Mitglied des Politbüros der Vietnamesischen Arbeiterpartei, „entstand in einem Land mit einer zahlenmäßig kleinen Arbeiterklasse; die Mehrheit unserer Führer und unserer militärischen Mitglieder entstammt dem Kleinbürgertum.“

Es ist sehr wahrscheinlich, daß in dem Maße, in dem Klassenunterschiede auch in anderen Ländern der Dritten Welt deutlicher werden und der Kampf gegen die ausländischen Monopole sich verschärft, bedeutende Teile des Kleinbürgertums sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen werden. Die Vergrößerung der Arbeiterklasse selber wird diesen Prozeß natürlich beschleunigen und neue Möglichkeiten für den Aufbau marxistisch-leninistischer Parteien schaffen.

1962 gab es in Afrika 15 Mill. Arbeiter (das sind etwa 6–7 % der Gesamtbevölkerung des Kontinents). Die Zahl der manuellen Arbeiter und Angestellten in Asien wurde zu diesem Zeitpunkt auf ungefähr 100 Mill. geschätzt. Die Dritte Welt befindet sich heute in gewisser Weise in einer günstigeren Situation als Zentralasien zur

Zeit der Russischen Revolution. Dort machte die Arbeiterklasse 1917 kaum mehr als 0,35 % der Gesamtbevölkerung aus. Die gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion bot selbstverständlich die Möglichkeit der Unterstützung durch das siegreiche russische Proletariat.

Aber können wir nicht sagen, daß diesen geographischen Faktoren im Jahre 1969 eine wesentlich geringere Bedeutung zukommt? Afrika ist den sozialistischen Ländern heutzutage näher als zu Lenins Zeiten Kasachstan Rußland. Die Unterstützung der sozialistischen Länder, besonders der Sowjetunion, die 1980 ihr Handelsvolumen mit Ländern der Dritten Welt verfünfacht haben wird, wird die Entwicklung der jungen Arbeiterklasse ebenfalls beeinflussen. Zudem dürfte das zunehmende politische Gewicht der Arbeiterklasse überall dort die Vereinigung der patriotischen Kräfte fördern, wo es um den Kampf gegen den Imperialismus und für eine unabhängige ökonomische Entwicklung und eine Landreform geht. Dies wird den Einfluß des wissenschaftlichen Sozialismus vergrößern und die Stärkung wirklicher Fortschrittsparteien ermöglichen, die den Kampf der Arbeiter in den Städten und auf dem Land führen und für jede Etappe des Kampfes die richtigen Ziele und Parolen angeben können, um die Massen zu einigen und vorwärts zu führen.

Wie werden diese Parteien aufgebaut werden, wenn noch keine Kommunistische Partei existiert? Werden sie aus der Vereinigung ehemaliger Mitglieder der Kommunistischen Partei und anderer revolutionärer Gruppen entstehen, wie in Kuba oder im Fall der „Socialist Vanguard Party of Algeria“, die aus der Vereinigung der ehemaligen algerischen Mitglieder der KP mit militanten Marxisten aus den Reihen der FLN hervorgegangen ist? Werden sie aus den marxistischen Zellen entstehen, die es in einigen Ländern gibt? Die Geschichte wird diese Fragen beantworten. Es wird sich aber zweifelsohne bestätigen, daß die Völker der Dritten Welt ohne eine solche Partei – es muß nicht notwendig eine Einheitspartei sein – eine „zweite Revolution“ nicht durchführen können.

Auf diesem Weg sind Rückschläge und vorläufige Niederlagen unvermeidlich, aber das ist nur für die ein Grund zur Verzweiflung, die sich selbst mit der Illusion betrogen haben, daß der Weg zum Sozialismus leicht sei.

Dieser Weg ist durchaus nicht leicht. Die Völker der Dritten Welt haben aber im Bündnis mit den sozialistischen Ländern und der internationalen Arbeiterklasse reelle Chancen, den Schritt zu ihrer vollständigen Unabhängigkeit und sozialen Befreiung zu tun.

Le Duan

Die vietnamesische Revolution: Grundprobleme und Hauptaufgaben

Der folgende Text ist die Übersetzung eines auszugsweisen Vorabdrucks des gleichnamigen Buches von Le Duan im „Vietnam Courier“ (Hanoi), Nr. 257–260 (Febr./März 1970). Aus Platzgründen mußten die letzten beiden Unterabschnitte IV/4 (Zentrale Wirtschaft und regionale Wirtschaft) und IV/5 (Probleme der Wirtschaftsteilung) weggelassen werden. Die Passagen in Kursivschrift sind Zusammenfassungen der Redaktion des „Vietnam Courier“. Die Auslassungen (...) sind ebenfalls die des „Vietnam Courier“.

Unmittelbar nach ihrer Gründung im Jahre 1930 übernahm die IKP (Indochinesische Kommunistische Partei) die Führung in der nationalen Bewegung, organisierte die Massenbewegungen und Aufstände von 1930–1931 sowie weitreichende politische Aktionen und Bewegungen zur Unterstützung der Forderungen des Volkes in den Jahren 1936–1939. Dann leitete sie schon zu Beginn des 2. Weltkrieges erfolgreich den politischen und bewaffneten Kampf gegen den französischen Kolonialismus und japanischen Faschismus, einen Kampf, der mit der großen Revolution vom August 1945 und der Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit abgeschlossen wurde. Die IKP war somit die erste und einzige Partei (bzw. politische Organisation), die die nationalen Bemühungen zum Sieg führte. Die Wiederaufgeburt Vietnams als unabhängiger Staat ist das Werk der Volksmassen unter der Führung der IKP gewesen. Diese nationale Unabhängigkeit mußte gegen machtkämpferischen Feinde verteidigt werden: unter der Leitung der Partei wurde der Widerstandskrieg gegen den französischen Kolonialismus und den amerikanischen Imperialismus erfolgreich geführt. In den vergangenen zehn Jahren ist es der Partei der Werkstatt Vietnams gelungen, die vietnamesische Revolution auf eine höhere Stufe zu heben: in der Demokratischen Republik Vietnam wurden die ersten Grundlagen des Sozialismus gelegt, und das neue Regime leistete siegreichen Widerstand gegen die amerikanische Aggression.

All diese Errungenschaften wurden ermöglicht durch eine einsichtige und schöpferische Anwendung der allgemeinen Prinzipien des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Gegebenheiten eines kolonialen und halbfeudalen Landes wie Vietnam. Vietnams revolutionäre Erfahrungen sollen unter folgenden Gesichtspunkten analysiert werden:

1. Die Partei, der Organisator aller Siege
2. Probleme der revolutionären Strategie
3. Prinzipien und Methoden der revolutionären Aktion
4. Aufbau des Sozialismus.

I. Die Partei, der Organisator aller Siege

(...) Der wesentlichste Faktor, der all diese historischen Erfolge entschied, war die Gründung und die Führungsrolle unserer Partei, einer proletarischen Partei neuen Typs, die das unbesiegbare Banner des Marxismus-Leninismus entschlossen hochhält; eine proletarischen Partei, die zuverlässig und vollständig die Lebensinteressen und legitimen Wünsche der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes und der gesamten Nation vertritt; einer marxistisch-leninistischen Partei mit einer engmaschigen Organisation, einer Tradition der Einheit und Einmütigkeit der Meinungen und enger Verbindung mit den Massen (...).

Unsere Partei hat großartige Erfolge in der national-demokratischen Revolution des Volkes errungen, denn sie hat auf kluge und erfinderische Weise eine Reihe der grundlegendsten Probleme der Strategie und Taktik gelöst:

— Errichtung und ständige Konsolidierung der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der marxistisch-leninistischen Partei.

— Korrekte Verbindung der beiden strategischen Aufgaben des Kampfes gegen Imperialismus und Feudalismus, schrittweise Durchführung der zweiten Aufgabe in enger Koordinierung und mit wirkungsvoller Unterstützung der ersten;

— Sammlung der großen Kräfte der Bauernschaft, erfolgreiche Bildung einer festen Arbeiter-Bauern-Allianz, der Hauptkraft der Revolution und der sicheren Garantie der ausschließlichen Führung der Partei der Arbeiterklasse.

— Auf der Grundlage der Arbeiter-Bauern-Allianz hat die Partei eine breite Nationale Einheitsfront errichtet, die alle patriotischen und fortschrittlichen Kräfte zusammenschließt und die Angriffsspitze der Revolution gegen den gemeinsamen Feind der Nation leitet.

— Geschickte Ausnutzung der inneren Widersprüche des Feindes, ihre Verschärfung, Neutralisierung aller Kräfte, die neutralisiert werden können, Isolierung des gefährlichsten Widersachers und Schaffung günstigerer Bedingungen für die Entwicklung der Revolution.

Flexible und genaue Anwendung revolutionärer Methoden, Verwertung aller Formen der Organisation und des Kampfes, die für die betreffende Phase geeignet sind, Bildung politischer Kräfte der Massen als Grundlage für die Aufstellung revolutionärer Streitkräfte. Als eine revolutionäre Situation eintrat, bediente sich die Partei sowohl der politischen als auch der bewaffneten Kräfte, verband den militärischen mit dem politischen Kampf, griff den Feind in ländlichen wie in städtischen Gebieten an und errang nach und nach Siege, fortschreitend bis zum vollständigen Sieg.

— Konsolidierung und Stärkung der volksdemokratischen Macht, der großen Errungenschaft der Revolution, und ihre Verwendung als wirksames Instrument in der Führung des Widerstandskrieges und beim Aufbau der neuen Gesellschaft.

— Verwirklichung internationaler Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

In den vergangenen zehn Jahren und auch jetzt noch, während der Vollendung der national-demokratischen Revolution des Volkes Seite an Seite mit unseren

Landsleuten im Süden, haben wir im Norden dem volksdemokratischen Staat die historische Rolle der Diktatur des Proletariats überfragen, um hier den Übergang zum Sozialismus mit der gleichzeitigen Durchführung der drei Revolutionen einzuleiten: der Revolution in den Produktionsverhältnissen, der technischen Revolution und der ideologischen und kulturellen Revolution, mit der technischen Revolution als Kernstück. Die Durchführung der sozialistischen Revolution ist für uns noch etwas Neues, aber die Realitäten der vergangenen zehn Jahre und die von heute erlauben es uns zu behaupten, daß die Grundorientierung im Fortschreiten des Nordens zum Sozialismus, wie sie von unserer Partei vorgeschlagen wurde, eine völlig korrekte ist.

Die großen Erfahrungen der vietnamesischen Revolution in den vergangenen vierzig Jahren bezeugen die Erfolge des Marxismus-Leninismus in einem kolonialen und halbfeudalen Land. Die Geschichte unserer Partei in den vergangenen vierzig Jahren ist die Geschichte der schöpferischen Anwendung der allgemeinen Prinzipien des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen unseres Landes. Entstanden und weiterentwickelt in einer Gesellschaft, in der die Mehrheit der Bevölkerung aus Bauern besteht, hat unsere Partei eine große Anzahl von Mitgliedern in ihre Reihen aufgenommen, die aus der Bauernschaft stammen. Trotzdem hat sie bisher völlig ihren Charakter als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse bewahrt, vor allem weil sie von der Ideologie des Marxismus-Leninismus durchdrungen ist, sie zeigt absolute Treue zum Marxismus-Leninismus, weil ihre politische und organisatorische Linie eine marxistisch-leninistische ist, die Linie der Arbeiterklasse. Der Marxismus-Leninismus, eine radikal revolutionäre und die allein wissenschaftliche Weltanschauung hat unsere Partei wie ein Leuchtfeuer bei der Lösung aller Probleme der vietnamesischen Revolution und bei der Ausarbeitung einer korrekten revolutionären Linie und Methode geführt – bei der Überwindung des Reformismus der Bourgeoisie und des engstirnigen Nationalismus der Kleinbourgeoisie, die vorgibt über den Klassen zu stehen, beim Zunichtemachen der Akte der Provokation und Sabotage durch die Trotzkisten und anderer konterrevolutionärer Elemente, bei der Überwindung politischer Schwankungen, rechter und linker Abweichungen innerhalb der Partei, bei der erfolgreichen Erfüllung aller revolutionären Aufgaben in allen Perioden.

Unsere Partei mißt dem Studium der revolutionären Erfahrungen der Bruderländer und -parteien eine erstrangige Bedeutung bei, indem sie es als eine absolut notwendige Voraussetzung für eine proletarische Partei ansieht, die ihrer Verantwortung gerecht werden will. Aber unsere Partei geht immer von der konkreten Praxis der vietnamesischen Revolution aus, von den lebendigen Realitäten der vietnamesischen Gesellschaft mit ihren originalen Merkmalen – in historischer, soziologischer, ökonomischer Hinsicht, in Bezug auf die nationale Tradition usw. – wenn sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, allgemein gültige Gesetze, anwendet und die Erfahrungen der Bruderländer bei der national-demokratischen wie bei der sozialistischen Revolution nutzt. Gerade weil die revolutionäre Linie und Methode auf eine unabhängige und schöpferische Weise ausgearbeitet wurden, deshalb hat die vietnamesische Revolution solche großartigen Siege errungen.

II. Probleme der revolutionären Strategie

1. Das nationale Problem und die Agrarfrage

Sobald die IKP gegründet war, machte sie klar, daß die vietnamesische Revolution zunächst eine nationale und demokratische war und daß es galt, direkt zur sozialistischen Revolution fortzuschreiten, unter Umgehung der kapitalistischen Entwicklungsstufe. Während des antiimperialistischen Kampfes ergaben sich wichtige Probleme der revolutionären Strategie, besonders das der Wechselwirkung zwischen der nationalen, d.h. antiimperialistischen, und der demokratischen, d.h. antifeudalen, Aufgabe.

(...) Unser Land ist ein Agrarland, und 90 % seiner Bevölkerung sind Bauern. Der Imperialismus baut auf den Feudalismus, um unser Volk und insbesondere die Bauernschaft auszubeuten. Daher bedeutet Befreiung der Nation in erster Linie und in der Hauptsache Befreiung der Bauern. Demokratie bedeutet hier zuallererst für die Bauern (...)

Die Bauern von dem Joch zu befreien, das ihnen die feudalen Gutsherren auferlegt haben, ihnen Land zu geben, darin besteht das Wesentliche der demokratischen Revolution; das zu tun bedeutet, bei den Grunderfordernissen der Sache der nationalen Befreiung anzufangen, denn „das nationale Problem kolonisierter Völker ist im wesentlichen ein Bauernproblem.“

Das nationale und demokratische Banner mit den beiden strategischen Losungen „Nationale Unabhängigkeit“ und „Land für die Bauern“ fest- und hochhaltend, ist es unserer Partei gelungen, große Massen der Bauernschaft zu veranlassen, der Führung der Arbeiterklasse zu folgen, andere Volksschichten zu mobilisieren und sie zusammen mit den Arbeitern und Bauern in die Kampffront der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution einzureihen. Im Verlauf des revolutionären Prozesses, haben wir – auf der Grundlage einer Analyse der konkreten Klassenbeziehungen und der Möglichkeit, die Reihen unserer imperialistischen und feudalistischen Feinde zu zersplittern – diese strategischen Aufgaben in konkrete Zielsetzungen umgesetzt, die darauf zugeschnitten waren, in jeder Periode das Feuer der Revolution auf den jeweils gefährlichsten Feind zu konzentrieren. Gleichwohl haben in allen Perioden die konkreten Ziele und politischen Aufgaben, die von der Partei festgelegt wurden, im Kern sowohl einen nationalen als auch einen demokratischen Inhalt gehabt und waren eng verknüpft mit beiden Aufgaben, der antiimperialistischen und der antifeudalen.

Schon 1945, im Anschluß an die Erringung der Macht, führte die Partei eine Reihe von Maßnahmen in der Landwirtschaft durch; 1953 nahm sie eine radikale Bodenreform in Angriff, und die anschließende Mobilisierung der bäuerlichen Kräfte leistete einen großen Beitrag zum militärischen Sieg im antikolonialen Widerstandskrieg, besonders zum Sieg von Dien Bien Phu.

2. Nationale Unabhängigkeit und Sozialismus

Seit 1954 ist die Situation höchst kompliziert geworden. Was sollte getan werden, nachdem die nördliche Hälfte des Landes vollständig befreit worden war, aber der Süden immer noch dem amerikanischen Eindringen zu widerstehen hatte? Hätte der Norden mit dem Fortschreiten zum Sozialismus bis zur Befreiung des Südens warten sollen? Die Antwort lautete: während der Vollendung der national-demokratischen Revolution im Süden direkt zum Sozialismus voranschreiten.

(...) Dies ist strikte Erfüllung des ersten Programms unserer Partei, in Übereinstimmung mit dem unausweichlichen Verlauf der nationalen Befreiungsbewegung unserer Zeit, in der sich national-demokratische Revolutionen unter Umgehung der kapitalistischen Entwicklungsstufe zu sozialistischen weiterentwickeln. Dies ist der einzige Weg, der den vollständigen Sieg der Sache der nationalen Befreiung garantiert, echte nationale Unabhängigkeit und ununterbrochenen Fortschritt und Erfolg der Völker, die bisher durch imperialistische und kolonialistische Herrschaft in Rückständigkeit gehalten wurden. Die sozialistische Revolution, die in den letzten zehn Jahren und darüber hinaus stattfand, hat bis jetzt erst Anfangserfolge gebracht. Aber diese Erfolge sind trotzdem bedeutend: sie haben das Aussehen des Nordens grundlegend und auf allen Gebieten – politisch, ökonomisch, sozial und kulturell – verändert und verändern es noch, wobei sie den Norden in eine immer stärkere Basis für die Vollendung der national-demokratischen Revolution im ganzen Land verwandeln. Durch den Aufbau des Sozialismus, die vollständige Niederschlagung des von den amerikanischen Imperialisten geführten Zerstörungskrieges und die Erfüllung der Pflichten des großen Hinterlandes für die große Kampffront im Widerstandskrieg gegen die amerikanische Aggression zur Rettung der Nation liefert unser Volk ein lebendiges Beispiel für die bedeutende Erkenntnis unserer Zeit, nämlich daß in der gegenwärtigen Ära nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus untrennbar sind.

3. Nationale Unabhängigkeit und Internationalismus

Die IKP war die erste vietnamesische politische Organisation, die die nationale Revolution in den Kontext der Weltrevolution stellte, die die nationale Bewegung in die Weltrevolution eingliederte.

(...) Bei der Weiterentwicklung des Marxismus in der Ära des Imperialismus, in der der Kapitalismus nicht nur das Proletariat und die schwer arbeitenden Menschen in den „Mutterländern“ heftig niederrückt, sondern auch den Kolonialvölkern Knechtschaft auferlegt, gab Lenin die Lösung aus: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ Die Bedeutung dieser strategischen Parole liegt in der Tatsache, daß sie darauf hinweist, daß die revolutionäre Bemühung in der gegenwärtigen Ära, den Kapitalismus zu überwinden und die Menschheit zum Sozialismus zu führen, nur siegreich sein kann, wenn der vom Proletariat in allen Ländern geführte Kampf mit dem antiimperialistischen Kampf der Kolonialvölker in einer einzigen Bewegung vereinigt wird; daß der Kampf für nationale

Befreiung, Unabhängigkeit und Demokratie, der von den Menschen der kolonialen und abhängigen Länder ausgetragen wird, nur dann totalen Erfolg erzielen kann, wenn er ein wesentlicher Bestandteil der proletarischen Weltrevolution wird und dem notwendigen Entwicklungsverlauf der menschlichen Gesellschaft in der gegenwärtigen Ära folgt: dem Fortschreiten zum Sozialismus. So stellte auch Präsident Ho Chi Minh fest: „Nur Sozialismus, nur Kommunismus können die unterdrückten Völker der Welt von ihrer Knechtschaft befreien.“

Die Probleme der nationalen Unabhängigkeit und Demokratie sind nicht nur für die Kolonialvölker wichtig, sondern auch für die Arbeiterklasse, für die Arbeiterparteien und für die Menschen der entwickelten kapitalistischen Länder.

(...) In der Tat, gegenwärtig haben die Monopolkapitalisten, die jene Länder kontrollieren, die nationale Souveränität verschachert und verschachern sie weiter Stück für Stück an die amerikanischen Imperialisten und die internationalen kapitalistischen Organisationen, an die supranationalen aggressiven Militärblöcke, während sie die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der arbeitenden Menschen im Land verstärken, alle demokratischen Freiheiten einschränken und in vielen Fällen sogar mit Füßen treten – seien es auch nur einfach bürgerlich-demokratische Freiheiten. Aus diesem Grunde müssen die Kommunisten nun das national-demokratische Banner erheben und vorwärts marschieren, wie Stalin dies hervorgehoben hat.

4. Arbeiterklasse und Bauernschaft

Einer der wichtigsten Beiträge des Marxismus-Leninismus zur nationalen Bewegung besteht darin, die jeweilige Rolle der verschiedenen sozialen Klassen zu beleuchten, wodurch es möglich wird, eine gegenüber jeder Klasse und jeder sozialen Kategorie geeignete Politik auszuarbeiten.

(...) Das erste entscheidende Problem der Revolution liegt darin, die führende Rolle der Arbeiterklasse korrekt und voll durchzusetzen. Wegen ihrer ökonomischen, politischen und historischen Stellung wurde die Arbeiterklasse der Träger des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft in unserer Epoche, die einzige Klasse, die fähig ist, die schwer arbeitenden Menschen zu Herren ihres eigenen Schicksals zu erheben. Obgleich jung im Alter und gering in der Anzahl, ist das vietnamesische Proletariat eine äußerst entschlossene revolutionäre Klasse. Vor der vietnamesischen nationalen Bourgeoisie entstanden, war es kaum herangewachsen, als es das revolutionäre Licht des Marxismus-Leninismus empfing und schnell eine bewußte politische Kraft wurde, vereinigt in allen Regionen – im Norden, um Zentrum und im Süden des Landes. Aus seiner Abstammung von der verarmten, schwer arbeitenden Bauernschaft resultieren die später geschaffenen günstigen Bedingungen für die Herstellung einer festen Arbeiter-Bauern-Allianz. Darüber hinaus betrat die vietnamesische Arbeiterklasse die politische Arena zu einer Zeit, da die Große Russische Oktoberrevolution einen Triumph erzielt hatte, der in allen fünf Kontinenten seinen Widerhall fand, und da im benachbarten China

nach dem Verrat der Bourgeoisie das chinesische Proletariat vorwärts geschritten war und das national-demokratische Banner ergriffen hatte.

(...) Der Grund, warum unsere Partei durch alle Perioden hindurch eine korrekte politische Linie verfolgt hat, und die vietnamesische Revolution von einem Erfolg zum anderen geführt hat, liegt darin, daß sie fest auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse beharrt und am Marxismus-Leninismus, der revolutionären Doktrin der Arbeiterklasse, festgehalten hat.

Neben der Arbeiterklasse, der führenden Klasse, ist die Bauernschaft der aktivste Gegner des Imperialismus und Feudalismus. Die Bauern bilden die Mehrheit unserer Bevölkerung und die größte Kraft in der national-demokratischen Revolution. Die Bauern zu veranlassen, der Führung der Arbeiterklasse zu folgen, ihr großes revolutionäres Potential aufs äußerste zu entwickeln und eine Arbeiter-Bauern-Allianz zu bilden, ist daher die Grundbedingung, die den Triumph der Revolution sichert.

Als ein strategisches Prinzip des Marxismus-Leninismus, eine universelle Notwendigkeit für alle vom Proletariat geführten Revolutionen, gewinnt das Problem der Arbeiter-Bauern-Allianz in einem Land wie dem unseren besondere Bedeutung. Unter der kolonialen und halbfeudalen Herrschaft hat das Proletariat unseres Landes, obwohl zahlenmäßig klein, eine Kraft entwickelt, die seine numerische Stärke weit übertraf. Denn es hat nicht nur eine korrekte revolutionäre Linie verfolgt, sie hat darüber hinaus einen natürlichen Verbündeten gewonnen, einen außerordentlich zuverlässigen Verbündeten, der im Besitz mächtiger Kräfte war und über einen hohen revolutionären Geist verfügte: die Bauernschaft. Unmittelbar nach ihrer Gründung war unsere Partei imstande, die Führung der Revolution zu übernehmen, da sie beim Aufbau einer Arbeiter-Bauern-Allianz frühzeitig Erfolg gehabt hatte. Das politische Prestige unserer Partei und ihrer Führung der Revolution sind deshalb absolut und von niemand infragegestellt, weil sie auf die unbesiegbare Stärke der Massenbasis der Partei, auf die Massen der Arbeiter-Bauern-Allianz, gegründet sind.

In der gegenwärtigen Epoche kann eine Bewegung für soziale Emanzipation, für nationale Befreiung, nur dann wahrhaft revolutionär sein, wenn ihr Kern von Arbeitern und Bauern gebildet wird, wenn sie sich mit der Kraft der Arbeiter-Bauern-Allianz und unter Führung der Arbeiterklasse entwickelt.

Das ist die Grundlage, auf der die Nationale Front, der volksdemokratische Staat und die revolutionäre Armee geschaffen wurde. Seit 1945 ist der vietnamesische Staat, der eine breite nationale Vereinigung widerspiegelt, in erster Linie ein Arbeiter- und Bauernstaat, der einen direkten Übergang zum Sozialismus ohne eine neue politische Revolution ermöglicht hat. Das Dokument (d.h. die Schrift Le Duans; A.d.U.) zeigt weiterhin, daß die Bauern nicht in der Lage sind, die Führung in der Revolution zu übernehmen, und daß sie aus eigenen Kräften nicht einmal die Bodenreform durchführen können. Dank des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern können jedoch alle Schwierigkeiten überwunden, können alle Feinde geschlagen werden.

5. Die anderen Klassen und die Nationale Front

Auf der Grundlage der Arbeiter-Bauern-Allianz hat die Partei alle patriotischen und fortschrittlichen Kräfte, die verschiedenen ethnischen Gruppen und religiösen Gemeinschaften in einer Nationalen Einheitsfront mit der Hauptstößrichtung gegen den Imperialismus zusammengebracht.

(...) Der Triumph der Revolution kann nicht getrennt werden von der korrekten Politik der Front, die von unserer Partei verfolgt wurde.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß man bei der Durchführung der Politik der Front auf rechte wie auf „linke“ Abweichungen achten und sich ihnen entgegenstellen muß.

Die Front ist eine Einheit von Gegensätzen, die verschiedene miteinander auf der Grundlage eines bestimmten gemeinsamen Kampfprogramms verbündete Klassen umfaßt. Aus diesem Grunde ist eine klassenlose Front undenkbar. Eine grundsätzliche Linie macht es erforderlich, daß man alle Probleme, die die Politik der Front betreffen, vom Klassenstandpunkt aus betrachten und lösen muß. Es gibt Klassen mit vorwiegend ähnlicher Interessenlage; aber es existieren auch Klassen, deren Interessen nur bis zu einem gewissen Grade miteinander verbunden sind. Jede Klasse verbündet sich um der eigenen Interessen willen und wegen des gemeinsamen Interesses mit anderen Klassen in der Front. Mehr noch, das gemeinsame Interesse selbst wird von jeder Klasse ihrem eigenen Standpunkt entsprechend gesehen. Für das Proletariat sind auf Grund seiner historischen Stellung die eigenen Klasseninteressen und das gemeinsame nationale Interesse vollständig eins. Aber bei anderen Klassen konvergieren deren jeweilige Interessen mit dem gemeinsamen nationalen Interesse in einigen Punkten, während sie in anderen divergieren. Deshalb muß zur Wahrung und Stärkung der Einheit notwendigerweise ein Kampf zwischen den Gesichtspunkten der verschiedenen Mitglieder der Front, die unterschiedliche Klassen repräsentieren, stattfinden. Einseitige Einheit ohne Kampf führt in der Praxis zum Bruch der Einheit und zur Liquidation der Front. Wenn man versteht, wie ein Kampf mit hohen Grundsätzen zu führen ist, d.h. ein Kampf, der auf dem gemeinsamen politischen Programm basiert und darauf gerichtet ist, es zu erfüllen, aber nicht darauf, die Einheit zu zerbrechen und die Front zu schwächen, dann wird man das einzige getan haben, was die Einheit stärken und die Front festigen konnte.

Als Führer der Revolution mit einer politischen Linie, die das gemeinsame Interesse der Nation voll repräsentiert, wurde unsere Partei natürlich auch als Führer der Front anerkannt. Das Interesse der Revolution und das der Nation erfordert eine ständige Stärkung und Festigung der führenden Rolle der Partei in der Front, eine dauerhafte Erhaltung der unabhängigen politischen Linie und Organisation der Partei sowie ein Entgegentreten gegen alle Tendenzen zur Degradierung der Rolle der Partei und zu ihrem Aufgehen in der Front.

Innerhalb der Nationalen Front haben die anderen sozialen Klassen ihre eigene jeweilige Rolle. Die Kleinbourgeoisie, besonders die Studenten und Intellektuellen, sind leidenschaftlich revolutionär.

(...) Die verschiedenen Schichten der Intellektuellen und Studenten sind begeistert patriotisch und eifrig besorgt, die guten kulturellen Traditionen der Nation zu schützen und den hohen geistigen Werten des vietnamesischen Menschen wieder Geltung zu verschaffen, die von den Imperialisten und Feudalisten mit Füßen getreten wurden. Sie haben bewiesen, daß sie geschichtsbewußt und feinfühlig für den Gang der Ereignisse sind. Sie wurden aufgerüttelt und angespornt durch das schäumende revolutionäre Aufwallen der Arbeiter und Bauern, sie haben sich den revolutionären Reihen in wachsender Zahl angeschlossen und spielen eine wichtige Rolle in der Volksbewegung, besonders in den Klein- und Großstädten.

Die vom Imperialismus unterdrückte nationale Bourgeoisie ist in mancher Hinsicht ebenso patriotisch. Nachdem die Übel des Kapitalismus offengelegt waren und der Sozialismus sich als notwendiges Endergebnis der historischen Entwicklung gezeigt hatte, haben sich Teile der nationalen Bourgeoisie nach und nach der nationalen und revolutionären Bewegung angeschlossen.

(...) Gestützt auf die Hauptkräfte, die Arbeiter und Bauern, hat unsere Partei, indem sie in jeder Periode eine genaue Einschätzung der Veränderungen der Klassenbeziehungen durchgeführt und eine Entscheidung über die Überwindung des jeweils gefährlichsten Gegners getroffen hat, eine außerordentlich flexible Taktik angewendet, unaufhörlich die Nationale Einheitsfront verbreitert und immer mehr und neue Kräfte in die Organisationen der Front oder in verschiedene Formen gemeinsamer Aktionen für ein unmittelbares konkretes Ziel der Revolution hineingezogen.

Während der Durchführung der Politik der Front hat es unsere Partei niemals versäumt, die Widersprüche innerhalb der Reihen des Feindes bis zum äußersten auszunutzen und die Feinde in höchstmöglichen Grade zu entzweien und zu isolieren, um deren Stellung und Einfluß zu schwächen, die Kraft der Revolution maximal zu stärken und günstige Bedingungen für ihr Fortschreiten zu schaffen.

Die Kommunisten sollten weder passiv warten, bis solche Widersprüche von selbst ausbrechen, noch zu viele Illusionen hegen. Sie sollten jedoch wissen, daß innere Widersprüche im Lager des Feindes sich verschärfen, sobald die revolutionäre Bewegung an Kraft gewinnt, und daß es ein unerlässlicher Grundsatz ist, diese bis zum äußersten auszunutzen.

(...) Vor der Augustrevolution zog unsere Partei genau im richtigen Augenblick Vorteil aus dem tödlichen Konflikt zwischen Japanern und Franzosen, um dem antijapanischen Widerstand zur nationalen Rettung einen mächtigen Impuls zu geben, und veranlaßte das Volk, die Gelegenheit zu einem siegreichen allgemeinen Aufstand zu ergreifen. Nach der Augustrevolution, als die revolutionäre Macht noch in den Kinderschuhen steckte, als wir uns von inneren und äußeren Feinden geschaffenen ernsten Gefahren gegenübersahen, als die Situation mit einem „an einem Haar hängenden tausendpfündigen Gewicht“ verglichen werden konnte, da bewältigte unsere Partei mit Präsident Ho Chi Minh an der Spitze dank einer besonders klarsichtigen politischen Linie, gleichzeitig hart im Prinzip und flexibel in der Taktik, die zahllosen scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten im Lande.

Einmal versuchten wir einen zeitweiligen Kompromiß mit *Chiang Kai-shek* zu erreichen, um freie Hand zur Überwindung der französischen Kolonialisten zu bekommen, zu einem anderen Zeitpunkt versuchten wir das gleiche mit den Franzosen, um die Truppen *Chiang Kai-sheks* zu vertreiben und die Reaktionäre und ihre Agenten zu vernichten, wodurch wir Zeit gewannen, unsere Streitkräfte zu konsolidieren und auf einen Widerstand der gesamten Nation gegen die französischen kolonialistische Aggression vorzubereiten, von der die Partei wußte, daß sie unvermeidlich war. Dieses äußerst kluge Vorgehen konnte in der Geschichte der Revolution unseres Landes als glänzendes Beispiel leninistischer Taktik der Ausnutzung von Widersprüchen in den Reihen der Feinde und der Einräumung von Konzessionen unter fester Beibehaltung der Prinzipien verzeichnet werden.

III. Prinzipien und Methoden der revolutionären Aktion

Es genügt nicht, eine kluge Linie und richtige Ziele festzulegen. Um eine Revolution zum Erfolg zu führen, muß man auch geeignete Prinzipien und Methoden der Aktion ausarbeiten.

(...) Revolution ist Schöpfung; ohne schöpferischen Geist kann keine Revolution erfolgen. Es hat niemals eine einzige Formel zur Durchführung einer Revolution gegeben, die für alle Umstände und alle Zeiten geeignet wäre, und es wird auch nie eine geben. Eine gegebene Formel mag gut sein für ein bestimmtes Land, aber untauglich für ein anderes; eine in bestimmten Zeiten und unter bestimmten Umständen richtige Formel kann in anderen Zeiten und Umständen falsch sein. Alles hängt von den konkreten historischen Bedingungen ab.

(...) Eine Methode, eine Form des Kampfes kann nur als beste und klügste betrachtet werden, wenn sie den Erfordernissen einer gegebenen konkreten Situation voll gerecht wird, wenn sie den Bedingungen gänzlich angepaßt ist, unter denen sie angewandt wird, wenn sie es möglich macht, die größte Menge revolutionärer und fortschrittlicher Kräfte zusammenzuziehen und sie in die Kampffront zu bringen, wenn sie eine völlige Ausnutzung der Schwächen des Feindes ermöglicht und daher geeignet ist, die größtmöglichen Erfolge herbeizuführen, die dem momentanen Kräfteverhältnis entsprechen.

1. Endziel und Nahziele

Prinzipiell darf kein Revolutionär weder in der täglichen Politik noch in der Praxis des revolutionären Kampfes, ganz gleich auf welche Weise und unter welchen Umständen, das Endziel aus den Augen verlieren. Den Kampf um kleine Tageserfolge und Nahziele für „alles“ zu halten, während das Endziel „nichts“ gilt, „die Zukunft der Bewegung der Gegenwart zu opfern“, zeittigt die schlimmste Art von Opportunismus, die nur zum Ergebnis haben kann, daß die Volksmassen in ewiger Knechtschaft gehalten werden.

Es genügt jedoch keinesfalls, nur nach dem Endziel zu trachten. Auf der Grundlage des vollständigen Erstrebens des revolutionären Ziels liegt die Kunst der revolutionären Führung darin zu wissen, wie man Schritt für Schritt auf klügste Weise gewinnt. Die Revolution ist das Werk von Millionen von Menschen, von Volksmassen, die sich erheben, um die herrschenden Klassen zu stürzen, Klassen, die über eine gigantische Maschinerie der Gewalt verfügen, verbunden mit weiteren materiellen und geistigen Mitteln. Aus diesem Grunde ist die Revolution ein langdauernder Prozeß. Von den ersten Schritten bis zum schließlichen Ende muß die Revolution notwendigerweise durch viele Etappen des Kampfes gehen, die mit vielen Schwierigkeiten und komplizierten Problemen beladen, mit Wendungen und Richtungsänderungen gefüllt sind, die darauf abzielen, ein Hindernis nach dem anderen beiseite zu räumen, nach und nach das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution zu verändern und die überwältigende Überlegenheit gegenüber den herrschenden Klassen zu erringen. Den Feind zurückzuschlagen, Schritt für Schritt der Revolution zum Erfolg verhelfen, zur vollständigen Vernichtung des Feindes und zum vollständigen Sieg der Revolution voranschreiten – das ist ein Gesetz des revolutionären Kampfes.

Daher muß man alle konkreten Bedingungen in Rechnung stellen, nationale wie internationale, unter Einbeziehung aller Faktoren.

Man muß wissen, wie man zu gegebener Zeit und unter gegebenen Umständen auf klügste Weise Hilfsmittel gewinnt, wie man die angemessensten konkreten Ziele darlegt und auf Grund objektiver Gesetze den Kampf in solcher Weise in Hinblick auf den Maximalerfolg leitet, wobei man den Weg für ein weiteres Fortschreiten der Revolution ebnet und die sichersten Aussichten auf einen abschließenden Triumph eröffnet.

In der Geschichte der vietnamesischen Partei waren die revolutionären Bewegungen von 1930–31 und 1936–39 entscheidende Etappen, die Zeugnis ablegten für die revolutionären Fähigkeiten der Arbeiter und Bauern, für die Befähigung der Partei der Arbeiterklasse zur Führerschaft und für die Möglichkeit, große Volksmassen für die Erreichung konkreter Ziele zusammenzubringen, ohne das Endziel aus den Augen zu verlieren. Die Errichtung der Viet Minh-Front unter der japanischen Besatzung und die Vorbereitungen für den politischen und bewaffneten Kampf während des 2. Weltkrieges, der zur Augustrevolution führte, waren Anwendungen jener Prinzipien und Methoden der revolutionären Aktion.

2. Organisation und Mobilisierung der Massen

Der revolutionäre Kampf entfaltet sich unaufhörlich in allen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens: politisch, ökonomisch, kulturell. Schritt für Schritt zu gewinnen bedeutet deshalb, auf jedem Kampfplatz die Massen zu mobilisieren und zu organisieren in der Absicht, die politischen Maßnahmen des Feindes zu vereiteln und jeden seiner Pläne und Manöver zu durchkreuzen; es bedeutet, alle Ziele aufzuzeigen und um jeden Preis zu erreichen, die in einer gegebenen Phase und in einer gegebenen Schlacht erreichbar sind, womit die Bewegung vorwärts-

getrieben und auf ein höheres Niveau gebracht wird. Es geht nichts über ein Erfolgslebnis, und jeder Erfolg auf einem gegebenen Gebiet stimuliert den Kampf auf anderen Gebieten. Von Grund auf beginnend, entwickelt sich die Bewegung zu einem immer höheren Niveau, hetzt den Feind hin und her, sichert ihre Teilgewinne und erweitert unerbittlich das revolutionäre Schlachtfeld in Richtung auf den vollständigen Sieg. In der vietnamesischen Revolution zeigt die Erringung der Macht das charakteristische Merkmal einer Entwicklung von Teilaufständen zum allgemeinen Aufstand: das ist in der Tat die Anwendung der Methode des „Schritt-für-Schritt-Gewinnens“ auf die spezifischen Bedingungen unserer Revolution.

Wissenschaftliche Einschätzungen mit revolutionärer Entschlossenheit verbinden, sowohl Passivität als auch Voluntarismus vermeiden – nur auf diese Weise kann man die Forderungen der Massen beantworten und diese auf den Weg der Revolution führen.

Eine Revolution ist kein Staatsstreich, kein Ergebnis von Verschwörungen. Sie ist das Werk der Massen. Daher ist es eine besonders entscheidende Frage, die Kräfte der Massen zu mobilisieren und aufzubieten, die politische Armee der Revolution aufzustellen und zu vergrößern. Diese Aufgabe muß auf kontinuierliche Weise alle Phasen hindurch erfüllt werden, egal ob die revolutionäre Situation noch nicht eingetreten oder ob eine solche Situation bereits entstanden und herangekreift ist. Zu diesem Zweck muß man mit den Massen im täglichen Leben verschmelzen, aktiv sein, wo immer es die Massen sind, sogar in feindlichen Organisationen; man muß mit der Situation Schritt halten, sowohl im Lager des Feindes als auch in unserem, alle Pläne, Bewegungen und Möglichkeiten des Feindes korrekt abschätzen, die Veränderungen, die sich in seinen Reihen abspielen, genau bewerten und zur gleichen Zeit voll unterrichtet sein über Bewußtseinsstand, Wünsche und potentielle Kraft der Massen. Auf diese Weise ist man imstande, angemessene Lösungen zu entwickeln, sowohl treffend als auch zeitgerecht, die die breitesten Massen machtvoll mobilisieren und in den Kampf führen werden. Hierbei muß man von niederen zu höheren Aktionsformen voranschreiten, ständig das politische Bewußtsein heben und die Armee der Revolution allseitig verstärken.

Vor der Erringung der Macht und im Erstreben dieses Ziels ist die einzige Waffe, über die die Revolution und die Massen verfügen, die Organisation. Das Kennzeichen der vom Proletariat geführten revolutionären Bewegung ist ihr hohes organisatorisches Niveau. Alle Bemühungen, die darauf abzielen, die Massen schrittweise zu dem Punkt zu bringen, wo sie sich erheben und die herrschenden Klassen stürzen wollen, laufen auf folgendes hinaus: organisieren, organisieren und nochmals organisieren. Das Ziel der politischen Propaganda und Agitation lautet in der Tat, die Massen zu organisieren; nur durch die Organisierung der Massen in dieser oder jener Form werden die Bedingungen geschaffen, sie zu erziehen und die ungeheure Kraft der Revolution zu entwickeln, denn einmal organisiert, wächst ihre Macht hundertfältig. Die Massen sollten in Hinblick auf die Kampfführung organisiert werden; umgekehrt gesagt, es geschieht durch den Kampf, daß sie organisiert und erzogen werden und die Kräfte der Revolution sich entwickeln. Daher müssen Propaganda, Organisation und Kampf eng verbunden werden mit dem Ziel, die

politische Armee der Massen zu formieren und zu erweitern in Vorbereitung auf entscheidende Sprünge vorwärts.

Im Laufe ihres Bestehens hat die Partei erkannt, wie legale und illegale Aktionen zu verbinden sind, ohne in Legalismus oder Unentschlossenheit und Passivität abzuleiten. Bei solchen Massenaktivitäten ist die Kunst, kluge Lösungen zu formulieren, von großer Wichtigkeit.

Die Kunst, sowohl strategische als auch taktische Anleitung für die Revolution zu geben und ebenso gut einen Kampf zu führen, zeigt sich in erster Linie in der Aufstellung prägnanter und relevanter Lösungen, die mit der Situation Schritt halten.

Man sollte nicht die zu sehr vereinfachende Ansicht teilen, daß ökonomische Lösungen reformistisch, nur politische dagegen revolutionär seien. Es kann politische Lösungen mit reformistischem Charakter geben und ökonomische, die einen revolutionären Inhalt besitzen. Die Frage lautet: Wann wird eine gegebene Lösung vorgebracht? Womit ist sie verbunden? Und welches Ziel verfolgt sie? Eine wahrhaft revolutionäre politische Partei, eine, die beständig dem Endziel der Revolution treu bleibt, ist fähig, auf diese oder jene Weise das Kennzeichen der Revolution allen Lösungen und allen Formen der Organisation und des Kampfes einzuprägen, einschließlich jener mit dem schwächsten politischen Anstrich, die als notwendig betrachtet werden für das Ziel, die Massen zusammenzubringen, während die Situation für energische revolutionäre Aktionen noch nicht günstig ist.

Eine sinnvolle Lösung macht es oft möglich, eine ganze Bewegung anzustacheln. So gab zum Beispiel die im Jahre 1945 aufgestellte Lösung „Holt die Reistengel“, als eine Hungersnot um sich griff, einen großen Anstoß zur Massenbewegung, die zum allgemeinen Aufstand führte.

Man muß zwischen Propagandalösungen und Aktionslösungen unterscheiden, um zu vermeiden, daß die Massen in Entscheidungsschlachten zu früh oder zu spät eingreifen. Sowohl Propaganda- als auch Aktionslösungen müssen ständig geändert werden, um zur konkreten Kampfsituation zu passen, besonders Aktionslösungen, die eng mit der täglichen Anstrengung verbunden sind, und so muß äußerste Flexibilität an den Tag gelegt werden, sogar mit stündlichen Änderungen. Entsprechend der Situation muß man schrittweise das Niveau der Aktionslösungen heben und schließlich, wenn die richtige Zeit kommt, bisherige Propagandaparolen in solche für direkte und entschlossene Aktion umwandeln. Es ist gefährlich für die Revolution, die Massen in Entscheidungsschlachten zu spät oder zu früh einzubeziehen.

3. Über revolutionäre Situationen

Die Revolution kann nur ausbrechen, wenn die Situation dafür reif ist. Man sollte weder passiv auf ihr Reifwerden warten noch Zwischenstufen überspringen.

Vor und nach dem 1. Weltkrieg waren revolutionäre Situationen und Ausbrüche und Triumph von Revolutionen im allgemeinen auf diese oder jene Weise mit vom Imperialismus hervorgerufenen Weltkriegen verbunden. Daraus sollte man jedoch

Sammlung Luchterhand

Neuerscheinungen
September–November 1971

Christa Wolf Nachdenken über Christa T.

Roman. Sonderausgabe. DM 7,80
Band 31

Ernst S. Steffen Rattenjagd

Aufzeichnungen aus dem Zuchthaus
DM 7,80 Band 33

Günter Grass Gesammelte Gedichte

Mit einem Vorwort von
Heinrich Vormweg. DM 9,80
Band 34

Georg Lukács Die Theorie des Romans

Ein geschichtsphilosophischer Versuch
über die Formen der großen Epos.
Sonderausgabe. DM 7,80 Band 36

Ernst Jandl Laut und Luise

Mit einem Nachwort von
Helmut Heissenbüttel. DM 7,80
Band 38

Wolfgang Hermann Körner Die Verschwörung von Berburg

Kriminalroman. DM 7,80 Band 44



Sammlung Luchterhand

Kieseritzky das eine wie das andere

Roman. DM 7,80 Band 45

Helga M. Novak Aufenthalt in einem irren Haus

Erzählungen. DM 9,80 Band 46

Marlene Stenten Großer Gelbkopf

Roman. DM 4,80 Band 47

Anna Seghers Überfahrt

Eine Liebesgeschichte. DM 7,80
Band 48

Georg Lukács Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins

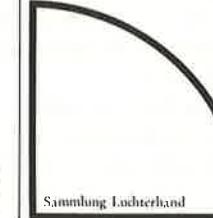
Hegels falsche und echte Ontologie.
DM 7,80 Band 49

Leo Löwenthal Erzählkunst und Gesellschaft

Die Gesellschaftsproblematik in der
deutschen Literatur des
19. Jahrhunderts. Mit einer
Einleitung von Frederic Tubach.
DM 9,80 Band 52 November

Jörg Steiner Ein Messer für den ehrlichen Finder

Roman. DM 7,80
Band 57 November



Sammlung Luchterhand

Gisela Steinwachs Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwand- lung von Geschichte in Natur

Eine strukturelle Analyse von Bretons
„Nadja“, collection alternative,
herausgegeben von Hildegard
Brenner, Band 3. DM 7,80
Band 40 November

Rosa Luxemburg Internationalismus und Klassenkampf

Die polnischen Schriften,
herausgegeben und eingeleitet von
Jürgen Hentze. DM 9,80
Band 41 November

Dorothee Sölle Das Recht ein anderer zu werden

Theologische Texte. Reihe Theologie
und Politik, herausgegeben von
Hans-Eckhard Bahr, Band 1.
DM 4,80 Band 43 November

Jóhann Páll Árnason Von Marcuse zu Marx

Prolegomena zu einer dialektischen
Anthropologie.
DM 9,80 Band 54 November

Ausführliche Verzeichnisse der
„Sammlung Luchterhand“
erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung.



Sammlung Luchterhand

nicht den Schluß ziehen, daß Krieg die notwendige Quelle oder eine conditio sine qua non der Revolution darstellt und daß man konsequent auf den Ausbruch eines Krieges warten sollte, bevor man Revolution macht. Revolution ist in erster Linie das Ergebnis von Klassenwidersprüchen, die sich in gegebenen Ländern auf das äußerste verschärft haben. Um aus dieser Situation Vorteil zu ziehen, befürworteten die Kommunisten die „Umwandlung imperialistischer Kriege in revolutionäre Bürgerkriege“.

Die gegenwärtige internationale Situation unterscheidet sich radikal von der vor und nach dem 1. Weltkrieg. Jetzt, wo das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die mit dem Ziel der Umformung der Gesellschaft auf sozialistische Weise gegen den Imperialismus kämpfen, den wesentlichen Inhalt, die Orientierung und die charakteristischen Merkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmen, hat sich die Möglichkeit des Herausbrechens der schwachen Glieder aus dem verbliebenen Teil der imperialistischen Kette in beispielhaftem Maße erhöht, und zwar zur selben Zeit, da die Verhütung eines Weltkrieges praktisch durchführbar erscheint. Das grundlegende Interesse des Proletariats, des Volkes und der Nationen der Welt liegt in der Erhaltung des Weltfriedens bei gleichzeitigem Vorantreiben der Revolution in verschiedenen Ländern. Diese zwei Ziele sind organisch miteinander verbunden, jedes ist die Voraussetzung des anderen, und beide sind vollständig erreichbar, sobald die Kommunisten in gründlicher Erkenntnis der strategischen Offensivstellung der Weltrevolution es fertigbringen, eine Einheitsfront aufzubauen, die alle Ströme der Weltrevolution zusammenführt, alle Kräfte, die für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus kämpfen, und entschlossen sind, alle von den Imperialisten ausgelösten Angriffskriege zum Scheitern zu bringen, jede ihrer kriegerischen Unternehmungen und Pläne zu durchkreuzen, den Imperialismus Schritt für Schritt zurückzutreiben, ihn Stück für Stück niederzuschlagen und ihn schließlich in seiner Gesamtheit zu überwinden.

Südvietnam gibt dafür ein treffendes Beispiel.

Die südvietnamesische Revolution beweist, daß unter Ausbleiben eines Weltkrieges bei gleichzeitiger Sicherung des Weltfriedens die Revolution nichtsdestoweniger ausbrechen und von Erfolg gekrönt sein kann. Weit davon entfernt, mit der Verteidigung des Friedens unvereinbar zu sein, hat sich die Intensivierung der antiimperialistischen Revolution in der Praxis als eine sehr wesentliche Methode erwiesen, den Imperialismus mit dem Ziel einer wahrhaft wirksamen Verteidigung des Weltfriedens anzugreifen. Umgekehrt gesagt, einen Weltkrieg zu verhüten und den Frieden zu erhalten, ist ebenfalls eine sehr wichtige Methode, den Imperialismus anzugreifen und günstigere objektive Bedingungen für die Revolution zum Fortschritt in allen Ländern zu schaffen.

Die südvietnamesische Revolution beweist, daß ein faschistisches Regime den Ausbruch einer Revolution nicht aufhalten kann; es ist gerade der Rückgriff auf faschistische Methoden, der dessen politische Schwäche verrät.

4. Über revolutionäre Gewalt

Daß eine revolutionäre Situation besteht, heißt, daß das Problem der Erringung der Macht unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Wie die Macht errungen werden kann, hängt von den spezifischen Bedingungen eines jeden Landes ab. Der einzige Weg zur Macht liegt jedoch unter allen Umständen in der Revolution, nicht in der Reform.

Die Frage geht immer darum, der Gewalt der herrschenden Klassen mit der Gewalt der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen zu begegnen; man muß wissen, wie man den politischen Kampf mit dem bewaffneten verbindet und sich auf die politischen Kräfte der Revolution ebenso verläßt wie auf die bewaffneten.

Wenn man nicht in voller Bereitschaft auf seine Kräfte achtet, einschließlich der bewaffneten Kräfte, wird man nicht fähig sein, dem ungezügelten Angriff des Feindes zu widerstehen. Gewalt jedoch verläßt sich nicht allein auf bewaffnete Kräfte und ergreift auch nicht die Form des militärischen Kampfes; es ist absolut notwendig, politische Kräfte zu haben und politische Aktionen durchzuführen. Fehlen die politischen Kräfte und der politische Kampf der Massen, kann durch militärischen Kampf und bewaffnete Kräfte kein Erfolg errungen werden. Es versteht sich von selbst, daß nicht alle Formen des politischen Kampfes Gewalt bedeuten. Nur Aktionen, die so betrachtet werden können, sind revolutionäre Aktionen, die von den Massen gegen die Staatsgesetze der herrschenden Klassen unternommen werden und direkt gerichtet sind auf die Überwindung ihrer Herrschaft und die Gewinnung der Macht für das Volk, sobald die Frage der Erringung der politischen Macht aufgeworfen ist.

Die auf den Sturz der herrschenden Klassen gerichtete revolutionäre Gewalt muß notwendig eine Gewalt der Massen sein, der breiten Massen, die unterdrückt und ausgebeutet werden. Unter der Führung der Partei können sie ihre Kraft entfalten und auf zahllosen Bahnen ausbreiten. Die beste, revolutionärste Methode ist eine solche, die Formen der Gewalt schaffen und organisieren kann, welche den herrschenden Umständen am besten angepaßt sind, die die Macht der Massen in höchstem Grade mobilisieren und gegen die herrschenden Klassen schleudern kann und den Sieg der Revolution unter den günstigsten Bedingungen erringen kann. Nicht zu wagen einen militärischen Kampf zu beginnen, wenn die Notwendigkeit hierzu besteht oder auf einem solchen Unternehmen unter ungünstigen Umständen zu beharren – das ist ein ernster Fehler.

Der Triumph der Augustrevolution 1945 war der geschickten Anwendung von zwei Prinzipien und Methoden zu verdanken: erstens Verbindung der politischen Aktion mit dem bewaffneten Kampf und zweitens Ergreifen des günstigen Augenblicks.

Wie durch die Erfahrung aller Revolutionen deutlich wird, ist neben der Vorbereitung der politischen und militärischen Kräfte das Ergreifen des günstigen Augenblicks eine sehr wichtige Frage. Dieser Augenblick kann entweder durch die revolutionären Kräfte daheim oder durch die Bedingungen im Ausland herbeigeführt werden. Wenn genügend revolutionäre Kräfte fehlen, wird man nicht

fähig sein, eine günstige Gelegenheit zu schaffen oder einen rechtzeitigen Vorteil daraus zu ziehen, auch wenn er sich anbieten sollte. Daher ist es entscheidend, dauernde Anstrengungen zu unternehmen, die auf die Zusitzung der Situation zu unseren Gunsten und auf die Herbeiführung einer entscheidenden Überlegenheit für die Revolution gerichtet sind, sowohl unter Beobachtung der Stellung als auch der Stärke. Wann wird nun das Feuer der Revolution auflodern? Welcher Funke wird das Pulverfaß in die Luft jagen? Sobald die Revolution eine unerschütterliche Stellung und Stärke erreicht hat und der Feind an die Wand gedrückt worden ist, wird uns das tägliche politische und gesellschaftliche Leben mit allen günstigen Gelegenheiten und Umständen versehen, um eine große Bewegung anzufachen, das Problem hängt nur von der besonderen Klarsicht und Feinfühligkeit der Führer ab. Wie Lenin sagte: Geschichte im allgemeinen und revolutionäre Geschichte im besonderen entfaltet sich immer auf eine reichhaltigere, mannigfachere und lebendigere Weise als sich die hervorragendsten politischen Parteien, die politisch bewußten Vorkämpfer der fortschrittlichsten Klassen je vorstellen können. Deshalb genügt es oft im Laufe einer Revolution, daß die Führer im Vollbesitz der grundlegenden Orientierung und gewisser Grundfaktoren und -bedingungen sowie wagemutig sind. Sowie sich eine Aktion entwickelt, werden die Dinge ihre Möglichkeiten und den Trend der Entwicklung offenbaren, und zur selben Zeit wird uns die grenzenlose Schöpferkraft der Massen, welche die Geschichte machen, bei unserer Orientierung und bei der Lösung der konkreten Probleme helfen.

IV. Aufbau des Sozialismus

Als Folge des Sieges des antifranzösischen Widerstands im Jahre 1954 stellte sich die Frage, welcher Entwicklungsweg anzusteuern sei. Die Antwort, die von der Partei der Werktätigen Vietnams gegeben wurde, lautete, daß das Land unter Umgehung der kapitalistischen Entwicklungsstufe direkt zum Sozialismus fortschreiten sollte und könnte, trotz des Erbes der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit, die von Jahrhunderten des Feudalismus und fast einem Jahrhundert des Kolonialismus hinterlassen wurde.

1. Durchführung der Diktatur des Proletariats und der dreifachen Revolution

Die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus beruht auf zwei Faktoren, einem internationalen und einem nationalen. Auf internationaler Ebene hat die Existenz eines sozialistischen Weltsystems und die Stärke der nationalen Befreiungsbewegung das Kräfteverhältnis radikal zugunsten der Revolution verändert. Zur nationalen Ebene:

In Ländern, wo Arbeiter und Bauern die entscheidende Rolle spielen und die Vorhut der Arbeiterklasse die Führung der Revolution übernommen hat, ist der Erfolg der national-demokratischen Revolution nicht nur ein Sieg, der vom Volk über Imperialismus und Feudalismus errungen wurde, sondern auch ein politischer

Triumph des Proletariats gegenüber der einheimischen Bourgeoisie, der Triumph eines Staates neuen Typs. Daher bedeutet die siegreiche Vollendung der national-demokratischen Revolution gleichzeitig die Eröffnung der sozialistischen Revolution. Die revolutionäre Arbeiter- und Bauernmacht unter Führung der Arbeiterklasse nimmt die Ausübung der historischen Pflichten der Diktatur des Proletariats direkt in Angriff, um eine sozialistische Revolution durchzuführen und den Sozialismus aufzubauen.

In unserem Land entstand die Diktatur des Proletariats zu einer Zeit, als die Produktivkräfte besonders rückständig und die materiellen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus noch sehr schwach waren. Das gesellschaftliche System der Produktion stand am Scheideweg: entweder zum Sozialismus fortzuschreiten, oder zum Kapitalismus, oder noch eine Zeitlang im Stadium der Kleinproduktion zu verweilen. Um den Sozialismus aufzubauen, mußten wir gleich von Anfang an neue Produktivkräfte und neue Produktionsverhältnisse herstellen, eine neue ökonomische Grundlage und einen neuen Überbau. Unter diesen Bedingungen kam der Initiative der Diktatur des Proletariats, seiner konstruktiven und organisatorischen Rolle und der politischen Bewußtheit der werktätigen Massen bei der Schaffung der neuen Gesellschaft gewaltige Bedeutung zu.

Der Klassenkampf geht weiter; das Regime hat alle Spuren des Kapitalismus auszulöschen, alle Formen der Ausbeutung, alle Tendenzen zu spontaner kapitalistischer Entwicklung, und alle Versuche einer konterrevolutionären Restauration zu unterdrücken. In einem Land jedoch, in dem die Kleinproduktion vorherrscht und der Kapitalismus fast nicht vorhanden war, genügt es nicht, die konterrevolutionären Kräfte zu unterdrücken, um die Grundlagen des Sozialismus zu legen und seinen Erfolg zu sichern.

Das Grundproblem besteht darin, die individuelle Kleinproduktion in eine sozialistische Großproduktion zu verwandeln und fast von Grund auf die gesamte materielle und technische Basis zu bilden, die ökonomische Grundlage und den Überbau einer sozialistischen Gesellschaft mittels gleichzeitiger Durchführung von drei Revolutionen: die Revolution in den Produktionsverhältnissen, die technische Revolution und die ideologische und kulturelle Revolution.

(...) Folglich besteht der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem kapitalistischen und dem sozialistischen, im Norden unseres Landes hauptsächlich in der Anstrengung, die Kleinproduktion in eine sozialistische Großproduktion zu verwandeln. Die feste Einrichtung der Diktatur des Proletariats zur Durchführung der drei gleichzeitigen Revolutionen, mit der technischen Revolution als Kernstück, bildet den wesentlichen Inhalt des Klassenkampfes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus im Norden unseres Landes.

Die Wachsamkeit gegenüber konterrevolutionären Plänen zu vermindern ist ein ernster Fehler; aber die Überschätzung der reaktionären Kräfte und die Vernachlässigung der Aufgaben des Aufbaus und der Organisation ist ebenfalls ein großer Mißgriff.

2. Die Notwendigkeit einer dreifachen Revolution

Neue Produktionsverhältnisse, technische Revolution, ideologische und kulturelle Revolution sind eng miteinander verbunden. Neue Produktionverhältnisse ebenen den Weg für die technische Revolution und konsolidieren die Arbeiter-Bauern-Allianz; so wird die Grundlage gelegt, von der die neuen Ideen stammen, die das Kennzeichen des neuen Menschen sind. Bezuglich der Produktionsverhältnisse genügt es nicht, das kapitalistische System zu liquidieren und den individuellen Kleinbetrieb umzuwandeln.

Sofort nach der Herstellung des kollektiven Eigentums an den Produktionsmitteln durch das werktätige Volk mußten wir eine ganze Reihe wichtiger Probleme lösen: die Handhabung der kollektiven Arbeit und des kollektiven Eigentums ebenso wie die Herbeiführung der möglichst schnell erweiterten Reproduktion, Durchführung der technischen Revolution in schnellstem Tempo, Erreichung der rationellsten gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Erlangung der höchsten Arbeitsproduktivität; die Organisierung des Systems der gesellschaftlichen Produktion ebenso wie die Sicherung der vereinigten zentralen Führung und die Ausübung der Rechte verschiedener Wirtschaftszweige und Regionen und aller werktätigen Menschen als kollektive Herren; die Verteilung der Einkommens ebenso wie die Sicherstellung einer angemessenen Akkumulation für die erweiterte Reproduktion bei gleichzeitiger Verbesserung des Lebensstandards des Volkes, die Förderung der Arbeitsamkeit bei voller Entfaltung des gesellschaftlichen Geistes des Sozialismus, die Beachtung des materiellen Wohlergehens des Volkes bei gleichzeitiger Entwicklung von Kultur, Erziehung, Wissenschaft und Technik; die Wahl der ökonomischen und administrativen Mittel zur Konsolidierung und Verbesserung der sozialistischen Wirtschaftsorganisationen unter Ausweitung des Aktionsfeldes des Sozialismus, Einbeziehung individueller Produzenten in Genossenschaften, Verstärkung der Marktkontrolle, Spekulationsbekämpfung, Aufdeckung aller Fehler und Mängel in der Verwaltung des Landes und der Arbeit, usw.

Freiheit und Gleichheit für alle wurden gesichert, aber die materiellen und technischen Grundlagen des Regimes sind noch zu schwach.

Lenins berühmte Formel „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“ hilft uns, ein tieferes Verständnis des Problems zu erwerben. Sowjetmacht bedeutet Diktatur des Proletariats, das Recht der schwer arbeitenden Menschen, Herren zu sein. Elektrifizierung bedeutet Großindustrie auf der Grundlage der Elektrifizierung, der materiellen und technischen Basis der neuen Gesellschaft. Ohne einen dieser beiden Faktoren kann es weder Sozialismus noch Kommunismus geben. Als wir von der Kleinproduktion ausgingen, benötigten wir dringend das, was Lenin „Elektrifizierung“ nannte. Nur auf der Basis der Elektrifizierung konnten wir das sozialistische Wirtschaftssystem, die Arbeiter-Bauern-Allianz und die Diktatur des Proletariats konsolidieren, die Mentalität und Verhaltensweisen der Kleinproduzenten ausrotten, die sozialistische Ideologie stärken und entwickeln, den schwer arbeitenden Menschen materielles Wohlergehen und ein zivilisiertes Leben bringen und sie nicht nur zu Herren der Gesellschaft, sondern auch der Natur machen.

(...) Gegenwärtig entfaltet sich in unserem eigenen Lager wie in vielen anderen Ländern der Welt eine neue wissenschaftliche und technische Revolution. (...) Daher müssen und können sich die Produktivkräfte unseres Landes, entsprechend dem Gesetz der Veränderung zu gleicher Zeit schrittweise von der Klein- zur Großproduktion entwickeln und durch Sprünge direkt zur Mechanisierung und Automation, vor allem zur Mechanisierung. Einerseits müssen wir alle Möglichkeiten der Handwerksproduktion voll ausnützen und sie Schritt für Schritt zur Halbmechanisierung und Mechanisierung bringen, müssen uns anstrengen, die regionale Wirtschaft zu erweitern und sie in Hinblick auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit der Landwirtschaft zu verbinden, um so die Bedingungen für das Entstehen der Großindustrie zu schaffen. Andererseits müssen wir im Vertrauen auf die dem sozialistischen Wirtschaftssystem innenwohnende Überlegenheit, die aktive Hilfe der sozialistischen Bruderländer und den internationalen Austausch alle Kräfte anspannen, um eine große Industrie mit moderner Technologie aufzubauen, müssen ökonomische und technische Sprünge machen und durch diese Sprünge zur Modernisierung unserer gesamten Volkswirtschaft fortschreiten.

Außerdem brauchen wir neue Menschen. Das gesamte moralische, kulturelle und ideologische Leben des Volkes muß radikal verändert werden.

Der Übergang zum Sozialismus ohne kapitalistisches Durchgangsstadium ist eine neue Art der Entwicklung, die hohen schöpferischen Geist und Verantwortungsgefühl erfordert; die Ideen und Verhaltensweisen in unserer Gesellschaft tragen jedoch noch den Stempel eines Systems der Kleinproduktion, und das kulturelle, wissenschaftliche und technische Niveau unseres Volkes ist noch unzureichend, daher die besondere Bedeutung der ideologischen und kulturellen Revolution.

Die neuen Menschen, ihrem Vaterland und der Arbeiterklasse ergeben, mit dem Bewußtsein, kollektive Herren des Landes zu sein, erfüllt von einem starken internationalistischen Geist, entschlossen, die Früchte der Revolution zu verteidigen, sind auch Menschen der Wissenschaft und Kultur. Erfüllt von neuen Ideen, vereinen sie in sich auch alle traditionellen Werte unseres Volkes.

3. Industrie und Landwirtschaft

Was die ursprüngliche Akkumulation betrifft, so kann der Sozialismus nicht zu den unmenschlichen Mitteln greifen, die der Kapitalismus zu seinem Beginn anwandte.

Wir müssen wissen, wie man eine zweckmäßige Wirtschaftsstruktur bildet und eine neue Arbeitsteilung durchführt auf der Basis der kollektiven Herrschaft des schwer arbeitenden Volkes in Hinblick auf eine starke Produktionssteigerung und ein rasches Anwachsen der Arbeitsproduktivität. Um eine zweckmäßige Wirtschaftsstruktur zu bilden, müssen wir Stellung und Tempo der Entwicklung der verschiedenen Zweige von Industrie und Landwirtschaft und die Beziehungen zwischen ihnen, der zentralen und regionalen Wirtschaft sowie von Produktion und Verteilung korrekt bestimmen.

(...) Gleich von Anfang an muß die Industrie zum Einwirken auf die Landwirtschaft gebracht und die Landwirtschaft eng mit der Industrie koordiniert werden, sowohl zentral als auch regional. Diese Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie können nur durch den Aufbau einer zentralen und einer regionalen Wirtschaft hergestellt werden.

Hiermit beginnt der Prozeß des Entstehens und Wachsens der sozialistischen Großproduktion unseres Landes.

Deshalb stellte der 3. Kongreß unserer Partei fest: „Wir müssen der rationellen Entwicklung der Schwerindustrie Vorrang geben, uns bemühen, Landwirtschaft und Leichtindustrie zu fördern, die Industrie als führende Kraft und die Landwirtschaft als Basis der industriellen Entwicklung benutzen, die regionale mit der zentralen Wirtschaft koordinieren. (...) Sozialistische Industrialisierung, die Grundlage, auf der eine moderne Schwerindustrie aufgebaut wird, ist die zentrale Aufgabe in allen Phasen des Übergangs zum Sozialismus.“ Um jedoch eine Schwerindustrie aufzubauen, müssen die von Landwirtschaft und Leichtindustrie zu schaffenden Voraussetzungen vorhanden sein. Diese sind: Arbeitskräfte, Konsumgüter, ursprüngliche Akkumulation und Markt.

Unter dem Kapitalismus brauchte die Schwerindustrie eine lange Zeit, um mit der Entwicklung der Leichtindustrie Schritt zu halten. Unser sozialistisches System und die Hilfe der sozialistischen Bruderländer ermöglichen es uns, den Aufbau einer Schwerindustrie zu einem frühen Zeitpunkt in Angriff zu nehmen. Jedoch müssen wir die gegenwärtige Schwäche unserer Landwirtschaft und Leichtindustrie berücksichtigen.

Gegenwärtig besteht die wichtigste Aufgabe der Schwerindustrie darin, Bedingungen zu schaffen, die es möglich machen, die Arbeitskräfte unseres ganzen Landes, vornehmlich in Landwirtschaft und Leichtindustrie, mit Werkzeugen verschiedenster Art und verschiedenen technischen Stands auszustatten, sowohl rudimentär als auch modern, in Übereinstimmung mit jedem Zweig und jeder Kategorie der Arbeit, sowie rasch die Arbeitsproduktivität mindestens um das Zwei- oder Dreifache zu erhöhen.

Die Modernisierung der Arbeitsgeräte ist das Hauptglied bei der Herstellung erhöhter Produktivität, und der Maschinenbau spielt in der Industrie die entscheidende Rolle. Die Elektro-, Baumaterial-, metallurgische und chemische Industrie gehören zu den bedeutendsten.

Die Entwicklung der Schwerindustrie erfordert eine ausgewogene Erweiterung der Leichtindustrie, die Gebrauchsgegenstände für das Volk und Exportgüter während der Phase der ursprünglichen Akkumulation erzeugt und ein wichtiger Abnehmer für die Schwerindustrie ist.

Teils durch eine unterentwickelte Wirtschaft, teils durch viele Kriegsjahre ist das materielle Leben unseres Volkes noch dürftig, und viele dringende Probleme müssen gelöst werden. Gegenwärtig sind wir noch nicht in der Lage, das allgemeine Niveau des materiellen Lebens für unsere gesamte Gesellschaft radikal zu ändern; ein Minimum an Lebensstandard zu sichern ist jedoch während des frühen Stadiums der Industrialisierung unerlässlich, wir müssen die Leichtindustrie entwickeln, die

Konsumgüterproduktion schnellstens erhöhen und ein Ende machen mit unnötigen Mängeln.

Andererseits können wir mit unserem überreichen und tüchtigen Arbeitskräftepotential und unseren verfügbaren natürlichen Hilfsquellen, besonders unserer reichen tropischen Landwirtschaft, der Leichtindustrie einen starken Auftrieb geben und rasch ein großes Sortiment an Konsumartikeln sowohl für den Inlandsverbrauch als auch teilweise für den Export herstellen.

Die Landwirtschaft, die Nahrungsmittel erzeugt, Rohmaterialien für die Industrie und Exportgüter, muß gänzlich erneuert werden. Jede Region – Küstenebene, Binnenland, Hochland – hat ihre besonderen Eigentümlichkeiten, die in Rechnung gestellt werden sollten. Die See ist ebenfalls eine große Quelle des Reichtums. Eine derzeit bedeutende Aufgabe ist der intensive Anbau, konkretisiert in der Lösung: fünf Tonnen, ein Bauer, zwei Schweine pro Hektar.

„Fünf Tonnen pro Hektar“ bedeutet nicht einfach, genug Nahrung für Reisbauern zu liefern, sondern für unsere ganze Gesellschaft: es bedeutet nicht, daß die Nahrungsfrage allein durch Reis gelöst werden wird, sondern auch durch Getreide, Gemüse und andere Nahrungsmittel in geeignetem Maße entsprechend den Besonderheiten jeder Region.

„Ein Bauer pro Hektar“ ist nicht nur auf die Bereitstellung eines ausreichenden Arbeitskräftepotentials für den intensiven Anbau gerichtet, sondern auch auf eine neue Arbeitsteilung zur Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie unter Zurückstellung eines Teils der Arbeitskräfte für die Herstellung von Exportgütern.

„Zwei Schweine pro bebauten Hektar“ ist nicht nur auf die Fleischversorgung für den Inlandsverbrauch gerichtet, sondern auch auf Düngerlieferung für intensiven Anbau und auf den teilweisen Export des Fleisches.

Die Anspannung aller Kräfte auf diese drei Ziele bezweckt die Umwandlung der Monokultur in eine vielseitige Landwirtschaft, bringt die regionale Wirtschaft voll ins Spiel und verteilt die Arbeit in jeder Region als Grundlage einer neuen landesweiten Arbeitsteilung.

Viel muß getan werden, um diese Entwicklung der Landwirtschaft zu erreichen: Technik, Wirtschaftsführung, Leitung; sowie ausgewogene Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Wenn wir die beiden grundlegenden ökonomischen Aufgaben des Anfangsstadiums erfüllen sollen – Akkumulation des Kapitals für die Industrialisierung und Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes – muß unsere noch rückständige Landwirtschaft einen Prozeß tiefgreifender revolutionärer Umwandlung der Produktionsverhältnisse in Verbindung mit technischen Verbesserungen; vielseitige Entwicklung der Landwirtschaft in Verbindung mit regionaler Spezialisierung; intensiver Anbau und Fruchtwechsel in Verbindung mit einer Ausweitung des Anbaugebietes. Solch eine revolutionäre Umgestaltung der Landwirtschaft kann nicht das Werk der Bauernschaft allein sein, sondern ist auch das der Arbeiterklasse, des ganzen sozialistischen Staates, aller Zweige und aller Ebenen.

Sergio Vuskovic

Politische und ökonomische Grundlagen des Mehrparteiensystems in Chile

*Der vorliegende Beitrag erschien zunächst in zwei Teilen unter den Überschriften „Pluripartitismo político“ und „Las bases económicas del pluripartitismo chileno“ in der Zeitschrift *Principios*, Santiago de Chile, Nr. 137 (Januar–Februar 1971) und Nr. 138 (März–April 1971).*

*Diese Beiträge wurden zusammengefaßt und unter dem Titel „Basi politiche ed economiche del pluripartitismo in Cile“ in der italienischen Zeitschrift *Critica Marxista*, Rom, Nr. 3 (Mai–Juni 1971) veröffentlicht. Die vorliegende deutsche Übersetzung ist bis auf eine geringfügige Kürzung mit der italienischen Fassung identisch.*

Der Verfasser Sergio Vuskovic ist Oberbürgermeister der Stadt Valparaiso.

Der 4. September 1970 wird in die chilenische Geschichte eingehen, denn dieses Datum verkörpert wie kein anderes die Kontinuität in dem harten und beständig geführten Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen arbeitenden Bevölkerungsschichten Chiles; gleichzeitig stellt es so etwas wie einen Kulminationspunkt eines durch Veränderungen gekennzeichneten Prozesses dar, gleichsam einen qualitativen Sprung nach vorne. Im Wechsel weist es auf die Beständigkeit des Klassenkampfes hin, den es nunmehr nicht mehr vom Standpunkt der Opposition aus zu führen gilt, sondern von den im Verlauf der Massenbewegung und der Regierung der Republik errungen Positionen, im Geltungsbereich der gegenwärtigen Legalität, unter strikter Beachtung der Verfassung; zugleich sind fortschreitend jene Umwandlungen zu beschleunigen, die auf jenen Verfassungsartikeln aufzubauen, die die Verfassung zu ihrer eigenen Vervollkommenung als juristisch-politische Begründung aller im gesellschaftlichen Leben vollzogenen Umwandlungen enthält. Wie ist diese radikale Umwälzung in der politischen Situation Chiles möglich gewesen? Wie lautet das wohl bezeichnendste Element jener Dialektik der Kontinuität, die so plötzlich seit dem 4. September 1970 hervortritt?

Schon vor dem 4. September gab es in Chile eine gewisse Macht der demokratischen Kräfte, die sich im Kampf mit den die politische Macht in diesem Land kontrollierenden volksfeindlichen Kräften befanden. Als Geburtsjahr für die Macht der demokratischen Kräfte kann man das Jahr 1953 ansehen, das Jahr der Einführung der Arbeiterklasse und der anderen arbeitenden Schichten, das Jahr der Gründung der CUT (zentraler Gewerkschaftsverband, AdÜ.) und des Beginns einer einheitlich vertretenen politischen Linie durch die sozialistischen und kommunistischen Parteien, die fortschreitend durch den Beitrag der wiedererwachten bürgerlichen Bevölkerung im Jahre 1958 ergänzt wurde, eine Bereicherung durch bedeutende Teile der Zwischenschichten 1964 erfuhr und die durch die entschiedene Beteiligung der Jugend und großer Teile der Frauenbewegung am Ende der 50er Jahre ihre endgültige Gestalt gewann. Diese Einheit, die seit der Schaffung der UNIDAD POPULAR (Volksfront, AdÜ.) als politische Bewegung beständig an

Anziehungskraft gewann, bezeichnet das Aufkommen der umfassendsten und tiefsten Massenbewegung unseres Landes; die Ausübung der Regierungsgewalt ist Teil dieser neuen Macht, einer Volksmacht, in deren Programm die objektiven Zielsetzungen wie folgt beschrieben werden können: „*Die revolutionären Volkskräfte haben sich nicht vereint, um für die bloße Ablösung eines Präsidenten der Republik durch einen anderen zu kämpfen, sie kämpfen auch nicht bloß um die Übertragung der Regierungsgewalt von einer Partei auf eine andere Partei, sondern sie kämpfen um tiefgreifende Veränderungen, die durch die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse zwingend notwendig gemacht werden, auf der Basis des Übergangs der Macht von den herrschenden Gruppen auf die Arbeiter, auf die Bauern und auf die progressiven Teile der Zwischenschichten in Stadt und Land.*“

Volksregierung

Vermittels der chilenischen Volksregierung, die sich auf der Grundlage von langfristigen Abkommen wie etwa des Regierungsprogramms und des in Verwirklichung begriffene Grundsatzprogramms gebildet hat, beginnt sich die Volksmacht in die Wirklichkeit umzusetzen. In ihrer Absicht muß es liegen, eine Regierung zu bilden, die die Hindernisse des korrupten Parlamentarismus der diktatorischen Präsidentenregimes und des bürokratischen Zentralismus, charakteristisch für die letzten Träger der Präsidentschaft, überwindet.

Die gemeinsame Grundlage dieser langfristigen Abkommen besteht in einer entschieden antiimperialistischen und antimonopolistischen Grundhaltung. In der ersten Grundhaltung läßt sich die gesamte Geschichte Lateinamerikas zusammenfassen, eine Erkenntnis, die bereits in lapidarer Kürze *Simon Bolívar* ausgesprochen hat: „*Die Vereinigten Staaten scheinen sich von der göttlichen Vorsehung dafür ausgewählt zu halten, Amerika im Namen der Freiheit in Elend zu belassen.*“ Nicht nur *Bolívar*, sondern zwei Jahrhunderte Geschichte hindurch haben Tag für Tag bestätigt, daß auch geringste Zugeständnisse gegenüber dem US-amerikanischen Imperialismus, genauso wie Abstriche von dem Ziel einer Überwindung der ökonomischen Macht von Agrar- und Finanzoligarchie (natürliche Klassenverbündete des Imperialismus), letztlich strategische Bedeutung haben. Auch die jüngsten reformistischen Erfahrungen der Democrazia Cristiana (Christlich-demokratische Partei, AdÜ.) lassen sich hier einordnen: sie sind Beweis für die These, daß ein Verzicht auf konsequenteren und zielbewußten Kampf gegen diese Volksfeinde lediglich dazu beiträgt, deren ökonomische Macht zu sichern und ihnen damit das politische Überleben zu ermöglichen.

Volksregierung wie auch die organisierte Bevölkerung insgesamt werden nun durch das Grundsatzprogramm geradezu verpflichtet, ihre Aufgabe in der Beseitigung der Ausübung von sowohl politischer Macht als auch ökonomischer Macht, auf der in letzter Instanz erstere beruht, durch die herrschende Klasse zu sehen. In dieser politischen Notwendigkeit stimmen alle Parteien und Bewegungen der UNIDAD POPULAR überein; sie bildet die Grundlage ihrer gemeinsamen strate-

gischen Zielsetzungen, denen selbstverständlich in bestimmten Zeitabschnitten taktisch bedingte Unterschiede, hervorgerufen durch ideologische Gegensätze oder falsche Alternativen, entsprechen können; selbstverständlich besteht die Möglichkeit, daß sich aus diesen rein taktisch bedingten unterschiedlichen Auffassungen weitaus ernstere Gegensätze entwickeln können, die letztlich den Hebel zur Zerstörung der UNIDAD POPULAR und ihrer Regierung bilden können. Hierzu können falsche Alternativen führen wie etwa: der Gegensatz zwischen Marxismus und Demokratie, als wenn der Marxismus nicht der Inbegriff der Demokratie selbst wäre; oder jener zwischen Nationalismus und Internationalismus, als würde es sich nicht um zwei voneinander untrennbare Aspekte eines jeglichen Volksbefreiungskampfes handeln. Unter all diesen falschen Alternativbildungen nimmt jedoch das Argument des Antikommunismus eine Sonderstellung ein, – er verdient daher eine gesonderte Beachtung.

Neue Beschuldigungen des Antikommunismus

Der gegen die Volksregierung gerichteten Agitation bleibt nichts anderes übrig, als ausführliche Spekulationen über den Aufbau jener künftigen Machtausübung durch die Arbeiterklasse, verbunden mit der gesamten Bevölkerung, die nunmehr in unserem Land Gestalt anzunehmen beginnt, anzustellen. Da wir uns noch in den Anfängen der Praxis einer Regierung befinden, die ihre Vertrauensbasis in den Reihen der Arbeiterschaft hat, benutzt diese Agitation selbstverständlich die Gelegenheit, eine Scheinwelt aufzubauen, gegen die sich dann alle Angriffe richten können. So entwirft man beispielsweise die Projektion einer Volksregierung ohne Kommunisten; so sucht man die UNIDAD POPULAR zu verunsichern, sucht man den Präsidenten der Republik dadurch zu isolieren, daß man seinen politischen Standort jenseits der Parteien der UNIDAD POPULAR ansiedelt; zu Grunde liegt all diesen Bemühungen der reaktionären Kräfte der Versuch, tiefgreifende Unstimmigkeiten zwischen den Sozialisten und den Kommunisten hervorzurufen.

Deutlich zeichnet sich ab, daß der Antikommunismus als die hauptsächliche Waffe in der Auseinandersetzung mit der UNIDAD POPULAR zusehends an Gewicht gewinnt; seinen spezifischen Ausdruck findet er in dem Vorschlag, in Chile Reformen ohne Beteiligung der Kommunisten durchzuführen oder die Politik der Volksfront auf einer gegensätzlichen Einstellung gegenüber der Partei der Arbeiterklasse zu begründen. Was nun die Kommunistische Partei Chiles angeht, so sieht sie es als ihre oberste politische Aufgabe an, ihre Zielsetzungen ohne Vorurteile oder „Anti“-Positionen gegenüber anderen politischen Parteien zu verwirklichen: Weder mit dem Vorzeichen anti-sozialistisch, noch anti-republikanisch, nicht einmal anti-christdemokatisch; verständlicherweise ist die Partei gerade auf Grund dieser Zielsetzung heftigsten Angriffen der chilenischen Reaktion ausgesetzt. Politische Zuverlässigkeit, Verzicht auf jegliche Form des Abenteuertums und auf jegliche Politik des Zick-Zack-Kurses, Verzicht auf rein emotionale und unverantwortliche Verhaltensweisen – all das wird gerade durch den Charakter der Partei als proletarische Partei

verbürgt, – einen Charakter, der weiterhin durch das Prinzip der kollektiven Leitung und durch das totale Fehlen jeglicher Art von „caudillismo“ im Leben der kommunistischen Partei Chiles bestätigt wird. In der Partei besteht hinreichend Klarheit darüber, daß eine der grundlegendsten Wurzeln jeglichen Sektierertums beim Aufbau des Sozialismus in Chile in einer unkontrollierbaren Vermengung von Staat und Partei bestehen würde. Von der leninistischen Konzeption ausgehend, hat die Aktionseinheit stets von der Basis auszugehen, eine Zielsetzung, die die Partei stets verfolgt hat und die mit immer größerem Effekt schließlich zur Aktionseinheit an der Spitze, ausgedrückt durch freundschaftliche Beziehungen zwischen den Führungsgruppen, geführt hat. Mit einer der wichtigsten vorläufigen Erfahrungen in Chile besteht in dieser Verwirklichung und dauerhaften Konsolidierung der Aktionseinheit von der Basis bis zu den Führungsgruppen, – eine Einheit, die nicht zuletzt einen starken Damm in der Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus bildet.

Mehrparteiensystem

Unter einer Vielzahl von programmativen Erklärungen und den darauf aufbauenden Stellungnahmen der Volksregierung wird eine große innere Linie sichtbar, die sich in einer Politik der nationalen antiimperialistischen Befreiung, in voller Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des Volkes, in einer klaren und entschiedenen Stellungnahme gegenüber den Großgrundbesitzern und den Monopolisten, äußert; diese einheitliche Linie gründet sich ferner auf die Bejahung der Autonomie und der Unabhängigkeit der Volksbewegungen, auch bei möglichen Auseinandersetzungen mit eben der Volksregierung; sie gründet sich ferner auf die Bereitschaft zum Dialog sowie zur gemeinsamen Aktion mit den Wortführern anderer politischer Richtungen oder religiöser Ideologien, die gleichwohl Träger fortschrittlicher Gedanken sind; sie gründet sich endlich auf die Überwindung jeglicher Art von politischem Revanchismus.

Auf der streng politischen Ebene drückt sich diese innere einheitliche Linie vor allem in den neuen, im Grundsatzprogramm selbst formulierten, Begriff des die Volksregierung tragenden Mehrparteiensystems aus.

Welches Ziel hat das Mehrparteiensystem? Seine Aufgabe ist es, allen antiimperialistischen und antimonopolistischen Bewegungen die Freiheit und die Möglichkeit an der UNIDAD POPULAR teilzunehmen, zu garantieren, darüber zu wachen, daß keine Bewegung, die ihre Bereitschaft, am Grundsatzprogramm freiwillig mitzuarbeiten, bekundet hat, von einer Beteiligung an der UNIDAD POPULAR von vornherein ausgeschlossen wird.

Im politischen Leben Chiles haben die politischen Parteien insofern ein demokratisches Element verwirklicht, auch im Falle der bürgerlichen Parteien, als sie gemeinhin die Interessen und die Zielsetzungen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Schichten berücksichtigt haben. Auch in der Vergangenheit ist so das Aufkommen eines politischen Monolithismus verhindert worden, – Zielsetzung der Großgrundbesitzerklasse, die sich der Macht von den ersten Tagen der Republik an

bemächtigte; geschichtlich gesehen ist so die Existenz der im vergangenen Jahrhundert entstandenen Parteien gerechtfertigt.

Was jedoch die gegenwärtige chilenische Formel des Mehrparteiensystems radikal davon unterscheidet, ist die Tatsache, daß die Verteidigung eben jenes Mehrparteiensystems selbst zu einer elementaren Notwendigkeit im Kampf gegen das mit dem Imperialismus verbündete Monopolkapital geworden ist, eine Notwendigkeit, die gegen alle Restaurationsversuche des alten politischen Latifundien-Monolithismus verteidigt werden muß. Der politische Monolithismus findet einen beredten Ausdruck in den gegen die politischen Parteien und das Parlament gerichteten Tagesparolen, die die programmatische Grundlage der Kandidatur von *Alessandri* und der Nationalpartei bilden, und die sicherlich nicht zufällig nunmehr einen beredten Verteidiger in *Eduardo Frei* gefunden haben – eines typischen Vertreters „bewahrer“ Ideen und Ex-Repräsentanten einer durch Einparteiherrschaft getragenen Regierung, deren Scheitern wir erst kürzlich miterleben konnten. In der Zeitung *El Mercurio* (Valparaiso, 12. Nov. 1970) stellt er fest: „*Die vom Mehrparteiensystem getragene Regierung ist ein Fehler*“ und er begründet seine Ablehnung auf der Tatsache, daß in der Regierung eine einheitliche politische Linie verfolgt werden müsse, gleichsam uni solo eine einheitliche Meinung vorherrschen müsse. Nun ist zwar für jede Art von Regierung die Notwendigkeit, letztlich eine gemeinsame Richtung zu verfolgen evident, aber aus dieser richtigen Prämisse die eben genannte falsche Schlußfolgerung zu ziehen, bedeutet, die Feststellung eines Antagonismus zwischen zwei Tatsachen, die sich nicht notwendigerweise antagonistisch zu verhalten brauchen, wie es eben die gegenwärtige chilenische Volksregierung vorexerziert: durch das Grundsatzprogramm ist der Regierung sowohl eine einheitliche Richtung als auch die Aufgabe, sie zu verwirklichen, vorgegeben – doch zur gleichen Zeit existiert ein Mehrparteiensystem, und das muß man hervorheben, eben im Bereich dieser aufgezeigten einheitlichen Linie.

Man hat in dem von uns zitierten Text von *Frei* selbst die Andeutung einer Überwindung der Einparteiherrschaft gesehen, wenn er bekräftigt, daß „*in der Zukunft die Lehren daraus zu ziehen sind was geschehen ist*“. Ganz in unserem Sinne: von der gleichen Democrazia Christiana wird es abhängen, diesem Schlagwort einen Inhalt zu geben. Andernfalls nämlich wird mit Sicherheit das Beharren auf der Verhaltensweise einer gescheiterten Regierung mit dem Ende als politischer Partei von dem Augenblick an identisch sein, wenn das Land unter keinen Umständen mehr bereit ist, zum Einparteiensystem des vergangenen Jahrhunderts zurückzukehren.

Wir betrachten demnach das Mehrparteiensystem nicht nur als ein in Bezug auf die Vergangenheit oder auf die Gegenwart vorteilhaftes politisches Instrument. Seine volle Wirksamkeit wird sich auch in Zukunft in einem sozialistischen Chile entfalten. Auch der nationale Charakter der programmativen Erklärung, den Sozialismus in Chile im Bereich eines neuen demokratischen Systems unter Einschluß der Koexistenz verschieden ausgerichteter Parteien aufzubauen, beruht auf den von bereits erwähnten geschichtlichen Grundlagen.

Parteienpluralismus wird demnach jederzeit möglich sein; wogegen wir uns allerdings wenden, ist der Interklassismus = Klassenneutralität, so wie er nach wie vor

durch die Democrazia Christiana verkörpert wird. Denn der Sozialismus schafft, in seinem Bemühen um Befreiung der Gesellschaft von der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen, zugleich die Bedingungen, um politische und ideologische Pluralität von der Pluralität der Klassen zu trennen. Folgerichtig werden die verschiedenen Parteien nicht mehr antagonistische Klassen repräsentieren, sondern umgekehrt werden es die Kontinuität geschichtlicher Tradition, die politische Widerspiegelung der gesellschaftlichen Klassen und Schichten sein, die während des langen Zeitraums des Aufbaus des Sozialismus in Chile weiterbestehen werden.

Wir sehen so den auf den Sozialismus in Chile hin sich entwickelnden Prozeß im Umkreis jener allgemeingültigen Grundsätze und Bedingungen, die im Verlauf des Aufbaus einer solchen geschichtlichen Formation hervortreten; jedoch, und das möchten wir hervorheben, mit jenen spezifischen Kennzeichen, das jede an der Volksregierung teilnehmende Partei das Recht zugesprochen hält, auf unbestimmte Zeit hinaus sowohl allgemein ihre geschichtliche Erscheinung als Partei wie auch die die ihr spezifische Ausprägung zu behaupten. Das bedeutet in der Praxis, wenn gestern vier Parteien und zwei Bewegungen die Basis der UNIDAD POPULAR bildeten und heute die Volksregierung von sechs Parteien getragen wird, diese sechs Parteien auch morgen die Grundlage einer sozialistischen Regierung Chiles bilden werden – eine Zahl, die sich zweifellos in dem Maße erhöhen wird, wie die Volksmacht sich an der Basis erweitert. Damit wollen wir zum Ausdruck bringen, daß auch eine sozialistische Regierung Chiles den Charakter einer politischen Koalition tragen wird, einer sozialistischen Koalition, in der keine Partei für sich genommen die exklusive und ausschließliche Verantwortung der sozialistischen Regierung trägt, sondern diese Verantwortung im Hinblick auf die Koalition aller Parteien gesehen werden muß.

Sehr klar ist damit zum Ausdruck gebracht, daß Rhythmus und Ablauf des gesellschaftlichen und politischen Umwandlungsprozesses vom Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung selbst abhängig sind: sie können nicht „apriori“ stabilisiert werden, wir können jedoch feststellen, daß das Ausmaß ihrer Verwirklichung von dem Ausmaß abhängen wird, in dem die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Mission erfüllen wird.

Neue und größere Verantwortung der Arbeiterklasse

Wir sprachen bereits davon, daß die Entfaltung von Fortschritten vom Umfang jener Maßnahmen abhängen wird, mit denen das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe verwirklicht. Das wachsende Bewußtsein und die Wünsche der übergroßen Mehrheit der Nation, ausgedrückt in vielfältigen demokratischen Äußerungen und bewußt gemacht in einer gemeinsamen Richtung bzw. verwirklicht mittels eines Kriteriums, daß bei zu treffenden Entscheidungen die Menschenwürde als oberstes Ziel ansieht – in dieser Synthese liegt der eigentliche Motor des Mehrparteiensystems. In diesem Zusammenhang ist auf eine andere Seite der chilenischen Erfahrung zu verweisen: entgegen der oft geäußerten Vermutung hat sich das Mehrpartei-

ensystem auch von dieser Seite her nicht in eine Bremse oder in ein die Veränderungen entscheidend verlangsamendes Gewicht verwandelt – Veränderungen, die durch eine umfassende Anwendung des Mehrparteiensystems bei den Entscheidungen und bei den Verantwortungen der Regierung ausgelöst worden sind. Mag es sich nun um Veränderungen handeln, die auf dem Weg über die Parteien oder auf dem Weg der verschiedenen Massenbewegungen durchgesetzt werden sollen, und die ihr eigentliches vorantreibendes Zentrum in den entwickelten Kämpfen der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Periode des Übergangs besitzen.

Geschichtlicher Zeitpunkt und die Fülle der proletarischen Kämpfe weisen der Arbeiterklasse eine erhöhte Verantwortung zu. Klassenkämpfe sind von ihrer Natur aus geschichtlich bestimmbar, jedoch nicht in mechanischer Weise, da ihre Entfaltung eine bestimmte entscheidende Phase erreicht: wir meinen jenen Augenblick, in dem die Arbeiterklasse, als Klasse, sich der Rolle voll bewußt wird, die sie in der weiteren Entwicklung der Gesellschaft notwendigerweise zu übernehmen hat. In dieser Phase wächst das Bewußtsein um die Berufung der Arbeiterklasse als einer inneren Notwendigkeit des Proletariats im Verlauf der bewußten Aneignung der eigenen Ideologie, des Marxismus-Leninismus. Von dem Augenblick an, in dem eine bis zu diesem Zeitpunkt unterdrückte gesellschaftliche Gruppe autonom im wirklichen Sinne des Wortes wird, erarbeitet sie in Form eines verbindlichen Weltbildes ihre in der Entwicklung begriffenen Erfahrungen, und ihre hier erreichte Autonomie erscheint als die notwendige Reflexion der errungenen politischen Autonomie. Als Klasse unterliegt sie einem Differenzierungs- und Abgrenzungsprozeß, gegenüber anderen gesellschaftlichen Klassen und Schichten. Ideologische Autonomie ist in ihrer Bedeutung stets gleichzusetzen mit politischer und organisatorischer Autonomie. Dieses Bewußtsein bereitet im Land den Boden vor für neue ideologische Auseinandersetzungen und übt einen tiefgreifenden Einfluß auf das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein aus: die herrschenden Ideen der Arbeiterklasse durchdringen in ihrem Einfluß andere Klassen und andere Institutionen.

Vorausschauend besteht die größere Verantwortung des Proletariats einmal in der Fähigkeit, sich der Bündnisbereitschaft und der Zustimmung anderer gesellschaftlicher Gruppierungen (System der Überzeugung) zu versichern, andererseits aber jene ihm offensichtlich feindlich gegenüberstehenden Gruppierungen zu isolieren und zu neutralisieren (System der Herrschaft). Vermittels der zuletzt genannten Fähigkeit vollzieht sich in Chile der Kampf der Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung mit den nordamerikanischen Imperialisten, mit den Großgrundbesitzern und der Finanzoligarchie; ein Kampf, der zugleich eine zentrale Rolle als einigendes und vermittelndes Zentrum und als Koordination bei der Machtausübung, in deren Verlauf durchaus Auseinandersetzungen mit Verbündeten oder befreundeten Klassen stattfinden können, erfüllt.

Dies bedeutet in der Konsequenz, daß das Proletariat, als revolutionär am weitesten fortgeschrittene Klasse, das Problem der Macht nicht nur als ein Problem der Anwendung von Instrumenten gesellschaftlicher Herrschaft ansehen darf, sondern auch und gerade als bewußte Aneignung dieses Instrumentariums, was die Bedeutung der Aufgabe zweifellos noch erhöht; gerade die bewußte Aneignung ist ent-

scheidend bei der Lösung der im ökonomischen und politischen Kampf entstehenden Aufgaben, sie ist unerlässlich bei der Führung des ideologischen Kampfes und bei der Kritik der bürgerlichen Weltanschauungen, in denen zugleich die progressiven Gesichtspunkte der marxistisch-leninistischen Auffassung herausgearbeitet werden und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, sie in allen Schichten der Gesellschaft zu verbreiten.

Für den Bereich der demokratischen Perspektive, so wie wir sie anstreben, bedeutet dies, daß die Widersprüche durchaus nicht gänzlich verschwinden werden und die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe mittels eines harten und beständig geführten Klassenkampfes wird durchsetzen müssen, dessen Ausgang zudem sehr davon abhängt, inwieweit sie fähig sein wird, sich die hauptsächlichen Forderungen aller progressiven Gesellschaftsschichten Chiles zu eigen zu machen. Die Kehrseite der Medaille aber ist, daß alle Formen des Kampfes, mit denen wir uns vertraut machen müssen, in hohem Maße von dem Ausmaß des Widerstandes abhängen werden, der uns von den alten gesellschaftlichen herrschenden Klassen entgegengesetzt werden wird. Wir können demnach keineswegs von vornherein bewaffnete Auseinandersetzungen, ja nicht einmal den Bürgerkrieg ausschließen.

„Das Proletariat“, so schrieb erst kürzlich Genosse Corvalan, „ist durch sein zahlenmäßiges Gewicht, durch seine Organisation, durch sein Bewußtsein und durch seine Klassendisziplin – nicht in Opposition zu anderen Teilen der Bevölkerung, sondern im gemeinsamen Bündnis mit ihnen und im allgemeinen Interesse – befähigt, durch seine charakteristischen Eigenschaften: Geschlossenheit im Kampf, die Veränderungen fortzusetzen und zu vertiefen ohne auf halber Strecke stehen zu bleiben, der Volksregierung zum entscheidenden Erfolg zu verhelfen.“ (El siglo, 2. Dezember 1970). Dies bedeutet nichts anderes als die konsequente Umsetzung der im Grundsatzprogramm aufgezeigten Grundlinien, deren Ziel der Aufbau des Sozialismus in Chile ist: „Oberstes Ziel der Politik der vereinigten Volkskräfte ist es, die gegenwärtige ökonomische Struktur zu beseitigen und damit der Herrschaft des einheimischen und ausländischen Monopolkapitals und des Großgrundbesitztums ein Ende zu bereiten, um den Aufbau des Sozialismus zu beginnen.“

Der Übergang zum Sozialismus wird im Grundsatzprogramm als ein Entwicklungsabschnitt gesellschaftlicher Umwälzungen gesehen, verwirklicht in einem Bereich umfassender Demokratie; er beginnt sich bereits jetzt als ein realer Faktor zu erweisen, da die Verwirklichung des geschichtlichen Prozesses fortschreitender Freiheit sich gerade im Sozialismus vollzieht. Im Verlauf dieses Prozesses wird die Zustimmung der Massen nicht nur durch Wahlentscheidungen, sondern auch und vor allem durch die Rolle, die die Mitglieder der Arbeiterklasse im Leben und speziell bei der Leitung der gesellschaftlichen und politischen Organe ausüben, gesichert. Speziell der zuletzt angesprochene Punkt schafft nicht nur eine stabile politisch-ideologische Einheit zwischen Regierenden und Regierten, sondern die Regierten wandeln sich unter diesem Einfluß zu Regierenden. Im Vollbesitz der ihnen eigenen Rechte und Pflichten unterstreichen sie dadurch die Fähigkeit des Volkes,

sich selbst zu regieren bis zur Verwirklichung jener Marxschen Idee einer voluminösen und organischen Beziehung zwischen zivilär und politischer Gesellschaft.

Neben den Problemen Volksregierung und Mehrparteiensystem soll nunmehr kurz auch das Problem der Opposition gestreift werden.

Opposition

Wie schon kurz angedeutet, müssen wir von der Tatsache ausgehen, daß nicht alle politischen chilenischen Parteien, aus entgegengesetzten ökonomischen Gründen oder aus anderen politischen Auffassungen heraus, die für alle an der Volksregierung beteiligten Parteien verbindliche Grundlinie akzeptieren, womit sich die Frage nach der Beachtung des Spielraums anderer Alternativen stellt. Anders ausgedrückt: welche politischen Rechte sind den von der Macht ausgeschlossenen Klassen bzw. jenen politischen Parteien der Opposition, die deren Interessen legal zum Ausdruck bringen, zu gewähren?

An dieser Stelle ist es nützlich, sich an folgende Thesen zu erinnern:

1. Die Volksregierung sichert die politische Freiheit auch den von der Macht entfernten Klassen zu, eine Zusicherung, die logischerweise an die Respektierung der gegenwärtigen Legalität gebunden ist bzw. an das Verhalten dieser Klassen im Bereich der neuen sich nunmehr bildenden Volkslegalität.

2. Nicht jede Opposition gegenüber der Volksregierung ist legal: von Beginn der Arbeit dieser Volksregierung an wurden und werden illegale Aktionen von der extremen Rechten und vom nordamerikanischen Imperialismus durchgeführt. Diese Aktionen sind gleichsam der militärische Arm der Reaktion, die sich dadurch in nichts von kriminellen Organisationen unterscheidet, was die Ermordung von General *Schneider*, Generalstabschef der chilenischen Armee, hinreichend bewiesen hat. Gegenüber dieser Art von Opposition ist es geradezu patriotische Pflicht des Volkes mit allen gebotenen Mitteln vorzugehen, weil der Auftrag zum politischen Verbrechen die charakteristischste Form des Staatstreiches darstellt, die unzählige Male von den reaktionären Kräften der Vereinigten Staaten angewandt wurde und die jetzt versuchen, sie nach Chile zu exportieren.

3. Die legale Opposition, d.h. die politische Opposition, ist keineswegs homogen. Sie setzt sich vielmehr aus zwei Grundströmungen zusammen: der Democrazia Christiana und der extremen Rechten.

Democrazia Christiana

In der Democrazia Christiana hat, hervorgerufen durch ihre Position des „über den Klassen stehens“ (Interklassismus, Klassenneutralität) und durch ihren Wechsel von der Funktion der Regierungspartei zur Oppositionspartei, ein neuer Klärungsprozeß eingesetzt. Der Parteiapparat und die von *Eduardo Frei* geleiteten nach rechts neigenden Fraktionen der Partei, die es bisher gewohnt waren, die öffent-

liche Verwaltung als ihr Eigentum anzusehen, versuchen derzeit engere Verbindungen zur Nationalpartei herzustellen, wobei sie sich einer durch Verdächtigungen und Rankünsten gekennzeichneten Oppositionstaktik bedienen. Bei diesen Fraktionen handelt es sich um typische Vertretungen der christdemokratischen Bourgeoisie, die nunmehr befürchten muß, angesichts der vor ihr sich entfaltenden neuen Wirklichkeit in die passive Rolle eines bloßen Zuschauers abgedrängt zu werden.

Auch das christdemokratische Zentrum erscheint an dem Fortbestand des Parteiapparates interessiert, es neigt im Grunde genommen den rechten Gruppierungen innerhalb der Partei zu, fürchtet jedoch gleichzeitig die Trennung vom linken Flügel und damit von den Massen, obgleich es sich bis jetzt noch nicht von der Rolle einer blinden und unentschlossenen Opposition (wie von den „Rechten“ der Democrazia Christiana gewünscht) entfernt hat. Immerhin betrachtet sich das Zentrum nicht als Feind der Regierung, sondern als möglicher Gegner, es tritt mit der Regierung in einen Wettstreit um die Zustimmung der Massen und unterstützt offen die antiimperialistischen und antimonopolistischen Maßnahmen der Volksregierung, die durchzuführen die Regierung *Frei* sich als unfähig erwiesen hatte.

Das Schicksal der Democrazia Christiana wird in hohem Maße von dem Ausmaß der Vorherrschaft jener für die ökonomisch bestimmten Rechtskräfte und für die Rechtskräfte der Democrazia Christiana verbindlichen Kriterien bestimmt, die auf eine Verschärfung der Gegensätze zur UNIDAD POPULAR angelegt sind, die somit zugunsten einer gemeinsamen Opposition beider Parteien (Democrazia Christiana und Nationalpartei) gegenüber der Volksregierung bestimmte Interessen gegensätze zurücktreten lassen. Diese Konstellation besagt indessen, daß auch wir bei der weiteren Entwicklung der Democrazia Christiana ein Wort mitzusprechen haben und eine Verpflichtung dahingehend zu übernehmen haben, nicht auf die Winkelzüge der Rechten einzugehen und im Gegenteil den Grad der Zustimmung in der Basis der Bevölkerung für die Maßnahmen der Regierung zu erhöhen. Angesichts der Bevölkerung sind wir stets dazu verpflichtet, unbeirrt unsere Zielsetzungen gegenüber der verwinkelten Strategie dieser reformistischen Partei durchzusetzen.

Die Rechte – hier der eigentliche Feind! – organisiert in der Nationalpartei und einigen Unternehmerverbänden, bildet die eigentliche Klassenopposition. Auch sie agiert, von ihrer Sicht aus gesehen, unbeirrt, sucht den Anschein zu erwecken, als würde sie sich von ihrer Sicht aus nicht als Opposition betrachten; augenblicklich unternimmt sie sogar mehrere Anläufe zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung, hinter denen jedoch das Ziel sichtbar wird, der Regierung ihrerseits einen Kompromiß aufzuzwingen (Man muß diese Versuche jedoch scharf von den vorwiegend patriotisch bestimmten Versuchen der großen Mehrheit der Handelsbourgeoisie und kleinen und mittleren Unternehmern unterscheiden, die aufrichtig mit der Volksregierung zusammenarbeiten).

Im Grunde genommen möchte die Rechte eine vorangegangene Erfahrung wiederholen: die ihr von der Regierung *Frei* entgegengebrachte Zurückhaltung

ermutigte sie, die ökonomische Macht zu stabilisieren und, darauf aufbauend, nach und nach mit den alten Kadern eine politische Wende zu erzwingen. Allerdings unterscheidet sich die gegenwärtige Situation in einem grundsätzlichen Punkt von der vorhergehenden: Gerade wegen des einschneidenden Charakters der ökonomischen und politischen Maßnahmen, die von der Volksregierung gegenwärtig durchgeführt werden, ist die „Operation Zuneigung“ von vornherein zum Scheitern verurteilt. Als Folge davon scheinen für die Rechte nunmehr drei Alternativen annehmbar: a) Auswanderung (dem widerstellt sich anscheinend die Mehrheit); b) Abtreten von der politischen Bühne (wozu sich nur einige zögernd entschließen können) und c) Übergang mit fliegenden Fahnen zur Democrazia christiana, um so auf einer sichereren und breiteren Basis den Beginn von 1964 zu wiederholen (eine objektive Zielsetzung, der die Zustimmung von *Frei* und des rechten Flügels des Industriellen sicher ist).

Die Garantie der politischen Freiheit für die legale Opposition durch die Volksregierung, die Durchführung der ersten 40 Verordnungen, davon 20 Verordnungen für die Landwirtschaft, und des Grundsatzprogramms – all das hat im Land ein neues politisches Phänomen entstehen lassen: neue breite Bevölkerungsschichten gehen auf die Positionen der UNIDAD POPULAR und ihrer Regierung über und zugleich mit diesem Faktum schrumpfen die nur noch aus taktischen Gründen bestehenden oppositionellen Parteien, da sie das Vertrauen und die Zustimmung der Massen verloren haben.

Ökonomische Grundlagen des Mehrparteiensystems

Bisher haben wir das Mehrparteiensystem als ein ausschließlich politisches Problem angesehen, allenfalls seine enge Wechselwirkung mit dem ideologischen Pluralismus auf dem Gebiet der Ideenauseinandersetzung angedeutet; doch läßt sich der Pluralismus auch auf der ökonomischen Ebene nachweisen. Das Bewußtsein seiner Existenz, das sich ja implizit im Programm der UNIDAD POPULAR ausdrückt, ist eine der wichtigsten Bedingungen des inneren Zusammenhangs unserer Volksbewegung und der von ihr aufgewiesenen antiimperialistischen und antioligarchistischen Zielsetzungen, die diese in der gegenwärtigen Phase kennzeichnen.

Das Grundsatzprogramm der UNIDAD POPULAR unterscheidet drei Zonen innerhalb der neuen Wirtschaftsordnung, eine Zone, in der der staatliche Einfluß dominiert „gebildet von den gegenwärtig im Besitz des Staates befindlichen Unternehmen sowie von den Unternehmen, die enteignet worden sind“; eine Zone, in der das Privateigentum vorherrscht und die all jene „Bereiche von Industrie, Bergwerken, Landwirtschaft und Dienstleistungen umfaßt, in denen das Privateigentum an den Produktionsmitteln noch in Kraft bleibt“ und eine dritte, gemischte Zone „die von jenen Unternehmen gebildet wird, die Staatskapital mit Privatkapital kombinieren.“

Was läßt sich als gemeinsame Grundlage dieser dreifachen Gliederung der neuen Wirtschaftsordnung ausmachen? Sie ist zunächst in der chilenischen Wirklichkeit begründet: Gemäß statistischen Angaben von 1960 war die erwerbstätige Bevölkerung im Land wie folgt aufgeteilt: Arbeiter 1.760 000, Angestellte 412.000, Selbständige 737.000. Die zuletztgenannte Kategorie schließt auch die Unternehmer mit äußerst geringen eigenen Einkommen ein, d.h. Unternehmer, die in diesem Jahr bereits zweifache Unterstützung erfahren haben. Man kann sie auch besser als nichtentlohnte Arbeiter bezeichnen: Bauern, Handwerker, kleine Kaufleute (deren Einkommen das von Angestellten und Arbeitern nicht überschreitet). Gemäß den Untersuchungen von *José Cademartori* (*La economía chilena*, Santiago 1968, S. 278–79) standen den so aufgeschlüsselten Arbeitskräften annähernd 300.000 echte Unternehmer gegenüber.

Dies bedeutet in der Praxis, daß sich zwischen über 2 Mio. Arbeitern und 300.000 Unternehmern eine Zwischenschicht mit rund 1 Mio. Angehörigen ausmachen läßt. Ferner ist es notwendig, bei den die Spitze bildenden 300.000 Personen zwischen mittleren und großen Unternehmern und Industriellen zu differenzieren. 1970 z.B. zählte man mehr als 30.000 mittlere Industrielle und Handwerksmeister, die zusammen 180.000 Arbeiter beschäftigten.

Im gleichen Jahr arbeiteten im Handel 427.432 Personen, von denen gemäß statistischen Angaben der Leitung des nationalen Verbandes der Kaufleute 102.361 Angestellte, 175.472 Arbeiter und 149.599 selbständige Gewerbetreibende waren. Wichtig ist dabei festzuhalten, daß 73,6 % der Selbständigen Kleinhändler sind; 2,3 % vereinigen die Funktionen des Kleinhändlers und des Grossisten; 22,4 % fallen unter die Rubrik „andere“, da es sich hier um Unternehmen handelt, die zugleich Verkaufsräume für das Publikum besitzen oder als Händler zugleich bestimmte Dienstleistungen anbieten; nur 1,7 % entspricht wirklich exakt der Definition des „Grossisten“. Während der Regierungsperioden von *Alessandri* und *Frei* erhöhte sich die Anzahl der Arbeiter, und zugleich vollzog sich ein immer größerer Differenzierungsprozeß zwischen den mittleren Unternehmern und den monopolistischen Sektoren, was als Ergebnis des Konzentrationsprozesses des Kapitals anzusehen ist, der bekanntlich die beiden vergangenen Regierungsperioden kennzeichnete.

Diese Ziffern weisen Chile als ein Land aus, in dem die Arbeiterklasse, vom demographischen Gesichtspunkt aus, allmählich der Mehrheit zustrebt; sie zeigen zugleich, daß Chile auch ein Land ist, in dem eine breite gesellschaftliche Zwischenschicht existiert, die sich bereits der Ziffer von einer Mio. Personen nähert, deren Schicksal ökonomisch gesehen das gleiche ist wie das der Arbeiterklasse, der Angestellten und der Landarbeiter, nämlich als Objekt dem Ausbeutungsprozeß durch Imperialismus und Oligarchie zu unterliegen. In jener Bevölkerungshälfte mit den geringeren Einkommen nun finden wir mehr als 70 % der Arbeiter und Landarbeiter, einen erheblichen Prozentsatz der Angestellten und, was noch viel bezeichnender ist und man nicht genug hervorheben kann, auch mehr als 50 % der sog. Kleinunternehmer (kleine Kaufleute, Handwerker, Eigentümer kleiner Werkstätten oder eines LKW oder Autobusses).

Diese Differenzierungen erscheinen als das Untersuchungsresultat der konkreten Realität, die zugleich die ökonomische Basis des chilenischen Mehrparteiensystems bildet; sie sind Ergebnis der Tatsache der imperialistischen und oligarchistischen Herrschaft, die die nichtmonopolistischen gesellschaftlichen Klassen rücksichtslos benachteiligt. Dieses Mehrparteiensystem war, nicht mehr und nicht weniger, jene Alternative, die sich 1970 sowohl der chilenischen Nation insgesamt als auch speziell der Arbeiterklasse und den anderen arbeitenden Bevölkerungsschichten anbot; Klassen, die nicht nur bis zu diesem Zeitpunkt mehr als jeder andere Bevölkerungs teil unter der Inflation zu leiden hatten, sondern darüber hinaus unmittelbar unter der kapitalistischen Ausbeutung in Form von hochgetriebenen Arbeitslosenzahlen, d.h. darunter zu leiden hatten, daß Arbeitskräfte zu niedrigen Löhnen verfügbar waren.

Herrschaft der Monopole

Die imperialistische und oligarchistische Herrschaft benachteiligt direkt alle nichtmonopolistischen gesellschaftlichen Schichten unseres Landes, was klar und deutlich aus dem Spezialbericht des Komitees zur wirtschaftlichen Koordination, vorgelegt am Ende des Jahres 1970 von *Pedro Vuskovic Bravo*, gegenwärtig Wirtschaftsminister der Volksregierung, klar hervorgeht; wir wollen hieraus einige für die Arbeiterklasse besonders relevanten Zahlen untersuchen, wurde sie doch mehr als alle anderen Bevölkerungsschichten von der Arbeitslosigkeit betroffen: allein im Gebiet von Groß-Santiago waren im dritten Quartal 1970 232.000 Arbeitslose zu verzeichnen, das sind 21,1 % aller verfügbaren Arbeitskräfte.

Diese Arbeitslosenzahlen, die sich mühelos in jedem anderen Teil des Landes in ähnlicher Höhe nachweisen ließen und die eine wirkliche Gefahr für das gesamt gesellschaftliche Leben bildeten, waren das Ergebnis einer systematischen Erdrosselung der chilenischen Wirtschaft hervorgerufen durch zwei besonders parasitäre Formen der ökonomischen Ausbeutung:

a) die imperialistische Ausbeutung: gemäß den Unterlagen der *Corporación de Fomento a la Producción* (CORFO) wurden bereits 1967 367 Mio. Dollar ins Ausland transferiert. 1969 stieg diese Summe auf 450 Mio Dollar an und, wäre es so weiter gegangen, wären 1971 ungefähr 550 Mio Dollar direkt in die Vereinigten Staaten transferiert worden. Der Transfer derart enormer Summen, die in jedem Falle ungefähr gleichbedeutend sind mit der Hälfte unserer gesamten Importe, trug auf jeden Fall mit dazu bei, den unterentwickelten Charakter unserer Wirtschaft noch zu festigen und ließ die Entwicklung neuer Produktivkräfte als äußerst unwahrscheinlich erscheinen.

b) die monopolistische Ausbeutung: während der beiden vergangenen Regierungsperioden zeigte sich darüber hinaus Erscheinungen, die zusammen mit der imperialistischen Ausplünderung im wahrsten Sinne des Wortes auf eine Erdrosselung der ökonomischen Produktivkräfte des Landes hinausliefen. Mittels unkontrollierter Anleihen wurde öffentliches Kapital in Monopolbesitz überführt,

was zu einer Inbesitznahme der vom Staat geschaffenen Produktionszweige sowie zur ausschließlich Verfügungsgewalt über die von allen chilenischen Arbeitern geschaffenen Guthaben führte.

Am 31. Dezember 1967 verfügte 2,7 % der Schuldner (508 natürliche und juristische Personen) über 58 % des gesamten Kreditvolumens; sieht man sich diese Zahlen genauer an, dann enthalten sie noch mehr als ohnehin schon der Fall ist die Vorrechte des Monopolkapitals, denn nur 37 Schuldner (d.h. 0,2 % Gesamtanzahl) verfügte über 23 % des gesamten Kreditvolumens. Die Monopole beschleunigten die Konzentration des Privateigentums an den Produktionsmitteln derart, daß bereits 1966 17 % der Firmen insgesamt 75 % der Geschäftstätigkeit aller Aktiengesellschaften kontrollierten und, im gewerblichen Sektor, 144 Unternehmen praktisch die gesamte Geschäftstätigkeit aller Branchen kontrollierten.

Schließlich sind die Monopole und die letzten beiden Regierungen für die Über fremdung und Entnationalisierung der chilenischen Wirtschaft voll verantwortlich zu machen. Im Jahre 1968 kontrollierte ausländisches Kapital bereits mehr als 1/6 des gesamten Kapitals in der Industrie, wobei es sich hauptsächlich auf die Schlüsselindustrien konzentrierte.

Alle diese Zahlen machen deutlich, welch schweres Erbe gerade auf dem wirtschaftlichen Sektor die UNIDAD POPULAR und ihre Regierung von den vergangenen Regierungen übernommen hat, und schon aus diesem Grund drückt sich die Eigenart der chilenischen Revolution vor allem in den Bemühungen zur Nationalisierung der einzelnen Industriezweige, im Kampf um die Verstaatlichung der Banken und anderer Monopole und in dem Bemühen um die Verwirklichung einer tiefgreifenden Agrarreform aus – sie stellen die unmittelbaren und doch endgültigen Ziele der chilenischen Bewegung dar.

Ein weiteres unseliges Erbe sind die abnorm hohen Arbeitslosenquoten, auf die wir bereits kurz hinwiesen; sie zu beseitigen ist unsere vordringliche Aufgabe, damit die Volksregierung die große Herausforderung bestehen kann, der sie sich derzeit gegenüberstellt. Mit auf dem Spiel steht dabei nicht mehr und nicht weniger als unsere Fähigkeit, die Hegemonie zu behaupten, die Fähigkeit nämlich, die anstehenden Probleme kollektiv, wirksam und revolutionär zu diskutieren und zu lösen. Denn die Fähigkeit, allen Chilenen die ihnen angemessene Arbeit zu geben, steht in einem direkt und unmittelbaren Zusammenhang mit den Anstrengungen, die wir machen müssen, um die antiimperialistischen und die monopolistischen Ziele der chilenischen Revolution zu verwirklichen. In diesem Prozeß des Kampfes, im Bereich der Freiheitsbewegung, den wir voranzutreiben suchen, spielt die von der Arbeiterklasse und von der Volksbewegung gegenüber den Zwischenklassen auf dem ökonomischen Gebiet eingenommene Haltung eine nicht unwesentliche Rolle.

Der Kampf um die Zwischenschichten

Die von der Macht entfernten Klassen, ausländische und einheimische Großgrundbesitzer und Monopolisten, suchen ihre ökonomischen Privilegien durch die scheinbare Verknüpfung ihres eigenen Schicksals mit dem der kleinen und mittleren Kaufleute, Industriellen und Bauern zu verknüpfen. Dieser scheinbare Identifizierungsprozeß ihrer Interessen mit denen der zuletzt genannten Gruppen verfolgt den offensichtlichen Zweck, bestimmte Bereiche der Produktion und der Dienstleistungen mit dem Ziel zu stören, Probleme in der Distributionssphäre, sei es nun in der Leichtindustrie oder im Handel, zu schaffen. Großgrundbesitzer und Monopolisten möchten eine möglichst enge Verbindung mit jenen anderen Schichten der Bevölkerung eingehen, um auf diese Weise eine Massenbasis zur wirtschaftlichen Opposition zu gewinnen.

Unsere Aufgabe als Volksregierung besteht vor allem darin, sehr sorgfältig zu unterscheiden, klare Fronten zwischen den verschiedenen Interessen hervortreten zu lassen, in jeder Weise den genannten Zwischenschichten zu helfen und sich dabei auf das Hauptziel konzentrieren, nämlich die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Monopolisten endgültig zu zerstören.

In diesem Zusammenhang verdient die große Hilfe, die der Monopolbourgeoisie von Seiten eines „anarchischen Spontaneismus“ zuteil wird und der sich in bestimmten „Landbesetzungen“ von kleineren und mittleren Bauernhöfen oder in der „Besetzung“ von kleinen Industriebetrieben, die vornehmlich im Besitz der kleinen und mittleren Industriebourgeoisie sind, Beachtung. Bewiesen ist, und das zeigen die Ereignisse in der Provinz Llanquihue deutlich, daß diese „Besetzungen“ heute durch rechte Kreise der Democrazia Christiana lebhaft unterstützt werden. Der wohl bedenklichste Gesichtspunkt dieser Ausbrüche des anarchischen Spontaneismus zeigt sich in der Tatsache, daß sie fundamental gegen den Charakter der chilenischen Revolution verstößen, da sie nicht die eigentlichen Feinde unseres Volkes treffen, sondern, im Gegenteil, Bevölkerungsschichten erheblichen Schaden zufügen, die ökonomisch und politisch ohne Zweifel für die Volksbewegung gewonnen werden können.

Neue Wirtschaftsordnung

Alle bisherigen Überlegungen kreisen um das Zentralproblem der Grundlage jener neuen Wirtschaftsordnung, die durch einen antiimperialistischen und antimonopolistischen Willensakt des Volkes entstand. In ihrem Entstehen verweist sie auf das schwere Erbe einer konkreten Wirtschaftsgeschichte, einer Vergangenheit, von der wir uns so schnell wie irgend möglich befreien wollen; ihre Anstrengungen sind aber auch die Basis für jenes große künftige Ziel, das neue Anforderungen sowohl an die Volksregierung als auch an die Volksbewegung stellt, vor denen derzeit die Aufgabe der Schaffung einer neuen, gestützt auf die drei oben skizzierten und unterschiedenen Sektoren, Wirtschaftsordnung steht.

Wird es in der neuen Wirtschaftsordnung eine einheitliche auf ein Ziel gerichtete Entwicklung geben? Angesichts der Tatsache, daß sich neben einem staatlichen Sektor ein gemischter und ein privater Sektor entwickelt, werden sich logischerweise Spannungen und gewisse Widersprüche zwischen den drei Wirtschaftssektoren entwickeln. Doch im Grundsatzprogramm selbst ist schon das Instrument aufgezeigt, das eine zielgerichtete Einheit, eine einheitliche Entwicklungsrichtung garantiert; das wird nicht nur dadurch unterstrichen, daß dem staatlichen Bereich eine führende Rolle eingeräumt wird, sondern es wird auch dadurch unterstrichen, daß „*in der neuen Wirtschaftsordnung die Planung eine herausragende Rolle spielen wird. Die zentralen Planungsorgane werden die höchste und zugleich allgemein verbindliche Behörde sein und ihre Entscheidungen, demokratisch gefällt, werden verbindlichen exekutiven Charakter tragen.*“ Die zielbewußte einheitliche Entwicklung der neuen Wirtschaftsordnung besitzt somit, unabhängig davon, daß sie durch die Fortsetzung des Kampfes der Arbeiterklasse und aller chilenischen arbeitenden Menschen gestützt wird, in der wirtschaftlichen Planung ihre eigentliche tragende Stütze.

Hier erhebt sich indessen eine neue Frage: was bedeutet eigentlich grundsätzlich wirtschaftliche Planung?

Die Planung wird sich an der Schaffung einer neuen ökonomischen Struktur, aufgebaut auf den drei bereits gekennzeichneten Wirtschaftssektoren, orientieren. Entstehen wird indessen keine bürokratische Programmierung, sondern eine demokratische Planung, mit einer Direktbeteiligung der Bevölkerung an der Leistungstätigkeit und an der Verwirklichung der wirtschaftlichen Entwicklung in ihren einzelnen Zweigen; die Funktionen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche werden festgelegt entsprechend der gegenwärtigen Notwendigkeiten, verbunden mit den neuen sich entwickelnden Bedürfnissen und als Folge der Volksberatungen und Entscheidungen. In diesen programmatischen Hinweisen soll die Rolle für eine auf den Aufbau des Sozialismus in Chile abzielende demokratische Strategie hervorgehoben werden, ein Prozeß, in dem sich die neue ökonomische Demokratie herausbilden wird.

Ökonomische Demokratie

Mit dem antimonopolistischen Charakter der neuen Wirtschaftsordnung ist zugleich der Begriff der ökonomischen Demokratie gegeben, die wir mit aller Macht verfolgen: Bis zum Beginn der Volksregierung war in Chile die politische Demokratie eine bloße Maske der Macht, eine zu vernachlässigende Größe. Die Alternative bestand lediglich in der Wahl der Kandidaten der einen oder anderen Ausbeuterklasse: Großgrundbesitzer und Finanzkapital oder jene Schichten der einheimischen Bourgeoisie, die in jedem Falle mit dem nordamerikanischen Imperialismus verbunden waren. Es hatte den Anschein, als ob das Schicksal des Landes sich in mehr oder weniger freien Wahlen entscheiden würde; aber – und das war gleichsam der unsichtbare Teil des Eisberges – welche bürgerliche Partei auch

gewann, die tatsächliche Macht, nämlich die Entscheidungsgewalt bestand in den Zentralen der Wirtschaftsmacht fort: in den Banken, die gleichsam als Kathedralen des Kapitalismus anzusehen sind; in den Zweigbetrieben der nordamerikanischen Luftfahrtindustrie, in den Hauptverwaltungsgebäuden der Großgrundbesitzerverbände. Niemand verlor hier jemals eine Wahl, aus dem ganz einfachen Grunde, weil niemals eine echte Wahl stattfand, alles blieb beim Alten und damit Schluss. Hier saß die eigentliche Macht, an der gemessen die politische Demokratie als ein bloßer Schatten, als eine juristische Fiktion erscheinen mußte, solange die Arbeiterklasse und das Volk nicht von den Ausbeuterklassen bestimmte politische Freiheiten und wirtschaftliche Garantien in einem langen Prozeß des Kampfes errungen hatte. Jener nebulöse zweideutige Charakter der politischen Demokratie war durch das völlige Fehlen der ökonomischen Demokratie bestimmt, die in unserem Fall direkt an die Bildung eines starken staatlichen Wirtschaftskreises gebunden ist. Dieser Faktor ist zugleich ökonomischer und politischer Imperativ, wie die neue Leitungsmethode der Wirtschaft überhaupt: Weil das Volkseigentum an den grundlegenden Produktionsmitteln, verwaltet vom gleichen Volk zum Vorteil des Volkes, das notwendige Gegenstück der politischen Demokratie ist. Lenin verwies bereits 1905 darauf, daß, wer den Sozialismus auf einer anderen Straße als der der politischen Demokratie anstrebe, unweigerlich zu absurd und reaktionären Schlüssefolgerungen komme, sowohl im ökonomischen als auch in politischem Sinn (*Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution*).

Wenn wir ökonomische Demokratie sagen, dann meinen wir zugleich damit auch die Beteiligung des Volkes an der Arbeit auf allen Verwaltungsebenen im Staat und im wirtschaftlichen Bereich; eben deshalb besteht das Grundsatzprogramm auf einer nicht-bürokratischen Planung, auf einer Planung, die auf demokatisch zustandegekommenen Entscheidungen beruht: „Die gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Bauern, Stadtbewohner, Studenten, Intellektuellen, Handwerker, der kleinen und mittleren Unternehmer, der Beamten und anderer Schichten der arbeitenden Bevölkerung sind aufgerufen, jeder auf seinem Fachgebiet, sich an der Entscheidungsbildung in den machtausübenden Organen zu beteiligen“.

Neuerscheinung

Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland

50 Seiten DIN A 4, Heft 7 der Reihe Informationsberichte des IMSF, DM 6, – Verfaßt von Dr. Johannes Henrich v. Heiseler, Marcella Heiseler, André Leisewitz. Inhalt:

Ökonomisch-politische Ausgangssituation; Streikvorbereitung der Unternehmer; „Aktiver tarifloser Zustand“ und die Entwicklung betrieblicher Aktionen (Verlaufsschilderungen); Verhalten des Staatsapparates, der Massenmedien, der Parteien.

Jorge del Prado

Geht in Peru eine Revolution vor sich?

Aus: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag/Berlin 1971, Heft 1

Vor mehr als zwei Jahren ereignete sich in unserem Land ein neuer Militärputsch. Neu nicht im Sinne wieder einmal, sondern neu, weil er sich von den früheren unterschied. Mit anderen Worten – es war ein Militärputsch neuen Typus.

Doch das war nicht von Anfang an offensichtlich. Es schien, als unterscheide sich der Putsch nur in der Form von den traditionellen Pronunciamientos, an denen die Geschichte Perus so reich ist. In diesem Falle kam nämlich nicht ein einzelner Caudillo von der Art *Sanchez Cerros*, *Benavides* oder *Odriás* an die Macht, sondern die Armee als politische Institution.

Die „Gorilla“-Regimes in Argentinien, Brasilien und Honduras tragen ebenfalls „institutionellen“ Charakter, doch das ändert ihr korruptes und profaschistisches Wesen nicht im geringsten. Sie sind die militärische Alternative zum Neokolonialismus der Yankees, die lebendige Verkörperung der Strategie des Pentagons auf unserem Kontinent, die vom staatsmonopolistischen Kapitalismus und vom militärisch-industriellen Komplex der USA diktiert wird.

Schließlich ließ der Umstand, daß buchstäblich am Vorabend in Rio de Janeiro die V. Beratung von Vertretern amerikanischer Armeen unter dem Vorsitz Generals *Westmoreland* – des ehemaligen Befehlshabers der US-Truppen in Vietnam – getagt hatte, vermuten, daß der Putsch in Peru reaktionären Charakter trage. Die peruanische Armee war dort durch General *Ernesto Montagne* vertreten. Zwei Tage nach der Rückkehr in die Heimat wurde er zum Premierminister der Revolutionären Regierung ernannt. Außerdem war der Inhalt seiner Rede auf dieser Beratung damals noch nicht bekannt.

Fester Kurs auf Umgestaltungen

Doch Tatsachen bewiesen bald, daß sich keineswegs ein Putsch der „Gorillas“ ereignet hatte. Wir wurden Zeugen einer in der Geschichte des Landes präzedenzlosen Erscheinung, die wesentliche Veränderungen einleitete.

Vor allem unterscheidet sich das neue Regime objektiven Kriterien, d.h. den Regierungsmethoden, nach von den Regierungen der „Gorillas“. Außer der Gewalt, die natürlich beim Sturz der Regierung des Präsidenten *Belaunde* angewandt wurde, sowie den Verhaftungen und Ausweisungen einiger seiner demoralisierten Anhänger, unternahm das neue Regime bis auf den heutigen Tag nicht eine repressive Aktion politischen Charakters. Die bürgerlichen Parteien, selbst solche proimperialistischen, wie die Revolutionäre Volksallianz Amerikas (APRA) und die Volksaktion, die Partei *Belaundes*, genießen alle Freiheiten. Wenn einige von

ihnen, z.B. die Partei der Anhänger *Odrías*, nicht mehr existieren, so ist die Ursache dafür in ihrer eigenen Schwäche und Lebensunfähigkeit zu suchen.

Die Peruanische Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und andere Organisationen der Werktätigen wirken nicht nur legal, sondern erstarken auch von Tag zu Tag, erhöhen ihren Einfluß, da ihre Programme, ihr Kampf gegen den Imperialismus und die Oligarchie in vielem mit den wichtigsten Maßnahmen der Regierung übereinstimmen. Zum erstenmal in den letzten 40 Jahren – von der dreijährigen Herrschaft der demokratischen Regierung *Bustamante y Rivero* (1945–1948) abgesehen – stützt sich die Regierung Perus nicht auf die berüchtigten antikommunistischen Ausnahmegesetze.

Weit über die Grenzen unseres Landes ging die Bedeutung solcher Maßnahmen hinaus wie: die Nationalisierung des Erdöls, die Gesetze über die Agrar- und Industriereform, über die Schaffung von „Industriegemeinschaften“, die Errichtung der Kontrolle über Währungsoperationen, das Dekret über Pressefreiheit sowie die Ausweisung der USA-Militärmissionen aus Peru. Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist die Herstellung der diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion und zu fast allen anderen sozialistischen Ländern hervorzuheben. Eine richtige Einschätzung all dieser Maßnahmen ist unmöglich, ohne daß ihre Zielsetzung und Dynamik gründlich analysiert, ohne daß ihre Beziehungen zur früheren und derzeitigen Lage des Landes, ihr Platz unter den anderen vorgesehenen Veränderungen berücksichtigt und die sie hervorbringenden Prozesse untersucht werden.

Peru ist ein abhängiges und zurückgebliebenes Land, das ökonomisch und politisch von den USA unterjocht wird. So kontrollieren beispielsweise zwei große Gesellschaften der USA – die Southern Peru Company (Tochtergesellschaft der American Smelting and Refining Co.) und die Cerro de Pasco Copper Corp. – 80 Prozent der Kupfergewinnung. Außerdem monopolisierte die Cerro de Pasco die Hälfte der Blei-, Silber- und Zinkgewinnung und die Marcona Mining Co. die gesamte Eisenerzförderung. Vor der Nationalisierung der Erdölfelder La Brea und Parinas und der Verhängung des Embargos über das Erdölverarbeitungskombinat in Talara befanden sich 80 Prozent der Erdölförderung und 66 Prozent der Erzeugung von Erdölprodukten in den Händen der International Petroleum Company (IPC), einer Tochtergesellschaft der Standard Oil of New Jersey.

In den Jahren 1967 und 1968 brachte die Montanindustrie unserem Land die Hälfte des Devisenerlöses. Diese Einnahmen wurden aus einem höchst unvorteilhaften Warenaustausch erzielt. Gemeint ist vor allem die ungeheure Spanne zwischen den Preisen für unsere Exportgüter und für unsere Importe. Nicht geringe Summen büßen wir dadurch ein, daß die Rohstoffpreise auf dem USA-Markt systematisch gesenkt werden. So hatten wir in den Jahren 1950–1969 durch das Absinken der Preise für Blei, Zink und Eisenerz einen Verlust in Höhe von 352 Mill. Dollar.

Die Expropriation der IPC und die Verhängung des Embargos über ihre Erdölraffinerien und Handelsunternehmen waren eine gerechte Lösung des Streits, der vor 40 Jahren begonnen hatte, sowie ein wuchtiger Schlag gegen das Erdölolymperium

Rockefellers. Mit diesen Maßnahmen wurde die staatliche Kontrolle über 80 Prozent des genutzten Energiepotentials des Landes errichtet. Anders gesagt: Eines der Haupthindernisse der allseitigen industriellen Entwicklung und Mechanisierung der Landwirtschaft wurde aus dem Wege geräumt.

Das Gesetz über die Montanindustrie sieht die Nationalisierung der Kupferverarbeitung und des Exports aller Bodenschätze vor. Dadurch kann Rohkupfer zu niedrigen Preisen auf dem Binnenmarkt verkauft und in der Industrie des Landes verarbeitet werden. Zum anderen schafft das Gesetz Möglichkeiten, die Märkte für den Absatz der Rohstoffe zu Weltmarktpreisen frei zu wählen und zu erweitern. Die Errichtung der staatlichen Kontrolle über Währungsoperationen, die Regulierung des Verkaufs ausländischer Devisen werden verhindern, daß sich die Montankonzerne diese aneignen. Außerdem wird das Dekret, das die Montankonzessionen, die bis zum 31. Dezember 1970 nicht genutzt worden sind, für ungültig erklärt, zusammen mit dem Statut der unlängst gegründeten Peruanischen Montangesellschaft (Empresa Minera del Perú) die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Lagerstätten durch staatliche Betriebe erschlossen und diejenigen von ihnen, die sich gegenwärtig in den Händen großer nordamerikanischer Monopole befinden, dem Land zurückgegeben werden. Somit wird in der Erdölindustrie das imperialistische Monopol liquidiert, während im Erzbergbau wirksame Schritte unternommen werden, um die Profite der Monopole einzuschränken.

Doch der Imperialismus heimst riesige Profite nicht nur aus dem Handel mit Erdöl und Mineralien ein. Eine weitere Quelle sind für ihn die direkten und indirekten Kapitalinvestitionen. Mit Bankoperationen werden Profite sogar aus den nationalen Akkumulationen erzielt. Bis vor kurzem wurden die Auslandsinvestitionen in Peru auf 645 Mill. Dollar geschätzt, von denen 75 Prozent auf die USA-Monopole kamen. Auf ihren Anteil entfallen 50 Prozent aller in die Zuckerproduktion und 36 Prozent aller in die Produktion von Fischmehl und -tran investierten Mittel. In der verarbeitenden Industrie gehören ihnen 15 Prozent der Auslandsinvestitionen.

Die ausländischen Kapitalinvestitionen haben unser Land weder reicher gemacht noch seine Entwicklung gefördert, sondern es, im Gegenteil, noch mehr vom Kapital entblößt. Allein von 1950 bis 1959 verbrachten ausländische – vor allem nordamerikanische – Gesellschaften aus Peru 1,7 Md. Dollar als Zinsen für das investierte Kapital, als Zahlungen für Patente, als Profite aus Reinvestitionen usw.

Eine Reihe von Maßnahmen der peruanischen Regierung soll die bestehende Lage ändern. Hervorzuheben ist vor allem das Gesetz über die Agrarreform, das alle großen „nationalen“ und ausländischen Gesellschaften gehörenden landwirtschaftlich-industriellen Komplexe für die Zuckerproduktion den Genossenschaften der Werktätigen (Landarbeiter und Arbeiter der Zuckerfabriken) über gibt. So wurden die USA-Monopole und ihre westdeutschen Partner aus diesem Wirtschaftszweig verdrängt. Gleichzeitig verloren die nordamerikanischen Gesellschaften Anderson, Clayton and Co. und Peter Grace den Binnenmarkt für Zucker und Baumwolle, der jetzt zur Kompetenz des Aufsichtskomitees für die Agrarreform gehört.

Um der räuberischen Tätigkeit des Consorcio Pesquero Nacional (des Peruanischen Fischereikonzerns) ein Ende zu setzen und die Einverleibung der Fischerei-

industrie durch das amerikanische Kapital zu verhindern, wurde das Ministerium für Fischereiindustrie geschaffen, zu dessen Aufgabe die Errichtung des staatlichen Monopols über den Handel mit Fischmehl und -tran gehört. Ausgearbeitet werden ferner Projekte für die Entwicklung der Fischerei, vor allem durch Gründung von Fischereigenossenschaften und staatlichen Fischereikombinaten, mit dem Ziel, ihre Produkte für den Inlandsbedarf zu nutzen.

Ihrem Kurs auf Nationalisierung des Bankwesens entsprechend, entfernte die Regierung die Vertreter der privaten Kommerzbanken aus der Leitung der Banco de Reserva und ermöglichte es der Banco de la Nación, mit den Kommerzbanken bei Depositen- und Kreditgeschäften zu konkurrieren. Gleichzeitig erwarb sie 85 Prozent der Aktien der Banco Popular, die – was die Einlagen, das Grundkapital und die Zahl der Filialen betrifft – die zweitgrößte Privatbank war. Ähnliche Maßnahmen wurden bei der Banco Continental und der Banco Internacional getroffen. Die von ihnen abhängigen Industrie- und Handelsunternehmen wurden nationalisiert. Diese Maßnahmen sicherten dem Staat bereits die Kontrolle über 60 Prozent des Kapitals und der Bankoperationen und führten ihn nahe an das Staatsmonopol im Bankwesen heran.

Nationalisiert wurde – wenn auch nicht zu sehr vorteilhaften Bedingungen – der Fernsprechdienst in Lima. Vorbereitet wird ein Gesetz über die Errichtung der staatlichen Kontrolle über das gesamte Verkehrs- und Fernmeldewesen.

Was die Auslandsinvestitionen und den damit verbundenen Kapitalabfluß anlangt, so beschränkt das Gesetz über die Kontrolle der Währungsoperationen indirekt den Profitexport in Dollar, um eine kontrollierte Reinverson der Profite im Lande zu sichern.

Die bedeutendste Maßnahme der Regierung in der Wirtschaft ist jedoch das Allgemeine Industriegesetz, wonach die wichtigsten Industriezweige, einschließlich der Fe- und NE-Metallurgie sowie der chemischen Großindustrie, in die Hände des Staates übergehen. Diese Maßnahmen, die sich auf die Montanindustrie und den Handel erstrecken, werden entsprechend den Prinzipien der „Velasco-Doktrin“, dh. des Programms des derzeitigen Präsidenten, realisiert.

So wird die ökonomische Abhängigkeit Perus überwunden. Doch die Herrschaft des Imperialismus bewirkt Rückständigkeit oder ungenügendes Entwicklungstempo des Landes. Deshalb ist der Kampf gleichzeitig gegen zwei Übel zu führen: gegen die Abhängigkeit und gegen die Rückständigkeit. Das ist auch der jetzigen Regierung klar.

Bis 1968 herrschte in der Landwirtschaft Perus der private Großgrundbesitz. An dem einen Pol waren 92 Prozent der Wirtschaften mit Bodenstücken bis zu 10 ha (8,6 Prozent des gesamten bewirtschafteten Bodens) konzentriert und am anderen Pol – 0,04 Prozent der Güter mit mehr als 500 ha (75,6 Prozent dieser Ländereien). Obwohl die auf Zuckerproduktion spezialisierten Latifundien im Küstengebiet kapitalistische Wirtschaften waren, trugen das Monopol auf Grund und Boden sowie die Bodenrente zur Erhaltung halbfeudaler Überreste in den meisten ländlichen Gebieten bei, besonders in den Anden. In der Zone tropischer Wälder wurden sogar Ausbeutungsformen angewandt, die denen der Sklaverei nahekamen. Die Agrar-

reform, die diese Lage beseitigen soll, ist im wesentlichen verwirklicht. Der mächtigsten und imperialistenfreundlichsten Schicht der Latifundienbesitzer wurde ein Schlag versetzt. Das Gesetz über die Agrarreform ist, wie unsere Partei erklärt, „ein fortschrittliches, radikales, antilatifundistisches und in beträchtlichem Maße antioligarchisches und antiimperialistisches Gesetz“.

Welchen Charakter hat die Revolution?

Es kann wohl kaum einen Zweifel daran geben, daß die Veränderungen in Peru gegen den Imperialismus und die Oligarchie gerichtet sind, auch wenn einige Ignoranten, den Tatsachen zum Trotz, von ihrem „neokolonialistischen“, „subversiven“, „proimperialistischen“ Charakter faseln. Ebenso falsch wäre es, diese Veränderungen – wie auch die Regierung selbst – nur als „progressiv“ oder, noch schlimmer, nur als „reformistisch“ einzuschätzen.

Gestützt auf die marxistisch-leninistische Analyse der nationalen Wirklichkeit, sind wir peruanischen Kommunisten der Ansicht, daß diese Veränderungen die sozialökonomische Struktur betreffen, d.h. revolutionären Inhalt haben.

Auf sozialer Ebene liquidiert das Agrarreformgesetz die Klasse der Gutsbesitzer und setzt neue Produktionsverhältnisse auf dem Lande durch. Nunmehr dominieren die Wirtschaften der Mittelbauern und die Genossenschaften. Wiederhergestellt wurde das Grundeigentum der Indianergemeinden. Sie erhielten das Land zurück, das sich die Latifundienbesitzer angeeignet hatten. Das alles geschieht nach dem Prinzip: „Der Boden soll denen gehören, die ihn bearbeiten.“

Auf ökonomischer Ebene förderte das Agrarreformgesetz nicht nur das Verschwinden der Latifundien und die Ausbreitung der mittelbäuerlichen Wirtschaften, sondern auch das Entstehen eines starken genossenschaftlichen Sektors. Besonders wichtig ist, daß die Nationalisierung der Erdölfelder und der Erdölindustrie, der Übergang der Verarbeitung und des Exports mineralischer Rohstoffe, der Produktion und des Exports von Fischmehl und -tran an den Staat, die Nationalisierung des Fernsprechdienstes, die Stärkung der Banco de la Nación und die Errichtung der Kontrolle über Währungsoperationen den staatlichen Sektor in der Wirtschaft des Landes gewaltig gefestigt haben, so daß er nun die Tendenz hat, der dominierende Sektor zu werden.

Auf politischer Ebene wurden die Oligarchie und die korrupte Bourgeoisie aus der Staatsführung verdrängt. Und obgleich ihren Platz noch nicht die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und den anderen Schichten des Volkes, sondern die Streitkräfte eingenommen haben, wächst die politische Rolle des Proletariats, der Bauernschaft und der ärmsten städtischen Bevölkerung, während die proimperialistischen, prooligarchistischen politischen Parteien und Kräfte schwächer werden und auseinanderfallen.

Kann man den in Peru vor sich gehenden Prozeß als bürgerlich-demokratische Revolution bezeichnen? Diese Frage könnten wir mit Ja beantworten, wenn wir die Agrarreform für die einzige radikale Maßnahme der Regierung hielten. Doch die

derzeitigen Ereignisse in Peru zeugen noch mehr als die Ereignisse von 1952 in Bolivien und von 1953 in Guatemala davon, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in ihrer reinen klassischen Form, d.h. nur als antifeudale, als Agrarrevolution, in unserer Epoche nicht vollzogen werden kann.

Bis vor kurzem war Peru im wesentlichen ein Land der Bauern und Bergarbeiter. Noch heute ist ein großer Teil seiner Bevölkerung in den Dörfern konzentriert. Doch trotzdem ist nicht so sehr das niedrige Entwicklungsniveau des Kapitalismus, als vielmehr die Abhängigkeit vom Imperialismus der Hemmschuh für die Entwicklung des Landes. Man stellt unschwer fest, daß sogar das Gesetz über die Agrarreform unmittelbar die Interessen vor allem der großen amerikanischen und westdeutschen Gesellschaften berührt hat. Erinnern wir daran, daß der USA-Imperialismus als Reaktion auf das Gesetz über die Agrarreform mit der Anwendung des sogenannten „Holland-Amendment“ drohte, das die Aufhebung der peruanischen Zuckerquote auf dem amerikanischen Markt vorsieht. Dennoch beschloß die Regierung Perus, die Durchführung der Agrarreform bei den amerikanischen Zuckeraufbriken zu beginnen, und zwar mit der gleichen Festigkeit, mit der sie die Militärmision der USA als Antwort auf die Einstellung der amerikanischen „militärischen Hilfe“ gemäß dem „Pelly-Amendment“ des Landes verwies. Berücksichtigt man dazu die Festigkeit und Würde der Regierung gegenüber dem Versuch Washingtons, das „Hickenlooper-Amendment“¹ anzuwenden, sowie die Weigerung, *N. Rockefeller* in unserem Lande zu empfangen, so wird klar, daß der Umgestaltungsprozeß in Peru von Anfang an antiimperialistischen und antioligarchischen Charakter trägt, der sich zunehmend und unwiderruflich vertieft. Gleichzeitig war er von der Natur aus antikapitalistisch, und seine Dynamik selbst trug zur Verstärkung dieser Orientierung bei.

In den letzten 20 Jahren erfuhr die verarbeitende Industrie Perus eine beträchtliche Entwicklung. 1969 kamen auf ihren Anteil 21 Prozent des Bruttosozialprodukts. Vor der Wirtschaftskrise im Jahre 1967 betrug ihre Zuwachsrate im Durchschnitt 8 Prozent jährlich, und dadurch wurde die Landwirtschaft vom ersten Platz in der Wirtschaft des Landes verdrängt. Doch war das kein Zeichen für eine unabhängige industrielle Entwicklung oder eine Stärkung der patriotisch und antiimperialistisch gesinnten mittleren Bourgeoisie. Im Zusammenhang mit der raschen Erweiterung des Binnen- und Außenmarktes sowie der Politik des freien Imports schalteten sich viele Unternehmer, darunter große amerikanische Investoren, einheimische Latifundienbesitzer und die Bankoligarchie in die Produktion von Massenbedarfsgütern und einigen Exportwaren sowie in den Aufbau von Montagebetrieben ein. Doch die Produktion von Einzelteilen für diese Betriebe im Lande ließ weiterhin auf sich warten, deren Import stieg an. Kurz gesagt: Die Wirtschaft entwickelte sich nicht insgesamt, sondern es wuchs einseitig die Industrie, dazu noch in miß-

¹ Das „Hickenlooper-Amendment“ sieht die Einstellung der amerikanischen Hilfe für die Staaten vor, in denen Eigentum der USA ohne „rechtzeitige und gebührende“ Entschädigung nationalisiert wird. Die Red.

gestalteter und abhängiger Form. Mit anderen Worten, die Abhängigkeit des Landes vom Imperialismus wurde auch auf diesem Gebiet größer.

Ebendeshalb waren die bürgerliche Regierung *Belaunde* und ihre rechten Anhänger von der Partei Volksaktion und der Christlich-Demokratischen Partei bereit, vor dem Imperialismus zu kapitulieren, mit den APRAisten und den Anhängern *Odrías* ein Komplott einzugehen. Ebendeshalb nahm die Industriebourgeoisie, mit wenigen Ausnahmen, die Nationalisierung des Erdöls ohne Enthusiasmus auf, ja, begann sich nach und nach dem Lager der Oligarchie und des Imperialismus anzuschließen. Selbst die Annahme des Gesetzes über die Agrarreform, die zu einer beträchtlichen Erweiterung des Binnenmarktes beitrug, fand bei der Sociedad Nacional de Industrias (dem Industriellenverband) eine kühle Aufnahme. Sie motivierte ihre Haltung mit der Sorge um den Schutz des Prinzips des Privateigentums und der Freiheit des Unternehmertums.

Die Regierung läßt die mittlere Bourgeoisie nicht außer acht, versucht, diese in die Umgestaltungen einzubeziehen, wobei sie an deren Patriotismus und deren materielle Interessiertheit anknüpft. Auf der Jahrestagung der Industriellen im Jahre 1970 richtete Präsident *Velasco Alvarado* an die peruanischen Kapitalisten den Appell, eine einheitliche Kampffront gegen die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes zu schaffen und Kapital in die Entwicklung der Wirtschaft zu investieren. Die Sociedad Nacional de Industrias erklärte sich bereit, ihre bisherige Haltung aufzugeben. Doch das war nur ein politisches Manöver, um eine Veränderung der progressiven Politik gegenüber den Werktäglichen zu erreichen. Trotz aller Hindernisse ist die Regierung fest entschlossen, den Kurs auf die Erringung der wahren Unabhängigkeit und der sozialökonomischen Entwicklung des Landes fortzusetzen.

Die strukturellen Veränderungen im Lande werden von den Bauern, den Erdölarbeitern und den Landarbeitern unterstützt. Von Tag zu Tag festigt sich die Einheit des Proletariats im Rahmen des allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Werkzeugtäglichen Perus (Confederación General de Trabajadores del Perú – CGTP), der entschlossen für revolutionäre Umgestaltungen eintritt. Das alles bedeutet eine neue Gruppierung der Klassenkräfte.

Die „Velasco-Doktrin“ und ihre antikapitalistische Orientierung

Gerade in dieser Situation wurde die „Velasco-Doktrin“ formuliert, wurden das Allgemeine Industriegesetz und das Gesetz über die „Industriegemeinschaft“ angenommen, die den Beginn einer neuen Etappe, eine qualitative Wandlung im revolutionären Prozeß bedeuteten.

Der Präsident der Republik hat vier Prinzipien der Regierungspolitik formuliert, die auf folgendes hinauslaufen: Die wichtigsten Reichtümer und natürlichen Ressourcen des Landes müssen dem Staat gehören; die wirtschaftliche Entwicklung soll nicht der Profitsucht von Einzelpersonen und Gruppen dienen, sondern den Interessen des Landes; die ausländischen Investitionen müssen ebenfalls den nationalen Interessen entsprechen; alle diese Maßnahmen werden dazu beitragen, die Unab-

hängigkeit des Landes zu festigen und die Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern.

In Weiterentwicklung dieser Prinzipien sehen die von der neuen Regierung angenommenen Gesetze vor: staatliches Eigentum im Bereich der Produktion der wichtigsten Produktionsmittel, Planung der industriellen Entwicklung des Landes, Beteiligung der Werktätigen am Gewinn, am Aktienbesitz und an der Leitung der Betriebe.

Das alles paßt schon nicht mehr in den üblichen Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Eingeschränkt werden das privatkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln und die Aneignung des Mehrwertes durch die Kapitalisten. Die verbindliche Planung im Interesse des Landes macht Schluß mit der freien Konkurrenz und der Anarchie der Produktion, freilich unter der Bedingung, daß diese Maßnahmen konsequent durchgeführt werden.

Die Imperialisten und die einheimische Oligarchie zettern, dies alles sei „getarnter Sozialismus“ und „Prokommunismus“. Als Antwort auf derartige Behauptungen erklärt die Regierung, es handele sich um einen neuen – nichtkapitalistischen und nichtkommunistischen – Entwicklungsweg, der die Ausbeutung, die Mißstände und die Gier des Kapitalismus wie auch die „Inhumanität“ des Sozialismus ausschließe. Natürlich sind wir mit der letzten Behauptung nicht einverstanden, aber wir teilen den Standpunkt der Regierung, daß die Veränderungen in Peru uns allmählich vom Kapitalismus distanzieren. Präsident *Velasco* und seine Anhänger lehnen das kapitalistische System offen als eine menschenunwürdige Ordnung und als Grundursache für die Rückständigkeit des Landes ab.

Wir sind ferner ebenfalls der Ansicht, daß die Revolution in Peru keine sozialistische und folglich sehr weit vom Kommunismus entfernt ist. Doch bei allem Respekt vor der Meinung der Regierung glauben wir nicht an die Möglichkeit eines dritten Weges – weder für Peru noch für irgendein anderes Land. Trotz des vernünftigen Wunsches der fortschrittlichsten Mitglieder der Revolutionären Regierung, die „soziale Harmonie“ zu erreichen, und trotz unseres Strebens nach revolutionären Umgestaltungen ohne Gewaltanwendung ist nämlich eine ständige und friedliche Koexistenz des Proletariats und der Bourgeoisie (ebenso wie des Imperialismus und der nationalen Befreiungsbewegung) kraft der objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft unmöglich. Ebenso unmöglich ist eine lang anhaltende Verbindung des Privat- und des Kollektiveigentums an Produktionsmitteln innerhalb eines Betriebes. Ohne die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel kann die Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse der ganzen Gesellschaft nicht gesichert werden. Deshalb kann die „Industriegemeinschaft“ nur eine Übergangsstufe sein, die mit der Zeit zum Sozialismus führen wird, wenn – wie wir hoffen – das Streben der Regierung nach ökonomischem und sozialem Fortschritt des Landes trotz Druck des Imperialismus und der Oligarchie unverändert bleibt. Vorläufig weigern sich aber die Unternehmer hartnäckig, 10 Prozent ihres Gewinns für die Arbeiter, 15 Prozent für die „Industriegemeinschaft“ und 2 Prozent für wissenschaftlich-technische Forschung abzuführen, wie das in den entsprechenden Gesetzen vorgesehen ist. Sie widersetzen sich auch in jeder Weise der Mitbestimmung

der Werktätigen in den Betrieben. Die Werktätigen ihrerseits kämpfen entschlossen für die Verwirklichung der errungenen Rechte.

Weshalb gerade die Militärs?

Woraus erklärt sich die Tatsache, daß gerade die Militärs die Revolution begonnen und sich praktisch an ihre Spitze gestellt haben?

Die Ereignisse in Peru zeigen anschaulich, wie sich das Bewußtsein der Menschen unter dem Einfluß der Erfolge des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen sowie des veränderten Kräfteverhältnisses in der Weltarena wandelt. Auf das Denken der Menschen wirken auch einige innere Faktoren ein. Darüber wurde auf dem V. Parteitag unserer Partei gesprochen.

Erstens hat die abhängige und mißgestaltete Entwicklung des Landes den Grundwiderspruch unserer Gesellschaft verschärft. Die Mehrheit der Bevölkerung Perus erkannte die dringende Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Eine Folge dessen war das Wachstum der antiimperialistischen und antikapitalistischen Stimmungen. Nach dem Sieg der kubanischen Revolution flossen sie in einer mächtigen Bewegung der Solidarität mit Kuba, im Kampf gegen die imperialistische Herrschaft zusammen. Im Verlaufe dieses Kampfes wurde die Front zur Verteidigung des Erdöls (Frente Nacional de Defensa del Petróleo), später die Front der nationalen Befreiung (Frente de Liberación Nacional) und schließlich der Block der Linkseinheit (Unidad de Izquierda) gebildet. Letzterer erhielt 1967 bei den Parlamentswahlen 14 Prozent der Stimmen und war nahezu die breiteste und repräsentative Koalition am Vorabend des Sturzes der Regierung *Belaunde*.

Der antiimperialistische Kampf der Volksmassen mußte sich auf die Position der Streitkräfte in unserem Lande auswirken. Einige Vertreter der Armee reihten sich sogar in diesen Kampf ein. Erinnert sei nur daran, daß der erste Präsident der Front zur Verteidigung des Erdöls und spätere Kopräsident der Front der Nationalen Befreiung General *César Pando Egúsquiza* war, der auch im Block der Linkseinheit mitwirkte. Von den antiimperialistischen Stimmungen unter den Militärs zeugen auch Fakten, die bis in die jüngste Zeit unerwähnt blieben. Wir meinen die vom Vereinten Kommando 1962 gestellte Forderung nach Aufhebung der der IPC gewährten Konzession auf die Erdölfelder La Brea und Pariñas sowie den Protest gegen das in Talara geschlossene Abkommen über die Verlängerung der Konzession, den General *Velasco Alvarado* im September 1968 im Namen der Armee erhoben hat. Kein Wunder, daß einer der ersten Schritte der neuen Regierung die Ausschaltung gerade der IPC war; das entsprach voll und ganz dem Bestreben der Volksmassen.

Zweitens ließ die in Peru angelaufene Modernisierung der Streitkräfte erkennen, daß in unserem zurückgebliebenen Land die für die Ausrüstung der Armee mit modernen Waffen erforderliche Basis fehlt. Das führte dazu, daß die Abhängigkeit der peruanischen Armee von amerikanischen Lieferungen stärker wurde, daß sie sich

dem Pentagon und dem militärisch-industriellen Komplex der USA unterordnen mußte.

Drittens trug die Tatsache, daß den Streitkräften der lateinamerikanischen Länder die berüchtigten Doktrinen von den „antisubversiven Aktionen“ und den „ideologischen Grenzen“² aufgezwungen und diese Armeen auf die Unterdrückung der Befreiungsbewegung auf unserem Kontinent mit Feuer und Schwert ausgerichtet wurden, dazu bei, daß sich das Offizierskorps Perus der Politik, dem gründlichen Studium der nationalen Wirklichkeit zuwandte. Soziologie, marxistische Philosophie und politische Ökonomie wurden in das Studienprogramm der Militärakademien aufgenommen. Geschaffen wurde das Militärische Forschungszentrum (Centro de Alto Estudios Militares). Das alles bahnte den Weg zu der Einsicht, daß nicht die Arbeiter und Bauern, nicht die Studenten und nicht wir, die Kommunisten, die Feinde unserer Heimat sind, sondern der Imperialismus und die Oligarchie.

Viertens wurde das Wachstum des politischen Bewußtseins der Offiziere nicht nur dadurch bestimmt, daß sie sich theoretische Kenntnisse aneigneten, sondern auch durch ihre Teilnahme an der Durchführung des sogenannten Programms der Acción Cívica Preventiva (Bau von Straßen, Schulen, Sanitätsstellen usw. im Landesinnern).

Sie überzeugten sich von der Rechtlosigkeit und dem Elend der Landbevölkerung noch mehr während der Operationen gegen die Partisanen im Jahre 1965.

Fünftens förderte das Schwinden des militärischen Prestiges des USA-Imperialismus infolge des Scheiterns der Intervention auf Kuba sowie der Niederlage in Vietnam ebenfalls die Evolution im Denken der peruanischen Militärs.

Nicht minder wichtig war die Veränderung in der sozialen Zusammensetzung des Offizierskorps der peruanischen Armee: Die Mehrheit kommt aus kleinbürgerlichem Milieu, ein gewisser Teil aus der Bauernschaft, wie z.B. Präsident *Velasco Alvarado*. Nicht einer der von uns aufgezählten Faktoren hätte das Offizierskorps so positiv beeinflußt, wenn dieses aus Vertretern der Oligarchie bestanden hätte.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß im September und Oktober 1968 Peru durch die tiefe wirtschaftliche und politische Krise paralysiert wurde. Die bürgerliche Regierung *Belaúnde* zeigte in der komplizierten Situation völlige Ohnmacht und begab sich auf den Weg des Verrats an den nationalen Interessen. Zu jener Zeit waren die revolutionär bestimmten zivilen Kräfte noch nicht geeint genug, um die Initiative in ihre Hände zu nehmen. An die Macht kamen die Militärs.

Bereits *Karl Marx* und *Friedrich Engels* wiesen darauf hin, daß während einer tiefen politischen Krise, durch das Absinken des Prestiges der herrschenden Klassen und das Anwachsen der revolutionären Stimmungen eine Art Gleichgewicht der Kräfte hergestellt wird. Gerade dann kann sich eine der stärksten Institutionen der

² Die vom reaktionären Militärklüngel der USA und Lateinamerikas verkündete Doktrin der „ideologischen Grenzen“ läuft im wesentlichen darauf hinaus, die militärische Intervention in jedes beliebige Land des Kontinents unter dem Vorwand des Kampfes gegen die „komunistische Infiltration“ zu rechtfertigen. Nach Ansicht ihrer Autoren sind in diesem Kampf die „ideologischen Grenzen“, nicht aber die staatlichen von Bedeutung. Die Red.

Staatsmacht – die Armee – über die Klassen, denen sie zuvor gedient hat, erheben und zuweilen sogar gegen deren Interessen wirken.

Von den gegenwärtigen Klassenpositionen der peruanischen Regierung kann man sagen, daß sie die Interessen des radikal gesinnten Kleinbürgertums zum Ausdruck bringen. Das politische Credo der neuen Militäregierung ist der Aufbau einer Gesellschaft, die etwa zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus steht. Doch da die Konzeption einer solchen Gesellschaft (wir wollen sie bedingt „kleinbürgerliche“, „halbsozialistische“ nennen) unhaltbar ist, zwingt die Entwicklung der Ereignisse selbst die Regierung unvermeidlich, immer mehr die Positionen des Proletariats und der breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land zu beziehen. In einer solchen Situation hört das Kleinbürgertum bereits auf, ihre sozialpolitische Hauptstütze zu sein.

Volksmassen und Partei

Kann man sagen, die Volksmassen hätten mit den vor sich gegangenen Ereignissen nichts zu tun gehabt? Kann man behaupten, die Arbeiterklasse und die Peruanische Kommunistische Partei hätten überhaupt keine Rolle gespielt? Hängt etwa von den Streitkräften allein die weitere Entwicklung der Revolution ab?

Die 60er Jahre waren in Peru von zahlenmäßigem Wachstum des Proletariats, von seiner organisatorischen und politischen Festigung, von einer Verstärkung des Kampfes und Hebung des Niveaus des revolutionären Bewußtseins der Werktätigen in Stadt und Land gekennzeichnet. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Werktätigen Perus reorganisierte und festigte sich, eine Entwicklung erfuhr der Kampf der Bauern um Grund und Boden.

Unsere Partei kämpfte entschlossen gegen die reaktionären Regimes und die grausamen Repressalien der proimperialistischen und prooligarchischen Kräfte. Gleichzeitig sorgte sie für die Reinheit ihrer Reihen, indem sie sich von jeglichen Spalfern und Opportunisten befreite. Sie überprüfte zugleich ihren organisatorischen Aufbau und arbeitete einen neuen politischen Kurs aus. All das war ein Bestandteil des Prozesses der Kräftesammlung der in der Schaffung der Front zur Verteidigung des Erdöls, der Front der Nationalen Befreiung und im Wahlerfolg des Blocks der Linkseinheit seinen Ausdruck fand.

Heute, da die Revolutionäre Regierung der Streitkräfte die Macht ausübt, bleibt die Linie unserer Partei klar, fest und verständlich. Sie wird von den breiten Massen unterstützt. Es geht nicht nur um die Ausarbeitung und Erläuterung des politischen Kurses, sondern auch um seine praktische Verwirklichung. Wir haben die bewußte und aktive Teilnahme der organisierten Arbeiterklasse an der Verteidigung und Vertiefung der sich im Lande vollziehenden fortschrittlichen, antiimperialistischen und antioligarchischen Umgestaltungen in jeder Weise gefördert. Große Anstrengungen gelten auch der organisierten und kämpferischen Teilnahme der Studenten, Bauern und nichtproletarischen Schichten der Stadtbevölkerung, des ganzen Volkes an diesem Prozeß.

Die Kommunisten sehen klar ihren Weg vor sich. Wir unterstützen die Regierung, die die antiimperialistische und antioligarchische Revolution, für die wir stets kämpften, eingeleitet hat. Wir vergessen jedoch nie die Rolle unserer Partei und die Hegemonie des Proletariats. Die Revolution in Peru befindet sich erst in der ersten Etappe ihrer Entwicklung. Wir kennen unsere historische Mission und werden alles tun, um sie zu erfüllen.

Revolutionärer Prozeß und konterrevolutionäre Verschwörung

Kann man damit rechnen, daß sich die antiimperialistische und antilatifundistische Revolution auch künftig erfolgreich entwickeln wird? Ist es richtig zu glauben, ihr drohe keinerlei Gefahr und ihr Weg werde leicht sein? Schätzen wir die Lage im Lande und im Weltmaßstab ein, so können wir fast mit absoluter Sicherheit sagen, daß die errungenen Erfolge nicht mehr rückgängig zu machen sind. Das heißt jedoch keineswegs, die Revolution trete in eine ruhige Entwicklungsperiode ein und ihr drohe keinerlei Gefahr. Die Imperialisten sind noch nicht besiegt, wenngleich ihnen auch spürbare Schläge versetzt wurden. Auf einem Meeting in Lima am 3. Oktober 1970 wies Präsident *Velasco Alvarado* auf eine Reihe von Schwierigkeiten hin, vor denen das Land steht.

Viele komplizierte Probleme stammen noch aus der Vergangenheit. Eine Reihe imperialistischer Unternehmen muß nationalisiert, eine Reform des Bildungswesens durchgeführt werden usw.

Der staatliche Verwaltungsapparat, solche seiner wichtigen Institutionen, wie politische Polizei und örtliche Machtorgane, sind vom Konservatismus, Bürokratismus, Kompromißlertum, von der Korruption geprägt und reaktionär. Gerade auf diesem Gebiet ist die Gefahr der Sabotage, der Verschwörungen der Oligarchie und des Imperialismus, unserer Ansicht nach, am größten.

Noch nicht überwunden ist die Wirtschaftskrise, und die daraus resultierenden ernsten Probleme sind noch nicht gelöst. Zu beobachten ist beispielsweise eine solche Paradoxie: Einerseits ist durch die Nationalisierung des Erdöls und des Handels mit Erzeugnissen der Montanindustrie, die Errichtung der Kontrolle über Währungsoperationen und eine Reihe anderer Maßnahmen seit sechs Jahren zum erstenmal das Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz sowie im Staatshaushalt beseitigt worden. Die Devisenreserven in der Banco de Reserva und Banco de la Nación belaufen sich auf 400 Mill. Dollar. Andererseits sind 500 000 Menschen im Lande von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen, und der Reallohn ist im Durchschnitt von Januar 1967 bis November 1969 um 25,5 Prozent gesunken. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Kapitalinvestoren die investierten Mittel abziehen und die Unternehmer zu Massenentlassungen von Werktägern und anderen Maßnahmen greifen, die deren Lebensstandard senken.

Studentenschaft, Intelligenz und einige andere Bevölkerungsschichten sind dem Militärregime gegenüber immer noch mißtrauisch. Dieses Mißtrauen hat historische

Wurzeln und wird durch Informations- und Propagandamittel, die sich in den Händen der Feinde des Volkes befinden, angeheizt.

Unserer Ansicht nach muß man zu den Hindernissen auf dem Wege des revolutionären Prozesses in Peru auch die Gefahr rechnen, die die Suche nach einem „dritten Weg“ in sich birgt. In dem Bestreben, einen solchen Weg theoretisch zu begründen, gehen seine Anhänger so weit, den Antikommunismus zu begünstigen und der ehrlichen, entschlossenen Unterstützung der Arbeiterklasse, der Werktägigen auf dem Lande und der nichtproletarischen Massen der Bevölkerung für die Regierung und deren Politik grundlegender Umgestaltungen zu mißtrauen.

Eine neue Etappe im revolutionären Prozeß

Mit der Verkündung des Allgemeinen Industriegesetzes und des Gesetzes über die „Industriegemeinschaft“ begann eine neue, höhere Etappe des revolutionären Prozesses. Ihre Besonderheit sind Maßnahmen, die nicht nur die Interessen der Imperialisten und Latifundienbesitzer schmälern, sondern sich auch gegen die schädlichsten Aspekte der kapitalistischen Produktionsverhältnisse richten. Die Arbeiterklasse begann aktiv, organisiert, bewußt und entscheidend am Umgestaltungsprozeß teilzunehmen. Eine Einheitsfront der Volkskräfte wurde geschaffen, und geschlossen wurde das Bündnis zwischen den ihr angehörenden Strömungen und den revolutionär gestimmten Militärkreisen. Den Kern dieser Massenbewegung bilden zur Zeit sieben Organisationen: der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Werktägigen Perus; das Allgemeine Gewerkschaftszentrum der neuen Städte (Central General de Pueblos Jóvenes); die Assoziation der Unteroffiziere, Soldaten und Matrosen (Asociación de Licenciados de la Fuerza Armada); der Bauernbund „Túpac Amaru“³; die Nationale Genossenschaftsvereinigung (Asociación Nacional de Cooperativas); die Nationale Brigade der Freiwilligen zur Unterstützung der Agrarreform (Brigada Nacional de Voluntarios para la Reforma Agraria) und die Genossenschaft „Presse und Volk“ (Prensa y Pueblo). Die koordinierte und konsequente Tätigkeit dieser Organisationen wird in ihre Reihen alle Peruaner einbeziehen, die bereit sind, entschlossen und aufopfernd für die erfolgreiche Verwirklichung der höchsten Ziele der Revolution zu kämpfen.

Am 31. Mai 1970 kamen bei einem überaus schweren, mit Überschwemmungen verbundenen Erdbeben in Peru 70 000 Menschen ums Leben. Bis auf den Grund zerstört wurden mehrere Städte, riesiger Schaden wurde der Volkswirtschaft zugefügt. Hunderttausende Menschen wurden obdachlos, erlitten Verwundungen oder Verletzungen. Bei der Beseitigung der Folgen dieser Naturkatastrophe half uns die Solidarität aller Völker, besonders der sozialistischen Länder. Großzügig unterstützte uns Kuba mit Blutkonserven, Medikamenten und Ärzten. Die Sowjetunion schickte Einrichtungen für Krankenhäuser und Kinderkrippen, Montagehäuser.

³ Túpac Amaru – Nationalheld Perus, Führer des Indianeraufstandes gegen das spanische Kolonialjoch Ende des 18. Jahrhunderts. Die Red.

Hunderte Tonnen Medikamente, Lebensmittel usw. Rund 200 sowjetische Mediziner erwiesen uns mit ihrer selbstlosen Arbeit unschätzbare Hilfe. Das ist sozialistischer Humanismus in Aktion. Wir wissen, daß wir uns jederzeit auf die Hilfe der Länder des Sozialismus verlassen können.

All das bestärkt uns in der Zuversicht, daß die Revolution in Peru sich auch weiterhin erfolgreich entwickeln wird.

Buchpublikationen des IMSF
im Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main

Handbuch für Arbeiter und Angestellte
zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis, herausgegeben von
Dr. Heinz Jung und Dr. Heinz Schäfer
368 Seiten, 2. Auflage

Dr. Heinz Schäfer
Lohn, Preis und Profit heute
Mit einem ausführlichen statistischen Anhang aus der Wirtschaft der Bundesrepublik
117 Seiten, 4. Auflage

Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Josef Schleifstein und Dr. Johannes von Heiseler
208 Seiten, 2. Auflage

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Herausgegeben von Jutta v. Freyberg und Dr. Kurt Steinhaus,
jeder Band 184 Seiten

Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus
Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno,
Marcuse, Habermas.
Herausgegeben von Dr. Johannes v. Heiseler, Dr. Robert Steigerwald
und Prof. Dr. Josef Schleifstein
184 Seiten

Indochina im Kampf gegen den US-Imperialismus
Dokumente und Materialien.
herausgegeben von Gabriele Sprigath
und Dr. Kurt Steinhaus
130 Seiten

Prof. Dr. Josef Schleifstein
Kleines Lenin-Wörterbuch
80 Seiten, Reihe Sozialistische Klassiker

Marcelino dos Santos*

Ein internationaler Krieg

Aus: *tricontinental magazine, Havana, Cuba, 1971, Nr. 23 (März–April)*

Liebe Freunde!

Der portugiesische Kolonialismus, der sich mit Gewalt etablierte und mit Gewalt aufrechterhalten wird, geht heute dem Untergang entgegen. Gemetzel wie jene von São Tome (1953), Pijiguiti (Guinea-Bissau, 1959), Mueda (Mozambique, 1960), Ico-le und Bengo (Angola, 1961) haben uns zu der Erkenntnis geführt, daß jede friedliche Lösung des Konflikts, die wir den Kolonialisten anboten, abgeblockt wurde, daß nur die bewaffnete Aktion der Aggression ein Ende setzen konnte. Diese Notwendigkeit wurde noch offensichtlicher, als jeder sah, daß Lissabon seine Unterdrückungsgewalt als Antwort auf alle Anrufe und Resolutionen der Vereinten Nationen zum Kolonialproblem noch verstärkte.

Dies führte natürlicherweise dazu, daß unsere Leute zu den Waffen griffen, um sich selbst zu befreien.

Am 4. Februar 1961 beschossen die Kämpfer der MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas; A.d.U.) die Gefängnisse von Luanda und initiierten so unwiderruflich den Prozeß des bewaffneten Volkskampfes.

Im weiteren Verlauf – am 3. August 1963 und am 25. September 1964 – begannen die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln; A.d.U.) und die FRELIMO (Befreiungsfront von Mozambique; A.d.U.) den nationalen Befreiungskrieg gegen den portugiesischen Kolonialismus bei den Völkern von Guinea und Mozambique.

Die Völker von Guinea und Mozambique waren in der Lage, ihre eigenen Schwierigkeiten rasch zu überwinden und brachten erfolgreich den nationalen Befreiungskrieg in Gang; zusammen mit ihren angoleischen Brüdern nahmen sie die wirksame Zerstörung des portugiesischen Kolonialismus in Angriff.

Die auf nationaler Ebene wie zwischen unseren drei Völkern und Organisationen erreichte Einheit gab uns das notwendige und machtvolle Instrument in die Hand, um den Sieg zu erringen. Die 1961 gegründete Konferenz der Nationalen Organisationen der Portugiesischen Kolonien (CONCP) hat sich der Tradition der Einheit im Kampfe unserer drei Völker verschrieben und versah uns mit einem wirkungsvollen System, um unsere gegenseitige Unterstützung zu gewährleisten und unsere Bände der Freundschaft und Solidarität zu stärken. Die CONCP wurde immer notwendiger und wirksamer, da die Einheit, die durch sie formalisiert wurde, aus einer Identität von Prinzipien und Analyse, aus ähnlichen Methoden und einer einzigen Perspektive für die Entwicklung des Freiheitskampfes entstand.

* Verfasser ist Vizepräsident der FRELIMO. Der Beitrag ist identisch mit der Rede, die Marcelino dos Santos auf der Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien (Rom, 27.–29.6.1970) gehalten hat.

Im Laufe dieser zehn Jahre konnten unsere Völker sehr bedeutsame Siege erringen. Unsere bewaffneten Kämpfe haben sich auf einen beträchtlichen Teil des nationalen Territoriums ausgedehnt und waren erfolgreich bei der Zerstörung der Kolonialherrschaft in großen Gebieten; dies erlaubte uns, mit dem nationalen Wiederaufbau, der Schaffung neuer Machtstrukturen, die dem neuen bestehenden Kräfteverhältnis in unserem Lande entsprechen, zu beginnen. Viele Freunde, die uns besucht haben, konnten im Laufe ihres Aufenthalts den Fortschritt, der durch FRELIMO, MPLA und PAIGC erreicht wurde, in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea und Mozambique feststellen.

Um von einer nationalen Befreiung und von Fortschritten unseres Kampfes sprechen zu können, ist es notwendig, die auf dem Spiel stehenden feindlichen Interessen ihrer Bedeutung nach einzuschätzen sowie die Ziele, die durch diese Befreiung erreicht werden, im Verhältnis zu den realen Bedürfnissen unseres Volkes, zu definieren.

Andererseits ist es für uns auch eine Frage besserer Organisation unserer gemeinsamen Kräfte, um den Sieg zu erringen, weil unser Kampf innerhalb eines ganz bestimmten Zusammenhangs, sowohl auf afrikanischer als auch auf internationaler Ebene, stattfindet und in jedem unserer Länder als Verkörperung des allgemeinen Kampfes für die Befreiung des Menschen erscheint.

Vom portugiesischen Kolonialismus zu sprechen, heißt für viele, von der Unterdrückung zu sprechen, der ca. 15 Millionen Afrikaner in Angola, in Guinea und auf den Kapverdischen Inseln sowie in Mozambique ausgesetzt sind, heißt für viele, von einem Anachronismus zu sprechen, der das Ergebnis starrsinniger altmodischer Ideen eines alten Diktators ist. Aber die Förderung des Kolonialkrieges, der jetzt nahezu zehn Jahre andauert, die Erneuerung der portugiesischen faschistischen Führung nach dem politischen Tod Salazars, das Netzwerk von Allianzen und Komplizenschaft, auf das sich die portugiesischen Aggressoren stützen, zeigt klar, daß dies nicht der Fall ist.

Der Kolonialkrieg und der portugiesische Kolonialismus, stehen in Einklang mit bestimmten strukturellen Notwendigkeiten sowohl der herrschenden Klasse Portugals als auch der internationalen Kräfte, die die portugiesische Regierung unterstützen. Wir haben es hier nicht mit einem metaphysischen oder mystischen altmodischen Kolonialismus zu tun, sondern vielmehr mit ganz bestimmten materiellen Interessen.

Die portugiesische Kolonialherrschaft erscheint als eine notwendige Folge der archaischen Struktur der portugiesischen Landwirtschaft. Trotz der Tatsache, daß nahezu 50 % des portugiesischen Bruttosozialprodukts aus der Landwirtschaft kommen und daß die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Portugals in diesem primären Sektor konzentriert ist, ist Portugal nach wie vor eines der wenigen Länder Europas, wo eine Latifundienstruktur mit feudalistischer Abhängigkeit besteht. Wenn man weiß, daß die 500 führenden Landbesitzer genau so viel Land in ihren Händen halten wie 500.000 kleine Landbesitzer, daß mehr als 30 % der portugiesischen Bauern weniger als einen Hektar eigenes Land bearbeiten, dann versteht man das Drama der portugiesischen Bauernschaft von Anfang an.

Es ist offenkundig, daß diese Situation in Portugal konsequenterweise Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Elend auf dem Lande mit sich bringt. Die Kolonien erscheinen daher als eines der natürlichen Gebiete für die überschüssige portugiesische Bevölkerung, ein Gebiet zur Aufnahme der arbeitslosen Portugiesen und deshalb als eine Lösung der sozialen Konflikte in den portugiesischen Landgebieten. In diesem Zusammenhang entstand der portugiesische Plan, eine Million neue Kolonisten im Sambesital, das durch den zukünftigen Cabo Bassa-Damm bewässert werden soll, anzusiedeln. Ebenso erklärt jene Notwendigkeit zum Teil die portugiesische Politik der „Kolonien“, d.h. der Errichtung von portugiesischen Siedlungsgemeinschaften ohne irgendeine technische Qualifikation in den reichsten Gebieten von Angola und Mozambique.

Andererseits finden die Hauptprodukte der portugiesischen Landwirtschaft, besonders Wein, in den Kolonien einen sicheren Markt, geschützt vor jeder Konkurrenz. Die portugiesische Industrie, der es an jeglicher technischer Modernisierung und jeglichem Fortschritt fehlt, findet in den Kolonien eine bevorrechtigte Quelle billigen Rohmaterials und einen sicheren Markt zum Verkauf ihrer Produkte. Das Beispiel der portugiesischen Textilindustrie ist hierfür bezeichnend genug. Nach Informationen von II. Kongreß der portugiesischen Industrie werden 30 bis 40 % der Ausrüstung in dieser Industrie für praktisch unbrauchbar gehalten.

Gleichwohl beschäftigt diese Industrie ein Drittel der industriellen Arbeitskräfte, und der Wert der Produkte erreicht im Export mehr als ein Achtel des Gesamtwertes des portugiesischen Exports, dank der Rolle, welche die Baumwolle als grundlegendes Rohmaterial für diese Industrie spielt. Gegenwärtig werden 82 % dieser Baumwolle von Angola und besonders von Mozambique geliefert. 1926, zur Zeit des faschistischen Staatsstreiches, verbrauchte die portugiesische Baumwollindustrie jährlich 17.000 Tonnen Baumwolle; alle Kolonien zusammen produzierten nur 800 Tonnen im Jahr. Die faschistische Regierung führte durch ein Dekret den zwangsweisen Baumwollanbau ein; das Monopol für den Kauf von Baumwolle in großen Gebieten wurde an einige Gesellschaften vergeben, zusammen mit dem Recht, den Bauern in diesen Regionen eine jährliche Produktionsquote an Baumwolle aufzuzeigen.

Die Textilindustrie – wie die Zucker- und Pflanzenölindustrie, die 80 % ihrer Rohstoffe aus den Kolonien beziehen – erzielt jährlich mehr als zehn Millionen Dollar allein dank der günstigen Preise für Rohmaterialien.

Die Vorteile, die die portugiesische Industrie aus der kolonialen Ausbeutung zieht, kann man auch an der Verschlechterung der Austauschverhältnisse zwischen den Kolonien und der Metropole aufzeigen: während 1962 Portugal durchschnittlich 3500 Escudos für eine Tonne Import aus den Kolonien bezahlte – gegenüber 5200 Escudos im Jahre 1958 – bezahlten die Kolonien 1962 9800 Escudos gegenüber 6500 Escudos im Jahre 1958 für jede Tonne der aus Portugal importierten Waren.

Das Verhältnis von Portugals Zahlungsbilanz zu seiner Handelsbilanz mit dem Ausland machen die Kolonialherrschaft zu einer immer größeren strukturellen Notwendigkeit für die gegenwärtige Organisation der portugiesischen Wirtschaft. Trotz

des Wertes der portugiesischen Exporte ist im wesentlichen die Zahlungsbilanz für die Eskudo-Zone mit dem Rest der Welt so günstig, daß mit den gegenwärtigen Goldreserven und Devisen achtzehn Monate lang die Importe gedeckt werden können. Mehr als die Hälfte des Überschusses kommt von der günstigen Bilanz zwischen den Kolonien und den anderen Staaten.

Wir müssen zustimmen, daß zu einem Zeitpunkt, an dem die portugiesische Wirtschaft versucht, unter der Führung von *Marcelo Caetano* eine Umorientierung auf die europäische Integration vorzunehmen und die notwendige Modernisierung der Industriestruktur durchzuführen, die finanzielle Unterstützung der Kolonien täglich unerlässlicher wird.

In dieser Hinsicht spielt der Export von Arbeitern aus Mozambique nach Südafrika und Rhodesien eine besonders wichtige Rolle. 25 % des Überschusses der Zahlungsbilanz zwischen der Escudo-Zone und der übrigen Welt kommen direkt oder indirekt durch diesen neuen Sklavenhandel zustande.

Diese Tatsachen führen uns dazu, das Problem zu untersuchen, welche Rolle unsere Länder innerhalb der Strategie der imperialistischen Herrschaft spielen.

Eine der ersten Rollen, die uns historisch zufiel, bestand darin, Arbeitskräfte zu liefern. Es ist unnötig, zu den Praktiken des Sklavenhandels zurückzukehren; um die gegenwärtige Situation zu verstehen, reicht es, das Beispiel der südafrikanischen Goldminen zu erwähnen.

Wie Ihr wißt, kommen 90 % des Goldes, das in der sogenannten westlichen Welt produziert wird, aus den Minen Südafrikas. Nach Aussagen von Experten sind diese Minen eine wirtschaftliche Absurdität, weil es notwendig ist, durchschnittlich mehr als 160.000 Tonnen Erde abzubauen, um eine Tonne Gold zu bekommen. In Kanada, den USA und Australien wurden Minen mit höherem Prozentsatz an Gold geschlossen, hatten sie einmal den Punkt erreicht, an dem sie keine Gewinne mehr brachten. Aber die Minen Südafrikas scheinen viele Vorteile zu haben. Im wesentlichen sind der lächerliche Preis für die afrikanische Arbeitskraft und die nicht vorhandenen Sicherheitsmaßnahmen die Grundlage des Erfolgs. So starben seit 1928 jährlich im Durchschnitt 2105 Arbeiter aus Mozambique durch Unfälle. Soziale Fürsorge für die Minenarbeiter existiert nur auf dem Papier, Löhne für Untertagearbeiter kommen nicht einmal auf einen Dollar pro Tag. Nun ja, ein wesentlicher Teil der Minenarbeiter kommt aus anderen Ländern, aus Angola und besonders Mozambique, das nahezu 80 % der ausländischen Arbeitskräfte in den Minen liefert.

Unsere Länder sind nicht nur Lieferanten der Arbeitskraft, sondern auch von Energie, besonders von Öl, von Gas und von durch Wasserkraft erzeugter Elektrizität. Bis jetzt wurden Öl und Gas im südlichen Afrika nur in Angola und Mozambique entdeckt. Die Öllager in Cabinda haben Angola schon an die vierte Stelle unter den afrikanischen Erzeugern des schwarzen Goldes gebracht. Gas aus den Lagerstätten von Moamba in Mozambique versorgt die Witwatersrand-Region, das industrielle Zentrum Südafrikas.

Aber bezüglich der Energie ragt das Projekt des Cabora Bassa-Damms über alles hinaus. Dieser Damm, der ein Drittel der gesamten in Afrika erzeugten Energie liefern soll, würde in seiner ersten Phase nahezu 400 Millionen Dollar kosten – das

entspricht 40 % der gesamten US-Investitionen im südlichen Afrika. Im Anschluß daran würden weitere drei Dämme, die in Uncua, Boroma und Lupata gebaut werden sollen, die Gesamtproduktion des Komplexes auf 50 Milliarden Kilowattstunden anheben, eine fünfmal höhere Leistung als zum Beispiel die des Assuan-Staudamms.

Aber wie wichtig auch immer die industriellen Projekte sein mögen, die man für Mozambique aufgrund von Cabora Bassa ins Auge faßt – es ist offensichtlich, daß sie allein ein solches Projekt nicht rechtfertigen. Tatsache ist, daß mit der Energie, die Cabora Bassa liefert, nicht nur Mozambique industrialisiert und die Entwicklung Südafrikas beschleunigt werden soll, sondern daß das ganze südliche Afrika industrialisiert werden soll, eingeschlossen andere Länder wie Kongo, Tansania und Kenia. Cabora Bassa soll der Ausgangspunkt sein für die Schaffung eines gigantischen gemeinsamen Marktes in jenem Gebiet – ausschließlich zum Vorteil der ausländischen Interessen, die das Volk beherrschen. Das Projekt des Kunene-Damms in Angola liegt im Rahmen der gleichen Perspektive. Es ist kaum zufällig, daß – wie in der Umgebung des zukünftigen Cabora-Bassa-Damms – auch dort südafrikanische Militärbasen bestehen.

Auch die Reichtümer des Bodens unserer Länder stehen im Dienste der Interessen, die unser Volk beherrschen, von De Beers, Somitomo, Anglo-American, Gulf Oil, Krupp und vielen anderen, deren Namen den Völkern der ganzen Welt nur zu bekannt sind.

Andererseits liegen Angola und Mozambique am Eingang zum reichen Hinterland des südlichen Afrika, Gebiete, die notwendigerweise für die Exporte und Importe jenes Hinterlandes passiert werden müssen.

Für die Mineralien von Katanga und Sambia verfügt Angola, für den Rest jener Ländergruppe Mozambique über die natürlichen Häfen. Darüberhinaus werden durch die Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes im mittleren Osten und die neue Strategie des Seetransports, die auf die Benutzung von Supertankern ausgerichtet ist, diese Häfen zu äußerst wichtigen Stationen auf der „Cap-Route“ und die portugiesischen Kolonien Angola, Guinea und die Kapverdischen Inseln, sowie Mozambique insgesamt zu einer Kette strategisch wichtiger Punkte für die Beherrschung dieser Route.

Die Kapverdischen Inseln erscheinen als eine ideale strategische Zone zur Nachrichtenkontrolle zwischen Europa, dem Südatlantik und Lateinamerika. Aufgrund ihrer geographischen Lage sind Angola und Mozambique sogar für die Interessengruppen, die das südliche Afrika beherrschen, zu einer Sicherheitsgrenze geworden.

Oft hat die südafrikanische Regierung ihre Absicht erklärt, in unseren Ländern zu intervenieren. Diese Intervention, findet zur Zeit tatsächlich – auch auf militärischem Gebiet – statt, und, was besorgniserregender ist, es werden Maßnahmen getroffen, die eine neue Eskalation der südafrikanischen Aggression ermöglichen.

Unglücklicherweise nehmen nicht nur die neonazistischen Behörden Pretorias an der Aggression gegen die Völker von Angola, Guinea und Mozambique teil, und es sind nicht nur spezifische südafrikanische Interessengruppen, die alle Reichtümer der portugiesischen Kolonien und des südlichen Afrika kontrollieren und ausbeuten.

Wenn man von der Produktion der automatischen G 3-Gewehre im Werk von Braco de Prata (sie werden unter einer belgischen Lizenz mit technischer Unterstützung durch die deutsche Bundesrepublik hergestellt) und von der Montage der einmotorigen britischen Flugzeuge des Typs Auster D5-160 absieht, ist die gesamte portugiesische Bewaffnung ausländischen Ursprungs, sie stammt von der NATO und bestimmten Mitgliedstaaten, ganz besonders aus den USA, Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich, die zufällig auch die wichtigsten Staaten bei der wirtschaftlichen Beherrschung unserer Länder und unseres Gebietes sind.

Die Tatsache, daß Portugal, das rückständigste Land Europas, ein Expeditionskorps mit mehr als 150.000 Mann unterhalten kann, die Tatsache, daß es in der Lage ist, einen Kolonialkrieg über mehr als zehn Jahre an drei Fronten zu führen, daß es mehr als die Hälfte seines Budgets für den Krieg verbraucht, daß die täglichen Kosten für seine Aggression nahezu zwei Millionen Dollar betragen, und daß es ihm freisteht, seine kriminellen Akte nach Lust und Laune auf die Nachbarländer auszudehnen, zeigt in vollem Maße die Bedeutung der Komplizenschaft und Unterstützung, die es von bestimmten Gruppen in Europa und USA erhält.

Tatsächlich ist es gegenwärtig absurd, den Kolonialkrieg als portugiesischen Krieg zu begreifen, und die ganze portugiesische Strategie bestätigt dies. Nachdem sie die Position der Offensive verloren haben und in eine Defensivstrategie gedrängt wurden, sind die portugiesischen Kolonialisten übereingekommen, in einem doppelten Prozeß den Krieg zu internationalisieren, um mit ihrer Lage fertigzuwerden.

Diese Internationalisierung kommt zunächst in dem Versuch zum Ausdruck, die Aggression auf die angrenzenden Staaten auszudehnen, in dem Bemühen, die These zu rechtfertigen, daß unser Kampf vom Ausland inspiriert wird, und andererseits, und das vor allem, um das unabhängige Afrika einzuschüchtern und dazu zu bringen, negativen Druck auf unseren Kampf auszuüben.

Die portugiesischen Kolonialisten hofften sogar, eine solche Situation hervorzurufen, daß ihre Verbündeten im Interesse einer beabsichtigten Vermittlung zwischen Portugal und Afrika in der Lage sein würden, Bedingungen zu schaffen, die den grundlegenden Interessen unseres Volkes zuwiderlaufen.

Das patriotische Bewußtsein der afrikanischen Massen, die korrekten Prinzipien, die die Nationale Afrikanische Union Tansanias (TANU), die Vereinigte Nationale Unabhängigkeitspartei (UNIP), die Kongolese Arbeiterpartei (PCT), die Demokratische Partei Guineas (PDG), der kämpferische Geist solcher Führer wie *Nyerere*, *Kaunda*, *N'Gouabi* und *Sekou Touré* leiten, haben diese portugiesischen Pläne vollständig zunichte gemacht. Bei jeder Provokation, bei jeder Aggression haben Tansania, Sambia, die Volksrepublik Kongo, die Republik Guinea ihre Solidarität mit unseren Völkern immer wieder verstärkt und die Unterstützung unserer Organisationen ausgedehnt.

Ein anderes Gebiet, auf dem die Kolonialisten mit einem beträchtlichen Erfolg gerechnet haben – das sollte festgehalten werden – war die Stärkung ihrer Allianzen und die Entwicklung der Unterstützung dieser Allianzen für ihre verbrecherische Sache. In einer ersten Phase, die wir an den Anfang des letzten Jahrzehnts setzen können, unternahm Portugal alles mögliche, um die Beteiligung nicht-portugiesischen

Kapitals bei der wirtschaftlichen Ausbeutung seiner Kolonie zu vergrößern. Auf diese Weise sollte ein wirtschaftlicher Beitrag zur Unterstützung des Krieges gewonnen werden. Andererseits, wenn sich diese wirtschaftlichen Kräfte einmal in den Kolonien etabliert hatten, sollten sie dazu gebracht werden, ihre Interessen mit der Sache des Kolonialismus zu identifizieren, sich somit in „Pressure groups“ verwandeln, die in ihren Heimatländern die portugiesische Sache gegenüber ihren jeweiligen Regierungen verteidigen würden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, zu dem sie dieser Unterstützung sehr stark bedarf, erbittet und erhält die Regierung von ihren Alliierten wachsende Unterstützung finanzieller wie auch militärischer Art. Die wachsende Bedeutung der nicht-portugiesischen wirtschaftlichen Interessen in unseren Ländern und das Anwachsen der westlichen Militärhilfe, die diese notwendigerweise mit sich bringt, haben den portugiesischen Kolonialkrieg qualitativ verändert: Die Aggression gegen uns bekam internationalen Charakter und arbeitet mit der Perspektive einer Eskalation. Diese Situation wird klarer, da sich – angesichts der militärischen Niederlage Portugals, die jeden Tag offensichtlicher wird – diese Quellen beeilen, neue Pläne der Eskalation und Aggression gegen unser Volk zu schmieden.

So beabsichtigt der jüngste Militärplan der Konservativen Partei, der vorsieht, Atom-U-Boote und Flugzeugträger an die Küsten von Angola und Mosambique zu schicken, der von der Verstärkung militärischer und wirtschaftlicher Hilfe im Kolonialkrieg spricht und sogar die Schaffung einer neuen militärischen Allianz vorsieht unter dem Vorwand des Schutzes der Kap-Route, in Wirklichkeit, die Aggression gegen uns auszuweiten.

In der Führung der NATO und der USA, Englands, der Deutschen Bundesrepublik und Frankreichs, werden immer häufiger verantwortliche Stimmen laut, die die Schaffung eines neuen Militärpakts fordern, der unter dem Vorwand einer angeblichen sowjetischen und chinesischen Bedrohung der Südfanke der NATO und der Kap-Route – gegen den Willen der Massen – die Zerstörung der rassistischen und kolonialistischen Regimes im südlichen Afrika, in Guinea und auf dem Kapverdischen Inseln verhindern will.

Diese imperialistische Grausamkeit gegen uns findet ihre Erklärung nicht nur in der Ausbreitung der bestehenden Interessengruppen in unserem Gebiet, sondern auch in der Bedeutung der wirksamen Eindämmung dieser Interessen durch unseren Kampf.

Unser Kampf, die Aktion der FRELIMO, MPLA, PAIGC kann nicht nur als militärische Aktion verstanden werden. In unserem Land kann der Krieg nicht ausschließlich auf der Basis einer bewaffneten Konfrontation und der Militärtechnik definiert werden. Dies zu tun, würde der wahren Natur und dem Inhalt unseres Kampfes widersprechen. Die notwendige militärische Dimension unseres Kampfes ist nur möglich durch die politische Dimension, die ihn leitet.

Unseren Kampf, seine Orientierung, seine Ziele zu definieren, heißt zuallererst die soziale Basis des Kampfes, die Natur und das Ausmaß der Widersprüche zwischen unserer arbeitenden Bevölkerung und den Mächten, die sie unterdrücken, zu definieren.

Wenn wir von Fremdherrschaft gesprochen haben – portugiesischer und anderer – haben wir die Ziele, die diese Herrschaft verfolgt; die Bedürfnisse, die sie befriedigt, dargelegt. Jetzt müssen wir verstehen, was die Unterwerfung unter diese Interessen materiell für unsere Völker bedeutet.

Für die Bauern der Baumwollgebiete von Mozambique und der Kaffeefeldern von Angola, für die Erdnußbauern von Guinea bedeutet die Herrschaft der konzessionierten Gesellschaften die Ausplünderung des Landes durch die riesigen landwirtschaftlichen Gesellschaften vollständiges Elend. Die Gesellschaften verpflichten die Bauernschaft zu Zwangsarbeit auf ihren Ländereien, was diesen Gesellschaften großen Nutzen, den Bauern aber nur einen Lohn von ganzen 0.17 Dollar pro Tag bringt. Die konzessionierten Gesellschaften zwingen den Bauern dazu, Baumwolle oder Kaffee zu produzieren, was am Ende eines Arbeitsjahres, unter den bestmöglichen Bedingungen, ca. 40 Dollar einbringt; dies reicht gerade zur Amortisierung der ewigen Schulden an die Läden der Gesellschaften.

Für unsere Bauernschaft stellt sich die nationale Befreiung zuallererst in dem Verschwinden dieser Gesellschaften dar. In den befreiten Gebieten von Angola, Guinea und Mozambique können die Gesellschaften nicht überleben, wenn einmal der militärische und administrative Unterdrückungsapparat zerschlagen ist. Deshalb verschwand die CUF in Guinea, und die SAGAL (Monopolgesellschaften der portugiesischen Kolonialisten; A.d.U.) mußte die Ausbeutung der Bauernschaft von Mueda einstellen.

Der koloniale Staat – eng mit den Gesellschaften verknüpft – der die Bauern zur Zwangsarbeit zwingt, der brutal jede Opposition gegen die koloniale Ausbeutung unterdrückt, der den Bauern dazu verpflichtet, drei Monatslöhne in Form von Steuern zu zahlen, der Staat, dessen Verwaltung, Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und ganze Struktur allein der Versklavung der arbeitenden Bevölkerung dient, muß im Verlauf des bewaffneten Kampfes zur nationalen Befreiung auch zerstört werden. Es ist offenkundig, daß, ist einmal der militärische Apparat zerstört, niemand Existenz und Tätigkeit der Kolonialverwaltung dulden wird.

Die Zerstörung der Macht des Kolonialstaats und Gesellschaften ist deshalb das Ziel der Bauernschaft, was unser Kampf jeden Tag zeigt. Dieses Ziel, ist auch das der Gesamtheit der arbeitenden Massen unserer Länder, der Landarbeiter und Industriearbeiter, der Bergarbeiter und der Fischer, der ganzen arbeitenden Bevölkerung, die durch Steuern niedergedrückt, der Zwangsarbeit unterworfen, Opfer jeder Art von Brutalität und Erniedrigung sind.

Deshalb wurde in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea und Mozambique eine Staatsmacht aufgebaut, eine Form der wirtschaftlichen und sozialen Organisation, die den Sieg der arbeitenden Bevölkerung ausdrückt, sowie solche in- und ausländischen Herrschaftsstrukturen für immer ausschließt, die den Menschen zur Ausbeutung zwingen, oder ihn von der Teilnahme an Entscheidungen fernhalten, ihn zum Objekt, aber niemals zum Subjekt der Geschichte und seiner Gesellschaft, machen.

Durch die Volkskomitees, die auf verschiedenen administrativen Ebenen Macht ausüben, durch die Volkstribunale und das System der Produktions- und Verkaufs-

genossenschaften, haben wir in unseren Ländern eine neue gesellschaftliche Ordnung des Volkes, eine wahrhaft neue und revolutionäre Macht geschaffen.

Weil unser Kampf tatsächlich revolutionär ist, was bedeutet, daß er zur Überwindung des alten Regimes führt, zur Schaffung neuer sozialer Beziehungen in der Produktion, zur Befreiung des Prozesses der Entwicklung der Produktivkräfte, deshalb waren wir in der Lage, die massive Unterstützung unserer Völker zu gewinnen und einen siegreichen Kampf zu führen.

Ihr werdet die Wichtigkeit verstehen, die wir dem ideologischen Faktor und dem Problem der Entwicklung einer korrekten politischen Linie beimesse.

Aus einer metaphysischen Rationalität eine wissenschaftliche Rationalität machen, falsche Solidarität des Stammes und der Religion verdrängen und durch nationale Solidarität ersetzen, ethnische und sprachliche und andere Trennungslinien, die aus der Vergangenheit ererbt und vom Kolonialismus gepflegt werden, überwinden, die Einheit der revolutionären Kräfte herstellen, die Massen zu einer korrekten Bestimmung des Feindes führen, eine feste Trennungslinie zwischen Freund und Feind ziehen, klar zwischen dem Zweitrangigen und dem Wesentlichen unterscheiden – das sind fundamentale Aufgaben, die bewältigt werden müssen, um den Sieg der Revolution zu vollenden. Nur eine Ideologie, die sich wissenschaftlich auf die objektiven Interessen der arbeitenden Bevölkerung bezieht, kann uns mit dem analytischen Instrument versorgen, das wir zur Befriedigung dieser Notwendigkeiten brauchen. Deshalb ist der Kampf für eine revolutionäre Ideologie verbunden und identisch mit dem Kampf für die Einheit unserer arbeitenden Bevölkerung und für die Entwicklung unseres bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung.

Sicherlich trifft diese Position auf den natürlichen Widerstand all jener Kräfte in unseren Ländern, die die nationale Befreiung für ihren eigenen Aufstieg zur Macht als ausbeutende Kraft benutzen wollen. Um es anders auszudrücken: seit es klar ist, daß die Natur und der Inhalt unserer Ideologie, die Art der Mobilisierung und des Volkskampfes, den wir begonnen haben, die egoistischen und volksfeindlichen Ziele dieser Minorität von Ausbeutern nicht befriedigen kann, haben sie sich gegen die Revolution organisiert, schlagen sie sich offen auf die Seite der portugiesischen Kolonialisten oder führen spalterische Manöver durch, in der Absicht, die Massen zu betrügen, stifteten sie Verwirrung in den Reihen der Kräfte, die uns unterstützen. Aber wie der Wind die kleinen Wolken wegbläst, die die Sonne zu verstecken suchen, so zeigt sich die wachsende Einheit unseres Volkes im Kampfe in der kontinuierlichen Entwicklung des Kampfes und zerstört alle volksfeindlichen Komplotten.

Heute beginnt unser Kampf Früchte zu tragen, weil er über die Zerstörung der Herrschaftsstrukturen hinaus eine neue Wirklichkeit schafft.

Sicherlich entschieden sich weder FRELIMO, noch MPLA noch PAIGC für irgendeine rechtliche Erklärung der Situation, die tatsächlich in Angola, Guinea und Mozambique besteht. Es ist jedoch nicht weniger sicher, daß die Hauptelemente, die Souveränität konstituieren – die Bevölkerung, das Gebiet, die Organisation der Macht – immer weniger in den Händen der portugiesischen Kolonialisten sind und immer mehr Bedeutung für die nationalen Bewegungen bekommen. So ist z.B. in Guinea die portugiesische Souveränität zu einer juristischen Fiktion geworden ohne

irgendeine Beziehung zur Wirklichkeit, ebenso wie in einem Drittel des Nationalterritoriums von Angola und in ca. 200 000 km² des Territoriums von Mozambique.

Ob es sich um die Organisierung von Institutionen und des wirtschaftlichen Lebens oder auch um die Ausübung der Staatsmacht handelt, es ist klar, daß die Verantwortung hierfür bei FRELIMO, MPLA und PAIGC liegt, daß sie es sind, die diese Aufgaben wirksam wahrnehmen.

In diesem Zusammenhang muß die Aufgabe der Solidarität angegangen werden. Solidarität darf nicht der Entwicklung der Lage überlassen werden, sie muß im Gegenteil der Lage eine Entwicklungsrichtung geben, um die Situation günstig für die Sache des Volkes zu gestalten. Ebenso kann die Form dieser Solidarität nicht die gegenwärtig de facto in unseren Ländern bestehende Situation ignorieren.

Anders ausgedrückt, es ist notwendig festzuhalten, daß die Formen und Ziele der Solidarität zu dem wirklichen Inhalt und Entwicklungsstand unseres Kampfes in Beziehung stehen. Es ist nicht möglich aufzugeben, was wir effektiv gewonnen haben: Die Entscheidung unseres Volkes, mit Waffen in der Hand zu kämpfen, bis es vollständige Unabhängigkeit gewinnt; die Tatsache, daß wir nationale Souveränität erlangt haben und in weiten Gebieten des Territoriums unserer Heimat wissenschaftlich ausüben, die das neue Kräfteverhältnis ausdrückt, das zu Gunsten der Völker von Angola, Guinea und Mozambique entstanden ist; schließlich die Ablehnung jeder Lösung, die in irgendeiner Weise die Integrität unseres nationalen Territoriums beschränkt.

In dem Augenblick, in dem der Feind jeden möglichen Weg versucht, das Volk von dem Kampf, der von der MPLA, PAIGC und der FRELIMO geführt wird, abzubringen, und internationale Bedingungen für die Einsetzung von Marionetten oder andere Kompromisse zu schaffen, die die nationale Unabhängigkeit jedes Inhalts berauben würden, ist es wichtig, daß Solidarität eindeutig zu Gunsten unserer Organisationen zum Ausdruck gebracht wird. Die Solidarität mit MPLA, PAIGC und FRELIMO zu festigen bedeutet, eine Aktion und ihre Bedeutung zu stützen, bedeutet vor allem Übereinstimmung damit, daß es keine andere Lösung des Kolonialproblems geben kann als jene, die für unsere Völker gefordert werden und von deren Repräsentanten ausgesprochen wird: Von unseren Organisationen.

Es ist klar, daß diese Solidarität ihres wirklichen Sinns entbehrt, wenn sie nicht den realen Inhalt unseres Kampfes anerkennen kann. Wir kämpfen nicht nur darum eine andere Flagge als die portugiesische zu hissen; wir kämpfen für die Zerstörung einer bestimmten sozialen Ordnung und für die Errichtung einer neuen Ordnung mit demokratischem Charakter. Solidarität muß also zur Verwirklichung unseres Programms der nationalen Befreiung beitragen. Mehr noch, im gleichen Maße, wie die koloniale Aggression sich verändert und internationalisiert, ist es notwendig, die antikolonialistische Aktion ebenfalls zu internationalisieren.

In diesem Zusammenhang messen wir dem Kampf der demokratischen europäischen Kräfte gegen die Unterstützung, die Portugal von der NATO und anderen Mächten erhält, grundlegende Bedeutung bei. Es ist nötig, daß, dem Beispiel unserer schwedischen Freunde folgend, die deutschen, englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Kräfte zusammen mit dem bewaffneten Kampf der

FRELIMO und den diplomatischen Aktivitäten der Afrikaner ihre Monopole von der Beteiligung am Bau des Cabora Bassa-Damms abhalten. Es ist wichtig, daß die Aktion der westlichen demokratischen Kräfte zusammen mit dem Befreiungskampf von FRELIMO, MPLA und PAIGC und den diplomatischen Aktionen der Afrikaner Erfolg hat bei der Verhinderung jeder Unterstützung des kolonialistischen Portugal seitens ihrer Regierungen und Wirtschaftsorganisationen. Es ist wichtig, daß die Aktion der westlichen demokratischen Kräfte zusammen mit der Aktion der Befreiungsbewegungen des unabhängigen Afrika und der gesamten fortschrittlichen Menschheit jede mögliche neue Eskalation oder Internationalisierung der Aggression gegen die Völker von Angola, Guinea und Mozambique verhindern.

Aber Solidarität mit unserem Kampf muß auch andere und mögliche Formen annehmen, die der Unterstützung unserer Anstrengungen beim nationalen Wiederaufbau, bei der Entwicklung und Verbesserung unseres Gesundheits- und Erziehungswesens dienen.

Liebe Freunde!

Wir unterstützen unsere Kampfgenossen vom ANC (Afrikanischer Nationalkongreß, A.d.Ü.) von der ZAPU (Afrikanische Volksunion, A.d.Ü.) der SWAPO (Organisation des südwestafrikanischen Volkes; A.d.Ü.) die einen mutigen Kampf unter schwierigen Bedingungen führen. Wir sind sicher, daß unser Volk den bewaffneten nationalen Befreiungskampf täglich weiter entfalten und so günstigere Bedingungen für den Kampf der Völker von Südafrika, Rhodesien und Namibia schaffen wird.

Der beispielhafte Kampf des vietnamesischen Volkes und der Völker Indochinas gegen die grausamste und barbarischste Aggression seitens des ärgsten Feindes der Menschheit, den nordamerikanischen Imperialismus, schafft eine wertvolle theoretische und praktische Unterstützung für unseren Kampf. Wir wollen unsere Genossen der nationalen Befreiungsfront Südvietnams, der Neo Lao Haksat, der Vereinten Front Kambodschas, der Demokratischen Republik Vietnam, die von so weit gekommen sind, um hier Zeugnis abzulegen von der Brüderlichkeit des bewaffneten Kampfes, der uns vereint, wissen lassen, daß wir vollständig auf ihrer Seite stehen und daß unsere Blutsbande sie niemals im Stich lassen werden.

Der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit; A.d.Ü.) entbieten wir unsere wärmsten Grüße. Afrika ist unser Heimatland, unser Kampf ist immer sein Kampf gewesen. Für die Befreiung von Angola, Guinea und Mozambique nehmen unsere Brüder in Tansania, Sambia, der Volksrepublik Kongo, der Republik Guinea und Senegal täglich Opfer auf sich und ertragen Leid und Kummer; andere Brudervölker wie Algerien, die Vereinigte Arabische Republik und Tunesien haben, obwohl weit von uns entfernt, niemals gezögert, an unserer Seite zu stehen und uns mit all ihrer Kraft zu unterstützen. Deshalb ist unser Sieg auch ihr Sieg, so wie unser Kampf auch ihr Kampf ist.

Es ist richtig und notwendig, von neuem unsere Unterstützung für den Kampf der arabischen Völker gegen die nordamerikanisch-zionistische Aggression und für die Befreiung der besetzten Gebiete und die Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu versichern. Beim Angriff auf die Vereinigte Arabi-

sche Republik und Syrien, bei der Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem Heimatland, handelte Israel nicht nur als eine rassistische Kraft, sondern es festigte auch seine Existenz als ein Instrument und als Komplize der imperialistischen Aggression gegen alle Völker.

Das sozialistische Lager, das gewußt hat, wie man das internationalistische Banner, dem *Lenin* vertraute, hoch hält, ist unsere mächtigste Unterstützungsbasis auf internationaler Ebene. Seine Existenz ist es, die der Überlegenheit des Imperialismus ein Ende gesetzt und so unseren siegreichen Kampf möglich gemacht hat. Die sozialistischen Staaten sind unsere natürlichen Verbündeten, und es ist korrekt, daß wir, als Repräsentanten der Völker von Angola, Guinea und Mozambique, dies hier klar machen.

Wir unterstützen fest den Kampf der Völker Lateinamerikas, die, dem heroischen Beispiel Kubas folgend, bereit sind, ihren Kontinent zu einem freien Kontinent zu machen.

Der Kampf der demokratischen Kräfte und der arbeitenden Massen der westlichen Staaten ist für uns wertvoll. Es ist für uns sehr ermutigend, daß großartige Erwachen der europäischen Jugend zu sehen, die auf der Seite der Völker und der Kräfte steht, die für die Freiheit kämpfen.

Wir fühlen uns sehr ermutigt vom Kampf des portugiesischen Volkes gegen Kolonialkrieg und Faschismus. Es hat uns machtvoll geholfen, unserem Volk das brüderliche Gesicht Portugals zu zeigen, und es ist korrekt zu sagen, daß die portugiesische Arbeiterklasse und ihre Partei großen Verdienst dabei haben und immer, trotz der schwierigen repressiven Bedingungen, imstande waren, Mittel zu finden, uns ihre Unterstützung zu geben.

Neue Aspekte der Monopoltheorie
227 Seiten, Heft 3/71 des Marxismus-Digest
Der Band enthält u.a. folgende Beiträge:

Konzentration und Monopol
Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum
Finanzkapital und Preisbildung im staatsmonopolistischen Kapitalismus; Internationale Konzerne, Integration und nationale Souveränität; Internationale Konzerne und wirtschaftliche Unterentwicklung; Überakkumulation – Monopole – staatsmonopolistischer Kapitalismus heute; Bibliographie zum Thema (ca. 400 nachgewiesene Titel).

Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus
160 Seiten, 2. Auflage, 1971, Heft 1/71 des Marxismus-Digest
Das Heft enthält u.a. Untersuchungen zur gesellschaftlichen und technischen Rolle der Ingenieure, zum Problem ingenieur-technische Intelligenz und Arbeiterklasse sowie zu Denkentwicklungen bei den intellektuellen Lohnarbeitern. Ferner enthält das Heft eine Analyse der Intelligenz in den USA und in Japan nach Anzahl, Zusammensetzung und sozialer Differenzierung sowie eine ausführliche Bibliographie.

Anhang

Ausgewählte Literatur zum Thema

1. Wichtige Publikationen in Buchform

Im folgenden wird auf einige deutschsprachige Veröffentlichungen über die nationale Befreiungsbewegung hingewiesen, denen weitgehend die Funktion von Nachschlagewerken zukommt.

1. Seit 1963 erschienen in der DDR im Jahresrhythmus zusammenfassende Übersichten über die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas:

Die nationale Befreiungsbewegung. Jahresübersicht 1963

bearbeitet vom Forschungszentrum zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Prof. Dr. Walter Markov.

Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, Leipzig
Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Sonderband III, 1964.

Die nationale Befreiungsbewegung. Jahresübersicht 1964

bearbeitet vom Forschungszentrum zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Prof. Dr. Walter Markov.

Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, Leipzig
Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Sonderband 1965.

Die nationale Befreiungsbewegung

Bilanz, Berichte, Chronik
bearbeitet vom Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Prof. Dr. Walter Markov.
Karl-Marx-Universität 1966.

Asien – Afrika – Lateinamerika

Bilanz, Berichte, Chronik, Zeitraum 1966
bearbeitet für die Sektion Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig von Prof. Dr. Walter Markov
Karl-Marx-Universität Leipzig 1967
Kommissionsverlag: VEB Bibliographisches Institut, Leipzig.

Asien – Afrika – Lateinamerika

Bilanz, Berichte, Chronik, Zeitraum 1967
bearbeitet für die Sektion Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig von Dr. Werner Loch
Karl-Marx-Universität Leipzig 1968,
Kommissionsverlag: VEB Bibliographisches Institut, Leipzig.

Asien – Afrika – Lateinamerika

Bilanz, Berichte, Chronik, Zeitraum 1968
bearbeitet für die Sektion Afrika-Nahost-Wissenschaften der Karl-Marx-Universität
Leipzig von Dr. Werner Loch
VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969.

Asien – Afrika – Lateinamerika

Bilanz, Berichte, Chronik, Zeitraum 1969
im Auftrag des Zentralen Rates für Asien-Afrika und Lateinamerikawissenschaften
in der DDR herausgegeben vom Vorsitzenden Prof. Dr. phil. habil. Lothar Rathmann
VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1970.

Asien – Afrika – Lateinamerika 1971

Bilanz, Berichte, Chronik, Zeitraum 1970
im Auftrag des Zentralen Rates für Asien-Afrika- und Lateinamerikawissenschaften
in der DDR, herausgegeben von Prof. Dr. phil. habil. Lothar Rathmann
VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1971 (Auslieferung IV. Quartal 1971).

Seit 1968 (Zeitraum 1967) bestehen diese Jahresübersichten aus einem allgemeinen Abschnitt, aus je einem Abschnitt über Süd- und Südostasien, die arabischen Länder, das subsaharische Afrika und Lateinamerika, sowie aus einem Anhang. Die einzelnen Abschnitte enthalten je ein bis zwei Aufsätze und eine Chronologie. Die letzten beiden Jahresübersichten haben folgende Gliederung:

Zeitraum 1968**Zum Geleit**

Chronologie: Allgemeines

Die nationale Befreiungsbewegung in Süd- und Südostasien

Arndt Krause/Gerhard Selter: Süd- und Südostasien – Bilanz des Jahres 1968

Wilfried Lulei: Vietnam 1968 – Dem Frieden einen Schritt näher

Chronologie: Asien (ohne arabischer Bereich)

Die nationale Befreiungsbewegung in den arabischen Ländern

Lothar Rathmann: Charakter, Triebkräfte und Entwicklung der israelischen Aggression im nahen Osten – Nahostbilanz 1968

Gerhard Tripp: Zur Rolle internationaler panislamischer Organisationen in der Befreiungsbewegung der arabischen Völker.

Chronologie: arabische Länder

Die nationale Befreiungsbewegung im subsaharischen Afrika

Heinrich Loth: Die OAU: als Bestandteil der antiimperialistischen Einigungsbewegung in Afrika – Rückblick und Bilanz 1968

Kurt Büttner: Die historische Defensivposition des Imperialismus und Tendenzen seiner modernen Kolonialapologetik.

Chronologie: Subsaharisches Afrika**Die nationale Befreiungsbewegung in Lateinamerika**

Jürgen Kübler: Diktaturen, Reformen, Revolutionen – Lateinamerika im Rückblick 1968

Chronologie: Lateinamerika

Anhang**Bibliographie:**

Bibliographie (DDR Zeitschriftenliteratur des Jahres 1968 zur nationalen Befreiungsbewegung)

Bericht: Aus der Arbeit der Sektion im Jahre 1968

Autorenverzeichnis

Zeitraum 1969**Zum Geleit**

Günter Thole/Renate Wünsche: Die Bedeutung der internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien für die weitere Formierung des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Chronologie: Allgemeines

Die nationale Befreiungsbewegung in Süd- und Südostasien

Arndt Krause/Gerhard Selter: Süd- und Südostasien – Bilanz des Jahres 1969

Wilfried Lulei: Ho Chi minh – ein Leben für nationale Befreiung und Sozialismus

Chronologie: Asien (ohne arabischen Bereich)

Die nationale Befreiungsbewegung in den arabischen Ländern

Gerhard Gerth/Gerd Tück/Ingrid Mährdel: Nahostbilanz 1969

Herbert Baumann/Helmut Nimschowski: Entwicklungstendenzen der revolutionär-demokratischen Staatsmacht und Partei in Algerien

Chronologie: Arabische Länder

Die nationale Befreiungsbewegung im subsaharischen Afrika

Albin Kress/Christian Mährdel: Subsaharisches Afrika – Bilanz des Jahres 1969

Kurt Büttner/Christian Rachel: Die Bedeutung des Marxismus-Leninismus für den ideologischen Klassenkampf in Afrika

Chronologie: Subsaharisches Afrika.

Die nationale Befreiungsbewegung in Lateinamerika

Adalbert Dessau/Horst Drechsler: Lateinamerika – Bilanz des Jahres 1969

Manfred Kossok/Jürgen Kübler: Entwicklung und Funktion der Reformparteien in Lateinamerika (Thesen)

Chronologie: Lateinamerika

Anhang

Bibliographie (DDR-Zeitschriftenliteratur des Jahres 1969 zur nationalen Befreiungsbewegung)

Bericht zur Arbeit des Zentralen Rates für Asien, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR 1969

Autorenverzeichnis

2. Im Jahre 1967 publizierte ein Autorenkollektiv des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ein grundlegendes dreibändiges Werk, das 1969 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern“ in der DDR erschien (Staatsverlag der DDR, 108 Berlin, Otto-Grotewohlstr.) Diese außerordentlich wichtige Publikation, aus der ein Auszug in diesem Heft des Marxismus-Digest enthalten ist (Siehe Seite 47 ff.), ist folgendermaßen gegliedert:

Klassen- und Klassenkampf in den Entwicklungsländern

Band 1: Die Klassenstruktur

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Kapitel I: Allgemeine Charakteristik der Klassenstruktur

1.1 Die Struktur der erwerbstätigen Bevölkerung

1.2 Die Besonderheiten der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern

Kapitel II: Die Formierung und die Struktur der Arbeiterklasse

2.1 Die Bedingungen für die Formierung des Proletariats und des Arbeitsmarktes

2.2 Die Struktur der Arbeiterklasse in den Entwicklungsländern

2.3 Die Lage der Arbeiterklasse

Kapitel III: Die nationale Bourgeoisie

3.1 Die Bedingungen für das Entstehen und die Entwicklung der Bourgeoisie in Asien, Afrika und Lateinamerika

3.2 Die Prozesse der klassenmäßigen Konsolidierung der Bourgeoisie unter den Bedingungen der nationalen Unabhängigkeit

3.3 Die Schichten und Gruppen der Bourgeoisie und ihre Stellung in der Wirtschaft

3.4 Die Klassenpolitik der Bourgeoisie, ihre Ziele und die Methoden der Realisierung

Kapitel IV: Soziale Zwischenschichten und Gruppen

4.1 Das städtische Kleinbürgertum

4.2 Angestellte und Intelligenz

4.3 Das Offizierskorps

Kapitel V: Die Klassenstruktur des Dorfes und die Lage der bäuerlichen Massen

5.1 Die Oberschicht der feudalen Grundbesitzer auf dem Lande

5.2 Die Bauernschaft

5.3 Die Formierung der Klassen der bürgerlichen Gesellschaft in der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern

5.4 Die proletarischen und halbproletarischen Schichten des Dorfes

Geographisches Register

Sachregister

Klassen- und Klassenkampf in den Entwicklungsländern

Band 2: Probleme der ökonomischen Unabhängigkeit

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. Das Problem der Akkumulation in den Entwicklungsländern

1.1 Die Akkumulation und das Tempo des ökonomischen Wachstums

1.2 Struktur und Verteilung des Nationaleinkommens

1.3 Die Umverteilung des Nationaleinkommens

1.4 Die Wege zur Mobilisierung der potentiellen Akkumulationsquellen

2. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft

2.1 Der staatliche Sektor in der Wirtschaft der Entwicklungsländer

2.2 Die Wege der Herausbildung und Entwicklung des staatlichen Sektors in den Entwicklungsländern

2.2.1 Die Nationalisierung

2.2.2 Die Auseinandersetzung um die Anlagesphäre der neuen staatlichen Kapitalinvestitionen

2.3 Die Stellung des staatlichen und privaten Sektors in der Wirtschaft der Entwicklungsländer

2.4 Die Perspektivpläne als Faktor der ökonomischen Entwicklung

2.4.1 Die Besonderheiten der Planung in den freigewordenen Ländern

2.4.2 Die Schwierigkeiten der Planvorbereitung

2.4.3 Die Grundzüge der beschlossenen Pläne

2.4.4 Die Pläne und das private Unternehmertum

3. Die Beseitigung der technisch-ökonomischen Rückständigkeit und die Veränderung in der sozialen Struktur des Dorfes

3.1 Probleme der Agrarumgestaltungen

3.1.1 Die Haltung der verschiedenen Klassen in der Agrarfrage

3.1.2 Die Agrarreform in den Ländern, die sich auf kapitalistischem Wege entwickeln

3.1.2.1 Asien und Nordafrika

3.1.2.2 Lateinamerika

3.1.2.3 Tropischafrika

3.1.3 Die Unmöglichkeit, die Agrar- und Bauernfrage mit kapitalistischen Methoden zu lösen

3.1.4 Die Agrarumgestaltungen in den Ländern, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten

3.2 Die Industrialisierung in den Entwicklungsländern und das Verhältnis der verschiedenen Klassen und Schichten dazu

3.2.1 Die Bedingungen der Industrialisierung

3.2.2 Die Politik der industriellen Entwicklung in freigewordenen Ländern

3.2.3 Die Methoden der Industrialisierung

4. Die Entwicklungsländer und die Weltwirtschaftsverbindungen

4.1 Der Kampf gegen die Herrschaft der imperialistischen Monopole

4.1.1 Das ausländische Privatkapital in der Wirtschaft der Entwicklungsländer

- 4.1.2 Die Formen und der Grad der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital
- 4.1.3 Der Umfang der Ausbeutung der Entwicklungsländer
- 4.1.4 Die ökonomische Politik des Staates gegenüber dem ausländischen Kapital und die Haltung der Klassen
- 4.2 Der Kampf um eine echte, konstruktive Wirtschaftshilfe
- 4.3 Die Hauptprobleme und die Tendenzen des Kampfes um die Umgestaltung des Außenhandels
- 4.3.1 Die Voraussetzungen für die Schaffung eines nationalen Außenhandels
- 4.3.2 Die nationale Wirtschaftsführung – Kontrolle und Regulierung
- 4.3.3 Die Veränderung der Warenstruktur
- 4.3.4 Die Überwindung der geographischen Einseitigkeit
- Geographisches Register
- Sachregister

Klassen- und Klassenkampf in den Entwicklungsländern

Band 3: Die Wahl des Weges

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

- 1. Die Arbeiterbewegung in den Entwicklungsländern
 - 1.1 Das Suchen nach qualitativ neuen Formen des Klassenkampfes – eine charakteristische Besonderheit der Nachkriegsetappe der Arbeiterbewegung in den Entwicklungsländern
 - 1.2 Platz und Rolle der Gewerkschaftsorganisationen der Entwicklungsländer im gegenwärtigen Kampf der Arbeiterklasse – das Problem der gewerkschaftlichen Einheit
- 2. Die Bauernbewegung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas
 - 2.1 Die Bauernbewegung in der gegenwärtigen Etappe des nationalen Befreiungskampfes
 - 2.2 Die Bauernschaft als Hauptverbündeter des Proletariats und Massenstütze im Kampf um den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg
- 3. Die ideologischen Hauptrichtungen in der gegenwärtigen nationalen Befreiungsbewegung
 - 3.1 Die Ideologie des bürgerlichen Nationalismus
 - 3.2 Die klerikale Ideologie
 - 3.3 Die Festigung der Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus
- 4. Die kommunistische Bewegung in den Entwicklungsländern und die Taktik der Kommunistischen Parteien in den nationalen Befreiungsrevolutionen
 - 4.1 Das Entstehen und Wachsen der marxistisch-leninistischen Parteien in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas
 - 4.2 Die Strategie und Taktik der Kommunistischen Parteien in den nationalen Befreiungsrevolutionen
- 5. Der Kampf um die Staatsmacht
 - 5.1 Die feudal-monarchistischen Herrschaftssysteme
 - 5.2 Die feudal-bürgerlichen Herrschaftssysteme

- 5.3 Die national-bürgerlichen und die bürgerlich-feudalen Herrschaftssysteme
- 5.4 Die Staatsmacht die nicht auf feudalistischer und kapitalistischer Grundlage entstanden ist
- 5.5 Die revolutionär-demokratischen Herrschaftssysteme
- 5.6 Herrschaftssysteme, die eine Zwischenstellung einnehmen und sich noch im Stadium der Konsolidierung befinden
- 5.7 Die bürgerlich-feudalistischen Herrschaftssysteme in Lateinamerika
- 6. Probleme des Hinüberwachsens der nationalen Befreiungsrevolution in die sozialistische Revolution
 - 6.1 Die nichtkapitalistische Entwicklung als Prozeß des Hinüberwachsens der nationalen Befreiungsrevolution in die sozialistische Revolution
 - 6.2 Die demokratische Einheitsfront
 - 6.3 Die staatlich-politische Form der nichtkapitalistischen Entwicklung

Zusammenfassung

Nachwort zur deutschen Ausgabe

Geographisches Register

Sachregister

3. Beim Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/Main, Heddernheimer Landstr. 78a, sind bislang vier Dokumentationen über den Befreiungskampf der Völker Indochinas und der portugiesischen Kolonien erschienen, in denen wichtiges dokumentarisches Material – vor allem auch programmatischen Charakters – enthalten ist:

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution

Band 1: Südvietnam, hrsg. von Jutta v. Freyberg und Kurt Steinhaus

Vorbemerkung

1

Einleitung: Historische Entwicklung und Perspektiven des Kampfes der südnamesischen Bevölkerung gegen den US-Imperialismus und das Saigoner Regime

2

Programme der Südvinamesischen Nationalen Befreiungsfront (NFL)

Dokument 2.1: Programm der NFL (20.12.1960)

Dokument 2.2: Politisches Programm der NFL (20.8.1967)

3

Dokumente zur Neujahrsoffensive der NFL 1968 und ihren Ergebnissen

Dokument 3.1: Aufruf des Präsidenten des Präsidiums des ZK der NFL, Nguyen Huu Tho, an die Beamten, Offiziere und Soldaten des Marionettenregimes (1.2. 1968)

Dokument 3.2: Drittes Sonderkommuniqué des Oberkommandos der Südvinamesischen Volksbefreiungsstreitkräfte (26.2.1968)

Dokument 3.3: Politisches Programm der Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte Vietnams (31.7.1968)

4

Grundsätzliche Stellungnahmen der NFL zur Beendigung des Krieges
 Dokument 4.1: Die fünf Punkte der NFL (22.3.1965)

Dokument 4.2: Erklärung des ZK der NFL zu den Pariser Gesprächen (10.6.1968)
 Dokument 4.3: Erklärung des ZK der NFL zur politischen Regelung des Südvietnam-Problems (3.11.1968)

Dokument 4.4: Erklärung des ZK der NFL über eine globale Lösung des Südvietnam-Problems (8.5.1969)

5

Dokumente zur politischen Programmatik der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam

Dokument 5.1: Grundsatzdeklaration des Kongresses der Volksvertreter Südvietnams (8.6.1969)

Dokument 5.2: Aktionsprogramm der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (10.6.1969)

6

Materialien zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens in den befreiten Gebieten

Dokument 6.1: Das Gesundheitswesen macht Fortschritte (Oktober 1968)

Dokument 6.2: Die Entwicklung des Schulwesens in einem Dorf (April 1969)

7

Materialien zur militärischen Strategie und Taktik der Südvietnamesischen Volksbefreiungsstreitkräfte

Dokument 7.1: Die Vernichtung eines Konvois der Marionettenarmee auf der Strategischen Straße No. 19 (Juli 1969)

Dokument 7.2: Die Beschießung des US-amerikanischen Luftstützpunktes Bien Hoa (Oktober 1964)

Dokument 7.3: Die Zerschlagung einer US-amerikanischen Kampfgruppe bei Bau Bang (November 1965)

Dokument 7.4: Das Kräfteverhältnis auf dem Kriegsschauplatz Südvietnam (August 1966)

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution

Band 2: Nordvietnam, hrsg. von Jutta v. Freyberg und Kurt Steinhaus

Vorbemerkung

1

Einleitung: Antiimperialistischer Kampf und Aufbau des Sozialismus in der Demokratischen Republik Vietnam (DRV)

2

Dokumente zur politischen Programmatik der DRV

Dokument 2.1: Unabhängigkeitserklärung der DRV (2.9.1945)

Dokument 2.2: Aufruf des Präsidenten der DRV, Ho Chi Minh, zum allgemeinen Widerstandskrieg (20.12.1946)

Dokument 2.3: Stellungnahme des Außenministers der DRV, Pham Van Dong, unmittelbar nach Abschluß der Genfer Konferenz (21.7.1954)

Dokument 2.4: Resolution des III. Nationalen Kongresses der Partei der Werktätigen Vietnams über die Aufgaben und die Linie der Partei in der neuen Etappe (Sept. 1960)

Dokument 2.5: Politischer Bericht der Regierung der DRV an die Nationalversammlung (Juni 1964)

3

Statistische Materialien zum Aufbau des Sozialismus in der DRV

4

Grundsätzliche Stellungnahmen der DRV zur Beendigung des Krieges

Dokument 4.1: Die vier Punkte der DRV (8.4.1965)

Dokument 4.2: Erklärung der Regierung der DRV zur „eingeschränkten Bombardierung“ Nordvietnams durch die USA (3.4.1968)

Dokument 4.3: Erklärung der Regierung der DRV zur bedingungslosen Einstellung der Bombardierung und Beschießung des gesamten Territoriums der DRV durch die USA (2.11.1968)

Dokument 4.4: Appell des Präsidenten der DRV, Ho Chi Minh, an die vietnamesische Nation (3.11.1968)

5

Materialien zur Organisation der nationalen Verteidigung und des gesellschaftlichen Lebens der DRV im Volkskrieg gegen den US-Imperialismus

Dokument 5.1: Zwei nordvietnamesische Gemeinden im Kampf gegen den US-imperialistischen Zerstörungskrieg (1964–1967)

Dokument 5.2: Volkskrieg und Volksluftabwehr (1964–1967)

Dokument 5.3: Der Kampf an der Kommunikations-, Produktions- und an der kulturellen Front (1964–1967)

Dokument 5.4: Communiqué des Oberkommandos der Vietnamesischen Volksarmee zum Sieg der nordvietnamesischen Streitkräfte und Bevölkerung über den US-imperialistischen Zerstörungskrieg (5.11.1968)

6

Ho Chi Minh, Politisches Testament (10.5.1969)

Indochina im Kampf gegen den US-Imperialismus

Dokumente und Materialien, hrsg. von Gabriele Sprigath und Kurt Steinhaus

Vorbemerkung

1 Südviertnam im Kampf gegen den US-Imperialismus (1968–1970)

Dokument 1.1: Warum ist die US-Aggression gegen Südviertnam zur vollständigen Niederlage verdammt? (Mai 1969)

Dokument 1.2: Wohin führt Nixons neue Formel: Marionetten-Bodentruppen + US-Feuerkraft? (Januar 1970)

Dokument 1.3: Ein Plan, der zum Scheitern verurteilt ist (Januar 1970)

2 Laos im Kampf gegen den US-Imperialismus

- Dokument 2.1: Politisches Programm der Dreiparteienregierung der Nationalen Einheit von Laos (23.6.1962)
- Dokument 2.2: Politisches Programm der Patriotischen Front von Laos (31.10.1968)
- Dokument 2.3: Memorandum des ZK der Patriotischen Front von Laos über die erweiterte und verstärkte Verwendung der „Spezialtruppen“ durch die US-Imperialisten zur Verschärfung ihres Aggressionskrieges gegen Laos (4.12.1969)
- Dokument 2.4: Erklärung des ZK der Patriotischen Front von Laos über eine politische Lösung des Laos-Problems (8.3.1970)
- Dokument 2.5: Sonderkommuniqué des Oberkommandos der Laotischen Volksbefreiungsarmee (23.3.1971)
- 3 Kambodscha im Kampf gegen den US-Imperialismus
- Dokument 3.1: Botschaft und feierliche Erklärung von Prinz Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha (23.3.1970)
- Dokument 3.2: Politisches Programm der Nationalen Einheitsfront von Kampuchea (5.5.1970)
- 4 Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker (25.4.1970)
- 5 Perspektiven des Befreiungskampfes der Völker Indochinas
Karte Indochinas (mit Verzeichnis der Provinzen)

Angola, Guinea, Mocambique

- Dokumente und Materialien des Befreiungskampfes der Völker Angolas, Guineas und Moçambiques
Hrsg. von Barbara Schilling und Karl Unger
- Vorbemerkung
- 1 Einleitung: Der deutsche Imperialismus und das südliche Afrika
 - 2 Materialien zur Geschichte des bewaffneten Befreiungskampfes in Angola, Guinea und Moçambique
- Dokument 2.1: Amilcar Cabral: Die Macht der Waffen
- Dokument 2.2: Eduardo Mondlane: Eine entscheidende Herausforderung
- Dokument 2.3: Agostinho Neto: Ein Volk im Aufstand
- 3 Das Parteiprogramm der PAIGC
- Dokument 3.1: Programm der PAIGC
- 4 Materialien zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens in den befreiten Gebieten
- 4.1 Der Aufbau des Gesundheitswesens
- Dokument 4.1.1: Medizinische Versorgung in den Guerilla-Gebieten Angolas
- 4.2 Der Aufbau des Schulwesens
- Dokument 4.2.1: PAIGC: Unser Kampf um die Bildung der Massen und die Heranbildung von Kadern
- 4.3 Die Rolle der Frau
- Dokument 4.3.1: Josima Machel: Die Rolle der Frau in der Revolution

- 4.4 Die ökonomische Entwicklung der befreiten Gebiete
- Dokument 4.4.1: Guinea: Die Wirtschaft der befreiten Gebiete
- Dokument 4.4.2: Mocambique: Ökonomische Probleme der befreiten Gebiete
- Dokument 4.4.3: FRELIMO: Resolution zum nationalen Wiederaufbau
- 5 Materialien zu den portugiesischen Kriegsverbrechen
- Dokument 5.1: Amilcar Cabral: Die Verbrechen der portugiesischen Kolonialisten und die Deklaration der Menschenrechte
- Dokument 5.2: Appell der MPLA
- Anhang

Materialien wissenschaftlicher Veranstaltungen des IMSF

Neuerscheinung

Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften

Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen. Beiträge einer Tagung des IMSF, veranstaltet am 17. und 18. April 1971 in Frankfurt/Main. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. 279 S., DM 9,50. Verlag Marxistische Blätter, 1971

Inhalt:

- Referat 1: Prof. Dr. Peter Heß, Monopoltheorie und Kapitalismuskritik;
Referat 2: Dr. Heinz Jung, Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der „Neuen Arbeiterklasse“;
Referat 3: Prof. Dr. Josef Schleifstein, Neoreformistische Theorien und Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung.

Aus den drei Arbeitsgemeinschaften wurden u.a. folgende Beiträge in den Band aufgenommen:

Werner Goldschmidt, Der Beitrag der Gruppe „economie et politique“ zur Ausarbeitung einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus; Elisabeth Bessau, Grundwiderspruch und zyklische Entwicklung im staatsmonopolistischen Kapitalismus; K.H. Tjaden, Zur Frage der Klassendefinition; Willi Gerns, Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technische Intelligenz; Frank Deppe, Die aktuelle Bedeutung der Leninschen Theorie der Arbeiteraristokratie; Erich Hahn, Bemerkungen zur Klassentheorie; Helmut Bublitz, Probleme der Arbeit in den Betrieben; Bert Ramelson, Über die jüngsten Klassenkämpfe in England.

1970 erschien:

Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Marxismus

Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas.

Materialien einer wissenschaftlichen Tagung aus Anlaß des 100. Geburtstages von W. I. Lenin, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 21. und 22. Februar 1970 in Frankfurt am Main.

Herausgegeben von Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Dr. Robert Steigerwald und Prof. Dr. Josef Schleifstein.

184 Seiten, DM 7,50. Verlag Marxistische Blätter, 1970

Hinweise der Redaktion

Nachfolgend veröffentlichen wir den Themenplan für den 3. Jahrgang des Marxismus-Digest 1972 (die genannten Themen sind Arbeitstitel).

Probleme der Erkenntnistheorie

Heft 1/1972 des Marxismus-Digest, ca. 160 Seiten erscheint im Januar 1972.

Strategie und Taktik des antiimperialistischen Kampfes in Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Heft 2/1972 des Marxismus-Digest, erscheint im April 1972.

Währung und Inflation

Heft 3/1972 des Marxismus-Digest, erscheint im Juli 1972.

Zur Soziologie der herrschenden Klasse im Kapitalismus

Heft 4/1972 des Marxismus-Digest, erscheint im Oktober 1972.

kürbiskern

Literatur, Kritik, Klassenkampf

Herausgeber: W. Fritzsche, F. Hitzer, O. Neumann, C. Schuhler, H. Stütz

1/71 Frauenemanzipation

vergriffen

2/71 Junge Generation – alte Ordnung

erschienen im März

3/71 Fernsehen

u.a.

H. Holzer/C. Schuhler: Presse, Funk, Fernsehen in der BRD

Erika Runge und andere: Erfahrungen im Fernsehen

Hans Werner Henze: Gespräch mit der Münchner Songgruppe

Christian Geissler: Wer das aus dir gemacht hat, Max, der zahlt!

George Jackson: Brief aus dem Soledad-Gefängnis

4/71 Sport – Olympiade

erschienen im September

u.a.

Martin Sperr: Olympio – eine Legende

Heinz Rabow: Globalstrategie unterm Olympiadach

Franz Nitsch: Zwischen Olympismus und Antiolympia

Uwe Timm: Sport in der Klassengesellschaft

Klaus Waller: Sportpolitik in der BRD

Edelfried Bugge: Freizeit und Erholungssport in der DDR

Oskar Neumann: Deutsche Selbstdarstellung

V. H. Brandes: BRD-Presse und Mexiko '68

Säuberung: Astel, Kipphardt und andere

Dokumentation eines Verfassungsbruchs:

Bremer Senat gegen Professor Holzer

Einzelheft „kürbiskern“ 4.80 DM. Jahresabonnement 16. – DM.

„kürbiskern“-Reihe (Paperback 9.80 DM)

Jiří Hájek:

Demokratisierung oder Demontage?

Ein Prager Handbuch

Erste umfassende Analyse der tschechoslowakischen Krise aus der Sicht eines tschechischen Marxisten

Agnes Hüfner, Gerd Peter, Peter Schütt:

Aktion Roter Punkt

Das Modell des Verkehrsstreiks in Hannover, dargestellt in Analysen, Interviews, Dokumenten

Zum 80. Geburtstag des Dichters im Mai 1971

Johannes R. Becher:

Gedichte 1911–1958

Zum ersten Mal legen wir damit in der Bundesrepublik eine repräsentative Auswahl vor. Sie ist bestimmt von dem Bedürfnis, der demokratischen und sozialistischen Bewegung einen Mitkämpfer zu entdecken, den die politische und kulturelle Reaktion wie kaum einen anderen totschweigt und verfälscht.

Bestellung über Buchhandel oder Verlag kürbiskern.

8 München 13, Hohenzollernstraße 144, Telefon 0811/30 37 83

NEUERSCHEINUNGEN

Jürgen Kuczynski
Das magische Viereck
Zur Wirtschaftssituation und -politik der BRD
98 Seiten, DM 4,-

Der Autor dieses Marxistischen Taschenbuches ist ein international bekannter Wirtschaftswissenschaftler aus der DDR. Er untersucht in dieser wissenschaftlich fundierten und doch flüssigen sowie leicht verständlichen Arbeit den staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismen im Kapitalismus. Gegenstand der Analyse und Darstellung ist vor allem die Theorie vom magischen Viereck (Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und stabile Außenwirtschaft) anhand der Wirtschaftspolitik der BRD in den letzten Jahren.

Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften

Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen.

Beiträge einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 17./18. April 1971 in Frankfurt am Main. Herausgegeben vom IMSF.
280 Seiten, DM 9,50

Dieses Taschenbuch enthält das Protokoll der Referate und Diskussionsbeiträge aus Plenum und Arbeitskreisen der in der Öffentlichkeit stark beachteten wissenschaftlichen Tagung, so u.a. Peter Heß: Monopoltheorie und Kapitalismuskritik; Heinz Jung: Marxistische Klassentheorie und Ideologie der „neuen Arbeiterklasse“; Josef Schleifstein: Neoreformistische Theorien und einige Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung.



Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt am Main – Hedderheimer Landstr. 78 a

MARXISTISCHE PAPERBACKS

Autorenkollektiv
Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus
536 Seiten, DM 7,50

Alfred Bönisch
Futurologie – eine kritische Analyse bürgerlicher Zukunftsforchung
Ca. 269 Seiten, DM 7,50

Renate Wünsche u.a.
Die Staaten Afrikas und Asiens
Innere Entwicklung und Außenpolitik
255 Seiten, DM 10,-

Walter Hollitscher (Hrsg.)
Friedrich Engels: Anti-Dühring – kommentiert
426 Seiten, ca. DM 15,-

Julia N. Isajewa
Die USA im Geschäft mit der Angst
150 Seiten, ca. DM 5,-

Gerhard Haney
Die Demokratie – Wahrheit, Illusionen und Verfälschungen
334 Seiten, DM 10,-

Herbert Meißner
Konvergenztheorie und Realität
239 Seiten, DM 7,50

S. I. Beglow
Millionäre machen Meinung von Millionen
253 Seiten, DM 12,50

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale
Referate – Aus der Diskussion – Schlußwort – Resolutionen
Ca. 250 Seiten, ca. DM 9,-



Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt am Main – Hedderheimer Landstr. 78 a

NEUERSCHEINUNG

Forschung und Entwicklung im Imperialismus

Von Dr. VADIM NIKOLAJEW

Etwa 320 Seiten – 25 Abbildungen – 19 Anlagen
8° – etwa M 20, –
Bestell-Nr. 751 981 1 (5905) – II. Quartal

Der Autor untersucht in führenden imperialistischen Ländern Rolle und Bedeutung von Forschung und Entwicklung für das wirtschaftliche Wachstum und analysiert die Methoden, mit denen der moderne staatsmonopolistische Kapitalismus diese beiden strukturbestimmenden Zweige reguliert und stimuliert. Er zeigt anhand zahlreicher Beispiele die Dynamik, aber auch die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche, die sich aus dieser spezifischen systembedingten Forcierung von Forschung und Entwicklung ergeben.

In 2. Auflage erscheint 1971

Konvergenztheorie und Realität

Von Prof. Dr. HERBERT MEISSNER
178 Seiten – 8° – M 6, –
Bestell-Nr. 751 513 2 (5719)

Die Schrift soll nicht nur Antwort geben, weshalb es keine Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben kann. Sie soll zugleich zeigen, wie sich die Konvergenztheorie aus der Industriegesellschaftsdoktrin heraus entwickelt hat und welche Rolle beide in den geistigen Kämpfen unserer Zeit spielen.



Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
Deutsche Demokratische Republik

Kritische Sachbücher

Neuerscheinungen

I. S. Kon: Soziologie der Persönlichkeit

Aus dem Russischen, 488 Seiten, Leinen DM 19,80 DM

Sergio Vilar: Opposition in Spanien

Von 1939 bis zur Gegenwart
Aus dem Spanischen, ca. 430 Seiten, Leinen ca. DM 30, –; Studienausgabe ca. DM 20, –.

Willy Wyniger: Demokratie und Plan in der DDR

Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution
Reihe „Sammlung Junge Wissenschaft“
ca. 150 Seiten, kt. ca. DM 14,80

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

- 11 Hermann Ley, Thomas Müller: Kritische Vernunft und Revolution
Zur Kontroverse Hans Albert – Jürgen Habermas
275 Seiten, engl. br. DM 9,80
- 17 Klaus Ehrler: Kleine Geschichte der deutschen Spaltung
Dokumente
ca. 250 Seiten, engl. br. ca. DM 9,80
- 18 Winfried Schwamborn: Ratgeber für Kriegsdienstverweigerer
ca. 160 Seiten, engl. br. ca. DM 9,80
- 19 Dieter Boris u.a.: Chile auf dem Weg zum Sozialismus
ca. 250 Seiten, engl. br. ca. DM 9,80
- 20 Autorenkollektiv: Christen und Revolution
Konvergenz und Theologie
ca. 200 Seiten, engl. br. ca. DM 9,80

PAHL-RUGENSTEIN

Der Imperialismus in der BRD

Hrsg.: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
688 Seiten, 69 Tabellen, 4 Übersichten, 42 Abbildungen. Leinen 10,80 M
Lizenzausgabe für die BRD beim Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main

Das Buch analysiert die grundlegenden Merkmale und Widersprüche des Imperialismus in der BRD. Damit setzt es folgerichtig das 1965 erschienene Buch „Imperialismus heute“ fort. Folgende Schwerpunkte werden behandelt: Die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seine Entwicklung in der BRD; die politische und ökonomische Herrschaftsstruktur des Imperialismus der BRD; Reproduktion und Krisen; das staatsmonopolistische System der Ausbeutung; Integration und ökonomische Expansion; imperialistische Ideologie und ideologischer Klassenkampf; der Kampf gegen die Diktatur des staatsmonopolistischen Kapitalismus; das historische Dilemma des Imperialismus der BRD.

Ernst Haak/Hannes Wunderlich **Grundkurs zu Lenins Werk**

„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“

Hrsg.: Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED
240 Seiten, Broschur 2,50 M

Mit dieser Einführung in eines der bedeutendsten Werke Lenins weisen die Autoren die Allgemeingültigkeit und Aktualität der Leninschen Imperialismustheorie in unserer Zeit nach. Der Leser wird angeregt, selbständig tiefer in die von Lenin entwickelte Theorie über den Imperialismus einzudringen sowie Wesen und Bedeutung des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus zu erkennen.

Bitte informieren Sie sich über unser gesamtes Verlagsprogramm und verlangen Sie ein ausführliches Angebot.



DIETZ VERLAG BERLIN
DDR-1025 Berlin
Wallstraße 76–79

Gabriel Kolko **Die Hintergründe der US-Außenpolitik**

Eingeleitet von Ekkehart Krippendorff
Aus dem Amerikanischen von Hedda Wagner
1971, 208 Seiten, kartoniert 15, – DM

dritte Welt

Jean Chesneaux **Vietnam**

Geschichte und Ideologie des Widerstands
Aus dem Französischen von Gisela Mandel
1968, 208 Seiten, kartoniert 9, – DM

Andre Gunder Frank **Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika**

Aus dem Amerikanischen von Inge Presser und Horst Stenzel
1969, 344 Seiten, kartoniert 20, – DM

Pierre Jalée **Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft**

Aus dem Französischen von Ernst Ludwig Zorer und Heide Maria Hertel
Redaktion Horst Stenzel
1969, 208 Seiten mit zahlreichen Tabellen, kartoniert 19, – DM

Bassam Tibi **Zum Nationalismus in der Dritten Welt**

Am arabischen Beispiel
1971, 290 Seiten, kartoniert 20, – DM

Renate Zahar **Kolonialismus und Entfremdung**

Zur politischen Theorie Frantz Fanons
1969, 96 Seiten, kartoniert 7, – DM

Europäische Verlagsanstalt